



1975 - 1981

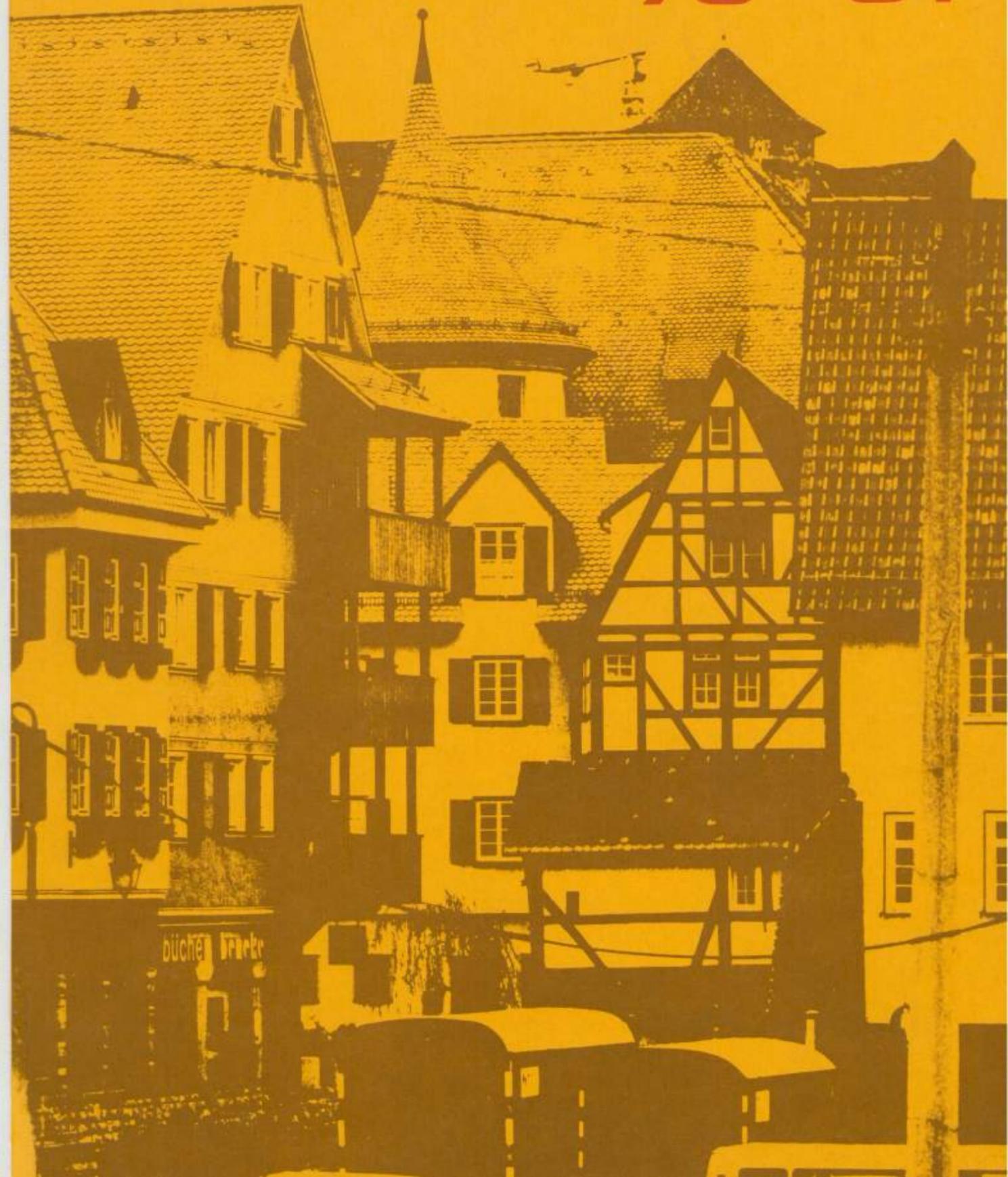
Die
Universitäts-
stadt
Tübingen
berichtet

Stadterch
Tübingen
UM
252a
9

UM 252a19

TÜBINGEN

'75 - '81



Uu
202a
2



1975 - 1981

Die
Universitäts-
stadt
Tübingen
berichtet



168/1982

Vorwort

Nicht alles, was Tübingen und die Tübinger bewegte, ist auf den folgenden Seiten nachzulesen. Es wird hier ja nicht Stadtgeschichte vorweggenommen, sondern in Selbstdarstellung lediglich referiert, was eine Verwaltung und ihre Ämter im Auftrag des Gemeinderats wie aus eigenem Impuls in den vergangenen sieben Jahren für diese Stadt getan haben. Der Pflicht gemäß, gewiß, aber nicht selten auch darüber hinaus.

Ein Verwaltungsbericht ist allemal spröder Lesestoff. Verwaltungsämter tun sich schwer mit der (für diesen Report ausgegebenen) Leitlinie "Locker vom Hocker". Paragraphen, Vorschriften, Gewohnheiten schüttelt man so leicht nicht ab.

Ob "Tübingen 1975 - 1981" zu mehr gut ist, als den Stadtvätern und -müttern auf den Tisch und im Schoß der eigenen und anderer Verwaltungen auf die kollegiale Waage gelegt zu werden, muß deshalb offen bleiben.

Das Hauptamt und seine Mitmacher geben sich einstweilen der kühnen Hoffnung hin, sie könnten auch ein paar Leute außerhalb des Rathauses ansprechen. Für sie wird letztlich gedruckt, was trotz allem Streben nach Konzentration noch über 170 Seiten füllt.

Ganz ohne Gewinn wird das Buch niemand aufschlagen. So einer nicht mehr

weiß, wann in Tübingen die Erde bebte, die restaurierte Jakobuskirche und das Jugendhaus Karlstraße (zum wievielten Male) wiedereröffnet wurden, wann zum ersten Mal gegen die neue B 27 im Neckartal demonstriert, der Kamin des alten Gaswerks gesprengt und im Zimmertheater "B's kleiner Frieden" von Helfried Foron uraufgeführt wurde - in der "Stadt-Chronik" des Stadtarchivs ist das alles nachzuschlagen. Sie steht am Anfang. Danach kommt der Gemeinderat, kommen die Ehrenbürger und erst dann der Oberbürgermeister.

Man wird es verstehen, daß die Ämter und ihre Chefs Positives lieber rekapitulieren; doch braucht das nicht zu heißen, sie hätten aus Fehlschlägen und Irrtümern nicht gelernt, sie zögen daraus nicht Konsequenzen für die Zukunft. Wenn ja, kann es nicht umsonst gewesen sein, sich auf die Zeit von 1975 bis 1981 zurückbesonnen zu haben.

Tübingen im April 1982

Oberbürgermeister

Aus der Chronik der Stadt

1975

Januar

- 01. Baufirmen Fritz & Sohn und Friedrich Dannenmann schließen sich zusammen.
- 03. OB Hans Gmelin wird verabschiedet und sein Nachfolger Dr. Eugen Schmid ins Amt eingeführt. ▼



Februar

- 12. Alf Reigl neuer Intendant des LTT.

März

- 01. Erste Bürgersprechstunde von OB Dr. Schmid.
- 11. Beginn des Ausbruchs der linken Fahrröhre für den großen Schloßberg-tunnel.
- 13. 300 Arbeiter der Firma Hermann Zanker im Ausstand.
- 21. Erster Tübinger Seniorentag.

April

- 01. Regierungspräsident Dr. Max Gögler tritt sein Amt an.
- 06. Einweihung der restaurierten Jakobskirche.
- 11. Glaukom-Symposium der Deutschen

- 27. Ophthalmologischen Gesellschaft und Festveranstaltung zum 100. Bestehen der Augenklinik.
- 27. Renovierte Kirche in Kilchberg eingeweiht.

Mai

- 17. Uraufführung im Zimmertheater: "B's kleiner Frieden" von Helfried Foron.
- 21./ 25. OB Dr. Eugen Schmid besucht Monthey (anlässlich des 15. Jahrestags der Partnerschaft) und das benachbarte Aigle.
- 24./ 25. Wiedereröffnung des Jugendzentrums Karlstraße.

Juni

- 01. Einweihung des Kindergartenbaus in Bühl mit Dorffest.
- 02. OB Dr. Eugen Schmid führt den neuen Gemeinderat in sein Amt ein und verabschiedet die ausscheidenden Mitglieder.
- 06./ 08. 1. Tübinger Folk- und Liedermacher-Festival. ▶
- 12. Uraufführung im LTT: "Die Reise des Enging Özkartal von Nevsehir nach Herne und zurück" von Renke Korn.
- 14. Bürgerfest auf Schloß Hohentübingen.
- 14./ 16. 50 Jahre Musikverein Hagelloch.
- 20./ 23. 75 Jahre TV Derendingen.
- 21. Eröffnungsfest im Studentendorf Waldhäuser Ost.
- 23. Unwetter über Stadt und Kreis Tübingen.
- 29. Bürgerfest des LTT in der Platanenallee.

Juli

- 06. Der aus Tübingen stammende Carlo Steeb ("Samariter von Verona") wird in Rom seliggesprochen.
- 24./ 25. Erster BM Dr. Albrecht Kroymann und Vertreter des Gemeinderats besuchen Aix-en-Provence anlässlich einer "Tübinger Woche".

September

- 19. Bei der 50-Jahr-Feier des TSV Hir-

schau Sportplatz, Turnhalle und Sportlerstube übergeben.

- 28. Evangelisches Gemeindehaus im ehemaligen "Lamm" am Markt eingeweiht.

Oktober

- 01. Tübinger Kegelzentrum an der Bismarckstraße eröffnet.
- 02. Neue Mensa ihrer Bestimmung übergeben.
- 04./ 05. 7. Internationales Bogenschützen-turnier.
- 08. Stadt überläßt das Gelände und Gebäude der früheren Stuhlfabrik Schäfer dem LTT.



- 14. Kriegbaum eröffnet Multi-Markt in Weilheim.
- 23. Kreissparkasse Tübingen bezieht Neubau an der Doblerstraße. Dr. Ludwig Kellermann, Präsident des Landgerichts und Vorsitzender des Schwurgerichts, in den Ruhestand verabschiedet, Helmut Waller als Nachfolger eingeführt.

November

- 07. Eröffnung einer Nachsorgeklinik für psychisch Kranke im Alten Rauns.
- 08. Mehrzweckhalle in Pfrondorf eingeweiht.

- 27. Fußgängerbrücke des Hauses Zinser über die Friedrichstraße eröffnet.
- 29. Der Oberbürgermeister gibt die Fußgängerzone in der Neckargasse offiziell frei. ▶

Dezember

- 05. Erweiterung der Tübinger Berufsgenossenschaftlichen Unfallklinik abgeschlossen.
- 31. Club für Alkoholranke gegründet.

1976

Januar

- 16. Uraufführung im LTT: "Schrankenkomödie" von Friedrich Wolf.
- 26. Starker Schneefall legt den Straßenverkehr vorübergehend lahm.
- 30. Gründung des Vereins alleinstehender Mütter und Väter.

Februar

- 11. Durchbruch des großen Schloßberg-tunnels auf der Ammertalseite. ▶
- 20. Regierungspräsidium billigt Abbruch des "König" zugunsten der Fronsbegauffahrt.

März

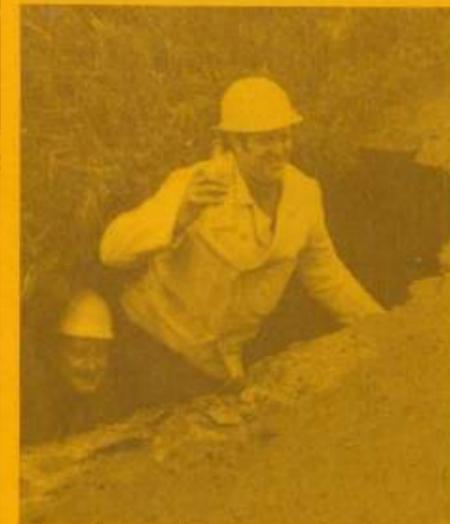
- 01. Alfred Leucht, ehemaliger Lokalredakteur des Schwäbischen Tagblattes, erhält die Uhlandplakette.
- 05. Übergabe des Sonderschulkinder-gartens in Unterjesingen.
- 12. 400 Himmelwerker legen anlässlich des Tarifstreits zwei Stunden die Arbeit nieder.
- 27. Neues Tübinger SV-03 Klubheim eröffnet.

April

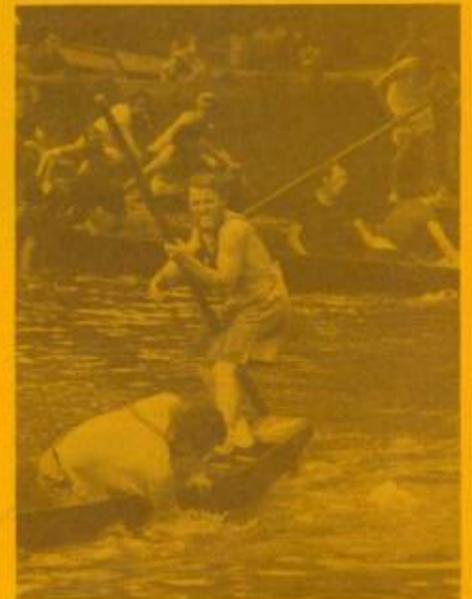
- 01. 50 Jahre Rainer Wunderlich Verlag.
- 14. Dr. Eugen Schmid in den Hauptaus-schuß des Deutschen Städtetags gewählt.
- 20. Gründungsversammlung der "Euro-päischen Föderalistischen Partei".
- 30. Auflösung der OPD Tübingen.

Mai

- 06. Leichtes Erdbeben kurz nach 21 Uhr.



- 11. 100 Jahre Freiwillige Feuerwehr Weilheim.
- 12./ 13. Süddeutsche Meisterschaft im Radsport.
- 17./ 20. Städte-Partnerschaftstage in Tübingen.
- 26. Schützenhaus und Schießanlage der Sport-Schützen Hagelloch eingeweiht. Gesamtschule Waldhäuser-Ost veranstaltet ein Bürgerfest.



- 08. Der von der Freiwilligen Feuerwehr Derendingen im "Käpple" eingerichtete Kinderspielplatz wird übergeben.
- 09. 50 Jahre Kirchenchor Hagelloch.
- 12. Gründungsfeier des Nachbarschaftsverbandes Tübingen/Reutlingen.
- 15. Übergabe des Feuerwehrhauses Bühl.

Juni

- 10. 20. Stocherkahnrennen der Tübinger Studentenverbindungen. ▶

Juli

23. Fahrzeughallen des alten Fuhrparkes der Stadt werden abgebrochen.

August

01. Manfred Sailer übernimmt Leitung der Jugendherberge in der Hermann-Kurz-Straße. ▼



06. 200 Jahre Glaserei Klett & Sohn in der Ammergasse.
17. Abbruch des Gasthauses "König" beginnt.

September

02. Wasserbehälter an der Stauffenberg-Straße wird abgebrochen.
03./ Deutsche Reitturniermeisterschaft der Jugendlichen und Junioren.
03./ 50 Jahre SV Bühl.
12. Firma Zanker Metallbau GmbH, stellt beim Amtsgericht Antrag auf Konkurseröffnung.
15. Renovierung des Uhlandsaales im Museum abgeschlossen.
15. 10.30 Uhr leichtes Erdbeben.
22./ Bei der Schulsportolympiade in Berlin wird die Mannschaft des Kepler-Gymnasiums im Ruder-Achter 1. Sieger.
30. Dr. Eugen Schmid wird 1. Vorsitzender der Städtegruppe B des

Deutschen Städtetages, Dr. Albrecht Kroymann, in den Sozialausschuß gewählt.

Oktober

04. Der Gemeinderat wendet sich in einer Resolution gegen die Auslegung des § 18 der Gemeindeordnung in der Frage der Befangenheit von Landesbediensteten.
17. Contra-Spiel Tübingen-Reutlingen des Südwestfunks.
21. SB-Warenhaus Plaza eröffnet am Schleifmühlweg.
23./ 100 Jahre Evangelisch-methodistische Kirche Weilheim.
24. 12 500 Studenten aus allen Teilen der Bundesrepublik demonstrieren gegen die Erhebung der Ersatzgelder an den Universitäten.

November

05. Eröffnung des Kaufhauses Zinser mit Supermarkt Nanz im "Zinserdreieck".
06./ I. Tübinger Filmwerkschau-Festival in der Gesamtschule.
07. 50 Jahre Schützengilde Bühl.
24. Der neue Brunnen am Holzmarkt bekommt seine Georgsfigur. ▶
25. Übergabe der neuen Polizeidirektion auf den Mühlbachäckern.
28.11./ 50 Jahre CVJM Kilchberg.
05.12.

Dezember

02. Richtfest am Wilhelmstift.
08. Druckereien H. Laupp jun. und Eugen Göbel schließen sich zusammen.
14. Brand im Chemischen Institut der Universität Auf der Morgenstelle.
22. Der für die Tübinger Vereine umgebaute "Salzstadel" übergeben. Pauper singen wieder in der Altstadt.

1977

Januar

12. Anbau des Wildermuth-Gymnasiums wird bezogen.
21. Parkhaus an der Wöhrdstraße zählt den 1 000 000. Benutzer.



31. Gemeinderat stimmt für neuen Vertrag mit den Tübinger Omnibusunternehmen über die Fortführung des Stadtverkehrs in den nächsten acht Jahren.
Dr. Else Bohnet übergibt Vorsitz der FDP-Gemeinderatsfraktion an Michael Erbe.

Februar

11. Gegen 19.34 Uhr leichtes Erdbeben.
27. Studenten besetzen das ehemalige Gebäude der Polizeidirektion (Münzgasse 13).

März

12. Altes Schulhaus in Unterjesingen wird als Altenbegegnungsstätte umgebaut.

April

07. Uraufführung im LTT "Krieg und Liebe" von Heiner Mey.
16./ 1. Internationaler Volksmarsch in Tübingen, Veranstalter: 5. franz. Dragonerregiment.
18. Umbau der Chirurgischen Klinik beendet.
23./ 75 Jahre Tübinger Schuhmacher-Innung und Verbandstagung des Landes-Innungsverbandes Baden-Württemberg.
24. Filmtheater "Metropol" stellt wegen Personalmangels den Betrieb ein.
26. 200 junge Frauen demonstrieren vor der Neuen Aula für eine "neue Angstfreiheit" (Schutz vor Belästigungen).

Mai

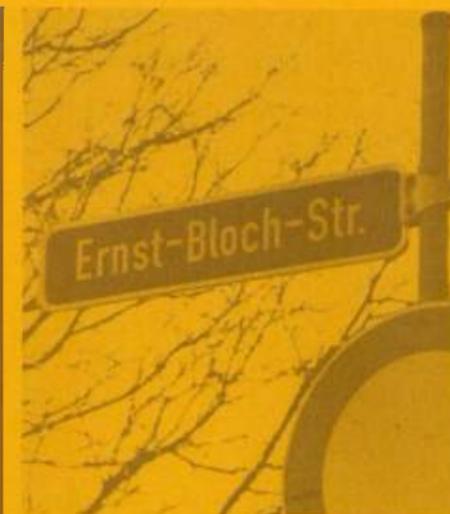
08. Jugendherberge nach dem Auszug der Polizeidirektion offiziell eröffnet.
13./ 50 Jahre Obst- und Weinbauverein Hirschau.
22. Hirschau.
13./ Flohmarkt in der Fußgängerzone und auf dem Marktplatz.
22. 125 Jahre Großbuchbinderei Heinrich Koch.
24. Eröffnung des Tübinger Einkaufszentrums an der Eugenstraße.
29. In der Chirurgischen Klinik erschießt ein Türke einen Landsmann aus Blutrache.

Juni

- 03./ 50 Jahre Musikverein Weilheim.
06.
09. 100jähriges Stiftungsfest des Tübinger Rudervereins.
12. Glockenweihe der St. Ägidius-Kirchengemeinde Hirschau.
17./ 12. Chorfest des Uhlandgauen in Tübingen.
18.
30. Letzte Vorstellung im Filmtheater "Studio Hirsch", das für immer schließt.

Juli

22. 150. Stiftungsfest des Corps Rhenania im Museum.



August

08. Zweiter Bauabschnitt der Gesamtschule Waldhäuser-Ost wird bezogen.
29. Südostasien-Kulturwoche des Horst-Erdmann-Verlags im Museum eröffnet.

September

02. Ausstellung der Universitäts-Samm-

- lungen anlässlich der 500-Jahr-Feier der Eberhard-Karls-Universität Tübingen in der Kunsthalle eröffnet.
05. Gemeinderat beschließt Stiftung von 200 000,- Mark an die Universität für einen Brunnen im Bereich der Neuen Aula.
500 Jahr-Feier der Eberhard-Karls-Universität Tübingen.
Gemeinderat beschließt Umbenennung der Straße Im Schwanzer in "Ernst-Bloch-Straße".
29. Stadt Tübingen erwirbt für 1,15 Millionen Mark das "Lustnauer Loch" an der Dorfstraße.

Oktober

04. Gebäude der Jugendpsychiatrie am Fronenberg wird abgebrochen.

- 07./ Bürgerfest anlässlich der 500-Jahr-Feier der Eberhard-Karls-Universität.
10. 50 Jahre Bekleidungshaus Bleckmann.
12. Fußball-Länderspiel der Studenten Deutschland-England 2:0.
22. Eröffnung des Kinos "Studio Museum".
29. Symposium der Landesapothekerkammer Baden-Württemberg.

November

- 02. Konkursverfahren Frottierweberei M. Jope & Co. OHG eröffnet.
- 03. 25 Jahre Sudetendeutsche Landsmannschaft, Kreisgruppe Tübingen.
- 05. 25 Jahre Blumenschmuckwettbewerb in Tübingen.
Um 1.23 Uhr im Kreis Tübingen leichtes Erdbeben.
- 12. 100 Jahre Nähmaschinen- und Fahrradgeschäft Julius Trautwein.
- 15. Gedächtnisfeier zur 100. Wiederkehr des Geburtstages von Paul Bonatz, des Erbauers der Tübinger Universitätsbibliothek.
- 21. Der Tübinger Lehrer Hartmut Gründer verbrennt sich aus Protest gegen die Kernenergie vor der Hamburger Hauptkirche St. Petri.

Dezember

- 05. Gemeinderat lehnt Abschaffung der Einwohnersteuer ab.
- 13. Christian Märkle, Altstadtrat, 80 Jahre alt.
- 24. Tübingen hat das Gelände des Munitionslagers Waldhäuser-Ost von der Bundesfinanzverwaltung erworben.

1978

Januar

- 16. Zwei leichte Erdbeben um 15.31 Uhr und 15.33 Uhr.
- 23. Gemeinderat erklärt im Wege einer Änderung der Hauptsatzung die Nordtangente in ihrer gesamten



- 21. Dr. Eugen Schmid prägt erste Medaille für das Stadtfest "900 Jahre Tübingen".
- 25. Neue Straße zwischen Derendingen und Weilheim dem Verkehr freigegeben.
Erste Sitzung des "Zweckverbands Abfallverwertung Reutlingen/Tübingen".
- 25./ 26. "Tag der offenen Tür" anlässlich der Erbauung des ersten Kindergartens vor 70 Jahren in der Tübinger Rappstraße.

- Ausdehnung zur wichtigen Gemeindeangelegenheit.
- 27. Umspannwerk Nord auf Waldhäuser-Ost in Betrieb genommen.

Februar

- 07. Tübingen wird neuer Bundestagswahlkreis 194 und damit vom Wahlkreis Reutlingen getrennt.
- 11. Pferdesportvereinigung des Kreises Tübingen gegründet.
- 18./ 19. Starke Schneefälle (bis zu 30 Zentimeter an einem Tag) behindern den Verkehr.

März

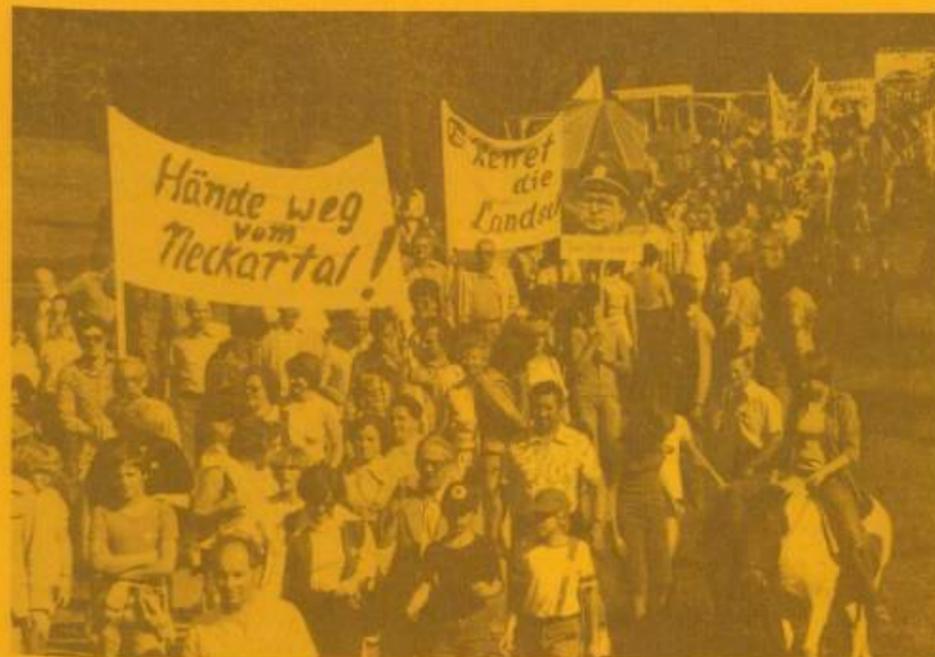
- 07. Warnstreik von 600 Arbeitnehmern im Himmelwerk anlässlich des Tarifkonflikts.
- 15./ 16. Wegen der Tarifaueinandersetzungen in der Druckindustrie erscheint das "Schwäbische Tagblatt" nicht.

April

- 01. 50 Jahre Möbel-Tausch in der Langen Gasse.
- 10. Fahrbahnen des Schloßbergtunnels über den Neckar fertiggestellt.
Münzgasse in die Fußgängerzone einbezogen.
Die Teilgemarkung Ammern wird in die Markung Tübingen eingegliedert.
Metallarbeiter des Himmelwerks demonstrieren in der Innenstadt gegen die zweitägige Einstellung der Produktion und den damit verbundenen Zwangsurlaub.
- 13. Krankenpflegeverein Hagelloch gegründet.
- 22. Einweihung des Albert-Bengel-Hauses in Derendingen.
- 25. Dr. Eugen Schmid fliegt mit Stadträten zum Antrittsbesuch nach Ann Arbor.
Eröffnung der psychosozialen Beratungsstelle für ältere Menschen.
- 28. Obergeschoß des Jugendhauses in der Paulinenstraße ausgebrannt.
- 29. 50 Jahre CVJM Hagelloch.

Mai

- 02. Barmer Ersatzkasse bezieht im Haus Stammeler neue Geschäftsräume.
- 04./ 07. DRK-Zentrum im Steinlachwasen eingeweiht.
- 10. An der neuen Ammerbrücke in der Rheinlandstraße beginnen die Bauarbeiten.
- 12./ 15. 75 Jahre SV Pfrondorf.
- 19. 50jähriges Jubiläum des Omnibusunternehmers Heiner Schnaith und Übergabe des neuen Betriebshofes.
150 Jahre Bild-Verlags-Druckerei Gebr. Metz.
- 20./ 21. 150 Jahre des Sängerkranzes Harmonie.
- 21. Die Franzosenbrücke wird abgebrochen.



- 22. Ausbildungszentrum der Himmelwerk AG eingeweiht.
- 23. In Stadt und Kreis Tübingen Überschwemmungen nach starken Regenfällen; der Schaden wird auf 10 Millionen Mark geschätzt.
- 25./ 28. 75 Jahre SV 03 Tübingen.
- 26. Der Oberbürgermeister unterzeichnet in Freiburg den zweiten Sondervertrag mit dem Land Baden-Württemberg über finanzielle Unterstützung.
100. Stiftungsfest der Alten Turnerschaft Palatia im Marburger Konvent.

Juni

- 03./ 04. 1. Tübinger Squash-Turnier in Hirschau.
- 06. Mit 29,2 Grad heißester Tag des Jahres 1978.
- 14. Tübingen Preisträger im Wettbewerb Stadtgestaltung und Denkmalschutz 1978.
- 16./ 18. Baden-Württembergische Meisterschaft der Reiter in Waldhausen.
Gesangsverein Bühl erhält anlässlich des 100jährigen Jubiläums die Zelterplakette.

- 25. Jagdhornbläser der Kreisjägerevereinigung Tübingen Landes-Sieger.

Juli

- 06. Umlandturnhalle wird abgebrochen.
14. Tagung der Deutschsprachigen Mykologischen Gesellschaft, verbunden mit der 40. Tagung der Vereinigung Württembergischer Dermatologen.
- 14. 100. Stiftungsfest der Turnerschaft Hohenstaufia.
- 15. Einbrecher stehlen im Schloß Bebenhausen wertvolle Sammlerwaffen.

August

- 11./ 20. Stadtfest "900 Jahre Tübingen".
- 15. 1. Tübinger Schulsportfest im SV-Stadion.
Übergabe des Schwabenhauses an die Volkshochschule.
- 30. 100 Jahre Modehaus Zinser.

September

- 03. Erdbeben der Stärke 6 um 6.08 Uhr mit mehreren Nachbeben.

- Straßenfest in Weilheim.
- 09. 50jähriges Jubiläum der Bezirksgruppe Tübingen des Blindenverbandes Ost-Baden-Württemberg e.V.
- 11. Gemeinderat schafft Einwohnersteuer ab.
- 17. "Für die Erhaltung des Neckartales - gegen die Planung der Autobahn 83" demonstrieren über 1 000 Menschen.
- 19. Leichtes Erdbeben der Stärke 3,6 um 4.46 Uhr.
- 20. Leichtes Erdbeben der Stärke 4,2 um 0.53 Uhr.
- 23. Hagellocher Feuerwehrmagazin seiner Bestimmung übergeben.
50 Jahre Jungschlar Lustnau.
- 26. Gründung des Sportvereins Weilheim.
- 29./ 1.10. 50 Jahre Obst- und Gartenbauverein Unterjesingen.
- 29. 1. Süddeutscher Gesamtschulkongress unter dem Motto: "Gesamtschule 1978 - Bilanz und Perspektiven".



Oktober

- 13. Finanzminister Robert Gleichauf tut den ersten Spatenstich für den

- Neubau des Tübinger Klinikums auf dem Schnarrenberg.
24. Der Kamin des Gaswerks wird gesprengt.
 25. 25 Jahre Berufsverband der Hausfrauen e.V. in Tübingen. Tübingen wird vom Landesverband Baden-Württemberg des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge mit der Großen Medaille ausgezeichnet.

November

02. Kaufhaus "Handelshof" an der Reutlinger-/Hügel-/Eugen- und Ludwigstraße (ehemals Sannwald) eröffnet.
04. 75 Jahre Gebr. Möck.
09. Gedenken an die Zerstörung der Synagoge an der Gartenstraße in der "Kristallnacht" und Übergabe eines Brunnens.
11. 50 Jahre Elektro-Innung Tübingen.
18. 25 Jahre Technisches Hilfswerk in Tübingen.
26. 100 Jahre katholische Kirchengemeinde St. Johannes.
30. Fronsborg-Auffahrt wird für den Verkehr freigegeben.

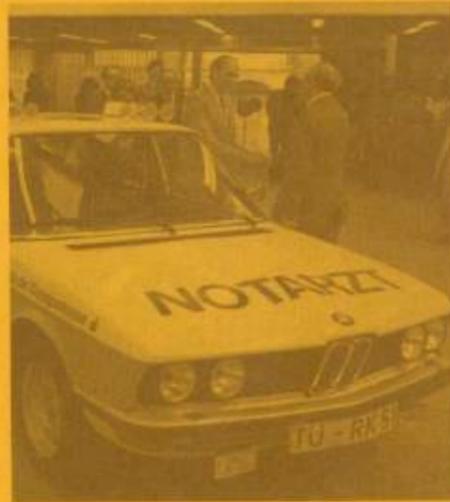
Dezember

01. Übergabe des König-Parkhauses an der Herrenberger Straße. Die ersten drei Geschäfte haben in der Lamm-Passage eröffnet.
20. Musikschule Tübingen e.V. gegründet.
22. Jugendzentrum Karlstraße durch den Oberbürgermeister wiedereröffnet.
29. 150 Jahre Tübinger Zollamt.

1979

Januar

01. Müllabfuhr in den Stadtteilen wird vom städtischen Fuhrpark übernommen.
02. DRK-Sozialdienst "Essen auf Rädern" beginnt mit der Versorgung älterer Menschen in Tübingen. Marktplatz und Hintere Grabenstraße in die Fußgängerzone einbezogen.



10. Kreissparkasse Tübingen schenkt dem DRK Tübingen einen Notarztwagen; der Notarztendienst beginnt am 1. Februar 1979.
11. 25 Jahre Kinderschutzbund in Tübingen.

Februar

01. Gründung der "Sportgemeinschaft (SG 78) Kilchberg".

März

08. Gründung der "Frauenakademie Tübingen".



09. Reit- und Fahrverein Bühl gegründet.
17. Freundeskreis für die städtischen Altenheime in Tübingen gegründet.
21. 50. Seminar "Schwäbisch für Reingeschmeckte" mit Heinz Eugen Schramm in der "Weinstube Göhner".

April

26. Bischof Georg Moser weiht den Altar der Hauskapelle des Tübinger Wilhelmstifts.

Mai

11. Einweihung der neuen Sporthalle des Instituts für Sportwissenschaft.
12. Württembergische Kunstturnmeisterschaften der Schüler in der Umlandhalle.
13. Sängerkranz Harmonie erhält die Zelter-Plakette.
19. 1. Tübinger Fensterblümlenmarkt auf dem Marktplatz.
20. Gemeindetag anlässlich des 75jährigen Jubiläums der Hagellocher Kirche.
25. Unbekannte haben dem Georg auf dem Holzmarktbrunnen Arm und Lanze abgeschlagen. Im Alten Botanischen Garten wurde die Correns-Bildstelle umgeworfen.

26. Informationszentrum des Bundes für Umweltschutz eröffnet.
- 26./27. 1. "Tübinger Tage der Schulmusik".

Juni

12. Jugendzentrum Karlstraße 13 wird bis auf weiteres geschlossen; Vorstandsvorsitzender Peter Steinbach zurückgetreten.
19. 25 Jahre Deutscher Kinderschutzbund in Tübingen.
27. Abnahme der Straße "Pfrondorfer Steige".
28. Neue Kläranlage im Neckartal in Betrieb genommen.
29. Bürgermeister Klaus Blanke eröffnet mit dem Faßanstich das 25. Tübinger Sommerfest.

Juli

04. Für den ersten Bauabschnitt des Klinikums auf dem Schnarrenberg Grundstein gelegt.
07. Mit einem großen Umzug durch die Stadt zieht das LTT vom Museum in die "Fabrik" an der Eberhardstraße um.
08. Bürgerentscheid zur Nordtangente.
20. Schloßbergtunnel in Anwesenheit der Staatssekretäre Lothar Wrede (Bonn), Ernst Ludwig und Gerd Weng (Stuttgart) freigegeben. Offizielle Übergabe des Lammblocks. Tübinger Bürgerfest 1979 eröffnet.
23. Die "Grünen" gründen Kreisverband. Siegfried Bühler übernimmt als Nachfolger von Intendant Helfried Foron die Leitung des Tübinger Zimmertheaters.

August

23. Am Brunnen in der Nägelestraße wird zum Gedenken an die Verfolgung und Ermordung jüdischer Mitbürger in den Jahren 1933-1945 eine Inschrift angebracht.

September

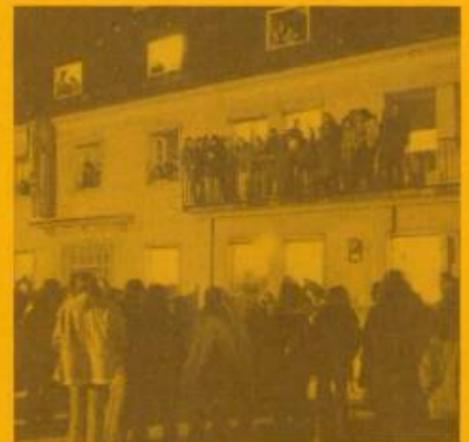
21. 125jähriges Jubiläum der Kreissparkasse Tübingen.
22. Jugendzentrum in der Karlstraße wiedereröffnet.

Oktober

05. Neubau Freie Waldorfschule auf Waldhäuser-Ost eingeweiht.
19. Tübingens Künstler ziehen mit Druckzentrum und Galerie vom Stiefelhof ins "Alte Schlachthaus" um.
28. 100jähriges Jubiläum der Schwestern der Evangelischen Diakonissenanstalt Stuttgart an der Medizinischen Universitätsklinik Tübingen.

November

12. Neue Dermatologische Poliklinik der Universitätshautklinik ihrer Bestimmung übergeben.
- 16./18. 5000 Teilnehmer beim Tübinger "Rock gegen Rechts"; 2000 Demonstranten fordern Freispruch für Angeklagte im "Prinz-Karl-Prozeß".
17. Einweihung des neuen Clubzentrums der Tübinger Hilfsgemeinschaft für psychisch Kranke in der Haaggasse 5.
24. Landesposaunenntag des Bläserwerks der Adventisten in Tübingen.
28. Umbauarbeiten am Schloß Hohentübingen beginnen.



12. Studenten, Arbeiter und Jugendliche besetzen das von den Franzosen freigemachte Haus in der Ludwigstraße 15.
30. Tübingens ältester Bürger, Oberstudienrat a.D. Adolf Engelfried, im 105. Lebensjahr verstorben.

Dezember

03. Die französischen Streitkräfte geben in Tübingen 36 Wohnungen frei.
05. Für das Wintersemester an der Eberhard-Karls-Universität haben sich 20 103 Studenten eingeschrieben.
06. Die Stadt mietet Franzosenhäuser für Studenten, Asylanten und Obdachlose.
17. Staatsbegräbnis und Trauerfeier für den am 11. Dezember 1979 verstorbenen Ehrenbürger Carlo Schmid.
21. Regierungspräsident Dr. Max Gögler erteilt Genehmigung für den Flächennutzungsplan des Nachbarschaftsverbandes Tübingen/Reutlingen.

1980

Januar

01. Die Himmelwerk AG in Kilchberg wird von der Bauknecht-Gruppe übernommen.
03. Im Kreis Tübingen fällt bis zu 25 Zentimeter Neuschnee.
- 03./05. 1. Tübinger Fußball-Hallenturnier im Institut für Sport.

30. Die Hermann Zanker KG hat in ihrer neuen Werkshalle das erste Produktionsband eingeschaltet.

Februar

11. Mahnwache an der Grabstätte für die Opfer des Faschismus auf dem Tübinger Stadtfriedhof.
29. Die Filiale der Strickwarenfabrik Paul Wagner in Bühl stellt ihre Produktion ein, das Werk wird an das Jugendsozialwerk vermietet.

März

04. Gründung des VHS-Ausländer-Arbeitskreises.
07. Kilchberger Feuerwehrmagazin übergeben.
17. Die Teilsanierung der Metzgergasse ist abgeschlossen.
28. Richtfest des Berufsschulzentrums im Feuerhägle.
29. 75 Jahre Betten-Hottmann.

April

14. Bei Grabarbeiten im Pflegehof Funde aus dem 11. Jahrhundert. Kindertagesstätte zieht in der Wilhelmstraße 97 ein.
18. Tübingen hat in der Thiepvalkaserne bisher 200 Asylanten aufgenommen.
Welturaufführung des Films "Der grüne Vogel" in Anwesenheit des Regisseurs Istvan Szabo und der Hauptdarstellerin Hannelore Elsner.

Mai

05. Stiftskirchendach wird mit neuen Ziegeln gedeckt.
100 Jahre Papierwarengeschäft Schimpf.
20. Erweiterung des Bürger- und Verkehrsvereins-Kioskes an der Neckarbrücke übergeben.
22. I. Gruppennachmittag der "Selbsthilfegruppe nach Krebs" im Salzstadel.
29. 75 Jahre Deutscher Evangelischer Frauenbund Tübingen und Umgebung.

Juni

02. 50 Jahre Marquart am Marktplatz.

04./08. 100. Stiftungsfest der Alten Straßburger Burschenschaft Germania.

05. Neue Spielhalle an der Uhlandstraße eingeweiht.
"Arbeitsgemeinschaft Dentale Technologie e.V." tagt in Tübingen.
07. Atomkraftgegner räumen die am 01. Juni besetzte Tübinger Stiftskirche.

Jugendhaus Paulinen-Straße 34 nach einem Brand wieder eröffnet.

07./09. 75 Jahre Musikverein Lustnau.

19. Die "Tübinger Stadtmusikanten" (Studenten, Arbeiter, Lehrlinge) besetzen das leerstehende Stabsgebäude der Thiepval-Kaserne für Wohnzwecke.

21./22. 1. Lustnauer Jedermann-Turnier.

25. Tübingen und Kusterdingen unterzeichnen Vertrag über die Erddepotie "Schinderklinge".

27. Neues Tübinger Druckhaus am Unteren Wöhrd seiner Bestimmung übergeben.

28./29. 75 Jahre Radfahrerverein Derendingen.

29. Volley-Länderspiel Deutschland - Kanada in der IfS-Sporthalle 1:3.



Juli

01. Stadtbrandmeister Eugen Lutz wird als Kommandant der Feuerwehr hauptamtlich angestellt. Das "Schwäbische Tagblatt" erscheint erstmals im Rheinischen Format.
15. Leichtes Erdbeben um 14.18 Uhr.
16. Mannschaftsgebäude der Thiepval-Kaserne vom Land zum Sammellaager für Asylbewerber bestimmt.



25./27. Baden-Württembergische Reiter-Meisterschaften in Dressur und Springen der Jugendlichen, Junioren und Senioren.

31. Auf seiner 50. Tournee reist das Kammerorchester Tübinger Studenten nach Südafrika.



August

13. Nach der Renovierung des "Deutschen Hauses" wird die "Wurstküchl" eröffnet.
22. Das Regierungspräsidium stellt den Hirschauer Berg unter Naturschutz.
28. Eröffnung des Hotel-Restaurants "Kreuzberg".

September

04. Eugen Schmid verabschiedet die ausscheidenden Gemeinderäte und

führt die neugewählten Mitglieder in das Amt ein.

07. Dorffest in Hagelloch.

13./14. 1. Treffen des ehemaligen Infanterie-Regiments 35, IR 35 (mot) und Panzergrenadier-Regiments 35.

15. 1. Sitzung des neuen Gemeinderats im Kepler-Gymnasium.

19. 50 Jahre Flaschnerei Paul Waiblinger in der Jakobusgasse.
100 Jahre Edmund Bühler in Weilheim.

22. Alter Neckarsteg im Schwanzer wird abgebrochen.

27. Richtfest der Altenbegegnungsstätte "Hirsch".

Oktober

01. 50 Jahre Samen-Fachgeschäft Erich Endriss.



03. Übergabe des ersten Bauteiles (Werkstätten, Lager, Fahrzeughalle) der Stadtwerke beim ehemaligen Gaswerk.

08. Richtfest des Arbeitsamtes auf den Mühlbachäckern.
Warnstreik bei der Tübinger Hauptpost gegen den Schichtdienst im Briefabgang.

10. 75 Jahre Evangelischer Verein Tübingen.

11. Eröffnung des Sport- und Freizeitzentrums in Derendingen.

12. Zwei leichte Erdbeben mit 2,2 und

2,6 Ausschlag auf der Richterskala.
16. Studenten besetzen das Haus Rümelinstraße 15.

24./25. 125 Jahre Tübinger Uhland-Gymnasium.

25. 50 Jahre Akkordeon-Club Tübingen.

29. "1. Tübinger Raggaey-Nacht".

November

01./02. 25jähriges Jubiläum der Martinskirche.

03. 50 Jahre Fernheizwerk I der Universität Tübingen.

14. Jugendbibliothek in der Gesamtschule Waldhäuser-Ost eröffnet.

15. 75 Jahre Männergesangverein 1905 Tübingen.

22. Uraufführung im LTT: "Nix los in Strinz" von Karl-Heinz Scherfling.
Einweihung der Drei-Felder-Halle des Tübinger Tennis-Clubs.

1. Tübinger Rock-Festival in der Mensa Morgenstelle.

25. Neue Psychosoziale Beratungsstelle für ältere Menschen eröffnen.

28. Erster Spatenstich für das Tübinger Tierheim.

29. Hotel garni "Kupferhammer" in der Westbahnhofstraße eröffnet.

Dezember

01. Hauptpost eröffnet, umgebaute Schalterhalle.
Erster Prozeß der Stadtwerke gegen



- 03. einen Strompreisboykotter. Die Tübinger Kriminalpolizei stellt sechs Kilo Haschisch eines überregionalen Dealerrings sicher.
- 06. Eröffnung des Kinos 2 von Kurt und Volker Lamm.
- 16. Zentrale Leitstelle der Feuerwehren des Landkreises am Keltornplatz offiziell in Betrieb genommen. Letzte Dampflok des Tübinger Bahnbetriebswerks wird in die Schweiz abgeholt. Behelfsbrücke über den Neckar, (zum Bau des Schloßbergtunnels) abgebaut.

1981

Januar

- 10. Beim Neujahrsempfang der Stadt Tübingen überreicht der Oberbürgermeister den früheren Bürgermeistern von Pfrondorf, Bebenhausen und Bühl, Karl Schaal, Friedrich Seethaler und Josef Bisinger, die Bürgermedaille.
- 12. Im Tübinger Gewerblichen Berufsschulzentrum "Feuerhägle" beginnt der Unterricht. Abbruch der Getreidemühle in Derendingen.

- 20. vorgesehenen Hauses Sigwartstr. 17. Besetzung des Deutsch-Amerikanischen Instituts.
- 21. Jakob Krauß, Tübinger Ehrenbürger, 85 Jahre alt.

Februar

- 01. Gerhard Baumgärtner, Pfarrer von Kilchberg, wird verabschiedet.
- 10. Der Universitätspräsident übergibt dem Oberbürgermeister das erste Exemplar des Sammelbandes "Die Pfalzgrafen von Tübingen".
- 28. Der russische Lyriker und Übersetzer Lew Druskin ersucht in Tübingen um Asyl.

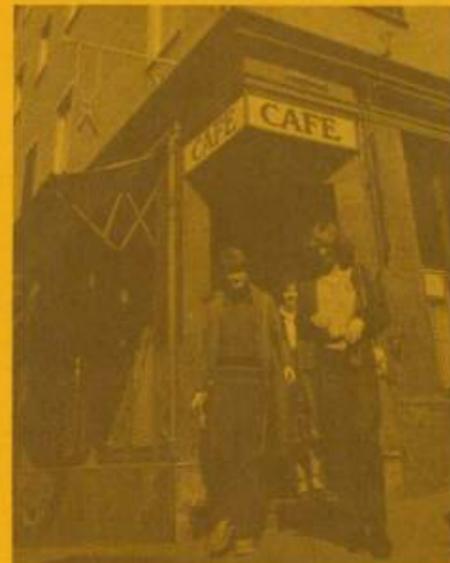
März

- 01. Alfred Leucht, ehemaliger Lokalredakteur des Schwäbischen Tagblatts und Ehrenmitglied des Bürger- und Verkehrsvereins, 75 Jahre alt.
- 05. Detlev Majewsky neuer SPD-Fraktionsvorsitzender.
- 11. Die Bürgerinitiative "Südstadt/Himmelwerktrasse" hat eine Liste mit 2726 Unterschriften für den Bürgerantrag "Südwestumfahrung" Derendingen abgegeben.
- 14./ 22. 7. Familien-Einkaufs-Ausstellung "Tübingen 81".

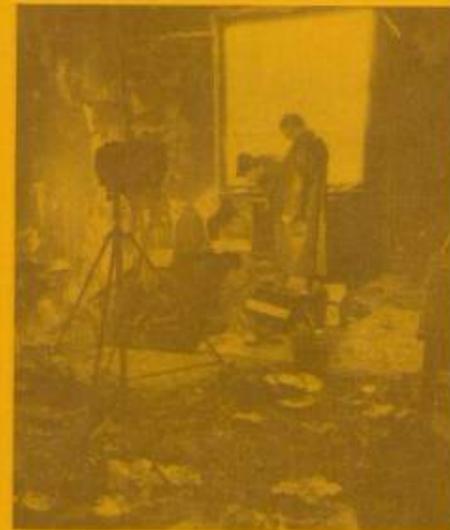
- 18. Zum letzten Mal "Schwäbisch für Reingeschmeckte" mit Heinz Eugen Schramm in der Weinstube Göhner.
- 18./ 24. 4. Tübinger Seniorentage.
- 20. Abweisung der Normenkontroll-Anträge der Tübinger Geschäfts- und Privatleute gegen die Stadt wegen der Gültigkeit des Bebauungsplanes "Hintere Grabenstraße / Lustnauer Tor" durch den Verwaltungsgerichtshof.
- 21. Fortbildungstagung der Frauenärzte und Ärzte für Allgemeinmedizin. Chemiedozententagung 1981.
- 24./ 27. 2. Tübinger Symposion über "Rechnergestützte Intensivpflege".
- 25./ 28. Bürgerversammlung im Stadtteil Hirschau.

April

- 14. Durch einen Brandanschlag mit einem Molotow-Cocktail auf das Regierungspräsidium an der Keplerstraße entsteht ein Gebäudeschaden von 150 000,- DM.
- 22. 32. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Neurochirurgie.
- 24. Eröffnung des Sammelagers für Asylbewerber in der Thiepval-Kaserne.
- 25. Das Cafe Völter schließt nach 60 Jahren.



- 27. Eröffnung der Baden-Württembergischen Theater-Tage durch Wissenschaftsminister Prof. Dr. H. Engler. Der Gemeinderat hat das Bürgerbegehren zur geplanten Bebauung des Sanierungsgebiets "Hintere Grabenstraße/Lustnauer Tor" (Kaufhausprojekt) als unzulässig zurückgewiesen und den Bürgerantrag zur Südwestumfahrung von Derendingen abgelehnt. Die Württembergische Frottierweberei Lustnau "EGERIA" hat für ein halbes Jahr Kurzarbeit angemeldet.



- Zum Sommersemesterbeginn haben sich 20 098 Studierende immatrikuliert.
- 28. Normenkontrollverfahren wegen des Bebauungsplans "Himmelwerksgelände" endet vor dem Verwaltungsgerichtshof Mannheim mit einem Vergleich.

Mai

- 06. Räumung des besetzten Hauses "Schimpf".
- 08. Georg Schölkopf aus Hirschau, Rektor a.D., erhält die Bürgermedaille in Silber.
- 11. Der Gemeinderat stimmt für die Umwandlung der Stadtwerke in eine Eigengesellschaft zum 1. Juli 1981.

- 25. Richtfest am neuen Teilklinikum auf dem Schnarrenberg.

Juni

- 01. Die Werkshallen der Frottierweberei Jope werden abgebrochen.
- 05. Großbrand bei der Firma Fritz und Dannemann in der Eisenbahnstraße.
- 12./ 14. 7. Tübinger Folk-Festival.
- 17./ 19. Arbeitstagung für Psychologische Methodik.
- 20. 160. Stiftungsfest der Studentenverbindung Corps Franconia. 100jähriges Bestehen der Hölderlin-Schule und "Tag der offenen Tür" der Hölderlin- und Uhlandschule.
- 21. 100jähriges Jubiläum des Chores der St.-Johannes Kirche.
- 22. Wilhelm Maurer, Forstdirektor a.D., im 100. Lebensjahr verstorben.
- 23. 90 Jahre Bürger- und Verkehrsverein.
- 25. 1. Rathauskonzert im Großen Sitzungssaal.

Juli

- 05. Einweihung der erneuerten Evangelisch-methodistischen Friedenskirche in der Rümelinstraße.
- 06. Der Gemeinderat beschließt den Bau des Parkhauses Hintere Grabenstraße.
- 14. Großbrand im Stadtteil Weilheim; Vernichtung von vier Scheunen bis auf die Grundmauern.

August

- 03. Mit dem Bau des Wohn- und Geschäftshauses "Lustnauer Zentrum" wird begonnen.
- 10. Bei einem Brand auf dem Firmengelände des Autohauses Seeger entsteht ein Schaden von 200 000,- DM.

September

- 04./ 06. Tübinger Stadtfest.
- 04. Empfang im Rathaus anlässlich der 20jährigen Patenschaft Tübingen - Aix-en-Provence durch OBM Schmid.

- Ehemalige jüdische Mitbürger von OBM Dr. Schmid im Rathaus empfangen.
- 10. Internationale Urologen-Tagung in Tübingen.
- 20. Nach zweijährigen Renovierungsarbeiten wird die Derendinger St. Gallus-Kirche eingeweiht.

Oktober

- 01. Prof. Dr. Erich Haag, Oberstudienleiter i.R., im 81. Lebensjahr verstorben.
- 07. Der Verkehrsbeirat stimmt für die Erhöhung der Parkgebühren in der Innenstadt.
- 14. Richtfest des neuen Schulzentrums im Feuerhägle.
- 16. Werner Fegert, Schulleiter des Wildermuth-Gymnasiums, wird verabschiedet und Heinz Späth als Nachfolger in das Amt eingeführt.

November

- 10. Der Rohbau des neuen Teilklinikums auf dem Schnarrenberg ist fertiggestellt.
- 14. Einweihung des umgebauten Wilhelmstifts.



- 15. 75jähriges Bestehen des Deutschen Instituts für Ärztliche Mission.
- 21. Friedensdemonstration gegen Atomwaffen.
- 26. 100. Todestag des Derendinger Missionars Ludwig Krapf; eine städtische Delegation legt an seinem Grab in Korntal einen Kranz nieder.
- 28. Bundesjugendleiter-Tagung des Deutschen Alpenvereins in Tübingen.

Dezember

- 08. Die ersten Transitflüchtlinge aus Vietnam sind in Tübingen eingetroffen.
- 10. Demonstration von 5 000 Studenten und Schülern gegen die geplanten Bafög-Sparmaßnahmen des Bundes.
- 12. 30 Jahre VdK-Ortsgruppe Derendingen.
Demonstration "gegen menschenunwürdige Internierung" von Asylbewerbern.
- 14. Das Arbeitsamt zieht von der Walter-Simon-Straße in das neue Dienstgebäude an der Konrad-Adenauer-Straße um, das alte Dienstgebäude wird abgebrochen.
Demonstrationszug arbeitsloser Lehrer durch die Innenstadt anlässlich der Entlassung 90 examinierter Junglehrer.
- 15. 100jähriges Jubiläum des Instituts für Archäologie.
- 16. Der Chef des Amts für öffentliche Ordnung Fritz Stammeler wird in den Ruhestand verabschiedet.
Rathauskonzert im Großen Sitzungssaal.
- 17. Demonstration gegen die Machtübernahme des Militärs in Polen.
- 18. Starker Schneefall behindert den Straßenverkehr in Stadt und Kreis Tübingen, an vielen Bäumen im Schönbuch und Rammert entsteht großer Schaden.
- 21. Am Derendinger Bahnübergang beim Bahnhof ereignet sich ein schwerer Unfall, ein PKW wird vom Zug erfasst.
- 24. Der Musikverein Derendingen spielt an verschiedenen Plätzen in Derendingen Weihnachtslieder.



Die Stadt hat zu Ehrenbürgern ernannt

Hans Gmelin (1)
Oberbürgermeister a.D.
am 3. Januar 1975

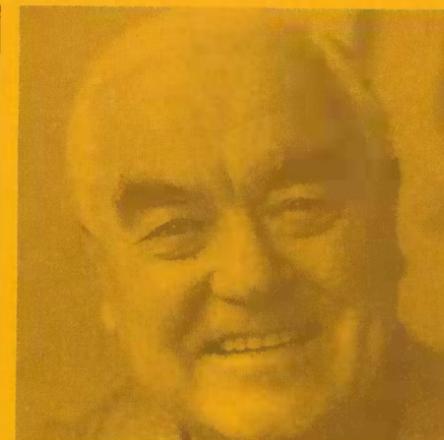
Jakob Krauss (2)
Schneidermeister
am 8. Januar 1977

Prof. Dr. Carlo Schmid (3)
Bundesminister a.D.
am 8. Januar 1977
† am 11. Dezember 1979

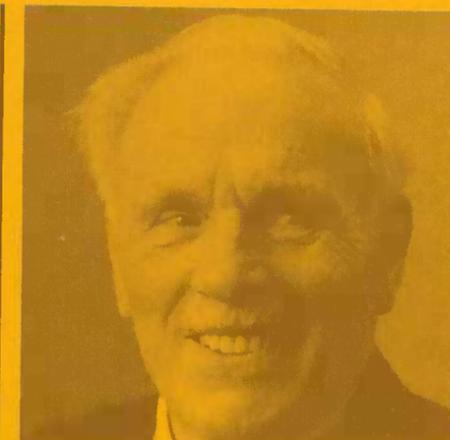
Wilhelm Vetter (4)
Direktor
am 8. Januar 1977
† am 20. Juli 1977

Prof. Dr. jur. Dr. phil. h. c. Gebhard Müller (5)
Präsident a.D. des Bundesverfassungsgerichts
am 11. August 1978

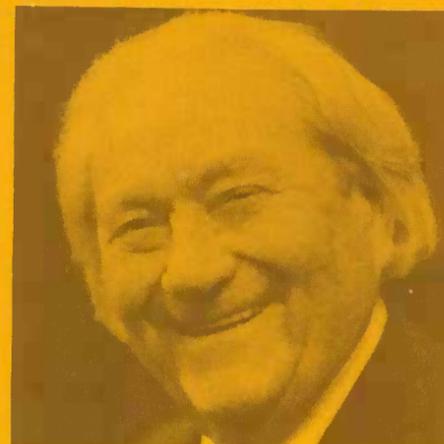
Dr. h. c. Kurt Georg Kiesinger (6)
Bundeskanzler a.D.
am 6. April 1979



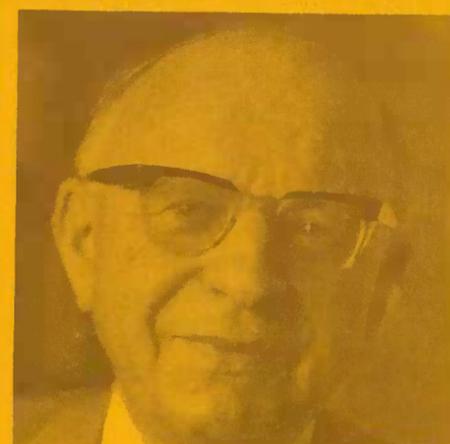
1



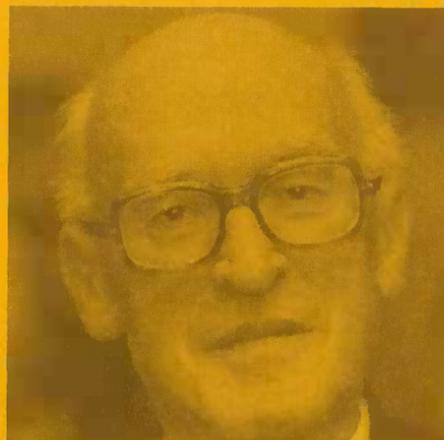
2



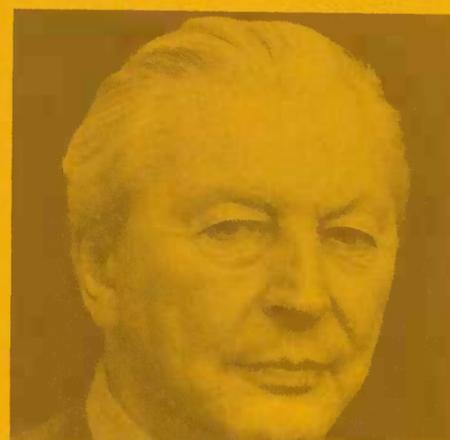
3



4



5



6

Mit der Bürgermedaille ausgezeichnet

1976

Wilhelm Beier 8. März

1977

Erika Kienle 25. April
 Gerhard Rösch 2. Mai
 Prof.Dr.med.Dr.med.h.c. Hans-Erhard Bock 9. Oktober
 Staatsrat Prof.Dr.phil. Theodor Eschenburg 9. Oktober
 Prof.Dr.jur.Dr.phil.h.c.D.theol. Ludwig Raiser 9. Oktober
 Prof.Dr.theol.D.D. Ernst Käsemann 9. Oktober
 Richard Jäger, Bürgermeister a.D. 27. Oktober

1978

Cilli Grafe-Oesterreich 11. August
 Ernst Schittenhelm 11. August
 Adolf Theis, Universitätspräsident 11. August
 Alfred Pirolet, Aigle 11. August
 Raymond Deferr, Monthey 11. August
 Robert C. Robinson, Durham 11. August
 Louis D. Belcher, Ann Arbor 11. August
 Marius Fischer, Kingersheim 11. August
 Hans Gräub, Kilchberg/Zürich 11. August
 Alain Joissains, Aix-en-Provence 11. August

1980

Dr.jur. Wolfgang Mülberger, Oberbürgermeister a.D. 18. Juli

1981

Josef Bisinger, Ortsvorsteher a.D. 10. Januar
 Karl Schaal, Ortsvorsteher a.D. 10. Januar
 Friedrich Seethaler, Ortsvorsteher a.D. 10. Januar

Illustre und andere

Empfänge auf dem Rathaus

Blättert man im Gästebuch der Stadt, könnte man meinen, auf dem Rathaus sei ständiges Kommen und Gehen. Schaut man genauer hin, wird man gewahr, daß die Stadt Wein aus ihrem scheinbar nie versiegenden Keller besonders gerne Gästen der Alma mater kredenzt, Teilnehmern zumal von Kongressen und Symposien, zu Brenzeln und small talk über Tübinger Spezialitäten und die Feinheiten hausgemachter Politik. Nehmen wir als Beispiel das Jahr 1977 (es kann nur eine Auswahl sein). Nach dem Neujahrsempfang am 8. Januar ließen sich willkommen heißen:

24. März:
 Conference on Determination of Molecular Structure by Microwave Spectroscopy and Electron Diffraction
 15. April:
 Staatssekretär Dr. Guntram Palm
 2. Juni:
 Arbeitskreis Virologie der Deutschen Phytomedizinischen Gesellschaft
 17.-19. Juni:
 Ehrengäste des Uhlandgaus anlässlich eines Chorfestes
 18. Juli:
 VI. Internationales Physiker-Kolloquium
 29. August:
 Südostasiatische Kulturwoche
 2. September:
 Internationales Symposium "Photosynthese Oxygen Evolution"
 23. September:
 Internationales Symposium für Chirurgen
 30. September:
 Deutsche Gesellschaft für Pilzkunde
 9. Oktober:
 Repräsentanten der 500 jährigen Universität Tübingen und aller Partnerstädte
 29. Oktober:
 Eugene Jonsco, Mitglied der "Academie française"
 15. November:
 Willy Schyns, Belgien, Mitglied des Europäischen Parlaments
 19. November:
 Tom Normanton, Britisches Unterhausmitglied und Mitglied des Europäischen Parlaments

Vergnüglicher Rathausempfang im Oktober 1977: Vor den beiden Weltumfahrern Joachim Funk und Walter Füger dreht das Stadtoberhaupt im Rathausöhrn eine Ehrenrunde auf dem Fahrrad.



Nach vierzig Jahren

Ehemalige jüdische Mitbürger zu Besuch in Tübingen

Begonnen hatte es im Oktober 1963. Aus Anlaß der 450-Jahrfeier des Tübinger Vertrags suchte die Stadt erste Kontakte zu überlebenden Tübinger Juden im In- und Ausland. Nach einem Aufruf in der Zeitung gingen von in Tübingen lebenden Bekannten und Verwandten Adressen auf dem Rathaus ein. Lilli Zapf stellte die von ihr für ihr Buch "Die Tübinger Juden" ermittelten Anschriften zur Verfügung. Seitdem bekommen die jüdischen Mitbürger von einst zum Jahreswechsel einen Gruß der Stadt: die Tübinger Blätter etwa oder einen Tübinger Kalender.

Aus ihren Antwortschreiben war immer wieder herauszuhören gewesen, daß sie die alte Heimat gerne einmal wiedergesehen hätten. Diesen Wunsch hat Oberbürgermeister Dr. Schmid vergangenes Jahr aufgenommen: Nach Absprache mit den Fraktionsvorsitzenden wurden die Tübinger Emigranten für eine Woche eingeladen.

Die Resonanz war überraschend positiv. Von 59 angeschriebenen antworteten 45, doch mußten 20 von ihnen hauptsächlich aus gesundheitlichen Gründen absagen. Die meisten stehen heute in hohem Alter, weswegen die Stadt je eine Begleitperson mit einlud. Der Gemeinderat bewilligte eine außerplanmäßige Ausgabe von 130 000 Mark.

Am 2. September letzten Jahres war es soweit: Der Oberbürgermeister konnte 44 Gäste, unter ihnen 19 Begleitpersonen, willkommen heißen. 29 waren aus USA angereist, acht aus Israel, vier aus Südafrika, je eine aus Portugal, England und aus dem Schwarzwald. Die älteste Teilnehmerin war 86 Jahre alt.

Es blieb den im "Hospiz" untergebrachten ehemaligen Tübinger Juden genug Raum für eigene Aktivitäten, sie trafen sich mit alten, Freunden, Nachbarn und Schulka-

meraden und besuchten auch das Stadtfest. Unbeschwerte Erinnerungen an Kindheits- und Jugendjahre weckte der Gang durch die fast unveränderte Altstadt; Bitterkeit, Trauer und Tränen dagegen auf dem jüdischen Friedhof bei Wankheim vor dem von Viktor Marx gestifteten Gedenkstein für die ermordeten Juden aus Tübingen und Reutlingen und an dem Gedenkbrunnen in der Gartenstraße, dort wo die Synagoge gestanden hatte.

Höhepunkt des von schönstem Wetter begünstigten Programms war die feierliche Begrüßung im Großen Sitzungssaal des Rathauses. Der Oberbürgermeister gab den nach 40 Jahren in der ehemaligen Heimat weilenden Tübingern vorab Orientierungshilfe über den politischen und geistigen Zustand des Landes und der Stadt. Ihr Besuch sei dazu angetan, in Tübingen wieder darüber nachzudenken was geschehen sei, um, "so hoffe ich, zu verhindern, daß so etwas jemals wieder geschieht".

Prof. Dr. Hans Mayer, namhafter Literaturwissenschaftler, selbst Jude, Emigrant und Heimkehrer bei der gleichen Gelegenheit: "Ich kann ein bißchen nachempfinden, was Sie jetzt bewegt." Sein Thema zu diesem Anlaß könne deshalb nur er selbst sein; seine Geschichte jedoch nur ein Hinweis auf barbarische Zustände unserer Zeit, denen heute wie damals mit Gleichgültigkeit begegnet werde: "Wir machen Fortschritte in der Inhumanität, auch indem wir uns an sie zu gewöhnen scheinen."

Arnold Marque als Gast erinnerte an Treblinka, Majdanek und Auschwitz: "Wir müssen es erzählen, nicht um jemanden zu demütigen, sondern um unsere Kinder und Kindeskinde zu lehren, niemanden zu demütigen." Er sagte persönlichen Dank und überbrachte eine Grußadresse der Bürgermeisterin seiner Wahlheimat San Francisco, dem Oberbürgermeister verehrte er eine englische Übersetzung der Dissertation "Schicksalsidee im Judentum" seines Vaters Dr. Josef Wochenmark, der in Tübingen als Vorsänger und Religionslehrer der jüdischen Gemeinde amtiert hatte.

Der am Sabbat vorgesehene Synagogenbe-

such in Stuttgart fand ebenso Anklang wie Ausflüge auf die Schwäbische Alb und in den Schwarzwald.

Presse, Funk und Fernsehen schenkten der Anwesenheit der jüdischen Gäste große Beachtung und rückten mit Interviews und Berichten die leidvolle deutsch-jüdische Geschichte und deren Bewältigung am Beispiel Tübingens in den Blickpunkt der Öffentlichkeit.

Schon aus den Tischreden beim Abschiedessen am Abend des 8. Septembers, deutlicher noch aus vielen Dankesbriefen und -gedichten, spricht die Freude, ja Begeisterung, die der Besuch in Tübingen und die herzliche Aufnahme nicht nur durch alte Freunde, sondern durch die gesamte Bevölkerung auslöste. Es spricht daraus auch die Erleichterung, daß heute in Deutschland die Vergangenheit nicht verdrängt, sondern ungeschminkt beim Namen genannt und die junge Generation so davor bewahrt wird, in ähnliche Fehler zu verfallen.

Kurt Adler aus New Jersey beim Abschied: "Ich steige in dem Bewußtsein ins Flugzeug, die alte Heimat wiedergefunden zu haben."



1

Nach 30 Jahren sehen sie ihre ehemalige Heimat wieder: Tübinger Juden zu Besuch. Der Oberbürgermeister heißt sie auf dem Rathaus willkommen (1)

Am Mahnmal des jüdischen Friedhofs in Haigerloch Frau Hannelore Marx aus New York und Lisbeth Schwab, geborene Stern (früher Neckargasse) Villingen-Schwenningen (2)

2



3

Prof. Hans Mayer bei seiner Ansprache (3)



Kurt Adler aus Englishtown/New Jersey, USA im Gespräch mit Eugen Schmid (4)

4



Mehrgliedriges Parlament

Der Gemeinderat

Der Gemeinderat als Hauptorgan der Gemeinde, bestehend aus den Gemeinderäten und dem Oberbürgermeister, legt fest, nach welchen Grundsätzen die Gemeinde zu verwalten ist. Er überwacht die Ausführung seiner Beschlüsse und kontrolliert die Verwaltung. Es ist jedoch kein kommunales Parlament. Denn er hat nicht allein Satzungen (etwa Bebauungspläne, Abfallbeseitigung, Haushalt, Erschließungsbeiträge) und Verordnungen (Marktordnung, Streupflicht) zu beschließen, er trifft auch reine Verwaltungsentscheidungen (Personalfragen, Steuer- und Abgabenstundungen, Gewährung von Zuschüssen).

In seiner doppelten Funktion als Chef der Verwaltung und Vorsitzender des Gemeinderats wirkt der Oberbürgermeister an allen Beschlüssen des Gemeinderats mit und schafft zugleich eine direkte Verbindung zwischen Verwaltung und bürgerschaftlicher Vertretung.

Um eine angemessene Interessenvertretung der 1971 eingegliederten Teilorte im Gemeinderat zu garantieren, ist das System der unechten Teilortswahl eingeführt worden, das heißt, die Anzahl der Sitze des Gesamtgemeinderats wird vorab auf die einzelnen Wohnbezirke aufgeteilt, im einzelnen Wohnbezirk kann der Wähler jedoch alle Gemeinderäte mitwählen.

Erste Probleme mit diesem Wahlsystem zeigten sich im Wahljahr 1980. Mit der Novellierung des Kommunalwahlrechtes und dem dabei eingeführten Verhältnisgleichgewicht durch Ausgleichssitze wurde zum ersten Mal der Grundsatz der im voraus bestimmten Zahl der Gemeinderäte durchbrochen. Bedingt durch diese Änderungen erhöhte sich die Zahl der Räte in Tübingen von bisher 48 auf 58. Der Gemeinderat hatte sich vor der Wahl nicht dazu entschließen können, die Sitzzahl zu reduzieren, um damit mögliche Ausgleichssitze aufzufangen.

Nach der Wahl vom 20. April 1975 setzte sich der Gemeinderat aus folgenden Mitgliedern zusammen:

Artur Achstetter	Freier Architekt	UFW
Dr. Hugo Baumann	Forstdirektor	CDU
Gerhard Bialas	Gärtnermeister	DKP
Dr. Hans-Otto Binder	Akad.Oberrat	SPD
Dr. Else Bohnet ^{x)}	Oberregierungsmedizinalrätin i.R.	FDP
Gotlind Braun	M.A. Programmassistentin	SPD
Walter Braun	Freier Architekt	SPD
Dr. Eckhard Breitingen	Wissenschaftl. Assistent	SPD
Claus Bürker	Elektromechaniker	SPD
Michael Erbe	Assessor	FDP
Wilhelm Friesch	Flaschner- und Installateurmeister	FDP
Martha Friess	Hausfrau und Lehrerin	CDU
Othmar Fritsch	Polizeihauptkommissar	SPD
Gottfried Fritz	Stukkateurmeister	UFW
Erwin Geist	Gewerkschaftssekretär	SPD
Gerhard Haar	Gartengestalter	UFW
Alma Hämmerle	Hausfrau	CDU
Kurt Hafner	Direktor	UFW
Alfred Haile	Richter am Amtsgericht a.D.	CDU
Hermann Hepper	Freier Architekt	UFW
Ludwig Hönle	Geschäftsführer	CDU
Ernst August Karrer	Schreinermeister	UFW
Otto Kentner	Oberschulrat a.D.	UFW
Georg Kern	Schlossermeister	UFW
Elisabeth Kirrmeier-Renner	Rundfunkredakteurin	SPD
Hans-Peter Klein	Installateurmeister	CDU
Horst Kunz	Polizeirat	CDU
Hugo Lohmüller	Bauunternehmer	CDU
Klaus-Peter Lütcke ^{x)}	Diplomvolkswirt	SPD
Detlev Majewsky	Studienrat	SPD
Willy O. Marschall	Akad. Direktor	SPD
Walter Merk	Freier Architekt	CDU
Friedrich Rauscher	Bankdirektor	UFW
Hedwig Rieth	Hausfrau	SPD
Brigitte Riethmüller	Buchhändlerin	UFW
Hans Schäfer	Zimmermeister	UFW
Wilhelm Schölkopf	Bankkaufmann	SPD
Dr. Heinz-Eugen Schramm	Reg. Angestellter	UFW

Hans Schreiber	Richter am Landgericht	SPD
Ulrich Schreiner	Flaschnermeister	UFW
Harald Schwaderer	Assessor des Lehramts	DKP
Karl Schweizerhof	Oberregierungsbaudirektor	CDU
Wilhelm Volle	Postbetriebsinspektor	CDU
Albert Weidle	Verwaltungsdirektor	SPD
Gerhard Weimer	Studienreferendar	SPD
Wolfgang Werner	Direktor des Bürger- und Verkehrsverein	UFW
Johannes Wössner	Kirchenpfleger	CDU
Monika Zorell	Studienreferendarin	SPD

^{x)} Dr. Bohnet: ausgeschieden am 07.08.78; nachgerückt ist Karl Holbach
Lütcke: ausgeschieden am 05.05.80; nachgerückt ist Hans Schmidt

Der Gemeinderat nach dem 22. Juli 1980:

Dr. Wolfgang Adolph	Zahnarzt	CDU
Herrmann Ballarin	Diplomgeograph	AL
Dr. Hugo Baumann	Forstdirektor	CDU
Gerhard Bialas	Gärtnermeister	DKP
Peter Bosch	Landwirt	UFW
Friedrich Braun ^{x)}	Landwirtschaftsmeister	CDU
Gotlind Braun	M.A., Angestellte	SPD
Walter Braun	Freier Architekt	SPD
Dr. Eckhard Breitingen ^{x)}	Dozent	SPD
Dr. Dorothea von Dadelsen	Hausfrau	CDU
Rüdiger Diez	Rechtsanwalt	AL
Hans-Dieter Eitle	Freier Architekt	UFW
Ingeborg Enderlein	Hausfrau	FDP
Michael Erbe	Regierungsrat	FDP
Richard Fridrich	Gastwirt	CDU
Wilhelm Friesch	Flaschner- und Installateurmeister	FDP
Martha Friess	Hausfrau	CDU
Othmar Fritsch	Polizeihauptkommissar	SPD
Bruno Gebhart	Buchhändler	AL
Erwin Geist	Gewerkschaftssekretär i.R.	SPD
Alma Hämmerle	Hausfrau	CDU
Kurt Hafner	Direktor	UFW

Alfred Haile	Amtsgerichtsdirektor a.D.	CDU
Heidrun Haug	Lehramtskandidatin	DKP
Ludwig Hönle	Geschäftsführer	CDU
Annemarie Hopp	Vikarin	SPD
Ernst-August Karrer	Schreinermeister	UFW
Otto Kentner	Oberschulrat a.D.	UFW
Georg Kern	Schlossermeister	UFW
Elisabeth Kirmeyer-Renner	Redakteurin	SPD
Dr. Gisela Koslowski	Hausfrau und Ärztin	UFW
Dr. Albrecht Kühn	Facharzt für innere Krankheiten	UFW
Stefan Kunkel x)	Vikar	SPD
Horst Kunz	Polizeidirektor	CDU
Adelheid Kuss	Fachlehrerin	AL
Hugo Lohmüller	Bauunternehmer	CDU
Detlev Majewsky	Oberstudienrat	SPD
Willy O. Marschall	Akad. Direktor	SPD
Rainer Mühlich	Freier Architekt	AL
Brigitte Riethmüller	Buchhändlerin	UFW
Prof. Dr. Friedrich Schäfer	Staatssekretär a.D.	SPD
Dorte Schmeissner	Rechtsanwältin	SPD
Siegfried Schneck	Malermeister	CDU
Adolf Schramm	Schlossermeister	UFW
Ulrich Schreiner	Flaschnermeister	UFW
Harald Schwaderer	Lehrer	DKP
Karl Schweizerhof	Leit. Regierungsbaudirektor	CDU
Johannes Sobetzko	Studienreferendar	AL
Ulrike Soehlke	Kauffrau	AL
Manfred Stecher x)	Oberstudienrat	CDU
Verena Stolz-Schimpf	Kauffrau	FDP
Wilhelm Volle	Postbetriebsinspektor	CDU
Albert Weidle	Verwaltungsdirektor	SPD
Gerhard Weimer	Oberstudienrat	SPD
Wolfgang Werner	Direktor des Bürger und Verkehrsvereins	UFW
Johannes Wössner	Kirchenpfleger	CDU
Klaus Wüst	Rechtsanwalt	CDU
Monika Zorell	Studienrätin	SPD

x) Friedrich Braun: ausgeschieden am 22.6.1981; nachgerückt ist Klaus Röscheisen
 Dr. Eckhard Breiting: ausgeschieden am 22.6.1981; nachgerückt ist Doris Zeeb
 Stefan Kunkel: ausgeschieden am 22.6.1981; nachgerückt ist Hans Schreiber
 Manfred Stecher: verstorben am 31.5.1981; nachgerückt ist Bernd Gossger



Ganz leicht fällt der Abschied vom Großen Sitzungssaal und von den Kollegen nicht, wenn jemand dem Gemeinderat so lange angehört wie etwa Hedwig Rieth (mit der der Vorsitzende bei dieser Gelegenheit durch die Blume redet).

Die Fraktionen

Zur vorbereitenden Diskussion haben sich im Gemeinderat Mitgliedervereinigungen, Fraktionen, gebildet. Bei seiner Stimmabgabe im Ausschuß und Plenum ist der einzelne Gemeinderat jedoch nicht an das Ergebnis des Willensbildungsprozesses in der Fraktion gebunden; er ist vielmehr verpflichtet, nach freier, nur am Wohl der Gemeinde orientierter Überzeugung zu entscheiden.

Sitzverteilung im Gemeinderat

1975		
SPD	16	(33,3 %)
UFW	14	(29,2 %)
CDU	13	(27,1 %)
FDP	3	(6,2 %)
DKP x)	2	(4,2 %)

x) Kein Fraktionsstatus. Mindeststärke einer Fraktion laut Geschäftsordnung 3 Mitglieder

1980		
CDU	17	(29,3 %)
SPD	15	(25,8 %)
UFW	12	(20,7 %)
AL	7	(12,1 %)
FDP	4	(6,9 %)
DKP	3	(5,2 %)

Ausschüsse, Beiräte, Kommissionen

Zur Entlastung der Vollversammlung wird ein Großteil bevorstehender Entscheidungen in gemeinderätlichen Teilgremien vorberaten oder in eigener Zuständigkeit entschieden. Beiräte und Kommissionen setzen sich im Vorfeld späterer Gemeinderatsdebatten mit orts- und sachspezifischen kommunalen Fragen auseinander:

Ortsbeiräte Lustnau, Derendingen/Südstadt, Mitte-West (seit 1980) und Nordstadt (seit 1980)

Verkehrsbeirat

Beirat für Städtebau und Ökologie

Beirat für Sportstättenbau

Nahverkehrskommission

Kommission für Bürgeranfragen und Beschwerden (seit 1980)

Partnerschaftskommission (seit 1980)

Ihr Aufgabenspektrum ist in Grundzügen mit ihrer Bezeichnung umrissen.

Der Gemeinderat und seine Ausschüsse haben vom 1. Januar 1975 bis 31. Dezember 1981 wie folgt getagt (erste Ziffer = Sitzungen, zweite Ziffer = Beratungspunkte):

Gemeinderat	142	/	1 321
Verwaltungsausschuß	165	/	1 753
Werksausschuß	36	/	249
Kulturausschuß	18	/	108
Sozialausschuß	21	/	122
Umlegungsausschuß	23	/	120
Sanierungsausschuß	54	/	238
Rationalisierungsausschuß	13	/	23

In diesen Sitzungen ist unter anderem folgendes beschlossen worden:

1975

5. Mai:

Erweiterungsbau des Wildermuth-Gymnasiums

22. September:

Die Stadt erklärt sich gegenüber dem Land Baden-Württemberg bereit, als Beitrag zum Konjunkturprogramm des Landes die Altstadtsanierung in Tübingen nicht nur auf die bisher festgelegten Sanierungsgebiete zu beschränken, sondern alle weiteren, für die Erneuerung des Stadtzentrums notwendigen Maßnahmen zu ergreifen und gegebenenfalls weitere Sanierungsgebiete auszuweisen.

20. Oktober:

Das Schwabenhaus wird vorerst nicht als Sanierungsobjekt in den Maßnahmenkatalog zum Konjunkturprogramm des Landes aufgenommen.

1976

8. März:

Der Bereich Neckargasse/Holzmarkt/

Kirchgasse wird zur Fußgängerzone erklärt.

22. März:

Der Bebauungsplan "Ortsdurchfahrt Hagelloch" wird als Satzung beschlossen. Eine Reihe, aus der Bürgerbeteiligung hervorgegangener Anregungen und Bedenken werden in den Satzungsbeschluß einbezogen.

20. Dezember:

Die Konzeption der Stadtwerke, ihre Betriebs- und Verwaltungsgebäude aus organisatorischen und wirtschaftlichen Gründen von der Nonnengasse in die Eisenhutstraße zu verlegen, findet die Zustimmung des Gemeinderats.

1977

7. März:

Um dem dringenden Bedarf an Parkflächen nachzukommen beschließt der Gemeinderat, an der Herrenberger Straße/Rümelinstraße ein Parkhaus in städtischer Regie zu erstellen, nachdem zuvor kein Wirtschaftsunternehmen für dieses Projekt gewonnen werden konnte.

13. Juni:

Wahl des 2. Beigeordneten, Bürgermeister Klaus A. Blanke.

1978

22. Mai:

Ein Ingenieurbüro wird beauftragt, zum Bau einer Fuß- und Radwegbrücke zwischen den Mühlbachäckern und den städt. Grünanlagen eine baureife Planung auszuarbeiten.

07. August:

Dem Vorschlag des Hochbauamtes zur Umgestaltung des Geländes zwischen Westbahnhofstraße und Schleifmühlweg mit dem Ziel, die Hermann-Hepper-Turnhalle zur Mehrzweckhalle umzubauen, wird zugestimmt.

04. Dezember:

Der Bebauungsplan "Sanierungsgebiet Hintere Grabenstraße/Lustnauer Tor" wird als Satzung beschlossen. Hauptziel der Planung und Sanierung ist es, in diesem Bereich ein Kaufzentrum mit Parkhaus errichten zu können.

1979

22. Januar:

Die Satzung zur Aufhebung der Einwohnersteuersatzung wird verabschiedet.

12. März:

Der Gemeinderat befürwortet den Bau der Nordtangente (Variante mit Doppeltunnel).

26. März:

Zur Gestaltung des historischen Stadt- und Straßenbildes im Tübinger Stadtkern wird die Stadtbildsatzung beschlossen.

07. Mai:

Dem Nachbarschaftsverband Reutlingen-Tübingen wird eine beschlußreife Empfehlung zur Gestaltung des Flächennutzungsplanes - Planbereich Tübingen - vorgelegt.

23. Juli:

Die Bauplanung eines Ingenieurbüros zum "Schulzentrum Feuerhägle" findet die Zustimmung des Gemeinderats.

17. Dezember:

Der Bebauungsplan "Himmelwerksgelände" wird als Satzung beschlossen.

1980

02. Juni:

Änderung des Vertragsangebotes gegen-

über der Firma Treubau: Abweichend vom früheren Angebot wird die Stadt das Parkhaus selbst bauen und der Treubau nur die Baubetreuung bis zur Einreichung des Baugesuchs für das Parkhaus übertragen.

04. September:

Verabschiedung der ausscheidenden Stadträte und Verpflichtung der neu- und wiedergewählten Stadträte.

1981

23. Februar:

Der Gemeinderat entscheidet sich gegen die von SPD-, AL-, FDP- und DKP-Fraktion propagierte "Südwestumfahrung Derendingens".

16. März:

Die Verwaltung wird beauftragt, beim Regierungspräsidium Tübingen die Aufnahme der Stadt in das "Wohnumfeldprogramm (WUP) des Landes" zu beantragen. Beim WUP handelt es sich um ein mehrjähriges Förderprogramm des Landes Baden-Württemberg zur Verbesserung des Wohnumfeldes im innerstädtischen Be-

reich.

27. April:

Das von der Bürgerinitiative "Schimpf/Nordtangente" eingereichte Bürgerbegehren auf Durchführung eines Bürgerentscheids zum Kaufhausprojekt Hintere Grabenstraße wird als unzulässig zugewiesen.

11. Mai:

Umgründung der Stadtwerke. Der Eigenbetrieb Stadtwerke ist ab 1.7.1981 als Eigenengesellschaft in der Unternehmensform einer GmbH fortzuführen.

22. Juni und 31. August:

Die Rahmenpläne für die Stadtteile Bühl, Hirschau und Pfrondorf werden verabschiedet.

26. Oktober:

Beim Nachbarschaftsverband Reutlingen-Tübingen wird beantragt, im Rahmen der Fortschreibung des Flächennutzungsplanes für den Planbereich Tübingen einige Korrekturen zu beschließen; beispielsweise die Streichung des geplanten Gewerbegebiets Schwaigbrühl.

Der Gemeinderat nimmt einen Augenschein



Partner und Paten

Tübingen unterhält partner- und patenschaftliche Beziehungen zu:

Aigle/Schweiz (12. Oktober 1973)

Aix-en-Provence/Frankreich (20. Oktober 1960)

Ann Arbor/USA (27. November 1965)

Durham/England (6. Juli 1969)

Kingersheim/Frankreich (14. September 1963 mit der ehemaligen Gemeinde Hirschau)

Kilchberg/Schweiz (29. August 1981, vorher freundschaftliche Beziehungen seit dem Jahre 1956)

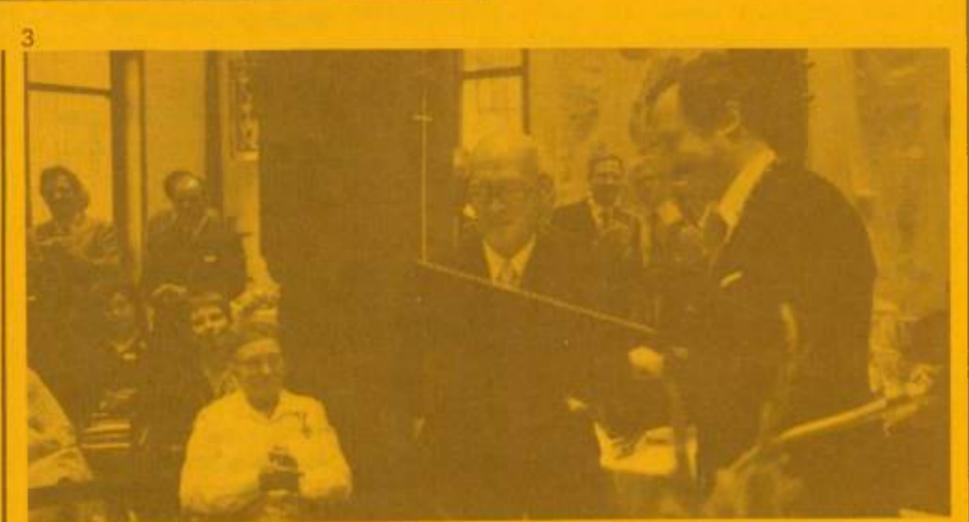
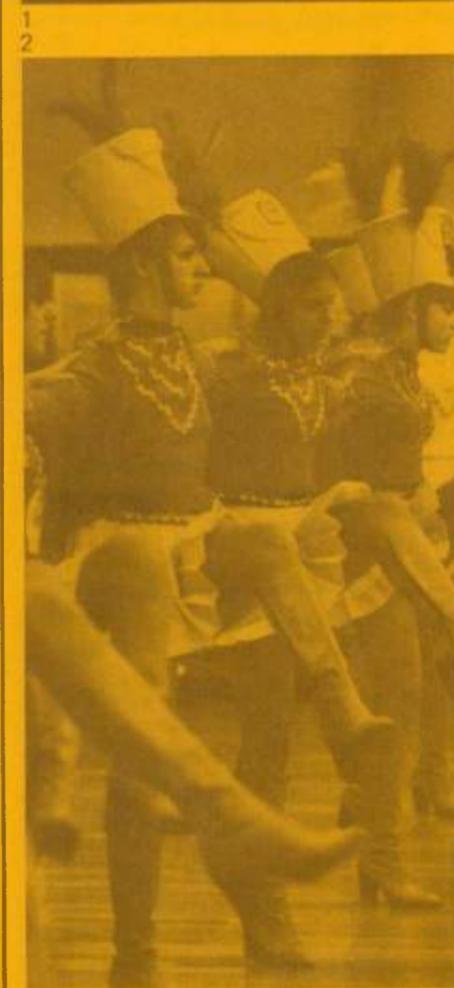
Monthey/Schweiz (14. Juni 1959)

Minenjagdboot "Tübingen" der Deutschen Bundesmarine, getauft am 12.08.1957, Wiederindienststellung am 20.03.1978

FMS "Tübingen", Fischereimotorschiff der "Nordsee - Deutsche Hochseefischerei GmbH", Cuxhaven, getauft am 19. Mai 1965

City Jet "Tübingen", Boeing 737 der Deutschen Lufthansa, getauft am 1. Juli 1968

Am 12. Oktober 1978 hat Oberbürgermeister Dr. Schmid im Palais Luxembourg in Paris vom Präsidenten des französischen Senats, Alain Poher, den Preis France-Allemagne entgegengenommen, als Auszeichnung für die vielschichtigen Austauschmaßnahmen Tübingens mit seinen Partnerstädten, insbesondere in Frankreich.



"Patenkinder" zu Besuch auf dem Tübinger Rathaus: Besatzungsmitglieder des Minenjagdbootes "Tübingen".

Nicht nur zu Neujahr bittet die Stadt zu sich aufs Rathaus (1,3); während der Partnerschaftstage im August 1979 waren bei ihr zu Gast auch "leicht geschürzte" Majoletten (2). Im Juli 1980 ehrte Tübingen seinen früheren Oberbürgermeister Dr. Wolf Mülberger zum 80. Geburtstag mit der Bürgermedaille (4).

Der Geschäftsverteilungsplan des Bürgermeisteramts

Geschäftskreis des Oberbürgermeisters

Oberbürgermeister Dr. Eugen Schmid

Vorsitz in der Vollversammlung, in sämtlichen Ausschüssen, Beiräten und Kommissionen des Gemeinderats

Unmittelbar unterstellte Dienststellen

Hauptamt
Archiv
Personalamt
Rechnungsprüfungsamt
Stadtpflege
Stadtkasse
Steuerabteilung
Liegenschaftsamt
Rechtsreferat

Geschäftskreis des Ersten Beigeordneten

Erster Bürgermeister Dr. Albrecht Kroy-
mann

Ständige Vertretung des Oberbürgermei-
sters im Vorsitz folgender Ausschüsse und
Beiräte

Ständige Vertretung des Oberbürgermei-
sters in der Leitung der Verwaltung
(ständige Sondervertretung)

Verwaltungsausschuß
Kulturausschuß
Sozialausschuß
Rationalisierungsausschuß
Beirat für Sportstättenbau
Verkehrsbeirat
Ortsbeiräte

Amt für öffentliche Ordnung
Standesamt
Schul- und Sportamt
Kulturamt
Stadtbücherei
Kunsthalle
Sozialamt
Schlacht- und Viehhof
Stadtwerke GmbH

Geschäftskreis des Zweiten Beigeordneten

Bürgermeister Klaus Blanke

Ständige Vertretung des Oberbürgermei-
sters im Vorsitz folgender Ausschüsse und
Beiräte

Ständige Vertretung des Oberbürgermei-
sters in der Leitung der Verwaltung
(ständige Sondervertretung)

Umlegungsausschuß
Sanierungsausschuß
Beirat für Städtebau und Ökologie

Bauverwaltungsamt
Stadtplanungsamt
Sonderamt für Altstadtsanierung
Bauordnungsamt
Hochbauamt
Stadtgärtnerei
Tiefbauamt
Stadtmessungsamt

Mut zu neuen Ufern

Die Politik der Stadt Tübingen wurde in den Jahren 1975 bis 1981, die dieser Bericht umfaßt, von drei Gemeindeparlamenten mitgeprägt. Dem ersten, dem ich bis zu meiner Amtsübernahme am 3. Januar 1975 selbst einige Zeit angehörte, folgte, nachdem das "rollierende System" abgeschafft worden war, im April 1975 ein erstmals in vollem Umfang neugewähltes. Veranlaßt durch eine Entscheidung des Staatsgerichtshofs zum Kommunalwahlgesetz verlängerte der Landtag die Amtsperiode dieses zweiten Gemeinderats; sie dauerte schließlich bis zum September 1980.

Sowohl die umfassende Neuwahl wie auch die außergewöhnlich lange Amtsdauer ermöglichten eine in der Nachkriegsgeschichte unserer Stadt einmalige, kontinuierliche und kreative kommunale Arbeit, die noch dadurch stabilisiert war, daß in der ganzen Zeit nur zwei Stadträte aus dem Gremium ausschieden.

Der derzeit amtierende dritte Gemeinderat ist der größte, den Tübingen je sah. Das neue Kommunalwahlrecht führte zusammen mit der in Tübingen praktizierten "unechten Teilortswahl" zu zehn Ausgleichsmandaten: Statt 48 hatte Tübingen nach der letzten Kommunalwahl plötzlich 58 Stadträte und - auch das ist neuer Rekord - sechs Fraktionen. Die parlamentarische Dimension, die der Gemeinderat damit erreicht hat, ist für das oberste Verwaltungsorgan einer Stadt wie Tübingen sicher zu groß.

Insbesondere der fünfeinhalb Jahre amtierende zweite Gemeinderat nutzte die Chance, zusammen mit der Verwaltung neue Perspektiven aufzuzeigen. Wie andere Städte hatte auch Tübingen in der Vergangenheit auf Wachstum gesetzt. Die Universität explodierte, neue Stadtteile waren gebaut, Nachbargemeinden "eingegliedert" worden. Mehr Fläche, mehr Einwohner, mehr Studenten, mehr Wohnungen, mehr Arbeitsplätze, mehr Verkehr und mehr öffentliche Einrichtungen



Dr. Eugen Schmid, Oberbürgermeister seit 3. Januar 1975.

— das politische Credo der Wirtschaftswunderzeit.

Die Kosten dieser Wachstumspolitik, seien es die Eingriffe in die Natur oder die Zerstörung gewachsener, überschaubarer Strukturen, wurden gegenüber den Erträgen vernachlässigt.

Als dann die Realität die Idee von den "großen Einheiten" entzauberte, als Grenzen der Ökonomie sichtbar wurden, die Bevölkerung nicht mehr weiter wuchs und die Euphorie der Zentralisten verflog, da war die Gegenbewegung unausweichlich. Mit ihrer populären Parole "small is beautiful" sehnt sie sich zurück nach der angeblich "guten alten Zeit" und flüchtet in idyllische Vorstellungen von Politik und Wirtschaft.

In dieser Phase des Umbruchs galt es, einerseits den modischen Gefahren zu widerstehen, andererseits mit Leidenschaft, aber auch mit Augenmaß die neuen Quantitäten durch neue Qualitäten zu bereichern. Alte Wegmarken mußten korrigiert werden. Eine erste Kursänderung traf die Straßenbaupolitik: Die vierspurige Friedrich- und Mühlstraße wurde ebenso aus den Plänen gestrichen wie die Österbergrandstraße. Wer spricht heute noch davon? Dabei blieb es nicht. Der Stadtentwicklungsplan und ihm folgend der Flächennutzungsplan - beide ein Novum für Tübingen - kappten die ehemaligen Großplanungen und definierten das Verhältnis von Expansion und Substanz-

pflüge neu; unter Abwägung ökonomischer und ökologischer Gesichtspunkte reduzierten sie alte, weitergehende Vorstellungen von künftigen Wohn- und Gewerbegebieten auf einen bescheideneren, gleichwohl realistischen Umfang. Auf diesen Fundamenten wurden beispielsweise die Bebauungspläne für das allgemeinbildende und berufliche Schulzentrum "Feuerhägle", für das Gewerbegebiet "Unter dem Holz" oder für die Wohngebiete "Ursrain" und "Herrlesberg" ausgeformt.

Zentrales kommunalpolitisches Thema wurde indes die lange vernachlässigte Altstadt. In einem Rahmenplan präziserte der Gemeinderat die Sanierungsziele: Die Lebens-, Wohn- und Arbeitsverhältnisse sollten gleichmäßig verbessert werden, um jegliche Ghettoisierung zu vermeiden. Zusammen mit der Stadtbildsatzung, die erstmals die historischen Gestaltungselemente der Gebäude umfassend festschreibt, bildet er das Grundgesetz für die Altstadtsanierung.

Was auf dieser Basis in den letzten Jahren rund um Jakobs-, Stifts- und Johanneskirche, im Lammhof, hinter dem Rathaus, in der Metzgergasse, kurz: in der oberen und unteren Stadt realisiert und investiert wurde, hat wesentlich zu einem neuen Stadtbewußtsein beigetragen; Bürger, Gäste und Besucher sind von den sichtbaren Erfolgen begeistert.

Zu bunten Farbtupfern wurden die Stadt-

festen und historischen Märkten, die Folk-festivals und Straßencafés in den neuen Fußgängerzonen. Tübingen pflegt sein junges Gesicht und seine alte Geschichte.

Wesentliches Element der Neuorientierung war es, sowohl in der Kernstadt wie in den Stadtteilen das kulturelle Klima aufzufrischen und im sozialen Bereich Akzente zu setzen. Die Volkshochschule erhielt 1978 endlich eine Heimat im "Schwabenhaus", das Landestheater ein Jahr später in der ehemaligen Stuhlfabrik Schäfer, fast zu gleicher Zeit die junge Musikschule in der ehemaligen Waldorfschule und der Tübinger Künstlerbund im Oktober 1979 im alten Schlachthaus. Die baufällige Scheune beim Salzstadel wurde saniert und ist seit 1976 Domizil für Altstadtvereine. In der ehemaligen Gaststätte "Hirsch" entsteht ein Zentrum für die älteren Mitbürger und dem Pauline-Krone-Heim wird eine Altenpflegeabteilung angegliedert.

Besondere Aufmerksamkeit erforderte nach wie vor die Grundversorgung der Stadt. Während die Gemeinden landauf, landab ihre klassischen kommunalen Investitionsbedürfnisse gesättigt haben, muß das strukturell finanzschwache Tübingen noch immer Schulen, Kindergärten, Sportstätten, Feuerwehrhäuser und Aussegnungshallen bauen. Ein gleichgewichtiger finanzieller Kraftakt galt und gilt den Stadtwerken. Sie aus der Altstadt auszusiedeln in einen Neubau und den bisherigen Eigenbetrieb in eine juristisch selbständige Gesellschaft umzuwandeln, waren einschneidende zukunftsweisende Entscheidungen.

Diese vielfältigen Anstrengungen kosteten ihren Preis. Die planerische Phantasie und finanzielle Risikobereitschaft fand nicht immer das ungeteilte Echo einer sensiblen Bürgerschaft. So wurde in einem spektakulären Bürgerentscheid die "Nordtangentialplanung", die die Verkehrsführung von der Weststadt nach Lustnau hin neu gestalten sollte, verworfen. Zum andern stieg die Verschuldung der Stadt, die von 1975 bis 1979 zunächst sogar abgebaut werden konnte, seitdem rapide, ja besorgniserregend an und wird die Gestaltungsmöglichkeiten künftiger politischer Generationen beträchtlich einengen.

In der Vergangenheit haben Bund und Land die Strukturen unserer Gesellschaft weitgehend bis hinein in die Gemeinden beeinflußt; die Politik war in die Hauptstädte ausgewandert. In Zukunft wird sie wieder mehr in die Kommunen zurückkehren. Denn die Konflikte, die sich aus dem politischen Stimmungsumschwung und der neuen resignativen Kulturbewegung ergeben, werden nicht länger abstrakt in Bonn oder Stuttgart, sondern wieder sehr konkret "vor Ort" in den Städten und Gemeinden ausgetragen. Auch werden knapp gewordene Finanzen der "Modellpolitik" und den "Gemeinschaftsaufgaben" ein Ende bereiten.

Dies wird die Gemeinden und viele lokale Institutionen im sozialen und kulturellen Bereich hart treffen, aber auch von der lästigen "Fremdbestimmung" befreien; die Eigenverantwortung der Selbstverwaltung wird gestärkt werden. Das macht die Kommunalpolitik der nächsten Jahre schwieriger und kantiger, ist aber auch ein Anreiz zu mehr Vielfalt und größerer Beweglichkeit, eine Ermutigung zu neuen Wagnissen.

Ich hoffe, daß Vernunft und Toleranz dabei mehrheitsfähig bleiben werden, auch wenn ich weiß, daß Politik nicht nur mit dem Kopf gemacht wird. Das - nehmt alles nur in allem - erregende politische Klima unserer Stadt, durch gelegentliche Hausbesetzungen und manchmal überbordende Demonstrationen mit unliebsamen Randerscheinungen kaum getrübt, darf durch emotionale Turbulenzen und irrationale Bewegungen nicht verdüstert werden.

Am Ende gilt allen meinen Mitarbeitern, den aktiven und ehemaligen, herzlicher Dank. Sie mußten sich, als ich mein Amt übernahm, auf einen neuen, aufwendigeren, weil offeneren Führungsstil umstellen; das gelang ohne Schwierigkeiten. Seither haben sie mich in all den Jahren hervorragend und pflichtbewußt unterstützt; ihrem Eifer und ihrer Loyalität gebührt meine Hochachtung.

Dem Tübinger Gemeinderat bin ich sehr dankbar, daß er die Tradition der Verwaltungsberichte fortzusetzen bereit war und

die notwendigen finanziellen Mittel freigab. In einer Zeit, wo an allen Ecken und Enden gespart werden muß, ist das nicht selbstverständlich.

Besonders gefreut habe ich mich darüber, daß der langjährige Tübinger Lokalredakteur Paul Sting diesen Bericht gestaltete. Als einer der besten Kenner der Rathauspolitik, einst aufmerksamer Berichtersteller und Kommentator voll kritischer Sympathie, war er prädestiniert, das Material, das die Ämter zusammengestellt haben, aufzuarbeiten und ihm wo möglich einen gegenüber bisherigen Verwaltungsberichten neuen und einheitlichen Stil zu geben.



Dem Jubiläum der Alma mater tubingensis ließ die Stadt 1978 eine 900 Jahrfeier folgen. Das Land gab ihr dabei in Gestalt von Lothar Späth die Ehre.



WAS ZEITUNGEN ÜBER TÜBINGEN ZU BERICHTEN WUSSTEN

San Francisco Examiner
San Francisco Sunday Examiner & Chronicle
The tolerant world of Tuebingen
-From Page 1

Schwäbische Zeitung
Nach fünfjähriger Vorarbeit ist es soweit:
Tübingen feiert Fertigstellung seiner Altstadt-Fußgängerzone

Schwäbisches Tagblatt
Preis offiziell
Innenminister Lothar Späth würdigte Tübingens Stadtbildpflege
Unter sechs Gemeinden ist Tübingen...
Reutlinger Generalanzeiger
Tübingen zum Bersten voll 60 000 beim Stadtfest-Schluß
Zehn Tage lang zur 900-Jahr-Feier heitere Harmonie

Von unserer Tübinger Redaktion
Der Gemeinderat
Stadtsanierung mit Erfolgversprechender Konzeption
Aufwertung von Hinterhof-Quartieren am Beispiel der Stadt Tübingen

LA NAZIONE
Ospiti di Bratislava e Tubinga ricevuti al Palazzo dei Priori
Eine der modernsten im Land:

A-4 The Ann Arbor News, Monday, October 10, 1977
500th Anniversary Tübingen Celebrating

Kläranlage arbeitet optimal
25-Millionen-Projekt ab heute offiziell in Betrieb / Am Wochenende »offene Türen«

Schwäbisches Tagblatt
1078 - 1978: Die Stadt feiert
Schmid: ein Bombenerfolg
5000 Besucher beim Tag der offenen Tür auf dem Rathaus

Noch nie war er so schön wie heute
Stadt kern regeneriert sich unter der Obhut eines Sonderamtes der Stadtverwaltung

Schwäbische Zeitung
Stadt Tübingen überläßt dem Landestheater eine Stuhlfabrik
Minneapolis Tribune
By Beth Reiber
Tübingen, West Germany
The streets are still the same. Cobble and narrow, they still snake their way down hills, squeezing past brown, green-colored houses and bustling marketplaces and courtyards.

Der Tunnel-Plan wird zu den Akten gelegt, doch das Tübinger Verkehrsproblem bleibt
Nach dem Bürgerentscheid herrscht im Gemeinderat Ratlosigkeit

Süddeutsche Zeitung
West German university town an oasis near the Alps
Wiedersehen in Freude und Bitterkeit
Die Stadt Tübingen lädt ehemalige, von den Nazis vertriebene Mitbürger zu einem Besuch ein

„Tübingen ist für junge Leute wie eine Droge“
Das schnelle Wachstum der Massenuniversität macht der Stadt schwer zu schaffen - Hölderlins Tübingen gibt es noch

Tübingen will auf umstrittene Einwohnersteuer verzichten
Tübingen (hos) - Es ist kein das bislang größte und, wäre es v reichste Straßenbauprojekt der dem von ihr gewählten Gemeindef längst die Verbindung zur öffentl innerstädtischen Durchgang durchgeleitet hätte, sollte nach Schmid ein Jahrhundertbauwerk wird bereits die Frage gest

Mädchen für alles

Das Hauptamt

Hauptamt, was heißt das? Unbeteiligte schütteln da regelmäßig den Kopf. Daher vorab etwas über die Aufgaben des Amtes (in Stichworten aufgezählt):

Bereitet die Sitzungen des Gemeinderats und seiner Ausschüsse vor, ist zuständig für Angelegenheiten des Orts- und Gemeinderechts, die Verbindung zu den kommunalen Spitzenverbänden und zu den Partnerstädten, für Repräsentation und Ehrungen, Versicherungswesen, Organisation und Rationalisierung, Elektronische Datenverarbeitung und Datenschutz, das Beschaffungswesen und die Hausdruckerei, Wahlen und Statistik, für Hauptregistratur, Stellenplan- und -bewertung und für den zentralen Posteingang und die Postverteilung.

Das Ortsrecht, das in früheren Jahren in Satzungen zu fassen war, die sich vornehmlich an der Gemeindeordnung von 1956 und am Kommunalabgabengesetz von 1964 orientierten, ist "dank" einer Flut neuer Gesetze, Verordnungen und Entscheidungen der Verwaltungsgerichte ständig fortgeschrieben worden. Dabei hat wie überall, wo Rechte und Pflichten zweifelsfrei zu definieren sind, die Lesbarkeit und Verständlichkeit solcher Regelungen gelitten, man denke etwa an die Satzung über Erschließungsbeiträge.

Heute ist beim Erlaß neuer Normen neben der rechtlichen Seite vermehrt deren praktische Anwendbarkeit zu berücksichtigen. Mit der Norm auch dem Einzelfall gerecht zu werden, ist das anspruchsvolle Ziel. Welchem Wandel das Ortsrecht unterworfen ist, zeigen allein fünf Änderungen der Hauptsatzung zwischen 1975 und 1980. Den 1971 eingegliederten Stadtteilen wurde zugesichert, daß das Tübinger Ortsrecht mit seinen "städtischen" Steuer-, Gebühren- und Beitragsätzen erst nach fünf Jahren auf sie angewendet werde. Die einschneidende Vereinheitlichung ist inzwischen vollzogen.



Eugen Raisch, 55, leitet das Amt seit 1. Oktober 1960.

Die im Grundgesetz und in der Landesverfassung verankerte Maxime der repräsentativen Demokratie wird auch in der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg verwirklicht. Die Demokratisierungsnovelle vom 4. November 1975 eröffnete die Möglichkeit, den Bürger weit mehr als bisher an der Gestaltung des Lebens seiner örtlichen Gemeinschaft zu interessieren und ihn in die Kommunalverwaltung einzubeziehen. Die Bürgerschaft bekam das Recht, eine Bürgerversammlung zu beantragen (§ 20a GO). Mit dem ebenfalls neu eingeführten Instrument des Bürgerantrags (§ 20b GO) ist ihr ferner eine



Art Initiativrecht eingeräumt worden: Sie kann die Behandlung einer bestimmten Gemeindeangelegenheit durch den Gemeinderat erwirken. Früher nahezu unbekannt, heute fast an der Tagesordnung, ist die Institution des Bürgerentscheids. Sie ist rechtlich noch nicht ganz ausgegoren; bisher beantragte Bürgerentscheide - das Bürgerbegehren zur Nordtangente ausgenommen - mußten daher an rechtlichen Gründen scheitern.

Tübingen unterrichtet seine Einwohner regelmäßig in Bürgerversammlungen. Daneben gibt es besondere Versammlungen zu speziellen Themen. Zwischen 1975 und 1981 wurden 29 Bürgerversammlungen abgehalten, davon 15 in den Stadtteilen, zehn zu besonderen Themen, drei wurden von der Bürgerschaft beantragt: Fronsbegauffahrt, Einwohnersteuer, Verkehrsführung nach dem Bürgerentscheid und Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung.

Zu einem Bürgerantrag kam es 1979, nachdem der Gemeinderat am 22. Januar 1979 mehrheitlich dem Ausbau einer Querspange von der B 27/Hechinger Eck zur Derendinger Straße als Südzubringer zum Schloßbergtunnel zugestimmt hatte. Dagegen wandte sich die Bürgerinitiative "Keine Himmelwerkstrasse". Sie sammelte die dafür notwendigen Unterschriften und beantragte am 7. Februar 1979 die Querspange erneut im Gemeinderat zu behandeln. Das geschah bei Behandlung der Anregungen und Bedenken zum Bebauungsplan "Moltkestraße/Himmelwerksge-lände" am 26. März 1979. Vertreter des Bürgerantrags hatten Gelegenheit, ihre Vorstellungen dem Gemeinderat vorzutragen.

Am 21. Oktober 1975 beantragten die Vereinigten Bürgerinitiativen, "einen Bürgerentscheid auf Erhaltung des Gasthofs König und dessen soziale Nutzung als Kommunikationszentrum durchzuführen". Unter den dazu gesammelten 6 727 Unterschriften waren jedoch nur 4 112 von wahlberechtigten Bürgern; 4 333 hätten es nach der seinerzeit geltenden Gemeindeordnung sein müssen. Der Gemeinderat hätte das Begehren aber auch aus anderen rechtlichen Gründen (Unbestimmtheit des Antrags, keine öffent-

liche Einrichtung, fehlender Finanzierungsvorschlag) ablehnen müssen.

Keinen Erfolg hatte die Bürgerinitiative "Schimpf/Nordtangente" auch mit ihrem Antrag vom 18. Juli 1977 auf einen Bürgerentscheid nach § 21 Abs. 3 GO mit folgendem Wortlaut:

"Der Beschluß des Gemeinderats vom 20. Juni 1977 über den vierspurigen gebündelten Ausbau der Nordtangente zwischen Hermann-Hepper-Turnhalle und der Fußgängerbrücke auf Höhe Lange Gasse ist aufzuheben. Ein Grundsatzbeschluß über den Bau einer Nordtangente darf nur als Gesamtkonzept gefaßt werden, und erst nach Inbetriebnahme des Schloßbergtunnels und seiner unmittelbaren Anschlüsse sowie nach Vorliegen neuer Verkehrszählungen erfolgen."

Dem Antrag waren rund 10 500 Unterschriften beigefügt, von denen 8 128 von Tübinger Bürger stammten, 6000 hätten ausgereicht. Trotzdem mußte der Gemeinderat das Begehren "aus zwingenden rechtlichen Gründen" am 23. Januar 1978 zurückweisen: Straßen konnten unter den Begriff "Öffentliche Einrichtung" nach § 21 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 GO (i.V.m. § 10 Abs. 2 GO) nicht eingeordnet werden. Bis dahin: Der Gemeinderat beschloß nämlich in dem Zusammenhang mit ausreichender Mehrheit, die Hauptsatzung durch folgenden § 1 a zu ergänzen: "Als wichtige Gemeindeangelegenheit im Sinne des § 21 Abs. 1 GO gilt die Ausgestaltung der Straßenverbindung zwischen der Nordmündung des Schloßbergtunnels und der Einmündung der Mohlstraße in die Wilhelmstraße."

Es wurde eine "Projektgruppe Nordtangente" aus Vertretern der Gemeinderatsfraktionen, der Bürgerinitiativen, der Universität und der Stadtverwaltung berufen. Sie war für ein volles Jahr ständiger Gesprächspartner einer unabhängigen Gutachtergruppe aus Stadt- und Verkehrsplanern. Der Gemeinderat gab in seiner Sitzung am 12. März 1979 der von Projektgruppe und Gutachter vorgeschlagenen Doppeltunnellösung den Vorzug und faßte bei nur drei Gegenstimmen den entsprechenden Beschluß.

tive "Schimpf/Nordtangente" erneut einen Bürgerentscheid mit folgendem Wortlaut vorgelegt: "Wollen Sie, daß für die Verkehrsführung zwischen Rapp- und Mohlstraße nur das bestehende Strassennetz und keine vier- oder mehrspurig gebündelte Straße (mit oder ohne Tunnel) verwendet wird?"

Dazu wurden 6 440 gültige Unterschriften vorgelegt. Da sich dieser Antrag auf eine — nunmehr kraft Satzung — wichtige Gemeindeangelegenheit bezog, erklärte der Gemeinderat ihn am 21. Mai für zulässig.

Der Bürgerentscheid über die Nordtangente am 8. Juli 1979 ergab bei 39 811 Stimmberechtigten:
20 109 (50,5 %) Abstimmende
Ungültige Stimmabgaben 176 Stimmen
Gültige Stimmabgaben 19 933 Stimmen davon
"Ja"- Stimmen 16 745 Stimmen
"Nein"- Stimmen 3 188 Stimmen

Damit war die Doppeltunnellösung aufgehoben.

Der nächste Bürgerentscheid wurde am 1. Juli 1980 beantragt, nachdem der Gemeinderat zuvor am 2. Juni der Änderung des Vertragsangebots an die Firma Treubau bezüglich des Baues eines Gemeinschaftswarenhouses auf der Grundlage des Plankonzeptes von Prof. Gerd Angerer zugestimmt hatte. Die Bürgerinitiative "Schimpf/Nordtangente" legte dem Antrag folgenden Wortlaut zugrunde: "Auf dem Gelände des Sanierungsgebietes 'Hintere Grabenstraße/ Lustnauer Tor' unter Einbeziehung der Stadtwerke soll ein Bürgerzentrum mit Parkierungsflächen und städtischen Altenwohnungen gebaut werden. Dies soll nicht durch einen großflächigen Gebäudekomplex sondern in einer Form geschehen, die dem Charakter der umliegenden Altstadtbebauung entspricht."

Den Antrag hatten über 6000 Bürger unterschrieben.

Nachdem das im April 1980 eingeleitete Normenkontrollverfahren gegen den Bauungsplan "Hintere Grabenstraße/ Lustnauer Tor" zugunsten der Stadt entschieden worden war, erklärte der Gemeinderat am 27. April 1981 das Bürgerbegehren für unzulässig. Die Bürgerinitia-

tive focht diesen Beschluß an und erhob Klage beim Verwaltungsgericht Sigmaringen. Dieses hat die Klage durch Urteil vom 27. Mai 1981 zurückgewiesen. Die unterliegende Bürgerinitiative hat gegen dieses Urteil Berufung beim Verwaltungsgerichtshof Mannheim eingelegt.

Nichts funktioniert zufällig

Arbeit läßt sich wie Gummi dehnen, diese Behauptung des Engländers Parkinson, der man im Grundsatz wohl nicht widersprechen kann, für den Bereich der Verwaltung der Stadt zu widerlegen, ist mit einer Aufgabe der Organisation.

Wie für ein Bauwerk ein Plan vorhanden sein muß, so ist auch der Aufbau der Verwaltung und die Abwicklung ihrer Aufgaben zu planen und sich verändernden Verhältnissen anzupassen, wie das mit dem sogenannten Aufgabengliederungsplan geschehen ist. Fast gleichzeitig wurde die "Allgemeine Dienst- und Geschäftsweisung" (AGA) erlassen, die den Dienstbetrieb und den Geschäftsgang in der Verwaltung regelt. Auf umfassende Untersuchungen ganzer Organisationseinheiten hat man verzichtet, prüfte dafür aber mehr und intensiver Teilbereiche einzelner Ämter und deren Arbeitsabläufe. Es wurde versucht, die Aufgabenabwicklung flüssiger und einfacher zu gestalten. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, konnten in größerem Umfang anfallende Mehrarbeiten durch effektivere Arbeitsabwicklung oder teilweise Verlagerung auf technische Bürohilfsmittel ohne Personalverstärkung bewältigt werden.

Beispiel: Dank der 1978 bei der Hausdruckerei des Hauptamts installierten Großraumkamera ließ sich bei den technischen Ämtern etwa die Maßstabzeichnung von Plänen und Karten oder die Herstellung von Plan- und Kartenausschnitten wesentlich beschleunigen. 1977 gab es in diesem Bereich rund 95 Aufträge, 1980 bereits 173. Bei gleichem Personalstand läßt sich mehr Arbeit nur durch Straffung der Arbeitsabläufe auffangen. Deshalb wurde ein Großkopierer eingesetzt, der gegenüber einer Offsetmaschine den Vorteil hat, daß man für Vervielfältigungen keine Druckplatten mehr braucht.

BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG

1975 — 1981

Stadtteil	Einwohner am 30. Juni							darunter			
	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	Ausländer		mit Nebenwohnung	
								1975	1981	1975	1981
Tübingen	46 914	47 702	47 724	46 807	46 260	46 674	47 688	4 313	4 922	10 791	11 136
Derendingen	5 491	5 473	5 371	5 306	5 311	5 427	5 490	496	541	702	907
Lustnau	8 189	8 031	7 916	7 509	7 514	7 645	7 835	980	891	1 496	1 517
Bebenhausen	363	366	373	369	384	396	423	12	16	30	67
Bühl	1 372	1 358	1 345	1 372	1 354	1 330	1 329	158	139	107	119
Hagelloch	1 484	1 579	1 679	1 735	1 745	1 755	1 754	44	53	124	154
Hirschau	2 399	2 445	2 434	2 391	2 468	2 652	2 810	209	208	233	286
Kilchberg	971	1 003	1 005	1 052	1 064	1 080	1 115	50	44	66	70
Pfrondorf	2 631	2 594	2 559	2 511	2 484	2 510	2 497	228	156	200	236
Unterjesingen	2 408	2 439	2 380	2 387	2 379	2 415	2 431	255	226	268	295
Weilheim	1 209	1 252	1 397	1 379	1 409	1 476	1 465	136	109	129	164
insgesamt	73 431	74 242	74 183	72 899	72 375	73 360	74 837	6 881	7 305	14 146	14 951

Wer schreibt, der bleibt

Mehr Aufgaben, mehr Einwohner, mehr Gemeinderäte, wachsendes Informations- und Kommunikationsbedürfnis, das heißt: es muß immer mehr geschrieben werden. Die Zahl der Schreibkräfte in der Verwaltung ist seit 1975 trotzdem fast unverändert geblieben. Die Verwaltung stellte um von Stenogramm auf Phono-

diktat; Außendienstler erhielten Taschen-diktiergeräte. Das beim Zentralen Schreibzimmer eingeführte Textsystem reduziert zum Beispiel das Korrekturschreiben auf einen Bruchteil der seither benötigten Zeit.

Nach dem Motto "im Dutzend billiger" wurden Beschaffung, Lagerhaltung und Verteilung von Büroartikeln zentrali-

siert und ab 1976 auch die Schulen über das Hauptamt beliefert. Außer im schönen, viel zu kleinen Rathaus sind Dienststellen der Stadt in weiteren acht Verwaltungsgebäuden untergebracht (ohne Geschäfts- und Verwaltungsstellen). Sobald der Rathausblock fertig ist, können dort vier Dienststellen mit direkter Verbindung zum Rathaus untergebracht werden (siehe Übersichtsplan).

**Die Ergebnisse von
Bundestags-, Landtags- und Europaratswahlen in Tübingen**

	Landtag 4. April 1976		Bundestag 3. Oktober 1976				Europarat 10. Juni 1979		Landtag 16. März 1980		Bundestag 5. Oktober 1980			
	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Wahlberechtigte	40 432		40 230				40 324		40 988		41 204			
Wahlbeteiligung		(77,1)		(88,9)				(61,8)		(65,8)		(87,6)		
gültige Stimmen	30 823		Erstst. 35 356		Zweitst. 35 472		24 695		26 809		Erstst. 35 627		Zweitst. 35 819	
davon														
CDU	13 622	(44,2)	14 630	(41,4)	14 782	(41,7)	9 520	(38,6)	10 172	(37,9)	13 746	(38,6)	12 625	(35,2)
SPD	11 759	(38,2)	16 025	(45,3)	14 444	(40,7)	8 819	(35,7)	8 793	(32,8)	16 255	(45,6)	14 733	(41,1)
FDP	3 915	(12,7)	3 176	(9,0)	5 499	(15,5)	3 166	(12,8)	3 757	(14,0)	3 392	(9,5)	6 832	(19,1)
DKP	707	(2,3)	822	(2,3)	290	(0,8)	223	(0,9)	232	(0,9)	414	(1,2)	146	(0,4)
Grüne	—	—	—	—	—	—	2 868	(11,6)	3 663	(13,7)	1 774	(5,0)	1 380	(3,9)
Sonstige	820	(2,7)	703	(2,0)	457	(1,3)	101	(0,4)	192	(0,7)	46	(0,1)	103	(0,3)

Jede Arbeit ist ihres Lohnes wert

Die Arbeitsbereitschaft hängt auch bei städtischen Bediensteten ungeachtet aller technischen Hilfsmittel letztlich davon ab, wie ihre Arbeit eingestuft und bewertet wird. Um jedem Mitarbeiter die seinem Aufgabengebiet entsprechende Vergütung zukommen zu lassen, hat die Verwaltung 1976 eine umfassende Bewertung aller vorhandenen Stellen für Angestellte und Arbeiter unter exakter Zugrundelegung der tarifrechtlichen Bestimmungen vorgenommen. Daraus resultiert ein allgemein gültiger Stellenplan.

Weil keiner so klug ist wie alle, und weil mitunter Möglichkeiten zur Arbeitserleichterung oder -beschleunigung "vor Ort" besser erkannt werden als mit den ausgefeiltesten Untersuchungsmethoden, hat die Verwaltung ihre Mitarbeiter ermuntert, Verbesserungen vorzuschlagen. Es gab 16 solcher Vorschläge zur Arbeitsverbesserung und Kosteneinsparung.

Es studierten an der Universität Tübingen

Semester	Studenten insgesamt	darunter			
		weiblich	%	Ausländer	%
SS 1975	15 977	5 350	33,5	823	5,2
WS 1975/76	17 424	6 028	34,6	908	5,2
SS 1976	17 043	5 935	34,8	884	5,2
WS 1976/77	18 443	6 504	35,2	935	5,1
SS 1977	18 088	6 461	35,7	942	5,2
WS 1977/78	18 878	6 767	35,8	980	5,2
SS 1978	18 304	6 591	36,0	981	5,4
WS 1978/79	19 408	7 178	37,0	900	4,6
SS 1979	19 046	7 115	37,4	896	4,7
WS 1979/80	20 103	7 597	37,8	1 055	5,2
SS 1980	19 349	7 324	37,9	978	5,1
WS 1980/81	20 586	7 992	38,8	997	4,8
SS 1981	20 098	7 885	39,2	902	4,5
WS 1981/82	21 637	8 597	39,7	913	4,2

Keine Planung ohne Statistik

Die wichtigsten statistischen Angaben aus der Stadt werden in dem jährlich erscheinenden Heft "Tübingen in Zahlen" veröffentlicht. Jedermann kann es auf Anfrage beziehen.

Von den 74837 Einwohnern des Jahres 1981 hatten 20 Prozent in Tübingen nur eine Nebenwohnung. Weitere 9,8 Prozent der Bevölkerung waren Ausländer, so daß nur 52497 Deutsche ihren Hauptwohnsitz in Tübingen hatten.

Die Tübinger Bevölkerung ist außergewöhnlich mobil. Mehr als 10 Prozent der Einwohner zieht jedes Jahr von Tübingen weg, während, zumindest in den letzten beiden Jahren, sogar noch weit mehr Personen zuziehen.

Jahr	Zugezogen		Fortgezogen		Wanderungsgewinn / verlust
	insg.	dar. Ausländer	insg.	dar. Ausländer	
1975	8 183	1 709	8 445	2 256	— 262
1976	7 683	1 791	7 841	2 037	— 158
1977	8 182	1 808	8 204	2 104	— 22
1978	7 920	1 771	9 314	1 920	— 1 394
1979	7 898	1 865	7 322	1 602	576
1980	8 368	2 175	7 306	1 659	1 062
1981 ¹⁾	3 439	902	3 180	701	259

1) 1. Halbjahr 1981

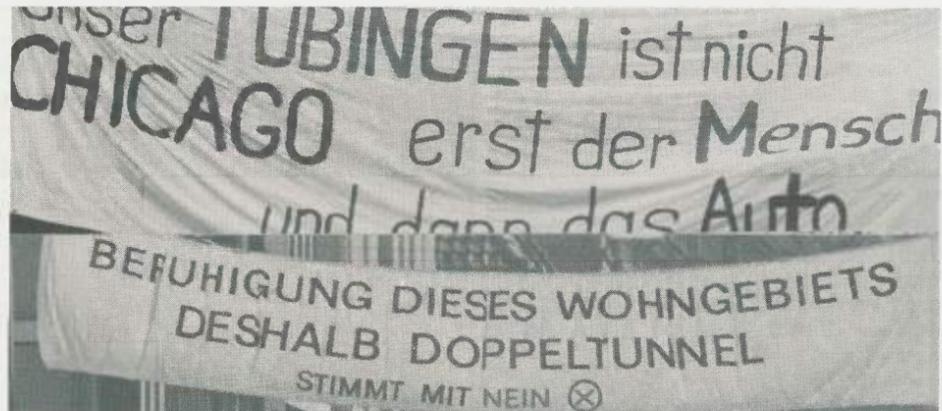




1

Bürger werden initiativ: mit Erfolg entschieden sie gegen die Nordtangente (1,2,3) und ohne solchen sammelten sie Unterschriften gegen das Kaufhaus an der Hinteren Grabenstraße (4).

4



2

3



Hoffnung Herrlesberg

Lustnau

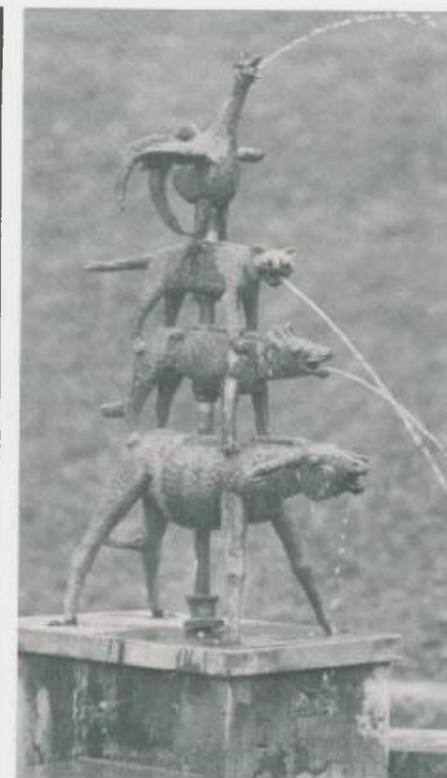
In den Grenzen der ehemals selbständigen Gemeinde Lustnau (1404 Hektar, 37 Ar, 17 Quadratmeter) wohnten 1981 weniger Menschen als vor sieben Jahren, aber wieder mehr als 1978. Das "höchste der Gefühle", was die Einwohnerzahl angeht, erlebte der Stadtteil 1971 mit 9324 Köpfen. Vier Jahre später waren es noch 8620 und 1978 8202, also im Vergleich zu 1971 über 1100 Menschen weniger. Daß sich unter ihnen das Stadtoberhaupt mit Familie befindet, läßt den Schrumpfprozeß nicht freundlicher erscheinen.

Eine "Trendwende" brachte erst die Neuhalde. Seit 1978 hat der Stadtteil auf 8418 Einwohner wieder zugenommen. Herrlesberg und Stauden lassen in dieser Richtung weiter hoffen. Ihre baldige Erschließung gehört mit zu den vorrangigen Wünschen der Lustnauer, insbesondere des Ortsbeirats (Vorsitz: der Oberbürgermeister).

Dieses sechsköpfige Gremium, aus dem 1980 Günter Bankmann und Wilhelm Goller ausschieden, setzt sich heute aus Michael Göhlich und den Stadträten Hans-Dieter Eitle, Alfred Haile, Elisabeth Kirrmeier-Renner, Prof. Dr. Friedrich Schäfer und Wilhelm Volle zusammen, als Gäste gehören ihm an Stadträtin Ingeborg Enderlein und Renate Zitzmann.

Der alte Ortsbeirat hatte in 13 und der neue in vier Sitzungen neben dem chronischen Mangel an Bauplätzen eine Reihe gewichtiger Punkte zu beraten, abgesehen von der Entwicklungs- und Flächennutzungsplanung zahlreiche konkrete Bebauungspläne: "Güllen" etwa oder "Pfrondorfer Straße" und "Ziegeltäle/Krähen", "Äußere Wilhelmstraße/Goldersbachstrasse" und "Bebenhäuserstraße/Waldeckstraße".

Zur Debatte stand ferner die Bebauung des Geländes Nagel an der Aeule/Nürtinger Straße, der Standort für ein Hallenbad auf dem Gelände der Gölz'schen Mühle, Sor-



gen mit der alten B 27 und besonders der Adlerkreuzung, der Bau einer Reithalle für den Reit- und Fahrverein, die Erweiterung der Friedhofshalle sowie der Turn- und Festhalle, die Nutzung des Grundstücks Jope, die Radwegplanung und neustens die neue B 27 im Neckartal.

Die Geschäftsstelle im alten Rathaus, besetzt mit einem "halben" Fritz Schmid (die andere Hälfte gehört Derendingen), anderthalb Angestellten, einem Hausmeister, einer Putzfrau und einer Aushilfskraft, hatte nur elf Geburten zu registrieren (es entbindet ja heute fast niemand mehr zu Hause, und für Klinikgeburten ist das Tübinger Standesamt zuständig), aber 308 Sterbefälle. Es waren in der gleichen Zeit 304 Aufgebote zu bestellen und 197 Trauungen vorzunehmen. Aus der evang. Kirche ausgetreten sind 90 Glieder, aus der katholischen 41. Die Zweigstelle der Stadtbücherei hat heute 5384 Bände, elf mehr als 1975; die Zahl der Leser hat sich von 301 auf 154 fast, die Ausleihungen haben sich von 8685 auf 4032 sogar mehr als halbiert. An der Dorfsackerschule wur-

den 1981 in 19 Klassen 402 Schüler unterrichtet (Klassenstärke: 21,2); 1975 waren es in 18 Klassen 585 Schüler (31,4).

Mit der Landwirtschaft in Lustnau ist es, zahlenmäßig, nicht mehr weit her. Landwirte mit Vieh gibt es heute noch 16, immerhin gerade so viel wie 1975. Sie halten 77 Stück Großvieh. Verdoppelt haben sich von 16 auf 32 die Pferde, der Reitsport findet immer mehr Anhänger.

Von Bautätigkeit ist, was den Wohnungsbau angeht, allenfalls am Rande die Rede. Bauland in nennenswertem Umfang gab es nur auf der "Neuhalde". Erweitert hat sich das Forschungsinstitut auf dem Berghof, die Post richtete eine Ortsvermittlungsstelle an der Pfrondorfer Straße ein; das Institut für Sport bekam eine neue Spielhalle und einen Anbau an das Bootshaus; angefangen wurde nach langen Vorbereitungen letztes Jahr mit dem Lustnauer Zentrum auf dem ehemaligen Brauereigelände an der Dorfackerstraße.

Die Stadt als Bauherr trat mit dem Ausbau des Kindergartens am Kirchplatz für 380 000 Mark in Erscheinung; sie deckte die Dorfsackerschule neu ein und verpaßte ihr neue Doppelfenster und sie ließ die Turn- und Festhalle umbauen. Im Tiefbau wurde das Kanalnetz erweitert, einige Straßen wurden zum Teil oder ganz ausgebaut. An Goldersbach und Ammer ließ die Stadt Hochwasserschäden beheben und das Bett beider Bäche unterhalb der Steinernen Brücke und innerhalb Lustnaus ausbauen.

Im Stadtwald Lustnau wurden 1975 rund 660 Festmeter Holz eingeschlagen und dafür über 70 000 Mark Erlöst. Im Jahre darauf waren es fast 950 Festmeter für 115 000 Mark. Seitdem gehört der Stadtwald Lustnau zum Forstbezirk Tübingen-Nord, der Einschlag wird nicht mehr gesondert aufgeführt, eine Neuerung, die die Lustnauer nicht freut.

Auf der Wunschliste für die nächsten Jahre haben sie, die Lustnauer, unter anderem: die Sanierung von Straßen im Ortskern, einen weiteren Kindergarten, die Erschließung von Herrlesberg und Stauden, ein Frei- / Hallenbad und eine Straßen-Verbindung von Lustnau nach Kusterdingen.



1

Ohne Rückhaltebecken wird der Ausbau von Ammer und Goldersbach Lustnau gegen Hochwasser nicht wirkungsvoll genug schützen (1).

Erschlossenes Bauland ist auch in Derendingen rar; man stapelt deshalb in die Höhe: das Bengelhaus (2).



2

Hat Nachholbedarf

Derendingen

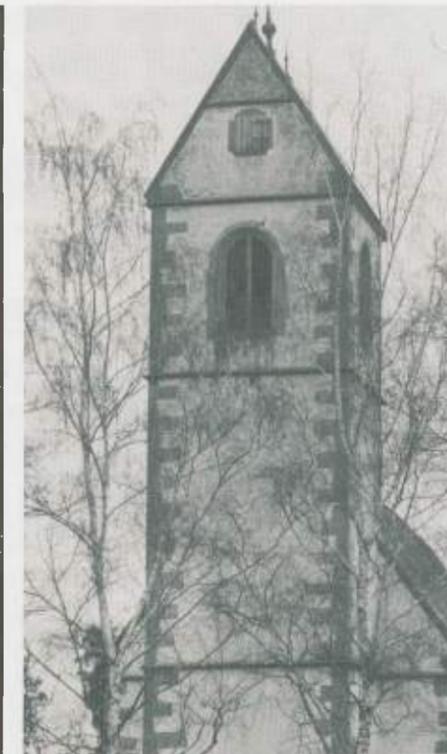
Mit den 661 Hektar Markungsfläche der bis 1934 selbständigen Gemeinde ist Derendingen nicht mal halb so groß wie Lustnau. Vergleicht man die Entwicklung der letzten sieben Jahre, so ergeben sich zwischen der östlichen und der südlichen Vorstadt doch einige Parallelen, zum Beispiel beim Einwohnerschwund. Der Rückgang von 5482 auf 5384 im Jahr 1977 ist allerdings nicht so auffällig wie in Lustnau. Ende 1981 wohnten in Derendingen 5444 Menschen; Stagnation also, was nicht wundert, wenn man weiß, daß die letzte Baulandumlegung (Lange Furch) bald zwölf Jahre zurückliegt.

Abgesehen von ein paar Lücken steht kein Bauland mehr zur Verfügung, seit der Bereich Mühlbachacker-Süd dem Bengelverein überlassen wurde für ein Studentenwohnheim mit 60 Betten und zehn Appartements an der Ludwig-Krapf-Straße. Von Wohnungsbau wird man in Derendingen erst wieder reden können, wenn der "Sai-ben" zur Verfügung steht. Dort sollen ja einmal 2500 Menschen wohnen können.

Der Ortsbeirat, wie in Lustnau präsiert vom Oberbürgermeister, setzt sich aus (Stadtrat) Wilhelm Friesch, Hermann Braun, Abraham Kustermann, Karl Röhm, Werner Schärkel und Manfred Wurster zusammen, nachdem 1980 Reinhard Junger und Emil-Franz Lindner ausschieden. Gastweise gehört ihm Uwe Kindermann an.

In insgesamt 19 Sitzungen beschäftigte sich der bis 1980 nur vierköpfige Beirat vorwiegend mit Fragen der Entwicklungs- und Bauleitplanung, angefangen vom Entwicklungskonzept für Derendingen bis zum Freizeitpark "Oberes Neckartal". Heiß umstritten waren, eher im Gemeindegeld als im Ortsbeirat, die K 6900 und der Bebauungsplan "Himmelwerktrasse". Im neuen Ortsbeirat ging es in den fünf ersten Sitzungen hauptsächlich um Verkehrsfragen (Verkehrskonzept Südstadt, Ausbau Stuttgarter Straße, Radwegplanung).

Die "Besatzung" des Derendinger Rathau-



ses mit Fritz Schmid (andere Hälfte), anderthalb Angestellten, einem Hausmeister (gemeinsam mit Lustnau), einer Putzfrau (stundenweise) und deren Vertreterin, registrierte bis November '81 zwölf Geburten, bestellte 221 Aufgebote, erlebte 152 Eheschließungen und hatte 147 Sterbefälle einzutragen. Es meldeten sich auf dem Rathaus 66 evangelische und 47 katholische Gemeindeglieder aus ihren Kirchen ab.

Die Zweigstelle der Stadtbücherei ist mit 5532 Bänden der Zahl nach besser bestückt als die von Lustnau, jedoch noch weit weniger in Anspruch genommen. Von 428 Lesern blieben 113 übrig; sie begnügten sich mit 6688 Ausleihungen, während es 1975 noch 13598 gewesen waren. Der rapide Schwund ab 1977 geht wohl darauf zurück, daß die Bücherei wegen (angeblichen) Personalmangels zeitweise ganz geschlossen und ab Januar 1977 nicht mehr dienstags und donnerstags offen gehalten wurde, sondern nur noch dienstags nachmittags von halb drei bis sechs.

An der Mörke- und Ludwig-Krapf-Schule

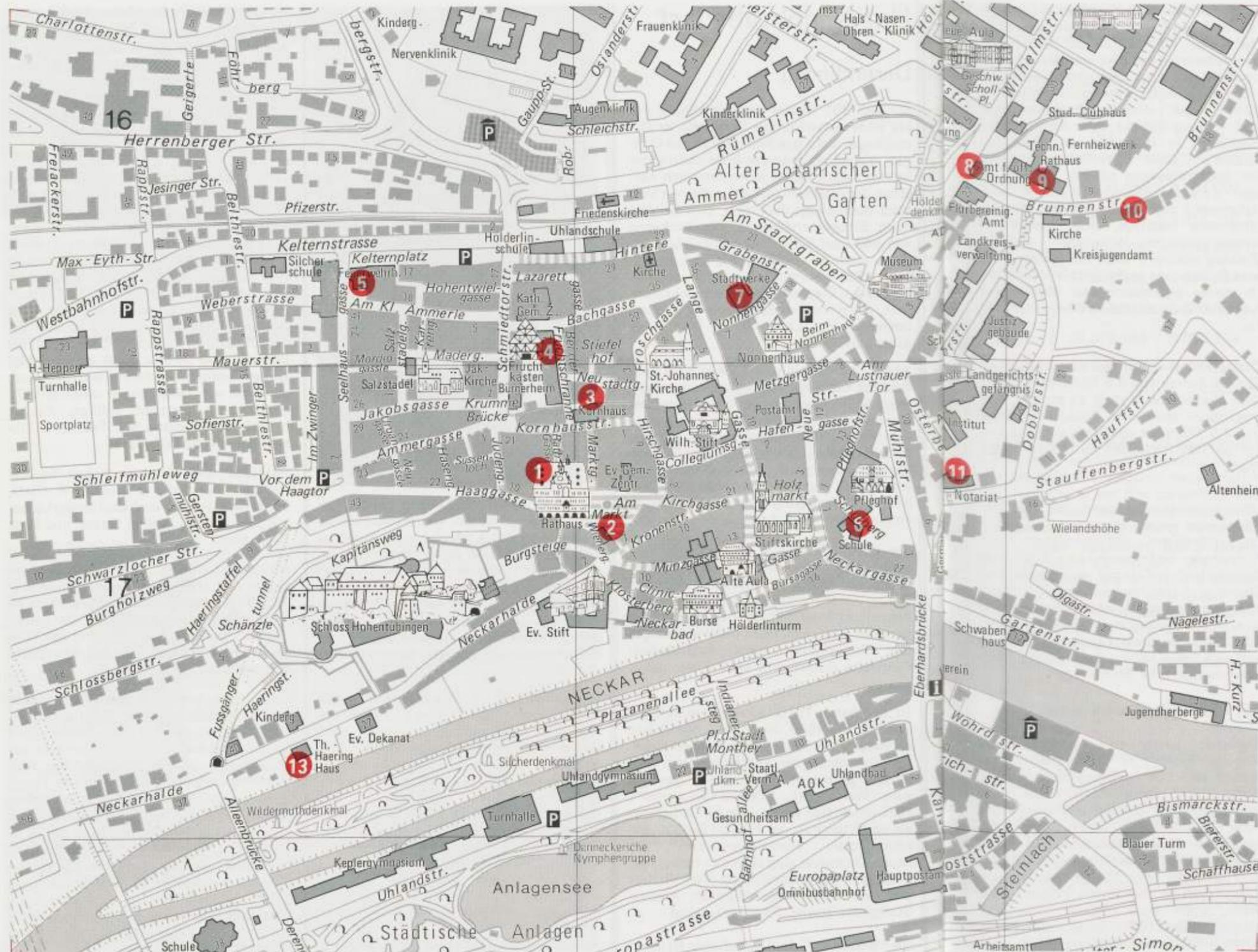
wurden 1975 in 29 Klassen 914 Schüler unterrichtet, also gut 32 je Klasse, 1980 waren es 646 Schüler in ebensovielen Klassen, das sind gut 22 je Klasse. In der Walter-Erbe-Realschule muß man heute dagegen noch in 14 Klassen jeweils über 29 Köpfe in Kauf nehmen, bei insgesamt 554 Schülern. 1975 waren es 448 in 16 Klassen oder je 28.

Landwirtschaftlich bleibt Derendingen erheblich hinter Lustnau. Von elf Landwirten haben sich sieben gehalten, sie füttern 56 Stück Großvieh. Pferde: Fehl-anzeige. Lichtblick: Das Obstgut Bläsi-berg, wenn man es zur Landwirtschaft rechnen darf. Auf 16 Hektar stehen dort 5543 Apfel-, 737 Birn- und 90 Zwetschgenbäume. Die Ernteerträge: 1561 Doppelzentner (1976) und 3732 im Jahr davor; die Erlöse: zwischen 130 000 (1975!) und 200 000 im Jahr 1980, als nur 2 569 Doppelzentner eingefahren wurden. Auch der Wald von Derendingen wird seit 1977 nicht mehr getrennt geführt. Zuletzt brachte er bei knapp 500 Festmeter Einschlag an die 60 000 Mark.

Industrie und Gewerbe haben baulich sichtbar investiert, so Wurster & Dietz, Ferdinand Gröber und Montanwerke, sowie Eugen Haug, Werner Maisch und Fritz Brockmann.

Im Steinlachwasen ließ sich das Rote Kreuz mit seinem Rettungszentrum nieder, die Stadt und der Landkreis traten jeweils mit Millionenprojekten im Feuerhägle in Erscheinung, das Land mit Polizei und Arbeitsamt in den Mühlbachäckern.

Eine lange Liste von Zukunftsaufgaben macht deutlich, daß der Stadtteil erheblichen Nachholbedarf hat. Vordringlich zu nennen sind aus der Wunschliste der Derendinger die Verlängerung des Südsammlers und der Anschluß des Nordgebiets von Derendingen an die Kanalisation, die Sanierung des Mühlbachs mit Ausbesserung der Ufer innerhalb des Orts, Gehwege auf der östlichen Seite von Jura- und Lembergstraße, eine Aula bei der Realschule im Feuerhägle zur Mitbenutzung durch die Bevölkerung und eine neue oder eine erweiterte Leichenhalle. Nicht zu vergessen eine Unterführung beim Bahnhof.



- | | |
|--|---|
| <p>1 Rathaus, (Am Markt)
 Bürgermeisteramt
 Hauptamt
 Wahlen und Statistik
 Stadtarchiv
 Personalamt
 Rechnungsprüfungsamt
 Liegenschaftsamt
 Rechtsreferat
 Standesamt</p> <p>2 Wienergäble 1 (Silberburg)
 Stadtpflege
 Steuerabteilung</p> <p>3 Kornhausstraße 10
 Sonderamt für Altstadtsanierung</p> <p>4 Bei der Fruchtschranne 5
 Stadtkasse
 Sozialamt
 Wohngeldstelle
 Ortsbehörde für die Arbeiter-
 und Angestelltenversicherung</p> <p>5 Kelterstraße 21
 Feuerwehrhaus</p> <p>6 Schulberg 10
 Amt für öffentliche Ordnung
 - Nahverkehrsabteilung
 Schul- und Sportamt
 Kulturamt
 Sozialamt
 - Abteilung Jugend
 - Abteilung Vorschulische
 Einrichtungen
 - Friedhofverwaltung</p> <p>7 Nonnengasse 19
 Stadtwerke (Verwaltung)</p> | <p>8 Wilhelmstraße 24
 Amt für öffentliche Ordnung
 Pass- und Ausländerabteilung
 Fundbüro
 Lohnsteuerkarten</p> <p>9 Technisches Rathaus,
 Brunnenstraße 3
 Bauverwaltungsamt
 Stadtplanungsamt
 Bauordnungsamt
 Hochbauamt
 Tiefbauamt
 Stadtmessungsamt
 Stadtbücherei</p> <p>10 Brunnenstraße 10
 Hochbauamt (Gartenbau)
 Geschäftsstelle des
 Umlegungsausschusses</p> <p>11 Österbergstraße 9
 Beschaffungsstelle
 Hausdruckerei
 Datenbearbeitungsstelle</p> <p>12 Eberhardsbrücke 1
 Bürger- und Verkehrsverein</p> <p>13 Neckarhalde 31
 Städt. Sammlungen</p> <p>Außerhalb der Karte:
 Schlachthausstraße 9
 Schlacht- und Viehhof</p> <p>Philosophenweg 76
 Kunsthalle</p> <p>Eisenhutstraße 6
 Stadtwerke (Betriebshof)</p> |
|--|---|

Die Hand am Nervus rerum

Die Stadtpflege

Die Wende in der Finanzpolitik der Stadt, weg von der leidlich kalkulierten Verschuldung eines ersten großen Investitionshaushalts nach dem Krieg, vollzog sich im Jahr 1974. Der Gedanke, auf Kredit zu leben, erschien plötzlich selbstverständlich. Alle Dämme frommer Scheu vor dem Haushaltsdefizit brachen. Niemand fragte danach, ob denn jemand das Recht habe, die Bedürfnisse der nächsten Generation schon jetzt festzuschreiben. Innerhalb eines Jahres (1974) schnellten die Schulden der Stadt um fast 23 auf über 75 Millionen hinauf, ein Mehr von 43 Prozent!

Vor diesem Hintergrund berichtet die Stadtpflege über die Jahre 1975 - 81.

1975: knappes Geld, hohe Zinsen

Von allen Gebietskörperschaften - Bund, Länder und Gemeinden - wird nahezu Unmögliches erwartet: Sie sollen kurzfristig mehr Geld und möglichst rasch in Bauaufträge umsetzen; aber mittel- und langfristig ihr Haushaltsvolumen drastisch zusammenstreichen. Sie sollen einerseits sparen - bei den sogenannten unproduktiven Ausgaben - andererseits kräftig investieren, um endlich die Konjunktur zu beleben.

Dringende Investitionsvorhaben gab es genug, doch kein Geld zur Ausführung:

- zum restlichen Ausbau der biologischen Reinigungsstufe der Kläranlage (Restfinanzierung 8,5 Millionen Mark) und Erweiterung der Kläranlage Pfrondorf;
- zum Weiterbau des Nordsammlers ab Haggellocher Weg in Richtung Unterjesingen (Restfinanzierung 8 Millionen);
- zum Neubau eines Kindergartens in Unterjesingen und Einbau eines Kindergartens im alten Schulhaus Hirschau (Gesamtkosten eine Million);



Albert Fauser, 61, leitet das Amt seit 1. April 1965.

für einen Anbau des Wildermuth-Gymnasiums (Gesamtkosten 4,5 Millionen);

für den 2. Bauabschnitt der Gesamtschule Waldhäuser-Ost (Gesamtkosten 8,2 Millionen).

Zur Deckung der absehbaren Mehrausgaben verfügt der Gemeinderat drastische Ausgabekürzungen, erhöht die Einwohnersteuer um 150 Prozent (1,2 Mio. DM) und setzt die Hebesätze der Grundsteuer B für Innenstadt, Lustnau und Derendingen um zehn Punkte auf 260 Prozent hinauf.

Der Haushaltsplan '75 war, rückschauend, geprägt durch einen Steuerausfall als Folge der Steuerreform 1975, zuzüglich weiterer Mindereinnahmen wegen des Freibetrags bei der Gewerbesteuer und durch mindere Steuereinnahmen wegen der abflachenden wirtschaftlichen Entwicklung (rund eine Million Stellenlose, etwa 7 500 Unternehmenszusammenbrüche), sowie durch Kürzung der Finanzzuweisung des Landes und durch Mehrkosten bei öffentlichen Ausgaben etwa beim Kindergeld.

1976: auf einmal sprudelte es

Was dem Bund recht und erlaubt ist, lau-

fende Ausgaben mit Krediten zu finanzieren, darf den Gemeinden nicht billig sein. Nach den Vorschriften der Gemeindehaushaltsverordnung ist dem Vermögenshaushalt aus den Einnahmen des Verwaltungshaushalts stets soviel Geld zuzuführen, daß Kreditbeschaffungskosten und -tilgung gedeckt sind; ferner sollen Rücklagen in Höhe der aus Gebühren kostenrechnender Einrichtungen gedeckten Abschreibungen gebildet werden. Ist der Verwaltungshaushalt jedoch ausnahmsweise nicht auszugleichen, darf die allgemeine Rücklage, unter besonderen Voraussetzungen, "angezapft" werden. Zulässig erscheint auch die Verwendung von Erlösen aus veräußertem Vermögen, da dieses irgendwann aus Mitteln des Verwaltungshaushalts erworben worden ist.

Dieser Fall wurde in Tübingen 1976 akut. Ein Fehlbetrag von 4,6 Millionen war aus dem Vermögenshaushalt zu decken, einmal durch absehbare Grundstückserlöse von 3,5 Millionen sowie mit einer "Anleihe" bei den Rücklagen von 2,7 Millionen Mark.

Glücklicherweise ist dann im Lauf des Jahres alles anders gekommen. Ungeachtet verbreiteter Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, trotz konjunkturellem Tief "sprudelten" auf einmal ganz beachtliche Steuer- und Gebühreneinnahmen, Finanzzuweisungen und Zuschüsse des Landes, u. a. 4,5 Millionen mehr Gewerbesteuer, 2,15 Millionen mehr Landeszuweisungen und eine halbe Million mehr aus der Konzessionsabgabe der Stadtwerke.

1977: Jahr der Prognosen

Zunächst hatten die Wirtschaftsforschungsinstitute ihr gemeinschaftliches Gutachten zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung abgegeben. Ihm folgte das Jahresgutachten des Sachverständigenrats - der "fünf Weisen"-, welchem sich drittens der Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung anschloß. Überall ein relativ günstiges Bild: Die Konjunktur tendierte auch in den ersten Monaten aufwärts, wenn auch ungleich schwächer als gegen Ende '76: "Es ging uns wieder besser, wenn auch noch nicht gut."

Steuereinnahmen und steuerähnliche Einnahmen

Haus-halts-jahr	Gewerbesteuer DM	Grundsteuer DM	sonstige Steuern u.a. Einwohner- steuer DM	S u m m e DM	Gemeindean- teil an der Einkommen- steuer DM	Allgem. Finanzzu- weisungen DM	Sachkosten- beiträge DM	Generalver- träge Sonderver- träge DM
1975	15 430 668	4 167 000	2 015 305	21 612 973	20 715 494	10 732 672	1 915 325	3 800 000
1976	16 525 460	4 911 210	1 177 077	22 613 747	20 400 550	13 585 041	2 633 388	1 144 000
1977	19 962 095	5 053 859	2 642 055	27 658 009	24 759 486	18 685 515	2 899 380	156 000
1978	23 908 855	5 151 984	1 919 695	30 980 534	24 826 889	19 630 667	3 404 911	8 100 000
1979	23 843 878	5 653 488	187 406	29 684 772	26 780 563	22 115 540	3 560 690	1 868 030
1980	22 579 364	6 000 793	231 831	28 761 658	32 157 711	20 054 004	3 846 930	2 214 000
1981	23 500 000	6 070 300	236 900	29 807 200	32 250 000	22 380 000	3 851 950	6 700 000

Man verglich irrigerweise die Situation des Jahres 1977 mit dem Rezessionsjahr '75, in dem die mit Abstand schwierigsten Finanzprobleme der drei zurückliegenden Jahre zu bewältigen gewesen waren. Die konjunkturelle Entwicklung hatte sich 1977 wieder stabilisiert, die Steuereinnahmen gaben zu einigem Optimismus Anlaß; konnten aber auch nicht darüber hinwegtäuschen, daß strukturelle Ungleichgewichte das Haushaltsbild weiterhin bestimmten und daß der unbedingte Einsparungszwang vorausgegangener Jahre nicht ohne Wirkung geblieben war.

1978: maßvolle Expansion

Die Phase der Konsolidierung der Gemeindefinanzen war 1977 ausgelaufen. Nun konnte auf maßvolle Expansion umgeschaltet werden. Bemerkenswerte Investitionen in dieser Zeit unter anderen:

- 2. Rate zum Neubau einer Turnhalle an der Umlandstraße 800 000 Mark
- weitere Rate zum Neubau des 2. BA der Gesamtschule 750 000 Mark
- weitere Rate zur Renovierung des Schwabenhauses 593 000 Mark

- Ausbau der Schwabstraße mit Kanalisierung 600 000 Mark

- Erschließung Toräcker / Dischinger im Stadtteil Hirschau 1 000 000 Mark

- 1. Rate zum Ausbau der OD Hirschau im Zuge der L 371 800 000 Mark

- Neubau des Parkhauses "König" 4 980 000 Mark

- Hochwasserschutzmaßnahmen für Lustnau 500 000 Mark

- weitere Rate zur Erweiterung der Kläranlage 1 200 000 Mark

- Umbau der Gebäude Lange Gasse 18 und 20 700 000 Mark

1979: "Prügelknaben der Nation"

Die Konjunktur belebt sich in einem Maß, wie es wenige Monate zuvor niemand vorausgesehen hatte. Private Investitionen tragen erheblich dazu bei. Besonders erfreulich der drastische Rückgang der Arbeitslosigkeit. Kein Wunder, daß die kommunale Finanzwirtschaft global betrachtet stabil erschien. Gleichwohl konnte von einer "heilen Welt der Gemeindefinanzwirtschaft" nicht die Rede sein; hinterließ

das Steuerpaket '79 doch tiefe Spuren. Die Vehemenz, mit der seinerzeit gegen die Gemeinden und die Gewerbesteuer zu Felde gezogen wurde, nahm psychotische Züge an. Die Gemeinden sahen sich wieder einmal zum "Prügelknaben der Nation" gestempelt.

Der Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer wurde laut dem Steuerpaket zwar ab 1980 von 14 auf 15 Prozent aufgestockt, der Umlagesatz bei der Gewerbesteuerumlage von 120 auf 80 Prozent gesenkt; die Gemeinden unmittelbar trafen jedoch ab 1. Januar 1980 folgende Neuerungen:

- Abschaffung der Lohnsummensteuer vom Erhebungszeitraum 1980 an (dieser Beschluß traf Tübingen nicht);

- Abschaffung der Mindestgewerbesteuer; Erhöhung des Freibetrags bei der Gewerbeertragssteuer von 24 000 DM auf 36 000 DM;

- Einführung einer Freigrenze von 5 000 DM für Wirtschaftsunternehmen von juristischen Personen des öffentlichen Rechts.

- Weitere Maßnahmen mit Wirkung ab 1. Januar 1981:

- Erhöhung des Freibetrags bei der Gewer-

bekapitalsteuer von 60 000 DM auf 120 000 DM;

Einführung eines Freibetrags in Höhe von 50 000 DM für die Hinzurechnung von Dauerschulden bei der Gewerbekapitalsteuer.

1980: Jahr der Umkehr

Eine Phase gewichtiger Investitionen dient vor allem der Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen im Sinne des Sozialstaatsgedankens. Höhere Einkommen, mehr Freizeit und höhere Ansprüche an Versorgung und Entsorgung prägen verstärkt das künftige Leistungsbild der Stadt, man denke etwa an den Freizeitpark "Oberes Neckartal" oder das "Holderfeld", an neue Sportplätze, -hallen und Bäder, die weitere Beruhigung der Innenstadt, an neue Kindertagesheime und -horte.

Anders als Bund und Länder, die einen viel stärkeren Ausgabenzuwachs aufweisen, sehen sich die Gemeinden wegen steigender Folgekosten für die kommunale Infrastruktur und hoher Kreditaufnahmen mit entsprechendem Schuldendienst zur Konsolidierung ihrer Haushalte gezwungen. Nicht so in Tübingen: Entgegen aller finanzpolitischen Vernunft werden neue Kredite von über 17 Millionen eingeplant, die die Jahrestilgung von 3,68 Millionen weit übersteigen und die Gesamtverschuldung weiter wachsen lassen.

1981: auf schneller Talfahrt

Unsere Stadt befindet sich finanzwirtschaftlich gesehen schon seit geraumer Zeit in einer sehr schnellen Talfahrt, die zwangsläufig in einer Finanzklemme enden wird, deren volles Ausmaß wir noch nicht einmal ahnen können.

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 23. Dezember 1980 die Haushaltssatzung 1981 beschlossen und den Haushaltsplan 1981 festgesetzt:

im Verwaltungshaushaltsplan in Einnahmen und Ausgaben auf 134 706 890 DM und im Vermögenshaushaltsplan in Einnahmen und Ausgaben auf 58 676 070 DM

also mit einem Gesamtvolumen von 193 382 960 DM

Sehr beachtliche Abweichungen von den Planansätzen auf der Einnahmen-, insbesondere aber auf der Ausgabenseite, veranlassten den Gemeinderat, am 12. Oktober 1981 eine Nachtragshaushaltssatzung zu beschließen.

Danach erhöhten sich die Einnahmen und Ausgaben des Verwaltungshaushalts um 969 790 DM auf 135 676 680 DM und erhöhten sich die Einnahmen und Ausgaben des Vermögenshaushalts um 10 279 460 DM auf 68 955 530 DM somit neues Gesamtvolumen 204 632 210 DM.

Die Kreditermächtigung stieg von 18 662 520 DM auf 23 031 000 DM und gleichzeitig die Verpflichtungsermächtigungen von 36 940 000 DM auf 37 650 000 DM.

Die erwarteten Mehrausgaben und Wenigereinnahmen des Verwaltungshaushalts übersteigen die Mehreinnahmen und Wenigerausgaben, so daß sich schließlich die Zuführung des Verwaltungshaushalts an den Vermögenshaushalt von 9 414 550 auf 6 127 530 Mark verminderte.

1982: vor einem Scherbenhaufen

Die Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 1982 fiel in eine Zeit, in der unsere Stadt finanzpolitisch und finanzwirtschaftlich in einer äußerst schwierigen und prekären Situation steckte. Unsere Stadt hat - und wenn es manche auch immer noch nicht wahrhaben wollen - die Reizschwelle der Verschuldung bereits überschritten und ist an der Grenze ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit angelangt.

Es ist höchste Zeit, Abschied zu nehmen von der Vorstellung, als ob es immer ein unvermindertes, auf materiellen Verbrauch zielendes Wachstum geben könnte, als ob es auf einem hohen Wohlstandsockel ganz selbstverständlich wäre, die Vollbeschäftigung wieder zu erreichen und zu sichern, unabhängig davon, was um uns herum geschieht.

Wenn es uns gelänge, den gegenwärtigen

Stand der städt. Leistungen nur in etwa zu erhalten, könnten wir schon sehr froh und dankbar sein. Dabei sollten wir die allgemeine Lage immer so nüchtern wie möglich einschätzen und uns bewußt sein, daß zwischen gesellschaftskritischer Theorie und praktischer Verwirklichung meist Welten liegen.

Es ist nunmehr Zeit, dem Bürger das Bewußtsein zu geben, daß auch er mit übertriebenen, ja oft auch unsinnigen Forderungen mit dazu beigetragen hat, daß wir heute vor einem finanzwirtschaftlichen Scherbenhaufen stehen.

Erinnern wir uns noch? Eine politische Forderung der frühen siebziger Jahre war, eine Reihe staatlicher und kommunaler Leistungen zum "Nulltarif" anzubieten. Bildung, Gesundheit, Nahverkehr sind nur einige Beispiele aus einem langen Katalog der Forderungen.

Leider ist auch bei uns längst noch nicht die Rede von Schuldenabbau. Es geht bestenfalls darum, den Zuwachs zu begrenzen und damit wenigstens die Dynamik der Schuldenentwicklung zu bremsen. Bei den öffentlichen Ausgaben muß es jetzt vorrangig darum gehen, zu überprüfen, wo neue Prioritäten gesetzt werden müssen und wo konsumtive Ausgaben abgebaut werden können.

Folgen des "Steuerpakets 1979"

Das "Steuerpaket '79" brachte Tübingen bei der Gewerbesteuer nicht leicht zu nehmende Einbußen. Man darf annehmen, daß die Wirtschaft darauf ausgeht, die Gewerbekapitalsteuer im Laufe der Zeit - wie die Lohnsummensteuer - ganz zu Fall zu bringen.

Die Gewerbeertragssteuer dagegen, Kernstück des Gewerbesteuerrechts und finanzwirtschaftlich durchaus begründet, dürfte auf Dauer bestehen bleiben, allerdings hat die Erhöhung des Freibetrags auf 36 000 Mark schon ab 1980 dazu geführt, daß eine große Anzahl leistungsfähiger Betriebe keine Gewerbesteuer mehr zahlen muss.

Haushaltsjahr	Einwohner	Kreditermächtigungen DM	Verpflichtungsermächtigungen DM	Schuldenstand am 31.12.		Zins u. Tilgung DM
				absolut DM	pro Einwohner DM	
1975	70 703	8 450 000	15 140 000	79 791 740	1 128,55	5 984 050 2 461 375
1976	71 198	3 065 400	17 015 000	83 416 241	1 171,61	5 513 604 2 959 897
1977	71 476	2 764 400	11 932 000	81 279 910	1 137,16	5 082 313 3 091 968
1978	71 009	5 000 000	14 610 000	78 429 574	1 104,50	4 472 386 3 651 065
1979	71 413	7 000 000	16 530 000	76 409 455	1 069,97	4 733 184 3 404 187
1980	72 387	17 620 000	24 295 000	95 414 723	1 318,12	6 404 981 3 678 413
1981	73 575	23 289 000	37 650 000	114 933 093	1 562,12	9 384 874 6 023 158

Das Gemeindefinanzreformgesetz hat zum Glück Einbußen aus der Gewerbesteuerreform ausgeglichen: Die Gewerbesteuerumlage wurde ab 1. Januar 1980 um ein volles Drittel gesenkt.

Zum Ausgleich für die ab 1980 weggefallene Lohnsummensteuer wurde der Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkom-

meinsteuer von 14 auf 15 Prozent erhöht, was Tübingen unbestritten einen großen Vorteil brachte, weil die Stadt keine Lohnsummensteuer erhoben hatte.

Städten und Gemeinden, die wie Tübingen keine Lohnsummensteuer erhoben und insoweit auch keine Verluste erlitten, wurde nahegelegt, ab 1980 zur Entlastung

Haushaltsjahr	Kreisumlage DM	Gewerbesteuerumlage DM	Finanzausgleichsumlage DM
1975	8 105 625	5 472 071	6 971 230
1976	9 055 085	5 910 443	7 412 137
1977	8 267 092	6 535 467	6 731 475
1978	9 147 547	8 225 512	7 448 384
1979	11 586 935	8 290 532	9 043 461
1980	12 774 477	5 369 930	9 732 935
1981	13 453 542	5 460 876	10 890 963



Kämmerers Sorge: Daß die Stadt nicht in die Röhre schaue.

Einnahmen						
Verwaltungshaushalt			Vermögenshaushalt			
Haus-halts-jahr	Gewinnan-teile und Konzessions-abgabe DM	Zuführung vom Ver-waltungs-haushalt DM	Rücklagen-entnahme DM	Erlöse aus Veräus-se-rungen von Anlagever-mögen DM	Beiträge DM	Zuschüsse zu Investi-tionen von Bund und Land DM
1975	2 899 922	2 759 254	4 855 147	4 902 369	4 849 581	5 931 794
1976	4 276 158	6 488 789	—	6 797 474	14 740 364	6 716 499
1977	5 094 566	22 840 520	1 398 958	5 761 627	4 015 247	7 392 732
1978	8 224 404	23 296 455	—	4 137 301	3 392 642	15 484 187
1979	5 024 953	15 650 135	10 027 001	5 774 584	2 166 653	7 856 249
1980	4 841 311	15 058 762	721 675	5 698 120	3 389 924	8 178 742
1981	5 178 760	6 207 530	375 000	16 675 220	2 500 000	12 242 570

Ausgaben					
Verwaltungshaushalt			Vermögenshaushalt		
Haus-halts-jahr	Zuführung z. Vermögens-haushalt DM	Bäderverluste DM	Rücklagen-zuführung DM	Grunderwerb DM	Baumaß-nahmen DM
1975	2 759 254	1 460 081	—	8 575 692	17 015 537
1976	6 488 789	1 475 360	4 372 515	6 075 197	20 089 979
1977	22 840 520	1 184 302	658 614	8 913 537	25 466 839
1978	23 296 455	2 649 514	4 051 129	6 826 421	26 185 709
1979	15 650 235	1 400 000	—	7 614 347	29 697 640
1980	15 058 762	1 678 163	385 000	5 863 560	32 189 515
1981	6 207 530	1 669 860	200 000	17 684 950	41 586 290

der Wirtschaft die Gewerbesteuer zu senken oder auf eine Anhebung der Hebesätze zu verzichten. Hierzu ist generell zu sagen:
Die Festsetzung des Gewerbesteuerhebesatzes ist ein wesentlicher Bestandteil kom-

munaler Finanzautonomie und damit der Selbstverwaltungsgarantie nach Art. 28 Grundgesetz.
Das Steueränderungsgesetz 1979 hat den Gemeinden keine Verpflichtung zu einer bestimmten Festsetzung des Gewerbe-

steuerhebesatzes aufgegeben. Es bildet keine bundesgesetzliche Grundlage einer allgemeinen Gewerbesteuer-senkung. Der Sinn des Steueränderungsgesetzes 1979 kann nicht darin bestehen, die Gemeindefinanzen zugunsten der Gewerbesteuerzahler zu beeinträchtigen und die Investitionskraft zu schwächen.

Es muß den Gemeinden auch wegen ihrer unterschiedlichen Struktur überlassen bleiben, nach örtlichen Gegebenheiten zu entscheiden, ob und wenn ja inwieweit sie die Gewerbesteuer senken.

Alle Städte und Gemeinden, ob sie bisher Lohnsummensteuer erhoben oder nicht, haben aus dem Steueränderungsgesetz 1979 und aus früheren Steuerrechtsänderungen erhebliche Belastungen zu verkraften, für die kein Ersatz gewährt wurde.

Die Gewerbesteuerhebesätze sind aus gutem Grund bundesweit und landesweit unterschiedlich festgesetzt. Die Durchschnittshebesätze betragen bei Gemeinden von 50 000 bis 100 000 Einwohner 310 Prozent, bei der Lohnsummensteuer 841 Prozent, was einem Durchschnittshebesatz von 356 Prozent entspricht. Tübingen nahm seit 1975 unverändert 350 Prozent.

Durch das Steueränderungsgesetz 1979 erhöhte sich der Freibetrag des Gewerbe-ertrags von Betrieben, die als Einzelunter-nehmen oder Personengesellschaft geführt werden, ab 1980 von 24 000 DM auf 36 000 DM. Das bringt bei einem Hebe-satz von 330 Prozent, eine jährliche Entlastung von rund 2 000 DM; sie kommt etwa 500 Betrieben zugute.

Wer zahlt Gewerbesteuer?

Von 2 721 Betrieben (179 Hersteller, 574 Handwerker, 126 Großhändler, 875 Einzelhändler, 365 Vertreter und Vermittler, 204 Gaststätten und Beherber-gungsbetriebe und 398 Sonstige) waren 1979 nur 1000 zur Gewerbesteuer veran-lagt. Tatsächlich Gewerbesteuer entrich-ten nach Erhöhung des Freibetrags ab 1980 nur noch rund 800 Betriebe, da-runder allein 230 Filialen deren Geschäfts-leitung außerhalb Tübingens liegt, zum Beispiel die Deutsche Bank, Coop, Tengel-

mann sowie alle in Tübingen arbeitenden auswärtigen Baufirmen.

Von 200 Handwerksbetrieben in neun Branchen (Schreiner, Schlosser, Elektro-instalateure, Maler und Gipser, Metzger, Bäcker, Konditoren und Friseure) wa-ren 1980 nur 107 steuerpflichtig. 18 davon mit mehr als 10 000 Mark im Jahr, 20 Betriebe mit 5 000 bis 10 000 Mark, 28 Betriebe mit 2 000 bis 5 000 und 41 mit weniger als 2 000 Mark.

Eine jährliche Gewerbesteuer von 10 000 Mark setzt bei einem Hebesatz von 350



Prozent einen Gewerbeertrag von 93 000 Mark voraus. Bei 5 000 Mark Steuer sind es rund 64 000 Mark.

Die Stadt und ihre Teile

Tübingen hat 1971 mit den heutigen Stadtteilen Bühl, Hagelloch, Hirschau, Kilchberg, Pfrondorf, Unterjesingen und Weilheim eine Reihe von Investitionsvorhaben zu finanzieren vereinbart und zwar für die Dauer von sieben Jahre mit den Mehrzuweisungen aus dem Finanzausgleich, verteilt auf zehn Jahre, sowie mit der "freien Spitze" der jeweiligen Ge-meinde in den Jahren 1970/71, ebenfalls auf zehn Jahre begrenzt. Daraus ergibt sich nach sieben Jahren folgende Zwi-schenbilanz:

	Bühl	Hagelloch	Hirschau	Kilchberg	Pfrondorf	Unterjesingen	Weilheim
Mehrzuweisung aus FAG - Mitteln x 7	1 980 000	2 120 000	3 605 000	1 329 000	3 608 000	3 056 000	1 550 000
Freie Spitze x 10	1 500 000	1 850 000	2 800 000	1 000 000	2 800 000	2 200 000	2 000 000
macht	3 480 000	3 970 000	6 405 000	2 329 000	6 408 000	5 256 000	3 550 000
Anspruch 1972 - 1978 7/10	2 436 000	2 779 000	4 483 500	1 630 300	4 486 000	3 679 000	2 485 000
plus anrechenbare Einnahmen 1972 - 1978	841 803	1 751 380	3 672 024	763 107	1 559 884	2 181 645	728 533
Investitionsmittel insgesamt	3 277 803	4 530 380	8 155 524	2 393 407	6 045 884	5 860 645	3 213 533
Investiert für ver-tragskonforme Vorhaben 1972 - 1978	3 251 781	4 942 309	10 322 379	2 887 898	6 257 607	4 994 473	2 965 898
Somit weniger	26 022					866 172	247 635
mehr investiert		411 929	2 166 855	494 491	211 723		
außerhalb der Ein-zelverträge zu-sätzlich investiert	59 517	82 799	63 068	60 836	98 594	29 521	190 345



Handwerk, Handel, Industrie - es dürfte gerne etwas mehr davon sein in Tübingen.



In der "Kost" des Landes

Wie weit die finanzielle Abhängigkeit einer Stadt wie Tübingen von Bund und Land gediehen ist, sei am Beispiel des Haushalts 1980 dargestellt.

Haushaltsvolumen 1980:	176 171 845 DM
Zuweisungen des Landes :	
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	32 157 711 DM
Schlüsselzuweisungen	20 054 004 DM
Erstattung von Verwaltungs- und Betriebsaufwand	
vom Bund, LAF, ERP-Sondervermögen	1 413 865 DM
vom Land	304 731 DM
Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	
vom Bund	28 748 DM
vom Land	6 537 446 DM
Schuldendiensthilfe vom Land	10 367 DM
Leistungen und Zuschüsse für Investitionen	
vom Bund, LAF, ERP-Sondervermögen	1 360 422 DM
vom Land	6 553 220 DM
Von Bund und Land in toto:	68 420 514 DM
Erstattung von Verwaltungs- und Betriebsaufwand	1 229 DM
Gewerbesteuerumlage	5 369 930 DM
Finanzausgleichsumlage	9 732 935 DM
	15 104 094 DM

Was Sanierung kostet

Die Stadt Tübingen hat auf dem Sondergebiet der Altstadtsanierung Vorbildliches geleistet. Sie hat in den förmlich festgelegten Sanierungsgebiete bisher investiert:

	Planansatz		Rechnungs Ergebnis 1971 - 1980 DM	Voraus-sichtliche Gesamtkost. DM	Restlicher Mittelbe-darf DM
	1982 DM	1981 DM			
Sanierungsmaß-nahme					
Lamm-block	647 500	1 193 000	6 633 385	9 627 000	
Rathausblock	5 207 054	1 619 000	4 791 962	11 554 000	
Hintere Graben-str./ alter Bo-tanischer Garten	1 692 000	1 637 000	7 924 122	16 219 000	
	7 546 554	4 449 000	19 349 469	37 400 000	6 054 977

Stand: 14.10.1981

Tenor in Moll

In Abänderung der Finanzplanung 1978 - 1982 hat der Gemeinderat 1980 ein Investitionsprogramm eingeleitet, das beipiellos und - an der Finanzkraft der Stadt gemessen - nahezu untragbar ist. An erster Stelle stehen vier große Schulbauten:

Das Gymnasium im Feuerhägle (33 Millionen). Die Sonderschule daselbst (5,5 Millionen). Die Grundschule Innenstadt (9,72 Millionen). Die Grundschule Waldhäuser-Ost (4,58 Millionen).

Dazu ein Altenpflegeheim (10,56 Millionen Mark) und die Fortführung von Sanierungsmaßnahmen (Aufwand 1981: 4,5, 1982: 7,5 Millionen).

Das Haushaltsjahr 1977 ist wie folgt gekennzeichnet: "Es geht uns besser, aber nicht gut." Zum Schluß und als Ausblick sei Bundesbankpräsident a.D. Dr. Karl Klasen zitiert. 1977 hat er in Hamburg

stellvertretend für einen Kaufmann schlechthin formuliert:

"Das vergangene Jahr war geschäftlich nicht gut; es ging eben gerade noch. Man muß aber zugeben: Es war besser als wir

erwartet haben. Das jetzt laufende Jahr wird schlechter werden; doch wird es noch bedeutend besser sein als das danach folgende Jahr zu werden verspricht, aber wirklich gut wird es uns geschäftlich erst dann wieder gehen, wenn der Senat (Gemeinderat) endlich anfängt zu sparen und die viel zu hohen Steuern und Abgaben ermäßigt."

Reden mit diesem Tenor werden zu jeder Zeit gehalten. Man sieht: von Jahr zu Jahr zu urteilen ist schwer, vollends unter den Sorgen des Augenblicks.

Geld- nie genug davon

Die Stadtkasse

Jeden Tag kommt über eine Million herein und trotzdem ist kein Geld da. Tübingen hat, wie man weiß, stets zu wenig davon und die Stadtkasse arbeitet bargeldlos: Bares ist bei ihr tatsächlich nicht zu finden!

Sie ist zuständig für die gesamten Kassen- und Rechnungsgeschäfte der Stadt und der Stadtwerke, desgleichen für die acht Stadtteile. Dazu kommt die Verantwortung für die Buchführung der Stadt Tübingen, für deren Rechnungsab-schlüsse, die Finanzstatistiken, die Ver-wahrung von Wertgegenständen wie Grundschul- und Hypothekenbriefe, Wertpapiere, Sparbücher und für das Mahn- und Beitreibungswesen. Die Stadtwerke haben eine eigene Buchhal-tung, Mahn- und Beitreibungsabteilung.

Die Jahre 1975 bis 1981 standen im Kassen- und Rechnungswesen im Zei-chen der Umstellung auf die neuen landeseinheitlichen Datenverfahren. Tü-bingen trat dem Regionalen Rechenzen-trum Alb-Schwarzwald in Reutlingen bei. Buchhalter mit Ärmelschoner und Stehpult sind lange passé. Die Stadtkas-se arbeitet wie jeder größere Industriebetrieb, wie Banken und Sparkassen mit modernster Computerbuchführung und Bildschirmverbindung zum Rechenzen-trum.

Die Mitarbeiter (gemeint sind damit Da-men und Herren) arbeiten kaum mehr manuell. Die EDV addiert Zahlenkolon-nen auf, führt Karteikarten und füllt Überweisungsvordrucke aus. Die daten-gerechte Bearbeitung der täglichen Ar-beitsvorgänge verlangt allerdings zusätz-liche Kenntnisse der eingesetzten Ver-fahren, dazu eine wesentlich höhere Umsicht und Konzentration, soll der Computer nicht falsch gefüttert und der Bürger dadurch verärgert werden.



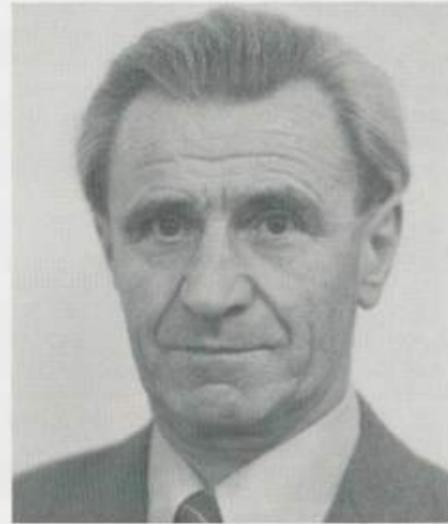
Karl-Heinz Pache, 36, leitet die Stadtkasse seit 1. Oktober 1975, sein Vorgänger war Ernst Klett, 69.

er, Grundsteuer und Hundesteuer wur-den 1976 auch die restlichen Einnah-men einschließlich der Verbrauchsab-rechnung der Stadtwerke wie Strom, Gas, Wasser sowie die Ausgaben und die Buchführung auf das neue Verfahren umgestellt.

Anfangs schwere Stunden

Als die Verfahren anfangs noch mit Pro-grammmängeln behaftet waren und das Regionale Rechenzentrum Buchungen oft nicht in regelmäßigem Rhythmus verarbeitete, hatte die Stadtkasse schwe-re Stunden; mancher Tübinger Bürger wird sich über unberechtigte Mahnungen oder verspätete Zahlungen geärgert ha-ben. Doch diese Kinderkrankheiten sind überstanden. Seit August 1979 ist die Stadtkasse über eine ständige Telefonlei-tung mit dem Rechenzentrum verbun-den, sie kann über Bildschirme und Drucker jederzeit die aktuellsten Daten abrufen. Wenn wie geplant in naher Zu-kunft die Daten direkt bei der Stadtkas-se über Bildschirm eingegeben werden, wird man noch rationeller arbeiten kön-nen.

Die Einnahmekasse, die alle eingehenden



den Zahlen aufarbeitet und für den Ta-gesabschluß ermittelt, wurde bis 1975 von Marga Bauschert geleitet. Krank-heitshalber ging sie vorzeitig in den Ruhestand. Am 1. Januar 1976 trat Karl Steinhilber an ihre Stelle, er ist gleich-zeitig EDV-Koordinator, das heißt, er berät die Dienststellen in Sachen Daten-verarbeitung im Bereich des Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens. Die Ein-nahmekasse hat jährlich rund 200 000 Buchungen mit einem Volumen von 330 Millionen DM anno 1980 zu bewältigen, pro Tag also nahezu 1 000 Buchungen. Falschbuchungen zu Lasten der Stadtkasse sind trotzdem äußerst selten. Wesentlich häufiger sind Fehler auf Grund unrichtiger oder nicht ausrei-chender Angaben der Einzahler:

Darum: Bitte stets das richtige Bu-chungszeichen angeben!

Viel Zeit kostet das Ausstellen von Spendenbescheinigungen (Spenden sind in den Büchern der Stadt zu führen). 1980 waren es über 800 mit mehr als 500 000 Mark.

Die Spendenbereitschaft für gemeinnüt-zige Zwecke nimmt stetig zu. Sie zeugt

von einem gesunden, florierenden Ver-einsleben in Tübingen, da die Spenden überwiegend Vereinen zufließen. Die Stadtkasse leistet deshalb gerne weiter-hin diesen kostenlosen Service.

Eine Frau steht gerade

Die Hauptkasse (sie zahlt nur aus und fertigt ebenfalls den Tagesabschluß) lag bis 31. Oktober 1980 in Händen von Hildegard Böpple, sie ist jetzt im Ruhestand. Ihr nachgefolgt ist am 1. Novem-ber 1980 Ute Bisinger. Sie hat geradezu-stehen für jährlich 50 000 Auszahlungen mit rund 330 Millionen Mark (1980). Die Mitarbeiter leisten demnach jeden Tag ungefähr 200 Buchungen mit einem Volumen von rund 1,3 Millionen Mark.

Außerdem ist die Hauptkasse zuständig für die Barauszahlungen von Sozialhilfe. 1980 waren das immerhin rund 3 300 mit zusammen 770 000 Mark, 1981 werden es rund 4200 Auszahlungen mit 950 000 DM sein.

Die Mahn- und Beitreibungsabteilung (der Name sagt alles!) leitete bis 30. September 1980 Karl Schmid (langjäh-riges Mitglied des Weingärtner-Lieder-kranz und Mitinitiator vieler Stadtfeste). Er ging leider vorzeitig, krankheitshalber, in den Ruhestand. Herbert Rupp ist sein Nachfolger und zugleich stellvertreten-der Kassenverwalter. In dieser Abteilung arbeitet etwa die Hälfte des Kassenper-sonals, aus zweierlei Gründen: Bei stän-dig sinkender Zahlungsmoral der Bürger macht die Beitreibung immer mehr Ar-beit; zum anderen sind dem Computer hier Grenzen gesetzt.

Die Bearbeitung von Steuer-, Beitrags- und Gebührenkosten braucht viel Erfah-rung und noch mehr Fingerspitzenge-fühl: Der Bürger reagiert - verständli-cherweise - immer dann am empfindli-chen, wenn es an seinen Geldbeutel geht.

Bei privat-rechtlichen Forderungen wie Verkaufserlöse und Mieten werden die Außenstände wie beim privaten Bürger durch Mahnbescheid, Vollstreckungsbe-scheid und Klage vor Gericht beigetrie-ben. Bei öffentlich-rechtlichen Forde-

rungen wie Steuern und Gebühren räumt das Gesetz den öffentlich-recht-lichen Körperschaften das Recht ein, Außenstände selbst beizutreiben. Die Stadt hat dazu zwei eigene Voll-streckungsbeamte bestellt. Bei Streitig-keiten wegen öffentlich-rechtlichen For-derungen sind die Verwaltungsgerichte anzurufen.

Konkurse, Vergleiche und Zwangsverstei-gerungen, an denen die Stadt beteiligt war, sind in der letzten Zeit leicht zurückge-gangen, obwohl Insolvenzen allgemein zunehmen. Der Stadtkasse ist es zum Teil gelungen, ihre Forderungen durch Ver-



handlungsgeschick vor Eröffnung der Verfahren zu realisieren. Insgesamt ist es gelungen, die Rückstände am Jahresende auf etwa ein Prozent des Haushaltsvolu-mens zu drücken; bei einem Haushalt von 200 Millionen immerhin zwei Millionen Mark.

Für beide Teile einfacher

Die Stadtkasse wird deshalb weiterhin ver-suchen, die Bürger für die Erteilung einer Einzugsermächtigung zu gewinnen (bei der Grundsteuer sind es jetzt etwa 70 Pro-zent). Das ist für beide Teile wesentlich einfacher. In die Rechte des Bürgers wird durch die Einzugsermächtigung nicht ein-gegriffen, er kann bei seinem Kreditin-stitut jederzeit innerhalb von sechs Wochen Widerspruch erheben, wenn er mit dem eingezogenem Betrag nicht einverstanden ist.

1980 mußte die Stadtkasse rund 20 000 Mahnungen versenden und etwa 6 000 Vollstreckungstitel für die Vollstreck-beamten ausfertigen.

Übringens: Wer nicht gleich zahlen kann, sollte wenigstens sofort Zahlungsaufschub beantragen und nicht erst nach Beginn des Mahn- oder Beitreibungsverfahrens; inzwi-schen angefallene Mahngebühren und Säumniszuschläge müssen zusätzlich be-zahlt werden. 1980 wurden rund 1100 Stundungen gewährt, wobei nur 70 Zins-bescheide nötig waren. Alle anderen Be-träge waren so gering, daß keine Stun-dungszinsen anzusetzen waren.

Niemand "büßt" gerne

Ungewöhnlich viel Mühe macht es, Geld-bußen beizutreiben. Verständlich der Är-ger der Bürger über eine verhängte Geld-buße, doch die Stadtkasse ist für den rechtzeitigen Geldeingang verantwortlich, sie muß entsprechende Schritte tun. In 356 Fällen konnte 1980 erst durch die Anordnung der Erzwingungshaft durch das Amtsgericht der Bußgeldbetrag beige-trieben werden. Dennoch betragen die Rückstände beim Bußgeld noch rund 20 Prozent.

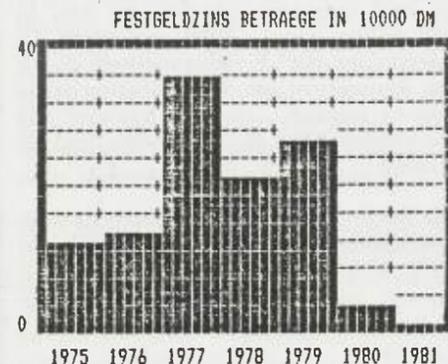
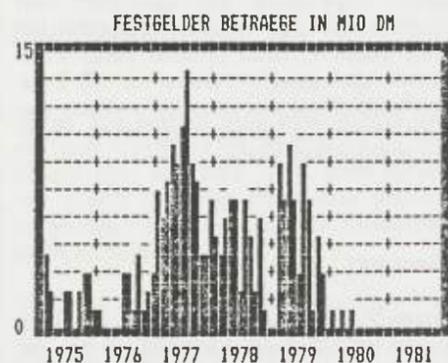
Die Buchhaltung führte, zugleich als stell-vertretender Kassenleiter, bis 28. Februar 1980 Wilfried Raiser, der zum Sozialamt versetzt wurde. An seine Stelle trat am 1. Januar 1981 Günter Lehmann.

Er kam von der Datenzentrale Baden-Würt-temberg. Dank seiner dort erworbenen Kenntnisse über die Programme im kom-munalen Finanzwesen gelang es ihm, tat-kräftig unterstützt von allen Mitarbeitern, den Rechnungsabschluß ohne Einarbei-tungszeit rechtzeitig fertigzustellen.

Die Buchhaltung hat, wie der Name sagt, sämtliche Einnahmen und Ausgaben in den Sachbüchern zu buchen und das Rech-nungswesen zu überwachen. Sie macht die Vierteljahres- und Jahresfinanzstatistiken, teilt die Berechnungsgrundlagen für die Gewerbesteuerumlage mit und verantwor-tet die Ablage sämtlicher Rechnungsakten.

Vorübergehend nicht benötigte Kassenmit-tel legt die Stadtkasse als Termingelder an und erzielt dabei beachtliche Zinsen. Über Kassenmittel wird nach dem Motto dispo-niert: Möglichst viel davon, jedoch nicht

zu viel anlegen. Die Kasse muß immer flüssig sein: Kontokorrentkredite sind sündhaft teuer!



Die Kasse dankt

Dank der landeseinheitlichen Datenverfahren kann auch der Rechnungsabschluß wesentlich schneller aufgestellt werden, in den letzten Jahren war bereits Ende Februar/Anfang März ein Rechnungsergebnis zu erhalten. Dies ist nicht zuletzt der tatkräftigen Mitarbeit aller städtischen Dienststellen zuzuschreiben. Dafür bedankt sich die Stadtkasse.



Hans-Jörg Wittel, 47, leitet die Steuerabteilung seit 1. Juni 1981, sein Vorgänger war Hans Maier, 62.

Einnehmendes Wesen

Die Steuerabteilung

Rechtlich hatte sich die Steuerabteilung auf die seit 1. Januar 1977 geltende neue Abgabenordnung einzustellen, da sie nach entsprechendem Landesgesetz in vielen Teilen auf die Kommunalabgaben anzuwenden ist. Was Hebe- und Gebührensätze angeht, so sind die Steuersätze in den Stadtteilen zum gleichen Zeitpunkt an die Sätze der Kernstadt angeglichen worden. Seit 1. Juli 1976 werden kostendeckende Abwassergebühren erhoben; das gleiche gilt für die Müllabfuhr seit 1. Januar 1979. Zum 1. Januar 1981 wurde in den Stadtteilen der Haushaltstarif durch den Gefäßtarif abgelöst. Vorausgegangen war ein Urteil des Verwaltungsgerichts Sigmaringen, das beide Tarife nebeneinander in einem Stadtgebiet für unzulässig erklärte.

Organisatorische Änderungen bei der Steuerabteilung: 1975 übernahm das Ordnungsamt die Ausgabe der Lohnsteuerkarten; 1978 wurde die Geschäftsstelle des



Gutachterausschusses dem Bauverwaltungsamt zugeordnet; seit 1. Januar 1980 werden die Abfallbeseitigungsgebühren nach angelieferter Menge monatlich veranlagt und seit August 1981 fordert die Steuerabteilung die Erdaushubgebühren an.

Nun zu den einzelnen Steuern.

Das Grundsteueraufkommen stieg von 3 540 000 Mark im Jahr 1974 auf 6 112 000 Mark 1981. Die Einnahmen beziehen sich 1981 auf rund 22 650 Objekte und stammen von etwa 13 300 Steuerpflichtigen.

Das Mehr an Einnahmen resultiert im wesentlichen aus der Erhöhung des Hebesatzes für unbebaute und bebaute Grundstücke von 220 v.H. auf 260 v.H. im Jahr 1975, aus den neuen Grundsteuermeßbeträgen, die ab 1974 der Grundsteuer zugrunde zu legen sind, sowie aus jährlichen Neuzugängen und Änderungen von Grundsteuermeßbeträgen. Die Angleichung der Hebesätze der Stadtteile an die der Innenstadt hat sich nicht wesentlich auf die Einnahmen ausgewirkt.

In Tübingen und in vergleichbaren Städten

galten im Berichtszeitraum bei den unbebauten und bebauten Grundstücken folgende Hebesätze:

Jahr	1975-1977 v.H.	1981 v.H.
Tübingen	260	260
Reutlingen	250	250
Esslingen	270	270
Konstanz	230	230

Das Regionale Rechenzentrum Altschwarzwald hat die Grundsteuer errechnet und die Grundsteuerbescheide gefertigt. Allein aus der Hauptveranlagung zum 1. Januar 1974 mußten 1975 und 1976 rund 18 000 Grundsteuermeßbescheide bearbeitet werden.

Wichtig ist die durch das neue Veranlagungsverfahren erreichte Sicherung der Daten, die gewährleistet, daß bei Änderung der Werte die neuen Grundsteuerbescheide auf den bisherigen Grundsteuerbeträgen aufbauen. Die Fertigung der Bescheide durch das Regionale Rechenzentrum führt zu keiner Entlastung bei der Veranlagungsarbeit, da Eingabebogen auszufüllen sind, und eine wesentlich größere Kontroll- und Abgleicharbeit notwendig ist.

Die Übersichtlichkeit der Bescheide leidet durch die vielen vom Gesetz vorgeschriebenen Fälligkeiten.

Deutlich geschrumpft

Die seit dem Jahr 1978 geltenden Freibeträge von 24 000 Mark beim Gewerbeertrag und von 60 000 Mark beim Gewerkekapital, die ab 1980/1981 auf 36 000 beziehungsweise 120 000 Mark erhöht wurden, haben das Gewerbesteueraufkommen um rund 900 000 Mark geschmälert. Die Gewerbesteuer des Jahres 1981 ist von rund 1000 Gewerbebetrieben zu tragen. Durch die Freibeträge ist die Zahl der Gewerbesteuerpflichtigen von etwa 1800 im Jahr 1975 auf 1000 im Jahr 1981 gesunken.

Die endgültig veranlagte auf das Jahr 1978 entfallende Gewerbesteuer von 20 483 000 Mark verteilt sich auf

574 Handwerksbetriebe	(4 325 000 DM)
142 Betriebe des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes	(334 000 DM)
104 Vertreter	(328 000 DM)
560 Groß- und Einzelhandelsbetriebe	(3 603 000 DM)
189 Industriebetriebe	(7 127 000 DM)
185 Gewerbebetriebe besonderer Art (Druck, Verlag, Banken usw.)	(4 766 000 DM)

Der Gemeinderat hat am 11. September 1978 beschlossen, ab 1. Januar 1979 die Einwohnersteuer nicht mehr zu erheben. Die für die in Anspruchnahme von Wohnraum in Tübingen seit 1946 erhobene Steuer hatte zuletzt Einnahmen von 1 769 000 Mark jährlich erbracht.

Die Gemeinden in Baden-Württemberg sind durch Landesgesetz verpflichtet, die Hundesteuer zu erheben. Der Gemeinderat hat die Steuersätze für die Jahre 1975 - 1978 auf 100 Mark je Hund und ab 1. Januar 1979 auf 120 Mark für den ersten Hund und auf 240 Mark für jeden weiteren Hund festgesetzt. Seit 1. Januar 1977 haben Stadtteile und Kernstadt einheitliche Steuersätze. Die Steuer bringt derzeit bei 1646 "Hundehaltungen" 192 000 Mark ein.

Die Abwassergebühren dürfen nur die nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen ansatzfähigen Kosten decken. Ständig gestiegene Betriebskosten und die im Rahmen des Kommunalabgabengesetzes (KAG) zulässige Amortisation der Herstellungskosten für die Erweiterung der Kläranlage haben 1975 zu einer Abwassergebühr von 1,05 Mark/Kubikmeter geführt. 1979 konnte die Gebühr auf 95 Pfennig gesenkt werden, weil das geänderte KAG von 1978 eine benutzerfreundlichere Regelung brachte.

Die Verbraucher neigen heute dazu, Frischwasser einzusparen oder mehrfach zu nutzen und damit die Abwassergebühren zu senken. Die jährlich veranlagten In-

dustriebetriebe haben in den Jahren 1975 - 1980 zwischen 91 000 und 375 000 Kubikmeter weniger Frischwasser von den Stadtwerken bezogen und zwischen 88 000 und 160 000 Kubikmeter weniger Frischwasser aus privaten Versorgungsanlagen gefördert.

Seit 1. Juli 1976 gelten in den neuen Stadtteilen und in der Innenstadt die gleichen Gebührensätze.

Die Abfallgebühren wurden in den Stadtteilen ab 1979 vereinheitlicht. Seit 1981 gilt im gesamten Stadtgebiet der Gefäßtarif. Die Einnahmen aus Abfallgebühren sind ein Spiegelbild der Kosten, da nach dem Kommunalabgabengesetz nur die nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen ansatzfähigen Kosten gedeckt werden dürfen.

Nach dem Kostenverlauf waren in der Innenstadt die Gebühren wie folgt festzusetzen:

Müllgefäß Liter	Gebühr ab 1.1.1975 DM	Gebühr ab 1.1.1979 DM
25	36,-	45,-
35	54,-	66,-
50	72,-	90,-
Großraumbehälter	642,-	750,-

In den neuen Stadtteilen wurde durch die seit 1. Januar 1979 gültigen Haushaltstarife erstmals Kostendeckung erreicht.

Seit 1. Januar 1980 werden die Abfallbeseitigungsgebühren nach den Lieferscheinen berechnet, die bei jeder Anlieferung auf der Mülldeponie abzugeben sind. Die bisherige pauschalierte Erhebung war nicht befriedigend. Nach dem neuen Verfahren waren 1980 von 1318 Benutzern der Mülldeponie rund 395 000 Mark zu erheben, bei einem Gebührensatz von 5 DM/m³/Abfall.

Wegen der Kosten für die Erweiterung der Mülldeponie Schweinrain von rund 1,2 Millionen Mark erhöhte sich die Gebühr 1981 auf 5,50 Mark; die Einnahmen des Jahres 1981: 453 000 Mark.



Weil man es kaum sieht, kann sich das Parkhaus König sehen lassen. Am Rand der Innenstadt zu deren Beruhigung gebaut, könnte es lebhafteren Zuspruch durchaus vertragen, zumindest von Kurzzeitparkern. Anderthalb Stunden Parkzeit - ausreichend für einen Einkauf in der Altstadt - sind für eine Mark zu haben. Ab 18 Uhr sowie an Sonn- und Feiertagen darf man im "König" sein Auto gratis stehen lassen.

Besitz als Lust und Last

Das Liegenschaftsamt

Das Amt, zum Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters gehörend, wickelt den Grundstücksverkehr für die Bedürfnisse der öffentlichen Hand ab und hat den gesamten städtischen Grundbesitz in Verwaltung.

Im Grundstücksverkehr, überwiegend in den Händen von Amtmann Gerhard Breuninger (zugleich Stellvertreter des Amtsvorstands) und Oberinspektor Wolfgang Kleinmann, waren 1975 - 80 1559 Kauf- und Tauschverträge abzuschließen und zwar für:
 Gemeinbedarf für Straßen 10,37 Hektar um 3,45 Millionen Mark,
 landwirtschaftliche Flächen 58,83 Hektar um 4,42 Millionen Mark,
 Flächen für Sportanlagen und Schulen 5,42 Hektar um 1,14 Millionen Mark,
 Bauerwartungsland 8,11 Hektar um 3,51 Millionen Mark,
 79 Gebäude für Altstadtsanierung, Verkehrsplanung und Sonstiges 17,87 Millionen Mark.

Veräußert hat die Stadt:
 12,51 Hektar Baugrundstücke zum Bau von rund 300 Wohnungen um 10,74 Millionen Mark,
 13,78 Hektar Gewerbeflächen an rund 50 Gewerbetreibende um 8,07 Millionen Mark,
 18,51 Hektar landwirtschaftliche Grundstücke vorwiegend im Tausch um 1,31 Millionen Mark.

1976/77
 Grunderwerb Herrenberger Straße - Fronsbegauffahrt.

1977
 Erwerb des Munitionslagers Waldhäuser Ost von der Bundesfinanzverwaltung. Das Gelände, im Frühjahr 1978 von den Franzosen geräumt, wird für Grün- und Sportanlagen verwendet.
 Bei einer Zwangsversteigerung erwirbt die



Karl Hirn, 55, leitet das Amt seit 1. April 1968.

Stadt das ehemalige Ochsen- und Brauereigelände (Lustnauer Loch) an der Dorfackerstraße für 1,15 Millionen Mark. Derzeit baut dort die GSW ein Wohn- und Geschäftszentrum.

1978
 Kauf von etwa 60 Hektar Wald auf Markung Derendingen und Weilheim.
 Erwerb von rund 18 Hektar Grundbesitz in "Gernfeld" und "Hochwiesen" auf Markung Hirschau und angrenzenden Markungen im Zusammenhang mit dem Bau der Trinkwasserfassung "Gernfeld".

1979
 Kauf des Zanker-Werks I Beim Kupferhammer um 3,05 Millionen (Erhaltung der Arbeitsplätze).
 Aus einer Zwangsversteigerung, das Fabrikgrundstück Jasa Hirschau für 530 000 Mark.

"Gibt es kein Halten mehr am Grundstücksmarkt?": Überschrift des "Schwäbischen Tagblatts" nach dem Verkauf eines Grundstücks in der Neuhalde in Lustnau, an dem die Stadt mit 23/100 beteiligt war, an eine Münchner Steuerberatungsgesellschaft zum Preis von 405,97 Mark für den Quadratmeter.

Verkauf von 3,20 Hektar für den Neubau des Berufsschulzentrums "Feuerhägle" für

1 920 000 Mark an den Landkreis Tübingen.

1980
 Verkauf von 80 ar für eine überbetriebliche Ausbildungsstätte im "Feuerhägle" um 480 000 Mark an die Handwerkskammer Reutlingen.
 Verkauf von 1,10 Hektar Baugelände für das "Uniklinikum Schnarrenberg" um 1,01 Millionen an das Land.
 Verkauf von 23,3 Hektar Wald im "Großholz" im Tausch für die neue Erddeponie in der "Schinderklinge" an Kusterdingen um 608 000 Mark.

Das städtische Grundvermögen hatte nach diesen Transaktionen um etwa 115 Hektar zugenommen.

Blick in die Zukunft: Tübingen lebt von der "Ernte" früherer Jahre: erstmals 1980 flossen von sieben Millionen Verkaufserlösen aus Grundstücken zwei in den laufenden Haushalt. Mit dem Abschluß von 190 Kauf- und Tauschverträgen wurden 1981 für 8,5 Millionen Mark Grundstücke erworben und für 9,2 Millionen Grundstücke veräußert. Dabei fallen besonders ins Gewicht der Erwerb der Betriebsgrundstücke der Stadtwerke um 5,2, die Übertragung städtischer Grundstücke an die Stadtwerke für 1,25, der Verkauf des "Lustnauer Lochs" um 1,07 Millionen an die GSW Sigmaringen zum Bau eines Wohn- und Geschäftshauses, der Verkauf des Hauses "Schimpf" um 1,2 sowie der Verkauf von Grundstücken an den Landkreis in Derendingen für die Berufsschulen, die Sporthalle und den Neubau der K 6900 im Wert von insgesamt 3,8 Millionen Mark.

Das Anwesen der Firma Zanker "Beim Kupferhammer" wurde an Tübinger Gewerbetreibende vermietet. Die Mietnahmen der Stadt haben erstmals die Drei-Millionengrenze überschritten und summieren sich auf nunmehr 3,5 Millionen Mark im Jahr.

Im Eigentum der Stadt

Von 10 812 Hektar Markung besitzt die Stadt 2 878 Hektar oder fast 27 Prozent. Es handelt sich um:

Bebaute Flächen	76 Hektar
Straßen, Plätze, Wege, Verkehrsgelände	395 Hektar
Öffentliche Parks und sonstige Grünanlagen, Friedhöfe	50 Hektar
Spiel- und Sportplätze, Freibad	46 Hektar
Landwirtschaftlich und gärtnerisch genutzte Flächen	501 Hektar
Wald	1 732 Hektar
Wasserflächen	18 Hektar
Sonstige Flächen	60 Hektar

Wirtschaftsförderung - worunter das dafür zuständige Liegenschaftsamt in erster Linie Gewerbe- und -umsiedlung versteht - setzt verfügbares, gewerbliches Bauland voraus. Wohl weist der Flächennutzungsplan eine Menge davon aus, doch bislang konnte keines dieser Gewerbegebiete realisiert werden. In den vergangenen fünf Jahren sind um 8,07 Millionen Mark an 50 Gewerbetreibende immerhin 13,78 Hektar verkauft worden.

Der bebaute, von den Herren Six und Kicherer verwaltete Grundbesitz - soweit er aus Wohnungen besteht - setzte das Amt instand, Familien zu versorgen, deren Wohnungen dem Straßenbau oder der Sanierung weichen mußten. Ausländische Mitarbeiter, die auf dem privaten Wohnungsmarkt nicht zum Zug kamen, sind unterzubringen.

Das gleiche gilt für von privaten Hausbesitzern herausgeklagte Mieter; für wohnungssuchende städtische Beschäftigte oder ausscheidende Dienstwohnungsinhaber; für sogenannte Wohnungsnotfälle, zum Beispiel kinderreiche Familien, sozial Schwache und Asylanten. Das heißt: Andere Wohnungssuchende haben auf absehbare Zeit kaum Chancen, eine städtische Wohnung zu bekommen. Zumal das Liegenschaftsamt nur über knapp drei Prozent aller Wohnungen in Tübingen verfügen kann. Es sind etwa 670.

Für Alleinstehende kommt das renovierungsbedürftige Männerwohnheim in der Eberhardstraße 53 in Frage; 98 Betten

sind vorwiegend mit ausländischen Arbeitnehmern belegt. Im ehemaligen Charlottenhaus wohnen Studentinnen.

Zur Unterbringung von Studenten, Wohnungsnotfällen und Asylanten hat das Liegenschaftsamt seit Januar 1980 von der Bundesvermögensverwaltung 36 Wohnungen in der Ludwig- und Eugenstraße angemietet, 20 davon sind dem Tübinger Studentenwerk e.V. und dem Tübinger Studentenwerk (Anstalt) mietweise überlassen.

Vom "Backofen" sind vier Gebäude mit zehn 1 bis 2-Zimmerwohnungen und drei 3-Zimmerwohnungen übrig. Zwei weitere Gebäude sind mit Obdachlosen (in zusammen 14 Zimmern) überwiegend dauerbelegt.

Zum Jahresende 1980 hatte die Stadt 671 Wohnungen, 149 Einzelzimmer 261 Garagen und PKW-Stellplätze sowie 178 Geschäftsräume vermietet.

Mit Gastarbeitern bestehen Mietverhältnisse über 91 Wohnungen.

Bei unterschiedlicher Ausstattung der Wohnungen betragen die Mieten für Altbauwohnungen 2 - 5 DM/Quadratmeter, in besonderen Fällen bis sieben Mark; bei öffentlicher Förderung sind es 2,30 - 4,80 DM. Trotzdem gibt es Mietrückstände.

150 Wohnungen sind bisher komplett modernisiert worden (Bäder, Duschen, Gas- tagenheizungen, Doppelfenster, funktionsgerechtere Küchen). Die städtischen Häuser in der Aischbachstraße, Paulinenstraße und Pulvermühlstraße erhielten Vollwärmeschutz. Eine nicht unerhebliche Zahl von Mietern war nicht geneigt, für eine komfortablere Wohnung mehr Miete zu zahlen.

Heikle Aufgabe

Für den Schloßbergtunnel und in Sanierungsgebieten mußten 55 Häuser freigegeben werden. Betroffen waren 150 Familien. Sie erhielten in aller Regel besser ausgestattete Wohnungen. In der Seel-

hausgasse mußten Mieter von drei Häusern wegen der neuen Silcherschule, in Hirschau wegen Ausbau der Kingersheimer Straße die Mieter von fünf Häusern "umgesetzt" werden, was bei einer elfköpfigen türkischen Familie nicht ganz einfach war.

Es gab die ersten Hausbesetzungen: 1977 in der Seelhausgasse 37, 1979 in der Ludwigstraße 15, 1981 in der Sigwartstraße 17.

Vermietet wurde das "Deutsche Haus" mit fünf neuen Sozialwohnungen, das ehemalige "Alte Schlachthaus" an den Künstlerbund und fünf Mietparteien sowie zwei Neubauten an der Waldhäuser Straße 96 und Lange Furche 23 mit zwölf Sozialwohnungen.

Die leerstehende Stuhlfabrik Schäfer wurde dem LTT in Erbpacht zur Verfügung gestellt, Ende 1980 die Wörnle'sche Mühle in Derendingen geräumt und abgebrochen.

Das Parkhaus König mit 394 Stellplätzen wurde 1978 zur Benutzung freigegeben. Die ursprünglich vorgesehenen 89 Stellplätze für Dauerparker wurden zwischenzeitlich auf 199 erhöht, sie sind im Schnitt zu 98 % belegt. Die Einnahmen blieben im ersten Jahr mit 132 500 Mark hinter den Erwartungen; 1980 beliefen sie sich auf immerhin 191 200 Mark. Probleme ergeben sich im Parkhaus durch die unberechtigte Belegung von Dauerparkplätzen und mutwillige Beschädigungen an Gebäude und Fahrzeugen.

Mehr Kleingärten

Der unbebaute Grundbesitz wird von Hermann Bader verwaltet, der Wald und das Obstgut von Oskar Motteler. Der verpachtete Grundbesitz in der Stadt und auf den angrenzenden Markungen hat von 291 auf 329 Hektar (1980) zugenommen. Die Nachfrage nach Pachtland ist auch mit 450 sogenannten Schrebergärten, die von der Stadt verpachtet sind, bei weitem

Liegenschaften der Stadt oder wozu sie gut und nützlich sind. ▶



nicht gedeckt. Weitere Kleingartenanlagen wären nötig, hauptsächlich für Hochhausbewohner. Auf den Weiden der Stadt grasen seit Jahrzehnten die Herden von Schafhalter Vogel. Die Weiden von Weilheim, Kilchberg und Bühl sind neu hinzugekommen.

Außer einigen kleinen Seen, die Fischer privat bewirtschaften, ist das Fischwasser mit 8,34 Hektar See und 23,8 Kilometer fließenden Gewässer an den Kreisfischereiverein verpachtet.

Auf dem Parkplatz Hintere Grabenstraße mit 112 Stellplätzen wurden die Parkgebühren ab März 1979 von 50 Pfennig auf eine Mark je angefangene Stunde erhöht. Trotzdem und trotz des Parkhauses König trat keine spürbare Entlastung ein. Die Parkgebühren bringen jetzt jährlich rund 210 000 Mark.

Die Wälder der Stadt (1736 Hektar), beforstet von den Revierleitern Hermann Goller, Herbert Kern, Josef Romer und Kurt Heller, bringen mit 49 Prozent Nadel- und 51 Prozent Laubholz bei einer jährlichen Nutzung von 12 600 Festmetern dank erfreulicher Preisentwicklung auf dem Rohholzmarkt beachtliche finanzielle Überschüsse, 1980 waren es rund 200 000 Mark bei 1,24 Millionen Erlösen aus Holzverkäufen.

Ungeachtet des Einsatzes von Motorsägen und Entrindungsmaschinen kommen bei den Gesamtausgaben rund 80 Prozent von den Personalkosten. Die Stadt beschäftigt zwölf Forstwirte und Waldarbeiter.

Seit 1976 werden jährlich zwei Forstwirt-Lehrlinge eingestellt und im Revier Tübingen-Süd ausgebildet. Wünschenswert wären zwei weiteren Waldarbeiterstellen, damit die ausgebildeten Forstwirte weiterbeschäftigt werden können.

Die Äpfel vom Bläsiberg

Unterschiedliche Ergebnisse zeitigt das 16 Hektar große Obstgut Bläsiberg. In den letzten Jahren stellten sich erstmals finanzielle Erfolge ein. Paradox erscheint auf den ersten Blick: finanzielle (Überschüs-

se) gibt es nur in Jahren mit geringen bis mittleren Ernten. 1976 wurde bei nur 1 562 Doppelzentner (die geringste Ernte der vergangenen zehn Jahre) ein Überschuß von rund 7 000 Mark erwirtschaftet; 1979 beim bisher höchsten Ernteertrag von 3 693 Doppelzentner der bisher größte Zuschuß mit rund 75 000 Mark: Alle Obstbaugebiete der EG hatten preisdrückende Vollernten.

Erfreulich, daß immer mehr Tübinger das

Bläsibergobst kaufen, für dessen gute Qualität Obstbaumeister Wilhelm Schmid, seit Jahren bürgt.

Nützlich wäre die Einrichtung eines etwa 2000 Kisten fassenden klimatisierten Raumes innerhalb der Obstlagerhalle, damit die restlichen Äpfel bei Einbruch des Winters nicht länger an die WLZ verschleudert werden müssen. Jede für den Winter eingelagerte Obstkiste brächte etwa zehn Mark mehr.

Tübinger Kontraste



Allen wohl und niemand weh?

Das Personalamt

Es ist unmittelbar dem Oberbürgermeister zugeordnet, verfügt über eine Lohn- und Gehaltsabteilung, die auch "fremdgeht": Indem sie sowohl für die Mitarbeiter des Regionalverband Neckar-Alb (zwei Beamte, fünf Angestellte) wie den Bürger- und Verkehrsverein (sechs Angestellte) und die hauptamtlichen Lehrkräfte samt den Verwaltungsangestellten der Musikschule Tübingen e.V. (25 Angestellte) die Gehälter berechnet.

Das Amt ist zuständig (Stand 1981, in Klammern die Zahlen von 1975) für 1257 Beschäftigte (1278), darunter 153 (142) Beamte, 617 (651) Angestellte und 487 (485) Arbeiter, einschließlich der nicht Vollbeschäftigten; insgesamt also weniger Bedienstete als vor sieben Jahren. Die Stadtwerke haben ihren Personalstand bis auf sechs Köpfe gehalten, 213 anno '81 gegen 207 anno '75; darunter unverändert vier Beamte, 84 (78) Angestellte und 125 (125) Arbeiter.

Bei 967 Arbeitsplätzen 1975 hätte die Stadt 58 Schwerbehinderte zu beschäftigen gehabt; es waren damals nur 30. Heute hat sie jedoch mit 75 Schwerbehinderten bei 1016 Arbeits- und 61 Pflichtplätzen ihr Soll übererfüllt. Die Stadtwerke sind mit sechs Behinderten bei zwölf Pflichtplätzen noch immer im Debet. Vielleicht schafft es die GmbH, das Defizit aufzuholen.

Der Personal-Etat hat in den meisten Haushaltsplänen auch der Kommunen die Funktion eines Heißen Eisens: Jeder sieht es, und keiner wagt so recht daran zu rühren. Die Personalkosten steigen jedoch von Jahr zu Jahr nicht ohne Grund: Höhere Ansprüche an die Verwaltungen bedingen nicht selten mehr Personal. Dazu kommen die alljährlich steigenden Gehalts- und Lohntarife. Tübingen hat seine Personalkosten bisher im Bereich von 30



Albrecht Kemmer, 58, leitet das Amt seit 1. April 1980, sein Vorgänger war Hermann Pfauth, 63.



bis 35 Prozent des Haushaltsvolumens halten können, wie die nachstehende Übersichten zeigen, wobei die Stadtwerke besser aussehen als die Stadtverwaltung:

Stadt	Personalausgaben DM	Prozent Gesamtausgaben DM
1970	14.200.000,-	28,4
1975	33.039.000,-	35,3
1976	33.743.000,-	33,5
1977	34.761.000,-	29,2
1978	37.183.000,-	30,4
1979	39.413.000,-	31,8
1980	42.797.000,-	32,9
1981	46.375.000,-	34,1
(Voranschlag)		
Stadtwerke	Personalausgaben	Prozent
1970	3.554.000,-	16,75
1975	6.430.000,-	15,15
1976	6.619.000,-	14,23
1977	6.924.000,-	14,32
1978	7.152.000,-	13,93

1979	7.700.000,-	14,57
1980	8.152.000,-	13,58
1981	8.965.000,-	13,05
(Voranschlag)		

Früher brauchte der öffentliche Dienst mehr Personal als er kriegen konnte. Heute ist es wieder umgekehrt: Die freie Wirtschaft ist nicht mehr alles. Die Verwaltung kann heute auswählen. An Nachwuchs wurden eingestellt:

	1975	1981
Verwaltungsangestellte (Anlernlinge)	5	3
Verwaltungsangestellte zur Ausbildung	-	5
Bürohilffinnen zur Ausbildung	-	-
Inspektor-Anwärter	4	6
Assistenten-Anwärter	-	-
Bauzeichner	-	1
Vermessungstechniker	-	-
Forstwirte	-	2
Energieanlageelektroniker	3	3
Vorpraktikanten	13	17
insgesamt	25	37

Für jüngere Schreibkräfte mit entsprechender Ausbildung braucht es keine besondere Werbung mehr, zahlreiche Bewerbungen von Nachwuchskräften im Schreibdienst zur Ausbildung als Bürogehilfinnen, Verwaltungsfachangestellte, für technische Berufe und die Laufbahn im mittleren und gehobenen Verwaltungsdienst kommen jährlich ins Haus.

Die Verwaltung hat für ihre "Lehrlinge" eine innerbetriebliche Aus- und Fortbildung eingerichtet, Unterricht wird jeweils an einem Nachmittag in der Woche erteilt, wobei auf das Verwaltungsrecht und die Lösung praktischer Fälle im Gemeindefachrecht Wert gelegt wird.

Arbeitsbeschaffender Maßnahmen nach dem Arbeitsförderungsgesetz von 1969 befließigten sich vornehmlich die Stadtgärtnerei, das Sozialamt, die Stadtwerke und das Kulturamt. Diese Maßnahmen sind mit Beteiligung des Arbeitsamtes durchgeführt worden. Sie kosteten:

Jahr	Aufwand	Zuschüsse
1975	114.219,- DM	96.856,- DM
1976	206.390,- DM	139.677,- DM
1977	118.604,- DM	94.899,- DM
1978	129.705,- DM	101.029,- DM
1979	131.710,- DM	105.368,- DM
1980	115.800,- DM	95.143,- DM
1981	68.876,- DM	55.101,- DM

Was tut die Stadt für sie?

Sie zahlt, wo Sozialversicherung und Zusatzversorgung auch heute nicht ausreichen, langjährig gedienten Angestellten und Arbeitern sogenannte Ruhelöhne; bei den Stadtwerken macht das allerdings für einen Fall nur 18 Mark monatlich aus, bei der Stadt sind es für elf Ruhelöhner 2310 Mark.

Ausgedient hat, seit es ein tariflich verankertes Urlaubsgeld gibt, das vom Gemeinderat seinerzeit ins Leben gerufene Urlaubswerk. Statt der früher gern geübten Betriebsausflüge unternimmt man heute Nachmittagswanderungen mit gemütlichem Beisammensein, etwa in einem Kirbepfetzelt. Weggefallen sind auch die



Fahrtkostensätze für den Weg von daheim ins Büro oder den Bauhof. Nach wie vor "ausgeworfen" wird dagegen der am 1. Januar 1973 vom Gemeinderat verfügte Essenszuschuß von derzeit einsfünfzig pro Mittagessen. Pensionäre und Rentner werden Jahr für Jahr vom Personalrat zu einem Ausflug gebeten.

Der Personalrat, am 19. April 1977 für die Zeit bis 31. Mai 1981 gewählt, setzte sich unter Norman Ahlborn als Vorsitzendem, Kurt Rall als 1. und Horst Linius als 2. Stellvertreter, den Vorstandsmitgliedern Rosemarie Gekeler und Manfred Friedl sowie Schriftführer Franz Six aus folgenden Mitgliedern zusammen: Man-

fred Bomba, Dieter Glemser, Rolf Hagenlocher, Johanna Kern, Peter Knöller, Hildegard Poeske und Rolf Rist; Jugendvertreterin auf zwei Jahre wurde Gabriele Zorell, die ausländischen Mitarbeiter vertraten Gerardo Bello, Italien, Musa Kaplan, Türkei, Milan Pazlar, Jugoslawien.

Die Neuwahlen am 12. Mai 1981 ergaben folgende Zusammensetzung:

Vorsitzender Norman Ahlborn
 1. Stellvertreter Horst Linius
 2. Stellvertreter Fritz Aicheler
 Vorstandsmitglied Johanna Kern
 Vorstandsmitglied Manfred Friedl
 Schriftführer Franz Six

und den weiteren Personalratsmitgliedern Manfred Bomba, Eberhard Fröschke, Rolf Hagenlocher, Manfred Schneck, Walter Weberruß, Hans-Joachim Wiertz, Gabriele Zorell. Die Amtszeit dauert vom 1. Juni 81 bis zum 31. Mai 1985. Jugendvertreterin auf 2 Jahre wurde Ute Gluns, die ausländischen Mitarbeiter vertreten jetzt Musa Kaplan, Türkei, Ridvan Pala, Jugoslawien, Gerardo Bello, Italien.

Die Arbeiten im Tarif- und Besoldungswesen werden ständig umfangreicher und komplizierter. Sie können nur unter Ausnutzung aller Möglichkeiten der Technisierung und mit größtem Einsatz und Engagement aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beim Personalamt noch bewältigt werden.

Die Triarier ⁺⁾ der Stadt

Wenn es wahr ist, daß der Ruf eines Unternehmens korrespondiert mit der Anzahl seiner langgedienten Mitarbeiter, kann sich die Stadt neben einschlägigen Firmen großen und kleineren Kalibers sehen lassen. Zwischen 1975 und 1981 hatten 40 Beschäftigte ihr 40jähriges Dienstjubiläum.

108 Mitarbeiter feierten ihr 25jähriges Dienstjubiläum. In der gleichen Zeit schieden 19 Beamte, 72 Angestellte und 84 Arbeiter aus städtischen Diensten.

⁺⁾ Die Triarier waren im Heer des antiken Rom die ausgewählte, altgediente Kerntuppe im dritten Glied der Phalanx.

Möglichst gegenwartsnah

Das Rechnungsprüfungsamt

"Keine wesentlichen Beanstandungen . . ." ist eine der Feststellungen, die der Leiter des Rechnungsprüfungsamts in seinen Erläuterungen zum Schlußbericht über die Prüfung der Jahresrechnung eines Haushaltsjahres treffen kann. Laut Gemeindeordnung für Baden-Württemberg hat das Rechnungsprüfungsamt das Ergebnis seiner Prüfung in einem Schlußbericht zusammenzufassen, der dem Gemeinderat vorzulegen und vom Leiter des Amtes zu erläutern ist.

Nur aus diesem Anlaß, also jedes Jahr einmal tritt dieses Amt an die Öffentlichkeit; sonst bleibt es der Öffentlichkeit weitgehend verborgen. Seit 1979 ist es wieder im Rathaus untergebracht, nachdem es 1973 in die Rümelinstraße 2 umgezogen war. Es hat derzeit sieben Mitarbeiter.

Eine Stadt wie Tübingen ist gesetzlich verpflichtet, für die Rechnungsprüfung ein besonderes Amt einzurichten. Es ist bei der Erfüllung seiner Aufgaben unabhängig, an Weisungen nicht gebunden und untersteht unmittelbar dem Oberbürgermeister. Die Rechnungsprüfung ist eine wesentliche Voraussetzung und zugleich der Nachweis für ein ordnungsgemäßes, kommunales Finanzgebaren.

Zu den Hauptaufgaben gehören die Prüfung der Jahresrechnung der Stadt und der Jahresabschlüsse der wirtschaftlichen Unternehmen (einschließlich der dazugehörenden Unterlagen) sowie die laufende Prüfung und Überwachung der Kassenvorgänge. So werden zum Beispiel die Stadtkasse (zweimal jährlich) sowie rund 80 Zahlstellen und Handvorschüsse (das sind "Außenstellen" der Stadtkasse, die entweder Gelder bar einnehmen oder geringfügige, laufend wiederkehrende Ausgaben leisten) überwacht und geprüft.

Daneben hat der Gemeinderat mit Be-



Hans Mauch, 46, leitet das Amt seit 1. April 1978, sein Vorgänger war Albrecht Schmid, jetzt Sozialamt, davor war Albert Geyer, 70, Amtsleiter bis 31. Januar 1976.



schluß vom 20. April 1970 dem Amt weitere ("Kann-") Aufgaben zugewiesen: Die Prüfung der Vergaben, der Wirtschaftsführung der wirtschaftlichen Unternehmen und der Betätigung der Stadt als Gesellschafter oder Aktionär in Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit.

Zu prüfen ist, ob bei den Einnahmen und Ausgaben nach dem Gesetz und den bestehenden Vorschriften verfahren worden ist, ob die einzelnen Beträge sachlich begründet und rechnerisch richtig sind und ob der Haushaltsplan eingehalten, ob wirtschaftlich und sparsam gehandelt worden ist.

Zu prüfen sind grundsätzlich alle Handlungen, die einen Kassenvorgang auslösen. Die sogenannte Visa-Kontrolle, dem Zahlungsgeschäft vorgeschaltet, erlaubt bei jährlich über 50 000 Belegen eine gründliche, sachliche Prüfung nur selten, soll die Zahlung nicht verzögert werden. Deshalb wird die Visa-Kontrolle seit 1976 nur noch bei den Erschließungs- und Entwässerungsbeiträgen angewendet, da es im Nachhinein rechtlich schwierig ist, erlassene Beitragsbescheide zu ändern. Auch beim Wohngeld und bei der Unterhaltssicherung wird noch so verfahren.

Praktiziert wird heute allgemein die "begleitende Prüfung"; sie liegt zeitlich nach dem Kassenvollzug und erstreckt sich auf ein bestimmtes Sachgebiet nach verschiedenen Gesichtspunkten (förmlich, rechnerisch, sachlich begründet, wirtschaftlich, sparsam, dem Haushaltsplan entsprechend). Dabei kommen nicht alle Sachgebiete der Stadtverwaltung jedes Jahr dran; regelmäßig geprüft werden jedoch die Personalausgaben mit einem Jahresbetrag von rund 46 Millionen Mark (1981).

Das Rechnungsprüfungsamt prüft möglichst gegenwartsnah, das heißt zum großen Teil schon während des Haushaltsjahres. Es beschränkt sich nicht nur auf die Prüfung kassenmäßig abgeschlossener Vorgänge, sondern ist in vielen Fällen beratend beteiligt, vor allem bei der Bauprüfung. Bei vielen Baumaßnahmen ist das Rechnungsprüfungsamt von Anfang an eingeschaltet, sodaß Unklarheiten und Fehler vermieden beziehungsweise bereinigt werden können.

Das Rechnungsprüfungsamt hat unter anderem eine einheitliche Fassung von Vertragsbedingungen, Ausschreibungstexten, Architekten- und Ingenieurverträgen erwirkt. Die enge Zusammenarbeit führt zu

einheitlicher Auslegung der geltenden Bestimmungen wie Verdingungsordnung für Bauleistungen (VOB), Gebührenordnung für Ingenieure (GOI) und Honorarordnung für Architekten- und Ingenieure (HOAI). Damit ist schon manche Mark eingespart worden. Wichtig auch dies: Ansprüche von Auftragnehmern, die zweifelhaft erscheinen, werden rechtzeitig erkannt und somit gar nicht erst ausbezahlt.

Über alles geht dem Amt die Sparsamkeit in der Verwaltung. Bei immer knapper werdenden Mitteln sollte diese schwäbische Tugend wieder mehr in den Vordergrund rücken. Gelegenheit dazu bieten alle Bereiche der Stadtverwaltung, angefangen beim Gemeinderat, der 1980 auf die stattliche Zahl von 58 Mitgliedern anwuchs, bis hin zu üppig ausgestatteten Kindergärten und Schulen.

Das Rechnungsprüfungsamt hat auch die Jahresrechnung verschiedener, von der Stadt unterstützter Vereine und Organisationen zu prüfen, teilweise auf deren eigenen Wunsch gegen Kostenerstattung, teilweise von amtswegen, um die ordnungsgemäße Verwendung von Zuschüssen festzustellen.

Wie wirksam Rechnungsprüfung ist, läßt sich in Mark und Pfennig nur schwer ausdrücken. Ist sie beratend eingeschaltet, können Fehler von vornherein vermieden werden; bei nachträglicher Prüfung werden bei einer so großen Verwaltung immer wieder Fehler festzustellen sein, die beanstandet werden müssen. Das reicht vom unterlassenen Skontoabzug bis zur nicht anerkannten, aussergewöhnlich hohen Nachforderung bei einem großen Bauprojekt, die durch die Mithilfe des Rechnungsprüfungsamts wesentlich gesenkt werden konnte.

Fehlerhaftes Verhalten wirft immer die Frage der Haftung auf. Bei der dafür vorhandenen Versicherung dürfte das Rechnungsprüfungsamt kaum besonders gut angesehen sein: Die Versicherung mußte in den Jahren 1975 bis 1981 annähernd 100 000 Mark leisten.

Die Prüfung der Jahresrechnungen bis einschließlich 1980 ist abgeschlossen. Die "überörtliche Prüfung" nimmt die Gemeindeprüfungsanstalt Stuttgart vor.

Geschichte und Gegenwart

Das Stadtarchiv

Das Stadtarchiv Tübingen gehört nach den Kriegsverlusten anderer Stadtarchive heute zu den größten kommunalen Archiven in Alt-Württemberg, es verfügt über Bestände, die ins Mittelalter zurückgehen. Andererseits ist es seine Aufgabe, die bei den städtischen Ämtern und Dienststellen entstehenden Akten, soweit sie für die Wissenschaft oder die Verwaltung auch in Zukunft benötigt werden, zu übernehmen, aufzubewahren und zu verzeichnen. Als Beispiel dafür, wie beide Aufgaben sich verzahnen, sei die lange Reihe der Protokolle des Stadtgerichts (seine Aufgaben umfassen auch diejenigen des heutigen Gemeinderats) und des jetzigen Gemeinderats bis in die Gegenwart genannt: sie liegen in ununterbrochener Reihe seit 1629 vor und erhalten laufend Zuwachs.

Neben die eigentlich archivarische Tätigkeit des Verzeichnens ungeordneter älterer Bestände und der Übernahme neuer Akten hat heute ein Archiv auch dafür zu sorgen, daß die Ereignisse der Gegenwart für die Zukunft aufgezeichnet werden. Dieser Aufgabe dient die täglich in Karteiform geführte Stadtchronik sowie die Zeitgeschichtliche Sammlung, in der vielfältigstes oder gedrucktes Schriftgut gesammelt ist, das Tendenzen und Lebensverhältnisse der Gegenwart spiegelt, wie sie den Akten nicht zu entnehmen sind.

Das Stadtarchiv ist auch für die Archivalien der Vororte und Stadtteile zuständig. Die Gemeindearchive von Unterjesingen und Weilheim sind inzwischen im wesentlichen geordnet und erfaßt. Für Weilheim ist das Findbuch noch endgültig fertigzustellen.

Die Benutzung des Archivs für private oder wissenschaftliche Nachforschungen hat in den letzten Jahren beachtlich zugenommen. Zwar macht die Betreuung der Benutzer bei ohnehin sehr geringem Per-



Dr. Jürgen Sydow, 60, leitet das Archiv seit 1. August 1962.

sonalstand und auf engstem Raum wachsende Schwierigkeiten; andererseits ist es zu begrüßen, daß von den Benutzern inzwischen Arbeiten erstellt worden sind, die sich mit den Jahrzehnten seit dem Ende des I. Weltkrieges befassen.

Der Stadtarchivar hat selber wissenschaftlich zu arbeiten, vornehmlich im Blick auf die Erforschung der Stadtgeschichte. Dazu dient ihm eine große, stadtgeschichtliche Bibliographie in Karteiform, die laufend ergänzt wird, sowie eine Handbücherei, welche unter anderem die für die Auswertung der Archivalien notwendige Nachschlagewerke bereitstellt.

Nachdem Ende 1974 der I. Teil der "Geschichte der Stadt Tübingen" sowie ein Gesamtüberblick über die Tübinger Geschichte im III. Band der Kreisbeschreibung erschienen waren, wurden zunächst die Arbeiten für den II. Teil der "Geschichte" fortgesetzt. Da sie aus mehreren Gründen ohne Bilder erscheinen soll, wurde die Herausgabe eines begleitenden Bildbandes zeitlich vorgeschoben. Er ist 1980 unter dem Titel "Bilder zur Geschichte der Stadt Tübingen" erschienen (siehe dazu auch "Publikationen des Stadtarchivs").

Der Stadtarchivar hat eine Reihe von Untersuchungen zur Stadtgeschichte in wissenschaftlichen Zeitschriften und Sammelwerken veröffentlicht, er arbeitet außerdem im Südwestdeutschen Arbeitskreis für Stadtgeschichtsforschung mit. Vor dem Abschluß steht eine große Untersuchung über die Zisterzienserabtei Bebenhausen, sie soll in der Reihe "Germania Sacra" des Max-Planck-Instituts für Geschichte erscheinen. Ohne eine genaue Kenntnis der Geschichte dieses Klosters, das mit Tübingen vielfältig verbunden war, müßte eine Darstellung der Tübinger Geschichte vor allem im Mittelalter Stückwerk bleiben.

Die künftigen Aufgaben des Stadtarchivs sind klar. Neben der "klassischen" Arbeit an den Archivalien, wozu die Ordnung der restlichen Archive in den neuen Stadtteilen gehört, ist die wissenschaftliche Erforschung der Stadtgeschichte weiterhin geduldig zu betreiben. Schwierigkeiten und Engpässe finanzieller und personeller Art sind vorzusehen. Schon jetzt ist das Archiv, in dem außer dem Stadtarchivar noch zwei Verwaltungsangestellte, Kurt Moser und Helga Kaltenmark, tätig sind, seinen Aufgaben kaum mehr gewachsen. Eine Werbetrommel kann es nicht rühren: Neben wenigen Prunkstücken wirkt die Masse der Archivbestände keineswegs attraktiv. Die zeitweise Beschäftigung von Studenten hilft wohl bei der Lösung engumgrenzter Arbeiten, ist aber keine Hilfe für die eigentlichen meist langfristigen Aufgaben des Archivs.

Während die Archive der neuen Stadtteile noch in den ehemaligen Rathäusern liegen, konnten die städtischen Archivalien nach und nach im Rathaus am Markt konzentriert werden; sobald der Erweiterungsbau an der Rathausgasse fertig ist, dürften die letzten noch im Verwaltungsgebäude Hinter der Fruchtschranne liegenden Archivalien dort Platz finden. Es wird dann auch für die nächste Zeit genügend Stellraum für neue Abgaben da sein. Falls die Benutzerzahlen weiter steigen, sind jedoch langfristig Arbeitsmöglichkeiten für die Mitarbeiter des Archivs wie für Benutzer zu schaffen.



Publikationen des Archivs

Das Archiv der Stadt Tübingen
- Kleine Tübinger Schriften, Heft 2, 1956.

Tübingen 1514 - 1964.
- Tübinger Kataloge, Nr. 9, 1964.

Festschrift Reinhold Rau zum 70. Geburtstag.
- Stadtarchiv, 1966.

Das Tübinger Rathaus.
- Kleine Tübinger Schriften, Heft 8, 1976.

Schanz: Das Tübinger Stadtrecht von 1493.
- Veröffentlichungen des Stadtarchivs, Bd. 1, 1963.

Rau und Sydow: Die Tübinger Stadtrechte von 1388 und 1493.
- Veröffentlichungen des Stadtarchivs, Bd. 2, 1964.

Seigel: Spital und Stadt in Altwürttemberg.

- Veröffentlichungen des Stadtarchivs, Bd. 3, 1966.

Rau: Die ältesten Tübinger Steuerlisten.
- Veröffentlichungen des Stadtarchivs, Bd. 4, 1970.

Hellstern: Der Ritterkanton Neckar-Schwarzwald 1560 - 1805.
- Veröffentlichungen des Stadtarchivs, Bd. 5, 1971.

Sieber: Stadt und Universität Tübingen in der Revolution von 1848/49.
- Veröffentlichungen des Stadtarchivs, Bd. 6, 1975.

Sydow: Geschichte der Stadt Tübingen. Band 1, 1974.

Sydow: Tübingen - Bilder zur Geschichte der Stadt 1980.

Kein Jahr ganz "ohne"

Das Rechtsreferat

Das Rechtsreferat führt die Prozesse und die Rechtsmittelverfahren, die sich vor den Behörden abwickeln und bearbeitet die rechtlich bestimmten Verwaltungsangelegenheiten, die von den städtischen Ämtern übergeben werden. Überwiegend ist es dabei der Bürger, der klagt. Vereinzelt treten jedoch auch die Stadt oder städtische Mitarbeiter als Kläger auf.

Ist die Stadt die Beklagte, so beginnt die Zuständigkeit des Rechtsreferats grundsätzlich dann, wenn die Klage bei Gericht anhängig ist, das heißt ein vorgeschaltetes Widerspruchsverfahren wird zunächst über das zuständige Fachamt abgewickelt. In bestimmten Fällen, vor allem in rechtlich schwierigen, schalten die Ämter allerdings das Rechtsreferat bereits im Vorverfahren ein.

Anders liegt der Fall, wenn die Stadt als Klägerin auftritt. Hier wird das Rechtsreferat von Anfang an tätig.

Von über 120 rechtlichen Verfahren im Jahr 1975 ist die Zahl auf 240 im Jahr 1981 gestiegen.

Diese Verfahren stammen aus allen Gebieten städtischer Verwaltung, wobei an erster Stelle Fälle aus dem Bau- und Erschließungsrecht stehen, gefolgt von den vom Amt für öffentliche Ordnung betreuten Rechtsgebieten; dort dominieren Ausländerangelegenheiten (Asyl, Aufenthaltserlaubnis); vertreten sind aber auch Gaststätten, Straßenverkehrs-, und allgemeines Ordnungsrecht. Eine Lawine von Asylfällen führte Ende 1980 dazu, daß nunmehr das Amt für öffentliche Ordnung bei den Prozeßverfahren die Spitze übernommen hat. Allerdings kommen von der Problematik her in anderen Rechtsbereichen, etwa im Baurecht, wesentlich gewichtigere Verfahren auf die Stadt zu.

Auch aus dem Bereich des Sozialamts sind in den letzten Jahren, insbesondere



Dr. Dieter-Johannes Roemer-Blum, 45, leitet das Rechtsreferat seit 1. Januar 1969.

bei den Wohngeldangelegenheiten und der Sozialhilfe, wiederholt erhebliche rechtliche Probleme aufgeworfen worden.

Zahlenmäßig bescheiden nehmen sich dagegen die Fälle aus dem Steuer-, dem Arbeits- oder dem Denkmalrecht aus, doch ganz "ohne" geht kein Jahr vorüber. Auch wegen angeblicher Untätigkeit hatte sich die Stadt gelegentlich (erfolgreich) zu verantworten. Fazit: Das Rechtsreferat muß in nahezu allen Bereichen der Verwaltung tätig werden.



Bearbeitet wurden von der Stadt:

	1975	1981
Verfahren insgesamt	120	240
noch anhängig	75	144
davon Gerichtsverfahren		
gewonnen wurden	16	31
verloren wurden	10	8
durch Vergleiche abgeschlossen wurden	6	7
in der Hauptsache oder sonst erledigt	45	4

Die wichtigsten und umfangreichsten Prozesse: die Normenkontrollen wegen dem Bau der Grundschule Waldhäuser-Ost, der Bebauung "Hintere Grabenstraße" (Kaufhaus) und der Bebauung des Himmelwerksgeländes. Aber auch die Bürgerbegehren "Nordtangente" und Kaufhaus "Hintere Grabenstraße" verursachten viel kommunalpolitischen Wirbel.

Fertiggestellt wurde im Berichtszeitraum nach mehrjähriger Vorarbeit die Stadtbildsatzung.

Bei der Aufstellung oder Änderung von Satzungen und Ordnungen wirkt das Rechtsreferat ebenso mit wie bei dem Entwurf von Verträgen. Eine nicht unwesentliche zeitliche Inanspruchnahme bedeutet die Referendarausbildung (durchschnittlich pro Jahr 15 bis 17 Rechtsreferendare).

Nicht mehr wegzudenken?

Die Datenverarbeitung

Die Datenverarbeitung auf kommunaler Ebene erhielt entscheidende Impulse, als sich Anfang der Siebzigerjahre Städte und Gemeinden zum gemeinsamen Betrieb von EDV - Großanlagen entschlossen. Tübingen gab damals seine bis 1974 betriebene eigene elektronische Datenverarbeitungsanlage auf und trat dem Zweckverband Regionales Rechenzentrum Alb-Schwarzwald mit Sitz in Reutlingen-Betzingen bei.

Die in der Verwaltung bis dahin "eingefahrene" EDV-Konzeption mußte technisch und organisatorisch geändert werden; im Landkreis war eine zentrale Datenbearbeitungsstelle einzurichten, vereinbarungsgemäß geschah dies bei der Stadt Tübingen. Mit vier Magnetband-Erfassungsgeräten und einem Drucker der Firma ICL nimmt sie, als Bindeglied der angeschlossenen Städte und Gemeinden zum Regionalen Rechenzentrum, ihre Aufgaben wahr.

Ab Ende 1974/Anfang 1975 stand bei der Stadt die Übernahme der auf Lochkarten gespeicherten Datenbestände und die Anpassung an die landeseinheitlichen Verfahren im Vordergrund. In mehreren Sachgebieten waren eine umfangreiche Nach Erfassung von Daten sowie die Entwicklung verfahrensspezifischer Überleitungsprogramme nötig. Da und dort mußte man Zwischenlösungen einführen, die bis heute nicht alle abgelöst werden konnten. Zu ändern war die Datenaufbereitung bei den Dienststellen; die Datenerfassung mußte der Gesamtkonzeption im Regionalen Rechenzentrum angepaßt werden.

Soweit landeseinheitliche Lösungen im Rechenzentrum angeboten wurden, ist die Stadt mit ihren Verfahren Zug um Zug darauf umgestiegen, das Einwohnerwesen, das Finanz- und Personalwesen sowie die Verbrauchsabrechnung waren En-



Die Elektronische Datenverarbeitung stützt sich auf ein sechsköpfiges Team, darunter vier Damen an ebensovielen Erfassungsgeräten. Alles was der Erfassung wert scheint, halten sie fest für die Weiterverarbeitung im Rechenzentrum Reutlingen. Im gleichen Haus am Österberg sitzt neben der Beschaffungsstelle auch die (ebenfalls dem Hauptamt zugeordnete) Hausdruckerei der Stadt. Sie hat den vorliegenden Verwaltungsbericht mit zu Papier gebracht.



de 1976 im wesentlichen umgestellt. Inzwischen setzt die Stadt in den möglichen Anwendungsbereichen alle angebotenen landeseinheitlichen Verfahren ein. Hervorzuheben ist die Einführung der automatisierten Buchausleihe bei der Stadtbücherei im Januar 1979. Sie hat sich bewährt und trägt zu einer raschen Abwicklung des Publikumsverkehrs bei.

Die Datenverarbeitung ist zwar wesentlich verbessert worden, doch muß nach heutigem Stand auch gesagt werden, daß wegen fehlender Programmangebote eine nennenswerte Ausweitung der EDV-Anwendungen bei der Stadt bisher nicht möglich war. Noch ist es nicht gelungen, neben dem längst automatisierten Vermessungswesen weitere Aufgaben aus dem technischen Bereich auf EDV zu übernehmen.

Positiv aufgenommen

Die EDV-Neuorganisation wurde nach Überwindung von Anlaufschwierigkeiten bei den städtischen Ämtern positiv aufgenommen. Probleme ergaben sich in der Umstellungsphase vor allem dadurch, daß die Ämter auf die im Rechenzentrum gespeicherten Datenbestände in den ersten Jahren keinen direkten Zugriff hatten. Schnelle, aktuelle Auskünfte waren, anders als beim alten Verfahren, lange Zeit nicht zu haben. Beklagt wurde eine enorme Papierflut.

Um dem abzuhelfen, wurde auf Empfehlung des Rationalisierungsausschusses bei der Stadt ab Juli 1977 die Mikroverfilmung eingesetzt. Damit ließen sich umfangreiche Auswertungen direkt in COM-Verfilmung erstellen. Dieses Organisationsmittel ist raumsparend, übersichtlich und schafft mit entsprechenden Lesegeräten einen raschen Zugang zur gewünschten Information.

Die wichtigste Änderung brachte die Einführung des Auskunftsverfahrens mit Hilfe der Datenfernverarbeitung (DFV) im Juli 1979. Über sechs IBM-Bildschirmgeräte 3276/3278 besteht seitdem Zugriff auf die im Rechenzentrum gespeicherten

Daten, die im Bedarfsfall über angeschlossene Drucker auch ausgedruckt werden können.

Im Bereich der Stadtkasse, der Einwohnermeldeabteilung, beim Hauptamt und bei den Stadtwerken ist die Bearbeitung vielfältiger Aufgaben ohne den Einsatz von Bildschirmgeräten nicht mehr denkbar. Bei den drei letzten Wahlen wurden die Wahlscheine über Bildschirm ausgestellt und mit der neuen Technik auch das Gemeinderatswahlergebnis 1980 ermittelt.

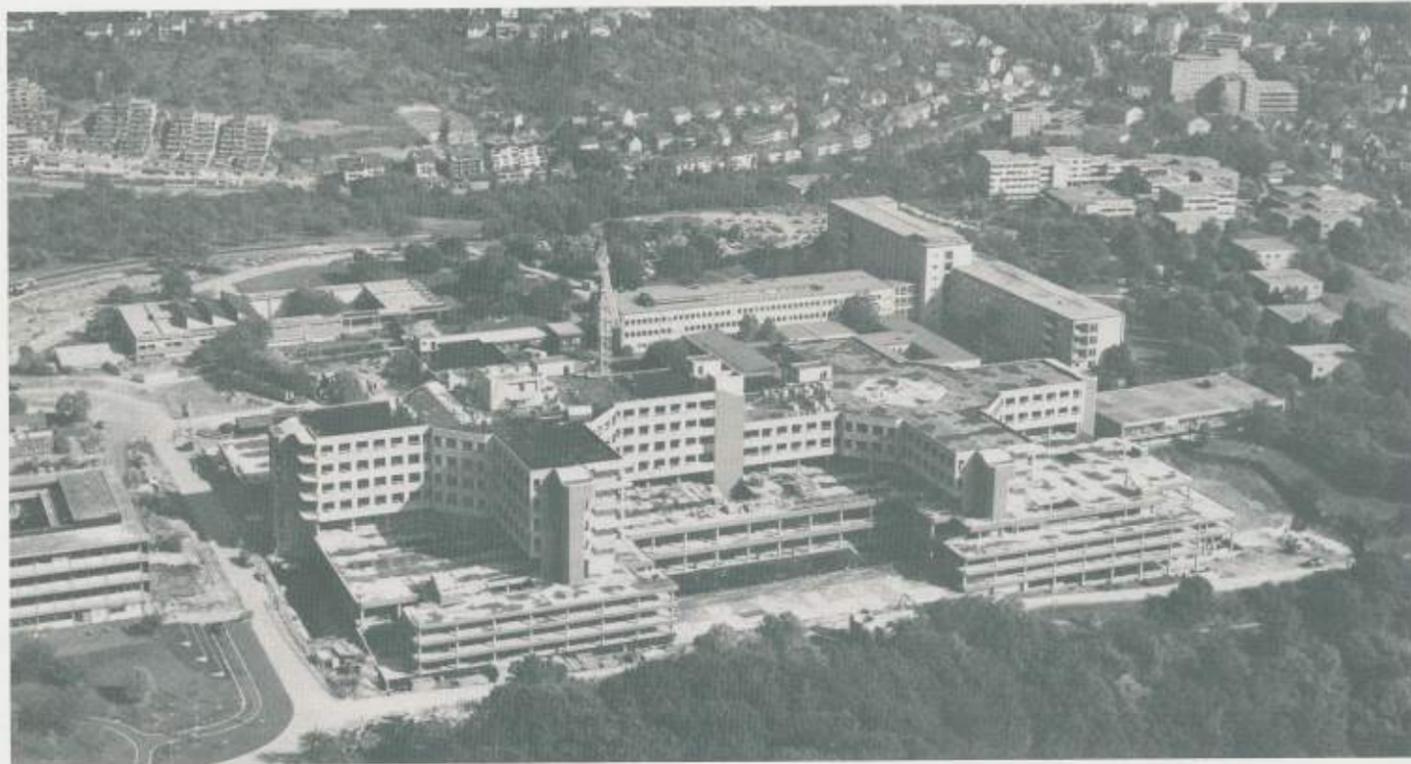
Die Erfahrungen mit der DFV sind trotz gelegentlicher technischer Störungen positiv. Es hat sich auch mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß der Einsatz der Datenverarbeitung bei dezentralisierten Systemen künftig nur dann eine Chance hat, wenn dem Sachbearbeiter eine ausreichende Kommunikation mit den gespeicherten Datenbeständen möglich ist.

Die rasche, teilweise überstürzte Entwicklung in der gesamten Informationstechnik wird künftig mehr denn je auch die kommunale Datenverarbeitung beeinflussen. Organisationsmodelle für mögliche Einsatzformen gibt es inzwischen. Danach sollen künftig bei Städten und Gemeinden Rechnersysteme installiert werden, die unter Ausnutzung der Datenfernverarbeitung im Verbund mit dem Rechenzentrum eine Funktionseinheit bilden. Im Vordergrund steht dabei die Forderung, die Computerleistung an den Arbeitsplatz des Sachbearbeiters zu bringen. Hauptziel muß künftig jedoch sein, eingesetzte Systeme zur Anwendung und Entwicklung eigener Verfahren autonom zu nutzen. Nach einem Beschluß des Rationalisierungsausschusses, ist mit einer Weiterentwicklung der Datenverarbeitung bei der Stadt in diese Richtung in den kommenden Jahren zu rechnen.



Die Stadt ist wohnlicher geworden. In der Neckargasse nehmen sich Autos jetzt vor den Fußgängern in Acht, früher war es umgekehrt. Auf dem Marktbrunnenrand sitzt man so ungeniert wie auf dem ganzen Marktplatz. ▶





Die Universität, die 1977 im Beisein von Bundespräsident Walter Scheel (bei seiner Ansprache in der Tübinger Stiftskirche) ihre 500 Jahrfeier beging, zieht sich mit ihren Kliniken aus der Stadt auf den Schnarrenberg zurück.

Nie so viel bewegt

Über sieben Jahre Verwaltung - die auch Kommunalpolitik und Stadtentwicklung waren, Stadtgeschichte sein werden - zwar nachträglich, doch ohne Abstand, einen Bericht zu erstatten, ist "objektiv" unmöglich. Die städtischen Ämter (und ich meine jedenfalls alle "Fachämter" des Referats -01 -) berichten dennoch mit objektiver Tendenz: Daten und Zahlen, Beschlüsse und Finanzen referierend in der Hoffnung, so werde dem Leser - jedem Leser - ein gleiches, zutreffendes Bild der Fakten vorgestellt, das des Berichterstatters.

Aber jeder Betrachter sieht dasselbe - je nach Erfahrung und Erinnerung - etwas anders, jeder Berichterstatter sieht es nach seiner Funktion, der Beigeordnete anders als der Amtsleiter und selbst, wer noch im selben Amt ist, sieht heute Teile - und damit das Ganze - anders als früher. Es steht ja auch in einem veränderten Zusammenhang: politisch, wirtschaftlich und persönlich.

Zur Rechenschaft - zur richtigen Beurteilung des Geleisteten - kann es sehr beitragen, den früheren Zusammenhang erinnernd wiederherzustellen. Wenn Beweggründe, Widerstände, Mühen - auch vergebliche, Mehrheiten, Gelingen und Scheitern in ihr früheres Verhältnis gesetzt werden: das "relativiert", das kann erhellen. Diesen Versuch will ich den Berichten meiner Amtsleiter voraussetzen.

Sieben Ämter umfaßt dieses Referat:

Standesamt, Amt für öffentliche Ordnung, Schul- und Sportamt, Kulturamt, Sozialamt, Schlacht- und Viehhof und Stadtwerke.

Die Berichte dieser sieben resümieren, daß sie dem Gemeinderat in den sieben Berichtsjahren ungewöhnlich viel zum Anpacken vorgelegt haben und verwirklichen



Dr. Albrecht Kroymann, Erster Beigeordneter seit 1. Mai 1974.

konnten: neue oder renovierte Häuser für die beiden Theater, die Volkshochschule, die Tübinger Musikschule, die Tübinger Vereine (Salzstadel und Hermann-Hepper-Turnhalle) und den Künstlerbund - , vier neue Schulen (wenn man den letzten Abschnitt der Gesamtschule und die Waldorfschule nicht mitzählt), die dazu gehörenden Hallen und die Turnhalle in der Uhlandstraße, neue Sportplätze in Ortschaften, im Neckartal und auf dem Holderfeld, um nur die eigenen Anlagen anzusprechen, - neue oder erweiterte Kindergärten, Tagheime und Schülerhorte (Stiefelhof, Neckarhalde, Frondsberg, Wanne), das vierte Jugendhaus (Waldhäuser-Ost), die Altenbegegnungsstätte, die Pflegeabteilung und zuletzt das Pflegeheim im Pauline-Krone-Heim, die Sanierung des Schlachthofs, die Baumaßnahmen und Planungen für den ÖPNV und schließlich, als größter "Einzelbrocken" neben all den anderen Investitionen: die Aussiedlung der Stadtwerke.

Hinzu kamen - wie im einzelnen bei den Ämtern nachzulesen ist - viele zwar kleinere Vorhaben in Ortschaften und Feuerwehren, auf Friedhöfen, für den Nahverkehr, für Stadtbücherei, Kunsthalle und Sammlungen, Vereine und Veranstaltungen,

deren Gesamtschau aber doch auch die politische Willens- und Schwerpunktsetzung in der Berichtszeit erkennen läßt.

Damit klingt schon an, was - für ein Referat, dessen politischer Kern Kultur und Soziales sind - wohl noch (ge-)wichtiger war: Vieles konnte, und sei es nur für den notwendigen oder schönen Augenblick, an Neuordnung und Organisation städtischen Lebens, an Veranstaltungen, öffentlichen Festen, Zusammenarbeit und Initiativen von den Bürgern, gemeinsam mit ihnen oder für sie gedacht, geweckt und geschaffen werden. Das kulturelle und soziale Leben ist nicht (wie man immer fürchtet) verarmt - in Tübingen hat es gewonnen.

Es haben sich Leute für viel bürgerschaftlichen Einsatz gefunden, selbständig, aber auch mit der Stadt; so, um nach dem Zimmertheater die Volkshochschule beträchtlich zu vergrößern, die Musikschule und ein Deutsch-Französisches Kulturinstitut zu gründen, das größte Jugendhaus, Altenbegegnungsstätte, Sozialstation, Frauenhaus, Türkenszentrum und Kinderkrippen zu schaffen.

Vereine haben sich zusammengefunden zu großen (zu großen?) und erinnerungswürdigen Stadtfesten, zu Universitäts- und Stadtjubiläum; deutlich (und oft als zu stark empfunden) war die Innenstadt belebt durch Jugend-, Musik- und Kinderfeste, Theater- und Kleinkunstveranstaltungen, Märkte und fahrende Sänger: Der Charme kleinstädtischen Lebens hat hier offenbar zugenommen, aber Tübingen hat insgesamt auch durchaus unprovinzielle soziale und kulturelle Qualitäten und Anziehungskräfte entwickelt, eine attraktive Art der Aktivität.

Diese Investitionen und Aktivitäten bedeuteten eine auch relative Ausweitung von Sozial- und Kulturhaushalt, entsprachen einem Nachholbedarf, den Tübingen in einigen klassischen Bereichen (Soziales, Schulen, Werke) wegen seiner bekannten Finanzschwäche und im übrigen wegen besonderer universitätsstädtischer Ansprüche hatte. "Nachholbedarf": ein unschönes, aber übliches Wort zur Kennzeichnung des seinerzeit Noch-Nicht-Erreichten, der anderen Lage, die zu Beginn



Kulturpolitik vor Ort: Rathaus und Stadtrat im Gespräch mit dem Club Voltaire

der hier berichteten Arbeit Wirklichkeit war, jenes auch politisch bewußtseinsbildenden Zusammenhangs, der damals Planungswillen anregte und Planungsinhalte bestimmte.

Das Landestheater spielte im Museum, wo auch die Volkshochschule, die zusätzlich Musikunterricht vermittelte, in drei Büroräumen untergebracht war; Musikunterricht und Kurse wurden rundum in städtischen Gebäuden gegeben - wie auch der Übungsbetrieb der Vereine, denen allerdings für Veranstaltungen noch der Ritter-

saal zur Verfügung stand. Das jährliche Sommerfest war "unter den Linden"; ohne Konkurrenz in der Stadt, denn dort fuhr (oder stauten sich) und parkten allerwärts Autos; Innenstadtschulen in alten Gebäuden, Kindergärten nur am Rande der Altstadt, beide noch fast ohne Ausländer, Befürchtungen der Geschäfte und Anlieger wegen der beginnenden Verkehrsberuhigung drückten ebenso das damalige "Stadtgefühl" aus, wie ein Innenstadterkehr ohne Tunnelverbindungen im Schloßberg oder eine politisch kontroverse Jugendarbeit:

Beispiele, die sich vermehren ließen, was der Leser nach seinen besonderen Erfahrungen oder Interessen tun möge. Denn nur so — und deshalb: nureinem Kundigen — wird die Rechenschaft der Ämter, über den Nachweis der Geschäftigkeit im äußerlichen Zahlen- und Datenspiegel hinaus vollends erschließen, was inhaltlich geleistet wurde: Nicht wenig, so wird dann deutlich, viel mehr, als es zunächst den Anschein hat, und tatsächlich ist nie in einem vergleichbaren Zeitraum der Stadtentwicklung so viel bewegt worden.

Dem Menschen am nächsten

Das Sozialamt

Das sogenannte "Soziale Netz" ist auch in Tübingen heute enger geknüpft als noch vor sieben Jahren. So nimmt es nicht wunder, daß das auf zwei Standorte ("Bei der Fruchtschranne" 5 und "Am Schulberg" 10) verteilte Sozialamt derzeit mit 340 Mitarbeitern (knapp 70 mehr als 1975) das personalstärkste der Stadt ist. Allerdings sind darunter 71 sogenannte Teilzeitbeschäftigte und 31 in der Ausbildung stehende Praktikantinnen. Kindergärten, Tagheime und Horte der Stadt beschäftigen allein 185 Mitarbeiter, 124 von ihnen voll.

Für soziale Hilfen im weitesten Sinne gab das Amt 1981 aus laufenden Mitteln der Stadt 13 Millionen Mark aus (rund 68 Prozent mehr als anno '75 oder 10,27 Prozent (1975:8,27) des Verwaltungshaushalts. Um 47 Prozent zugenommen haben daneben die finanziellen Sozialhilfen aus Mitteln des Landkreises und des Landeswohlfahrtsverbandes (von 6,0 auf 8,8 Millionen Mark), das heißt die Leistungen sind besser, die Empfänger von Sozialhilfe sind mehr geworden.

Noch ein paar Zahlen vorab: Das Wohngeld beläuft sich in Tübingen inzwischen auf 1,8 Millionen (plus 35 Prozent); die Ausgaben für Unterhaltssicherung im Auftrag des Bundes sind dagegen von 724 000 auf 523 000 Mark zurückgegangen und die Kriegsgefangenenentschädigung schlägt nur noch mit einem "Merkposten" von 29 100 Mark zu Buch. Nimmt man alles zusammen, werden für das Amt und seine Einrichtungen und vom Amt für soziale Hilfen mit derzeit 26,04 Millionen Mark (1981) 58 Prozent mehr ausgegeben als vor sieben Jahren.

Man ist den Menschen in dieser Stadt sozialamtlich noch ein Stück näher gerückt. Über finanzielle Leistungen im Bereich der Sozialhilfe hinaus konnten die persönlichen Zuwendungen für hilfebedürftige Bürger verbessert werden. Es gibt mehr



Albrecht Schmid, 50, leitet das Amt seit 1. April 1978, sein Vorgänger war Hans Mauch, jetzt Rechnungsprüfungsamt, davor war Walter Stolz, 69, Amtsleiter bis 31. Juli 1975.



vorschulische Einrichtungen, ein weiteres Jugendhaus, das Altenzentrum im "Hirsch" und die (provisorische) Altenpflegestation im Pauline-Krone-Heim, bis zum Bau einer eigenen Abteilung.

Zu den Defiziten zu rechnen ist die Sanierung des Pauline-Krone-Heim-Altbaus und eine weitere Krippe für Kinder unter drei Jahren. Unter "Wünschenswertem" wäre ein offenes Altstadt-Kinderhaus anzuführen.

Die Abteilung Bames

Was man früher Wohlfahrt und später Fürsorge nannte, nimmt mit allerdings auch verändertem inhaltlichem Anspruch beim Sozialamt heute unter anderem die Abteilung Sozialhilfe (Leiter: Walter Bames) wahr. Sozialhilfe ist im Zeichen zunehmender Arbeitslosigkeit mehr denn je gefragt, sei es auch nur vorübergehend. Seitdem 1979 und 80 zusätzlich Personal eingestellt und organisatorisch einiges verbessert wurde, können Sozialarbeiterinnen von der Schreibtischarbeit wenigstens teilweise entbunden und zu persönlicher Betreuung und Beratung eingesetzt werden: Sie leisten Hilfe zur Selbsthilfe. Not hat ja nicht nur materielle Gründe. Persönliche Beratung kann dazu beitragen, prä-

ventiv Kosten zu senken wie sie durch soziale Fehlentwicklungen öffentlicher Haushalte allemal entstehen.

Dank einer 1980 neu eingestellten Inspektorin vermag sich die Abteilung auch wieder darum zu kümmern, daß Unterhaltspflichtige die Kosten der Sozialhilfe ersetzen, wie das Gesetz es vorschreibt.

Die Wohngeldstelle, nacheinander geleitet von Heinz Stenz, Gerhard Breuninger und jetzt Wilfried Raiser, bescheidet nach Aufarbeitung von Rückständen wegen Personalmangels Anträge auf Wohngeldzahlung heute innerhalb von zwei Monaten, sofern die nötigen Unterlagen beigebracht werden. Da der Computer nur alle vier Wochen für die Wohngeldstelle arbeitet, kann es noch schneller nicht gehen.

In Tübingen erhalten ungefähr 1 300 Haushalte Wohngeld, in der Regel jedoch nur für ein Jahr, das heißt, es müssen Folgebeziehungsweise Erhöhungsanträge gestellt werden. Bei der hohen Fluktuation in Tübingen ist außerdem mit etwa 1 000 Neuanträgen zu rechnen, sodaß die Wohngeldstelle Jahr für Jahr einen Berg von ungefähr 3 200 Anträgen zu bewältigen hat. Die Verwaltungskosten machen derzeit

gut zwölf Prozent des ausgezahlten Wohngeldes aus.

Während der vom Gemeinderat 1980 beschlossene Heizkostenzuschuß nur von 106 Haushalten (mit insgesamt 12 640,- Mark) in Anspruch genommen wurde, fand der 1980 eingeführte Tübinger Familienpaß (für Familien mit drei und mehr Kindern) lebhaften Anklang. 1981 wurden deren 351 ausgegeben. Die Vergünstigungen für Stadtverkehr, Bäder, Theaterbesuche, VHS und Musikschule kamen 518 Erwachsenen und 885 Kindern zugute.

Vergangenes Jahr hat das Sozialamt außerdem 216 Landesfamilienpässe ausgestellt oder verlängert, 354 Anträge auf Familiendarlehen des Landes bearbeitet (positiv beschieden wurden 293) und 239 Anträge auf Familiengeld entgegengenommen. Den Heizölkostenzuschuß des Bundes beantragten rund 3000 Tübinger; ausbezahlt wurden 1979 und 1980 an 2834 Berechtigte 387 731 Mark.

Es genügt nicht . . .

Abgesehen von gesetzlichen Hilfen hat das Sozialamt zur Herausgabe eines "Wegweisers für Behinderte" im Sommer 1980 beigetragen und den "Stadtführer" des Clubs für Behinderte und deren Freunde v. mit finanziert. Zum "Internationalen Jahr der Behinderten" leistete das Amt mit einem "Behindertenbericht 1981" praxisorientierte Öffentlichkeitsarbeit. Der Bericht listet auf, was Tübingen zu einer behindertenfreundlichen Stadt fehlt. Impulse auf dem Weg dahin verspricht man sich von der Berufung eines Behinderten-Beauftragten und der Einrichtung einer Arbeitsgruppe für Behindertenangelegenheiten.

Es genügt ja nicht, Bordsteine abzusenken und Parkplätze zu reservieren; neben baulichen sind auch psychologische Barrieren abzutragen. Sozial rehabilitiert fühlen sich Behinderte doch erst, wenn ihre Mitmenschen mit ihnen unbefangen umzugehen gewohnt sind.

Offen ist einstweilen der Wunsch des Vereins "Frauen helfen Frauen" e.V. auf Einrichtung eines Frauenhauses. Anderen so-

zialen Vereinen konnte bei ihrer ehrenamtlichen Arbeit geholfen werden. 1975 neun Organisationen mit rund 64 000 Mark, 1981 wurden 34 Organisationen mit rund 180 000 Mark gefördert. Private, ehrenamtliche Hilfe ist oft effektiver, als wenn amtliche Stellen tätig werden.

Der Auftrag des Gemeinderats vom Oktober 1975, einen Sozialplan mit den Schwerpunkten Jugend, Alte, Behinderte, Ausländer auszuarbeiten, veranlaßte das Sozialamt, den Diplompädagogen Günther Sommer im Herbst 1978 auf dieses Projekt anzusetzen. Ein Jahr später hatte er den Teilplan "Ausländer" im wesentlichen fertig, mußte die weitere Sozialplanung dann aber wegen praktischer Aufgaben in der Sozialhilfe für Ausländer einstellen, zumal 1980 die Zuweisung von Asylbewerbern anliefe.

Mit dem Einsatz Sommers als Ausländerbetreuer, auch mit der Einstellung einer türkischen und einer griechischen Mitarbeiterin für die städtischen Kindergärten, mit dem Umbau des Stiefelhofs und der Erweiterung des Tagheims Frondsberg konnte Ausländern und deren Kindern spürbar geholfen werden. Ab 1980 wurden Ausländervereine von der Stadt wenn auch nur mit geringen Beträgen gefördert, in der Erkenntnis, daß sie kulturelle und soziale Aufgaben wahrnehmen, die administrativ nicht zu lösen sind. Am Stadtgraben 17 konnten die Türken ein Zentrum einrichten.

Zu beraten und zu betreuen sind im Rahmen des Bundessozialhilfegesetzes rund 180 in der Stadt wohnende Asylbewerber und Asylanten, von denen etwa 80 finanzielle Hilfe erhalten. Kranken- und im Einzelfall auch sonstige Hilfe zu leisten ist den seit April 1981 in der Thiepvalkaserne untergebrachten rund 300 (Stand Ende 81) Asylbewerbern. Betreut sein will schließlich die Transitstelle für Indochinaflüchtlinge in der nämlichen Kaserne etwa mit der Gewährung von Taschengeldern und Bekleidungshilfen.

Anreiz für Ehrenamtliche

Im Bereich der offenen Altenarbeit, die vom Bezirkskuratorium und zahlreichen

Altenclubs ehrenamtlich wahrgenommen wird, begnügt sich die Stadt mit Zuschüssen von rund 27 000 Mark im Jahr 1981 als Anreiz für viele ehrenamtliche Helfer; ihnen steht Rudolf Nixdorf als städtischer Altenbetreuer seit 1978 mit Rat und Tat ebenso zur Seite wie allen alten Mitbürgern.

Aus einer konzertierten Aktion privater, kirchlicher und städtischer Bemühungen ist die Altenbegegnungsstätte "Hirsch" hervorgegangen. Für sie hatte das Bezirkskuratorium im November 1975 ein erstes Konzept vorgelegt. Träger des Altenzentrums an der Ecke Hirschgasse/Kornhausstraße mit Auslauf auf den Lammhof ist ein Trägerverein, in dessen erweitertem Vorstand die Stadt mit dem ersten Bürgermeister und Fraktionsvertretern sitzt. Die Räume werden dem Verein von der Stadt zur Verfügung gestellt, Miete und Heizung werden mit 31 000 DM als Zuschuß der Stadt an den Verein verrechnet, dazu gibt die Stadt noch 10 000 DM in bar für die Kosten des Programms.

Bei stetig zunehmendem Anteil der über 65 jährigen an der Bevölkerung werden Altenpflegeheimplätze immer wichtiger. Nach langen Beratungen und Planungen unter Einfluß aller Beteiligten kam der Gemeinderat 1980 überein, auf dem Gelände des Pauline-Krone-Heims ein Pflegeheim mit 62 Betten für rund 11 Millionen Mark nach Plänen von Karl-Heinz Angst bauen zu lassen. Es soll 1984 fertig sein. Für die Übergangszeit hat man eine Pflegestation mit 14 Betten und entsprechende Funktionsräume eingerichtet.

Unter der Federführung des Sozialamtes sind auf Wunsch des Gemeinderats die Beziehungen der Bewohner städtischer Altenheime und der Stadt in einer zeitgemäßen Heimordnung neu fixiert worden.

Die Pflegegelder wurden 1979 und 80 um je 15 Prozent erhöht. Ein Altenheimplatz kostete letztes Jahr 42,55 Mark für Selbstzahler. Mit diesen Pflegesatzerhöhungen hat die Zahl der Sozialhilfeempfänger in beiden Heimen weiter zugenommen. Von 45 Bewohnern des Bürgerheims sind es jetzt deren 17 (vorher 9), im Pauline-Krone-Heim von 115 deren 57, 22 mehr als 1979. Im kreiseigenen Haus am Öster-

berg (145 Bewohner) liegt der Anteil der Sozialhilfeempfänger bei 50 Prozent, im Luise-Wetzel-Stift bei einem Viertel der 159 Bewohner.

Mit den Tübinger Sozialstationen, welche die seit Jahren bei der Stadt und den Kirchen bestehenden Dienste organisatorisch zusammenfassen, können Kranke, Behin-

derte und Alte besser und umfassender versorgt werden. Die Stationen der Evang. und der Katholischen Kirchengemeinde sowie die der Stadt betreiben häusliche Krankenpflege und Hauspflege, sie vermitteln Nachbarschaftshilfe, Essen auf Rädern und den Mobilien Haushaltshilfsdienst. Dank dem Einsatz von Schwestern und Pflegerinnen kann mancher Kranke

daheim kostengünstiger versorgt werden als im Krankenhaus; mancher Behinderte bleibt mit seinen Sorgen nicht allein; nicht wenige ältere Menschen können sich, mitbetreut von der Sozialstation, daheim noch selber versorgen, sie nehmen solange keinen teuren Altenheimplatz in Anspruch.

Die städtische Sozialstation, in die sich die



Bald aus aller Welt: Ausländer in Tübingen.



Krankenpflegevereine Unterjesingen und Dettenhausen sowie die Tübinger Familien- und Altershilfe eingebracht haben und die seit 1980 in Kooperation mit der Arbeiterwohlfahrt den Mobilen Haushaltshilfsdienst installiert hat, ist derzeit mit sieben Krankenschwestern und fünf Hauspflegerinnen ausgestattet.

Betrifft: Kinder

Für die Vorschulischen Einrichtungen in Tübingen, also für Kindergärten, Tagheime und Horte, sind Maria Sonn und Doris Dahl verantwortlich, nachdem Eva Duddeck und Ingeborg Hahn 1976 beziehungsweise 1980 ausschieden (beide wegen Geburt eines Kindes). Neben der sorgfältigen Auswahl neuer Mitarbeiter und deren intensiver Weiterbildung stand im Vordergrund die Mitarbeit bei der Planung und Organisation neuer Kindergärten in Hirschau, Unterjesingen und im Stiefelhof, bei Umbauten und Erweiterungen in Derendingen und in der Gartenstraße, ebenso bei der Erweiterung und Sanierung des Tagheimes Fronsborg und der neuen Schülerhorte Wanne und Wanne/WHO.

Seit 1979 gibt es bei der Abteilung Vorschulische Einrichtungen eine Veranstaltungsreihe "Betrifft Kinder". In deren Rahmen gibt es zwischen Frühjahr und Spätherbst seitdem regelmäßig Kinderfeste, Flohmärkte und Bastelangebote auch für Eltern. Es werden Theater, Puppenspieler, Liedersänger und Zauberer engagiert, die in Kindergärten und unter freiem Himmel für und mit Kindern auftreten. Die im "Jahr des Kindes" aufgenommene Reihe hat so großen Anklang gefunden, daß sie bis heute beibehalten wurde, obwohl sie den Mitarbeitern eine Menge zusätzlicher Arbeit macht.

Die städtischen Kindergärten besuchten im Mai 1981 genau 1 134 Kinder, 172 oder 13,2 Prozent weniger als sieben Jahre zuvor. Dank diesem, nur vorübergehenden Schwund sind heute je Gruppe durchschnittlich nicht mehr als 22 Kinder zu betreuen, wofür 88 pädagogische Fachkräfte da sind, fünf weniger als 1975. Gruppen zusammenzuliegen verbietet schon mit Rücksicht auf die vom Land mit 28 Kindern je Gruppe vorgegebenen

Höchstzahlen und die daran geknüpften Landeszuschüsse.

Erheblich gestiegen ist der Zuschußbedarf der Stadt je Kind: von 1 586 um 48 Prozent auf 2 347 Mark. Die Beiträge der Eltern sind in der gleichen Zeit von 325 auf 292 Mark um gut 11 Prozent zurückgegangen. Allerdings deckten die Zuwendungen des Landes vor sieben Jahren nur gut 16 Prozent der Kosten, heute sind es immerhin knapp 25 Prozent. Die Stadt hat die höheren Zuschüsse des Landes an die Eltern weitergegeben.

Mit der Eröffnung des Stiefelhofkindergartens mit 24 Kindergarten- und 18 Tagheimplätzen am 18. August 1981 ging nach zehnjähriger Planung ein dringender Wunsch in Erfüllung. Es hatte sich gezeigt, daß nur noch jedes zweite Kind in der Altstadt einen Kindergarten besuchte, wobei es sich hauptsächlich um Kinder ausländischer Familien handelte. Dem Kindergarten im Stiefelhof ist es ganz wichtig, mit der Nachbarschaft in gutem Einvernehmen zu leben. Dies herzustellen war mit der Sinn eines Festes anfangs Oktober letzten Jahres, mit dem der Kindergarten eingeweiht worden ist.

Mehr Plätze gefragt

In den Tagheimen der Stadt hat sich numerisch wenig verändert. 1975 betreuten elf Fachkräfte 65 Kinder, letztes Jahr lautete das Verhältnis 10 : 68; eine gerade noch vertretbare Relation, denkt man daran, daß die Kinder den ganzen Tag über, also im Schichtdienst betreut werden müssen. Zudem verlangen im Tagheim Fronsborg Kinder unter drei Jahren besondere Aufmerksamkeit. Mit dem Stiefelhof und der Erweiterung am Fronsborg bis zum Sommer dieses Jahres bekommt die Stadt zusätzliche 44 Tagheimplätze.

Mehr Plätze sind auch in den städtischen Schülerhorten gefragt. Der Zuwachs in sieben Jahren liegt bei 84 Prozent, von 31 auf 57 Kinder, die von neun Fachkräften betreut werden. 1976 dehnte sich der Hort in der Neckarhalde in den 1. Stock des Hauses Nr. 40 aus, im August 1977 eröffnete der Hort auf der Wanne in zwei Räumen der Grundschule, das waren zusam-

men 22 Plätze mehr. Auf der Wanne wurde 1981 außerdem ein Provisorium installiert, das möglichst bald nach Waldhäuser-Ost verlegt werden soll, wo der Hort gebraucht wird.

In Tagheim und Hort kostet ein Kind jährlich über 7 000 Mark, wovon die Stadt aus ihrer Tasche 4 700 Mark aufzubringen hat. Der Elternbeitrag liegt mit 1 533 Mark bei 22 Prozent.

Erstmals im Sommer 1978 bemühte sich die Abteilung Vorschulische Einrichtungen um die Erfassung aller drei bis sechsjährigen ausländischen Kinder, um sie einem Tagheim oder Kindergarten zuzuführen und ihnen für den Übergang in die Schule die gleichen Chancen wie deutschen Kindern zu bieten. Die meisten Ausländerkinder leben in der Innenstadt, in Lustnau, Derendingen, der Weststadt und in Unterjesingen. Während 1977 nur vier von zehn erfaßten Kindern Kindergarten oder Tagheim besuchten, sind es seit Anfang 1981 mit insgesamt 390 Kindern nahezu 100 Prozent.

Zu diesem Erfolg wesentlich beigetragen haben zwei ausländische Mitarbeiterinnen, die Türkin Nurten Altin seit November 1977 und die Griechin Constantina Petrou seit März 1980, an deren Stelle seit Mai 1981 Maria Chourmousis arbeitet. Sie besuchen ausländische Eltern, beraten sie und machen deren Kinder mit dem Alltag im Kindergarten bekannt.

Die Stadt fördert neben ihren eigenen auch fremde Kindergärten und -Horte, inzwischen mit über 900 000 Mark, was zwei Dritteln des Abmangels dieser Einrichtungen entspricht. 1978 bekamen erstmals die Kindertagheime des Studentenwerks einen Zuschuß von der Stadt; 1980 bewilligte der Gemeinderat der studentischen Kinderkrippe 45 000 Mark; im Jahr darauf wurden die Anträge zweier privater Kinderkrippen positiv beschieden.

Dazu kommen namhafte Baukostenzuschüsse: für den Kindergarten der Waldorfschule (252 000 Mark), für die Unterbringung des Martin-Kindergartens in der alten Waldorfschule und der Kindertagesstätten des Studentenwerks in der ehemaligen Villa Müller.

Wo spannt es noch? Auf absehbare Zeit auf Waldhäuser-Ost, wo ein Kindergarten in einer städtischen Baracke untergebracht ist. Dieses Provisorium wird die Evang. Kirchengemeinde mit einem eigenen Kindergarten ablösen. Die Stadt gibt dazu 50 Prozent zu den Baukosten und übernimmt zwei Drittel der künftigen Betriebskosten. Um jedem Kind ab dem dritten Lebensjahr einen Platz im Kindergarten zu bieten, wird beispielsweise Hirschau in absehbarer Zeit eine zweite Gruppe brauchen; neue Kindergärten sind für Herrlesberg und Saiben vorzusehen.

In Kinderkrippen und -Tagheimen können heute in Tübingen 239 Kinder aufgenommen werden davon 32 unter drei Jahren. Die Stadt ihrerseits hält 106 Plätze bereit, davon 90 für drei bis sechsjährige.

Offen für die Jugend

Die Offene Jugendarbeit wie die Förderung der Vereinsjugend hat sich die Stadt faktisch zur Pflicht gemacht, obwohl kein Gesetz sie dazu anhält. Die Abteilung Jugend beim Sozialamt (verantwortlich: Jürgen Treude) hat unter ihren Fittichen zur Zeit drei Jugendhäuser (Wanne, WHO und Paulinenstraße), zwei Jugendtreffs in Weilheim und Kilchberg und den Abenteuerspielplatz Wennfelder Garten. Die Abteilung hält außerdem engen Kontakt zum selbstverwalteten Jugendzentrum Karlstraße. Sie organisiert Jugendveranstaltungen, stellt Sommerferienprogramme zusammen und widmet sich mit Nachdruck arbeitslosen und von Arbeitslosigkeit bedrohten Jugendlichen.

Der Weg des Jugendzentrums Karlstraße zur Selbstverwaltung ist gekennzeichnet durch einen mehrjährigen Dialog zwischen Gemeinderat, Verwaltung und Jugendlichen. Er erbrachte als beachtlichen Erfolg die Gründung eines Trägervereins (20. Dezember 1978), dessen erweiterter Vorstand von der Mitgliederversammlung gewählt wurde. In ihm sind Jugendliche und Erwachsene, darunter Mitglieder des Gemeinderats und der Verwaltung paritätisch vertreten. Zwei Tage später, am 22. Dezember 1978, übergab der Oberbürgermeister das von der Stadt und den Jugendlichen ausgebaute Haus offiziell seiner Bestimmung.

Das Jugendforum Waldhäuser-Ost ist nach einem Baracken-Provisorium seit Januar 1978 komplett in der Gesamtschule untergebracht, mit Diskothek, Teestube, Werk- und Gruppenräumen und einem vergrößerten Foyer. Ganz glücklich sind die Jugendlichen in der Betonatmosphäre der Schule allem Anschein nach noch nicht; sie hätten lieber ein Domizil gehabt, das mehr ihrer alten Baracke entsprochen hätte. Das Dasein im Schulzentrum bringt zudem Schwierigkeiten mit sich, die bis heute nicht ganz zu vermeiden sind.

Vom Pech verfolgt waren die Jugendlichen der Paulinenstraße insofern, als im April 1978 in ihrem Jugendhaus ausgerechnet zwei Tage vor Eröffnung der neu hergerichteten Teestube ein Brand ausbrach. Er richtete beträchtlichen Schaden an und drohte die offene Jugendarbeit in diesem Stadtteil lahmzulegen. Starkes Engagement für das Haus schlug in Resignation um. Erst im August jenes Jahres gelang es den Mitarbeitern, nach und nach wieder Leben in das notdürftig geflickte Haus zu bringen. Ein von der Bundesbahn kostenlos zur Verfügung gestellter Eisenbahnwagen, am 6. Dezember 1978 im Garten platziert, wurde dankbar angenommen. Rich-

rat, Abteilung Jugend, Jugendlichen und interessierten Eltern seit 18. Dezember 1980 einen Jugendtreff bei der Schule.

Der Abenteuerspielplatz Wennfelder Garten, auf Elterninitiative hin mit Zuschüssen der Stadt in den Jahren 76 bis 78 (knapp 30 000 Mark) auf die Beine gestellt, beschäftigte zeitweise einen Sozialpädagogen auf Kosten des Arbeitsamtes, später auf Kosten der Stadt, allerdings nur halbtägig, sowie zwei Praktikanten, sodaß 1979 neben den Personalkosten noch Sachkosten von 10 000 Mark anfielen. Gleichwohl bat der Verein "Abenteuerspielplatz" die Stadt darum, das Unternehmen ab 1980 in ihre Trägerschaft zu übernehmen.

Viel Spaß bereitete Tübinger Kindern der 1978 kreierte "Sommerferienpaß". Für 20 Mark können 10 bis 16 jährige mit diesem Paß unter anderem Tagesausflüge mit Bahn und Schiff machen, mit Sozialarbeitern wandern, gratis mit Stadtbuss fahren oder ins Freibad und ins Kino gehen. Im ersten Jahr waren "nur" 500 dabei, 1981 waren es bereits 1200 Kinder und Jugendliche.

Offene Jugendarbeit ist ein Angebot an



tig wieder daheim in der "Pauline" sind die jungen Leute nach dem Wiederaufbau erst seit 7. Juni 1980.

Für den selbstverwalteten Jugendtreff "Schlupfloch" in Weilheim mit Sitz im ehemaligen Rathaus stellt die Stadt seit 1. Februar 1978 eine Stundenkraft. In Kilchberg, wo sich schon 1976 eine Jugendinitiative formiert hatte, gibt es nach langem hin und her zwischen Ortschafts-

alle Tübinger Jugendlichen. Wer Gleichaltrige treffen und mit ihnen zusammen etwas erleben will - in den Jugendhäusern ist dazu Gelegenheit. Man kann dort tanzen, Musik hören, Sport treiben, fotografieren, Filme anschauen, selber filmen; man kann Feste organisieren, Mofas reparieren, kochen, über Sexualität reden, Politik diskutieren - überhaupt über alles reden. Man kann auch andere Jugendhäuser besuchen, Stocherkahn fahren, Grillfeste



Auf der sozialen Palette: Kindergärten und Tagheime (Stiefelhof), Jugendhäuser (WHO und "Pauline"), aber auch Sozialstationen...



... ein Altenzentrum, mobile Hilfsdienste und das bislang kostspieligste Angebot der Stadt an ihre alten Mitbürger: ein Altenpflegeheim.





**NEUBAU
ALTENPFLEGEHEIM
PAULINE-KRONE-HEIM**

**BAUHERR:
UNIVERSITÄTSSTADT TÜBINGEN**



PLANUNG:
DIPL.ING. FR. ARCH. BDA K:H. ANGST
BAULEITUNG:
STÄDT. HOCHBAUAMT TÜBINGEN

STATIK: DIPL.ING. WOLFART KORNTAL
HEIZUNG-LÜFTUNG-SANITÄR:
DIPL.ING. HÖRNIG+DR. HAHN STGT. 80
ELEKTRO: DIPL.ING. VOLZ TÜBINGEN

ERD-BETON+MAURERARBEITEN.
BETOMA GMBH OSTFILDERN-KEMNAT

feiern, ins Theater gehen, Tischtennis spielen oder Fahrradtouren machen. Das ist die eine Seite.

Andererseits: es gibt in Jugendhäusern immer wieder Schlägereien, übermäßigen Alkoholgenuß und mutwillige Zerstörungen, aber auch regelmäßig Renovierungsphasen, in denen die Besucher eine oft nicht für möglich gehaltene Kreativität entwickeln, um "ihr Haus" zu gestalten.

Offene Jugendarbeit - das hat die Erfahrung gezeigt - steht unter starkem Erwartungsdruck der Öffentlichkeit. Sie soll so ziemlich alle Probleme lösen, mit denen andere Institutionen und die Erwachsenen überfordert sind. Man erwartet von Mitarbeitern und Aktiven der Jugendhäuser, daß sie gewaltfreie Auseinandersetzungen zwischen Jugendhausbesuchern garantieren, übermäßigen Alkoholgenuß verhindern, das Haus drogenfrei halten, Zerstörungen nicht aufkommen lassen, arbeitslosen Jugendlichen den Glauben an die Gesellschaft wiedergeben und ihnen auch noch eine Arbeitsstelle verschaffen, zwischen Ausländern und Deutschen jede Reibung zu vermeiden wissen und Ausbeziehungsweise Nicht-Einsteigern eine positive Einstellung zur Gemeinschaft vermitteln. Für Wunder sind die unmittelbar Beteiligten jedoch nicht zuständig.

Hautnah ist dem Bürger unter den Abteilungen des Sozialamtes auch die Ortsbehörde für die Arbeiter- und Angestelltenversicherung. Sie hat, unter der Leitung von Hermann Schuster mehr zu tun als der Name sagt, beispielsweise die in den letzten Jahren häufigen Änderungen im Recht der Sozialversicherung zu parieren.

Besetzt mit vier, später drei Mitarbeitern hatte die Ortsbehörde in sieben Jahren 4 047 Rentenanträge (ohne Lustnau und Derendingen) zu bearbeiten; davon gingen 730 auf Hinterbliebenenrente aus. Von den übrigen Antragstellern wollten 46 von 100 mit weniger als 60 Jahren Rente wegen Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit haben; 34 Prozent nahmen das vorgezogene Altersruhegeld zwischen 60 und 65 Jahren in Anspruch; nurmehr jeder fünfte wartet mit dem Rentenantrag bis zum 65. Lebensjahr. 61 von 100 Anträgen kommen von Frauen.

Zuständig (im Auftrag des Bundes) auch für die Unterhaltssicherung von Wehr- und Zivildienstpflichtigen hatte die Ortsbehörde 1981 just 317 neue Fälle zu bearbeiten, mit Gesamtleistungen von 470 000 Mark. Nahezu 100 000 Mark davon gingen an unterhaltsberechtigte Familienangehörige; für Verdienstauffälle bei Wehrübungen waren knapp 62 000 Mark auszuführen; Sanitätsoffiziere kassierten 138 000 Mark und "Sonderleistungen" für Grundwehr- und Zivildienstleistende machten 173 000 Mark aus.

... bis zur Bahre

Dem Sozialamt angegliedert ist schließlich die von Alfred Masuhr geleitete Friedhofsabteilung, zuständig für zwölf städtische Friedhöfe und die Bestattungen auf denselben.

Unter den rund 10 800 Gräbern auf den vier Friedhöfen von Tübingen, Lustnau und Derendingen befinden sich 256 von Gefallenen des 1. Weltkriegs auf dem Stadtfriedhof und 386 von Soldaten des 2. Weltkriegs auf dem Bergfriedhof. Vier Kriegsgräber liegen in Hagelloch, zwölf in Pfrondorf, 15 in Unterjesingen und eines in Bühl.

Eine Ehrengabanlage mit 34 Einzelgräbern und einem Sammelgrab mit 484 Aschen beherbergt der Stadtfriedhof. Es sind Opfer der nationalsozialistischen Ge-

waltherrschaft. Diese Abteilung ist 1980 neu angelegt und gestaltet worden. Es wurden sechs Gedenksteine aufgestellt, deren Bronzetafeln die Namen von 507 bekannten Toten tragen und auf 11 unbekannte Tote hinweisen.

Obwohl der Bergfriedhof inzwischen um 2,3 Hektar vergrößert wurde, nachdem man von der Anlage eines Friedhofes in der Nordstadt abgesehen hatte, muß die Friedhofsabteilung mit der gleichen Anzahl von Arbeitern auskommen. Dabei werden diese in zunehmendem Umfang auf den Friedhöfen der Stadtteile gebraucht, wo das früher gemeindeeigene Personal nach und nach ausscheidet. Die Abteilung Masuhr hilft sich mit dem Einsatz technischer Geräte, seit 1980 hat sie unter anderem einen leistungsfähigen Bagger. In den letzten Jahren waren jeweils zwischen 570 und 640 Tote zu beerdigen.

Die Stadt gibt heute für ihre Friedhöfe rund eine Million Mark aus, doch sind das nur die Betriebskosten. Zweimal, 1977 und 81, sind denn auch die Bestattungsgebühren angehoben worden.

Weilheim bekommt zur Zeit einen neuen Friedhof mit Aussegnungshalle, Bühl eine neue Leichenhalle; mehrere Friedhöfe sind erweitert worden, so der in Hirschau im Zusammenhang mit der Begradigung der L 371.



Bitter Brot

Das Amt für öffentliche Ordnung

Sünder, die wir allzumal sind, haben wir oft genug unsere liebe Not damit, jene Spielregeln einzuhalten, ohne die eine Gemeinschaft, der Organismus einer Stadt zum Beispiel, nicht funktioniert. Zu sagen, Ordnung müsse sein, ist alles andere als populär. Aber es ist nun einmal der Auftrag des Amtes für öffentliche Ordnung, in Tübingen gerade darauf zu achten: Mitunter ein recht bitteres Brot.

Hat doch das Amt den Bürger immer wieder anzuhalten, dies zu tun, das zu dulden und jenes zu unterlassen, gemäß Gesetz, Verordnung, Satzung. Man denke nur an die berühmten "blauen Zettel" unter dem Scheibenwischer.

Oder nehmen wir den Lärm in der Innenstadt bei Tag und Nacht: Dem einen ist der Fiedler unter der Stiftskirchenmauer, die Jazzband in der Platanenallee Balsam fürs Gemüt, dem andern schlimmer als Zahnweh.

Unmöglich auch, es Fußgängern, Radfahrern, Autofahrern und Parkplatzsuchenden recht zu machen, zumal in Tübingen die vermeintlichen Verkehrs-Sachverständigen geradezu ins Kraut schießen.

Nein, ein Amt, das dem Bürger immer wieder auf den Zehen steht, notgedrungen, kann keine Lorbeeren ernten, schafft sich keine Freunde. Obwohl das nämliche Amt sich auch müht, dem Bürger behilflich zu sein. Oder ist es etwa nichts, wenn einer der in Urlaub will, seinen Paß ausnahmsweise sogar zur Nachtzeit verlängert bekommt?

Untergebracht ist das Ordnungsamt mit vier von fünf Abteilungen im Haus Wilhelmstraße 24, das in letzter Zeit mit viel Geld auch neue Fenster bekam, die den Regen jetzt ganz und den Lärm wenigstens halbwegs abhalten. Für die 1980



Fritz Stammler, 62, leitet das Amt seit 8. Juni 1970. Nachfolger wurde zum 1. Januar 1982 Rainer Klink.

neu gebildete Nahverkehrsabteilung mit Wolfgang Lang war dort allerdings kein Platz mehr, sie sitzt in der verkehrsumbrandeten Rümelinstraße 2, nicht weit vom Keltornplatz, wo die hauptamtlichen Mitarbeiter der Feuerwehr zu Hause sind. Seit Mitte November 1981 ist die Nahverkehrsabteilung in das Verwaltungsgebäude Schulberg 10 umgezogen. Meist außer Haus sind auch die acht Vollzugsbeamten und vier Feldschützen.

Die Verkehrsabteilung mit fünf Mitarbeitern, geleitet von Bernd Strohm, der zugleich den Amtsleiter vertritt, arbeitet nach dem Leitsatz: Den Verkehr sicherer machen! Sicherlich eine der wichtigsten Aufgaben der Verwaltung;



wird doch jedermann mit den Problemen des Nebeneinander der Verkehrsarten konfrontiert. Keine andere Aufgabe fin-

det sich häufiger im Spiegel der Presse wieder. Sicherheit und Ordnung im Verkehr zu gewährleisten ist eine sogenannte hoheitliche Aufgabe, die nicht in den Bereich der kommunalen Selbstverwaltung gehört.

Sie wahrzunehmen heißt unter anderem: Erteilung von Ausnahmegenehmigungen und Sondernutzungen, die Sicherung von Baustellen, die Bestückung und gelegentliche Durchforstung des Tübinger Schilberwaldes. Die Abteilung arbeitet aber auch in mehreren Planungsgruppen mit, die sich damit befassen, wie der Verkehr generell zu führen, beziehungsweise "flächenhaft" zu beruhigen sei. Beispielsweise im Verkehrsbeirat, der dem Oberbürgermeister als Fachausschuß zuarbeitet und ihm konkrete Empfehlungen gibt. Zunächst 14, ab 1980 18 Köpfe stark, tagte der Beirat in sieben Jahren 23 mal und behandelte 181 Tagesordnungspunkte.

Der Sicherheit der Fußgänger dient die (gleichnamige) Zone die 1971 versuchsweise eingeführt, 1975 mit der Umwidmung der Neckargasse eingeleitet wurde und 1979 mit Einbeziehung von Wiernergäßle und Münzgasse einen vorläufigen Abschluß fand. Um die Fußgängerzone durchzusetzen, waren enorme Probleme zu lösen und Widerstände zu überwinden; wegdenken kann sie sich heute aus dem Stadtbild niemand mehr, sie ist insgesamt als Erfolg zu werten.

Als Schutzengel

Besonderes Augenmerk galt und gilt den Kindern als den schwächsten Teilnehmern am Verkehr, insbesondere auf dem Schulweg. Zusammen mit Schulen, Eltern und Polizei wurden und werden für Eltern und ABC-Schützen jedes Jahr Schulwegpläne ausgearbeitet beziehungsweise auf den neuesten Stand gebracht. Im Bereich der Kindergärten hat man durch Aufmarkierung auf Straße und Gehweg die Aufmerksamkeit der Verkehrsteilnehmer geschärft und damit - darf man wohl sagen - Unfälle zu verhindern geholfen. Dazu dienen auch zwölf neue Fußgängerampeln und 18 weitere Zebrastreifen.

So erfreulich die "Renaissance" des Fahr-

rads als Verkehrsmittel ist - in Tübingen damit unterwegs zu sein, ist nicht einfach. Daß man beim Bau von Straßen allzulange nur an den Autofahrer dachte, macht es so schwierig, zumal bei der Topographie Tübingens, nachträglich Radwege anzulegen. Man kann auf sie jedoch nicht verzichten. Zuständig für deren Planung ist das Tiefbauamt. Der Ammerbegleitweg ist ein erstes sichtbares Ergebnis der Bemühungen, wenn auch vorerst nur außerhalb der Stadt.

Der Autofahrer hat es in Tübingen immer dann am schwersten, wenn über 20 000 Studenten "mit von der Partie" sind. In den Semesterferien reicht die Kapazität des Straßennetzes durchaus, im Semester hat es mindestens während der Rush-hours regelmäßig "Verstopfung".

Seit die Naturwissenschaften auf der Morgenstelle liegen, die über Fronds- und Schnarrenberg gut zu erreichen ist, hat es im Bereich der Neuen Aula Luft gegeben; ebenso für die Altstadt nach Eröffnung des Schloßbergtunnels 1979. Weitere Entlastung für Uni und Innenstadt hatte man sich von der Nordtangente versprochen.

Dringend ist unter den offenen Verkehrsproblemen der Ausbau der Hegelstraße und des Verkehrsknotens Blaue Brücke, damit der Schloßbergtunnel die ihm zuge dachte Entlastung der Innenstadt bringen kann. Dasselbe gilt für den Weiterbau der K 6900 in der Südstadt.

Was noch lästiger ist

In Tübingen Auto zu fahren, kann lästig werden, doch nicht so lästig wie die Suche nach einem Parkplatz, selbst im Randbereich der Altstadt, von der Universität nicht zu reden. Es gibt zwar heute vier Parkhäuser in der Stadt, darunter den "König" seit 1979, aber noch werden sie nicht in wünschenswertem Umfang angenommen.

Seit die Straßenverkehrsordnung es erlaubt, Anwohnern etwa der Burgsteige, Bei der Fruchtschranne, in der Juden- und Lazarettgasse Anwohnerparkplätze zu reservieren, hat der Parksuchverkehr merklich nachgelassen. Diese Regelung ist auszudehnen.

Lärm und Abgase sind in den letzten Jahren in manchen Teilen der Stadt nahezu unerträglich geworden. Man kann aber Wohnqualität nicht dadurch wiederherstellen wollen, daß man die eine Straße sperrt und den Verkehr in die andere umleitet. Das Sankt-Florians-Prinzip ist keine Lösung. 1980 wurde eine Kommission gebildet, die für die flächenhafte Verkehrsberuhigung in der ganzen Stadt ein Gesamtkonzept erarbeiten soll.

Verkehrsberuhigte Bereiche anzulegen, wie das im Herbst 1980 in der Neustadtgasse und Bei der Fruchtschranne praktiziert wurde, ist eine andere Möglichkeit. Taugt sie, will man weitere Bereiche ausweisen. Sie anzulegen kostet jedoch enormes Geld.

Dankbar wäre die Abteilung, wenn sie auch in Zukunft von Bürgern auf Probleme der Verkehrssicherheit aufmerksam gemacht würde.

Gute Absichten

Die Nahverkehrsabteilung, besetzt bislang mit drei Mitarbeitern, geleitet von Wolfgang Lang, freut sich über jeden Fahrgast

im Stadtverkehr. Doch das wissen anscheinend 92 Prozent der Tübinger Bevölkerung noch nicht, die täglich auf ihr Auto nicht verzichten wollen.

Deshalb ist beabsichtigt:

den Fahrgast direkt auf sogenannten Durchmesserlinien, das heißt ohne daß er umsteigen muß, sicher, schnell, pünktlich und bequem an sein Ziel zu bringen;

vier neue Linien einzuführen; mit 60 neuen Haltestellen das heutige Haltestellennetz um 43 Prozent auszuweiten;

durch Bevorrechtigung der Busse im fließenden Verkehr (Busspuren, Sondersignalisierung, Beeinflussung von Lichtsignalanlagen) die Fahrzeiten zu verkürzen;

die heutigen Betriebsleistungen zu verdoppeln, wodurch an jeder Haltestelle im Stadtverkehrsnetz in den Hauptverkehrszeiten mindestens alle 20 Minuten, in den Nebenverkehrszeiten alle 40 Minuten und abends, sowie an Wochenenden und Feiertagen alle 60 Minuten ein Bus erscheint;

die Mitsprache und Einflußnahme der Stadt auf Angebot und Tarif durch Gründung einer Nahverkehrsgesellschaft mit



den privaten Busunternehmen Kocher und Schnaith zu sichern.

Während Liniennetz und Angebot von der Nahverkehrskommission beschlossen sind, werden derzeit Vorschläge für die organisatorische Neuordnung ausgearbeitet. Es ist beabsichtigt, 1983, spätestens jedoch mit Ablauf der Betriebsübertragung an die Unternehmen Kocher und Schnaith Ende 1984, das neue Nahverkehrskonzept in Betrieb zu nehmen.

Buße muß sein

Die Abteilung Reinhard Wiesinger (14 Mitarbeiter), zuständig für Ordnungswidrigkeiten, steht immer wieder vor der Frage: Hart durchgreifen oder gut zureden? Das eine ist unpopulär und das andere taugt nicht. Dafür ist die Parkraumnot in Tübingen zu groß, die Neigung bei Autofahrern, auf der Suche nach einem Parkplatz Rücksicht zu nehmen, allmählich verkümmert: Was schert mich der Mann, vor dessen Garage ich mein Auto stehen habe, was die Feuerwehr, die nicht mehr durchkommt, wenn's brennt!

Der Verkehrsordnungsdienst der Stadt, entstanden 1966, heute mit acht Beamten besetzt, von denen zwei ständig das "Radar"-Gerät bedienen, hat in den letzten sieben Jahren vor allem in der Innenstadt 902 Fahrzeuge abschleppen lassen müssen, wobei seit 1980 doch ein fühlbarer Rückgang zu verzeichnen war.

Am Herzen liegt den Vollzugsbeamten die Fußgängerzone, die von mehreren Straßen aus angefahren werden kann; schon die Anlieferung der Geschäfte bringt genug Störung.

Sofern Verstöße gegen die Straßenverkehrsordnung zu ahnden waren, sind sie in den 70022 Bußgeldbescheiden der Jahre 1975 - 81 enthalten. Sie brachten der Stadtkasse rund zweieinviertel Millionen Mark ein. In der gleichen Zeit wurden 299619 Verwarnungen ausgeschrieben, rund 42800 pro Jahr, was weitere 4,2 Millionen ausmacht.

Das Geschwindigkeitsmeßgerät der Stadt überprüfte 1796544 Fahrzeuge, von deren Fahrern genau 51993 angezeigt, bezie-

hungsweise mit einem Verwarnungsgeld belegt werden mußten. Die Einsprüche gegen Bescheide sind in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen, insgesamt wurde beim Amtsgericht in 3788 Fällen Einspruch erhoben, meistens jedoch ohne Erfolg. Das gleiche gilt für 17 Widersprüche gegen 282 Vorladung zum Verkehrsunterricht. Für deren Abweisung ist letztlich das Verwaltungsgericht zuständig.

Einige Sorge bereitet der Abteilung die von Verkehrssündern immer häufiger angewandte "Masche", sie seien mit ihrem Auto gar nicht gefahren beziehungsweise sie wüßten über den Fahrer nichts. Dazu kommen Urteile von Obergerichten (Münster und Lüneburg), wonach zwischen Verkehrsverstoß und Nachricht an den betreffenden Kraftfahrer höchstens 18 beziehungsweise zwölf Tage vergehen dürfen; Fristen, die oft nicht einmal ausreichen, den Halter des Fahrzeugs zu ermitteln. Der Gesetzgeber sollte sich dazu durchringen, jeweils den Halter eines Fahrzeugs haftbar zu machen.

Unter den Mitarbeitern des Amtes für öffentliche Ordnung sind die Vollzugsbeamten sicherlich diejenigen, die nie auf Verständnis hoffen können. Auch nicht bei jenen, die heftig nach Kontrolle rufen, wenn jemand ihre Einfahrt blockiert, sie aber sofort schärfstens bekämpfen, wenn ihnen selber aus dem gleichen Grund ein "blauer Zettel" droht. Kein Wunder, daß sich Vollzugsbeamte zwischen Scylla und Charybdis, ihren Dienstpflichten und den oft massiven Angriffen aus der Öffentlichkeit, im Stich gelassen fühlen.

Zum Glück gibt es aber auch Bürger, die Verständnis bekunden, und wenn es nur um Weihnachten herum ist. Zu ihnen gehört eine Altenpflegeschwester, sie pflegt ihr Dankeschön mundartlich gereimt zum Ausdruck zu bringen.

Trotz Anwerbstopps

Bei der Melde-, Paß- und Ausländerabteilung, die Meinrad Ehrhardt zusammen mit 16 Mitarbeitern führt, hat man registriert, daß die Ausländer auch in Tübingen trotz Anwerbstopps weiter zuneh-

men. Gegen Ende 1981 waren es rund 7200 Personen (9,5 Prozent). Gegen Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre lief die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte auf vollen Touren. Vor den sozialen Problemen, die eine Einwanderung von Menschen aus fremden Kulturkreisen mit sich bringt, steckten Verantwortliche in Politik und Wirtschaft den Kopf in den Sand. Erst als die "Scheichs" mit der Ölkrise Sand in das Getriebe der Wirtschaft streuten, entschloß sich die Bundesregierung 1973 zu einer Vollbremsung. Von da an stagnierte die ausländische Bevölkerung, sie ging bis 1978 Jahr um Jahr leicht, aber stetig zurück auf 8,4 Prozent der Gesamtbevölkerung. Unberührt vom Anwerbstopps ziehen im Heimatland der Ausländer lebende Familienangehörige nach. Der Familiennachzug setzt sich bereits in die zweite Generation hinein fort, das heißt hier aufgewachsene Kinder ausländischer Arbeitnehmer holen ihre Ehegatten von daheim.

Hinzu kommt eine relativ hohe Geburtenzahl und eine Menge Asylbewerber. Vor allem im ersten Halbjahr 1980 stellten auffallend viele Türken einen Asylantrag. Das ließ sofort nach, als die Landesregierung gegen Jahresmitte 1980 ein Erwerbsverbot für Asylbewerber erließ. Der überwiegende Teil dieser "Asylanten" dürfte aus wirtschaftlichen Gründen ange-reist sein.

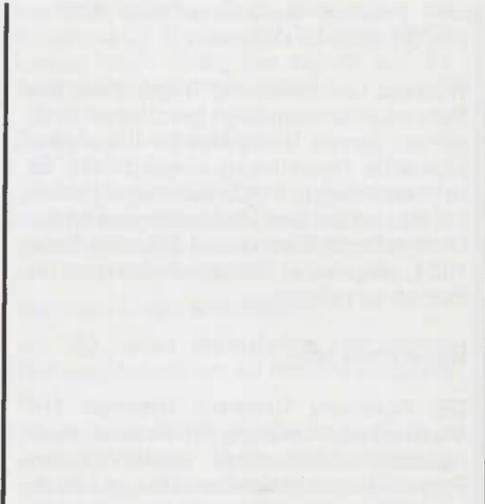
Trotz energischen "Widerstands" der Stadt errichtete die Landesregierung im Frühjahr 1981 in der Thiepvalkaserne eine Sammelunterkunft für Asylbewerber. Dort wohnten am Jahresende 1981 bereits rund 350 Asylbewerber, die auf die endgültige Entscheidung über ihr Asylgesuch warten.

Wer will, der darf

Eine im Herbst 1978 wirksam gewordene ausländerpolitische Grundsatzregelung von Bund und Länder brachte die Wende: Wer bleiben will, der darf. Ein ausländischer Arbeitnehmer, der mindestens fünf Jahre hier lebte, kann nun eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis erhalten. So konnten von den 1980 ausgestellten 2549 Aufenthaltserlaubnissen 174 bereits auf unbefristete Zeit erteilt werden.



1
2



3



4



An Anlässen, die Öffentlichkeit mobil zu machen, fehlt es nie: Die Budennot ist chronisch, der Holzmarkt ein geeigneter Ort, darauf aufmerksam zu machen (2); ins Handgemenge gerieten Polizei und Protestpotential weder bei einer Gorleben-Demo (4) noch während des Ersatzgeldstreiks im September 1976 (3), wohl aber bei der Südostasien-Kulturwoche Ende Juli 1977 (1).



Ob er ruht oder rollt - Verkehr ist in Tübingen ein Problem, das ganze Ämter in Atem hält.



Einen Pferdefuß hat diese Verbesserung des "aufenthaltsrechtlichen Status": Der ausländische Arbeitnehmer muß für seine Familie über eine ausreichende Wohnung verfügen. Wem der Arbeitgeber bei der Wohnungsbeschaffung nicht hilft, wird es jedoch schwer haben. Ohne eine spürbare Wiederbelebung des sozialen Wohnungsbaues dürfte sich die Wohnsituation des ausländischen Bevölkerungsteils nicht grundlegend verbessern lassen.

Der "Mülleimer" des Hauses

Die Abteilung für allgemeines Ordnungsrecht - auch der "Mülleimer" des Hauses genannt - hat 23 Mitarbeiter und wird von Rainer Klink geleitet (der zum 1. Januar 1982 Amtschef geworden ist).

Bei der Feuerwehr arbeiten zehn Mann der Abteilung, fünf davon in der Leitstelle für die Kreisfeuerwehralarmierung rund um die Uhr. Im Dienstgebäude Wilhelmstraße 24 sind es sechs Sachbearbeiter und drei Sekretärinnen. Vier arbeiten im Freien: Die Feldschützen.

Eugen Stopper kümmert sich um Feuerwehrwesen, Katastrophen- und zivilen Bevölkerungsschutz. Die Freiwillige Feuerwehr mit 395 Angehörigen verbindet die oftmals so "ferne" Verwaltung mit dem Bürger, vornehmlich dem der Unteren Stadt. Nirgends ist die Eingliederung der Stadtteile in die Kernstadt so reibungslos gelaufen wie bei der Feuerwehr.

Es gab gewichtige personelle Veränderungen: Der stellvertretende Kommandant, Eugen Genkinger und der Abteilungsleiter Tübingen Mitte, Werner Müller, schieden 1979 aus dem aktiven Dienst aus. Nachfolger wurden Hans Schäfer und Walter Weimer.

Bedeutsam war 1980 auch insofern, als die Stelle des Kommandanten mit Eugen Lutz hauptamtlich besetzt wurde. Er steht jetzt im Sold der Stadt. Allerdings wird der Kommandant von nun an nicht mehr von der Wehr gewählt, sondern vom Gemeinderat.

an die Stadt delegierte Kreisfeuerwehralarmierungsstelle wurde am 1. Dezember 1980 im Feuerwehrhaus an der Keltnerstraße in Dienst gestellt. Sie nimmt alle Feuerrufe 112 aus dem Landkreis auf und alarmiert die örtlich zuständige Feuerwehr. Mit dieser Leitstelle nahm das Personal um fünf Köpfe zu.

Es brennt seltener

Zugenommen haben auch die Einsätze (an die 300) in Richtung auf technische Hilfeleistung. Es brennt dafür seltener: deutlicher Erfolg des vorbeugenden Brandschutzes. Größter Brandeinsatz: bei Fritz & Dannemann 1978 und 1981 sowie in Weilheim 1981. Schwere Regenfälle mit folgendem Hochwasser gab es 1975, 1978 und 1979.

Die Stadt investiert in die Feuerwehr kräftig, mittlerweile jährlich über 1,5 Millionen Mark, 1979 sogar 1,75 Millionen. Die Feuerwehr hat jetzt auch einen Wasserrettungswagen, einen Vorausrüstwagen, ein Trockentanklöschfahrzeug und Löschfahrzeuge für die Abteilung Bebenhausen, Hagelloch und Pfrondorf. Die Abteilungen Hagelloch, Kilchberg, Weilheim und Hirschau bezogen neue oder erweiterte Magazine.

Der zivile Bevölkerungsschutz läßt dagegen zu wünschen übrig. Tübingen kann beinahe die gesamte Bevölkerung über die Sirenen vorwarnen, mehr nicht. Es fehlt an Schutzräumen. Dabei könnte auch mit einfachen Hilfsmitteln eine gewisse Sicherheit erreicht werden. Leider ruft die Bevölkerung gerade in diesem Bereich zu oft und zu schnell nach dem Staat.

Das Stadtgebiet ist inzwischen in 16 Wohnbereiche aufgeteilt, es sind neun Selbstschutzberater gewonnen und ausgebildet, ihre Aufgabe: Die Bevölkerung im Verteidigungsfall in Selbstschutzmaßnahmen zu beraten. Überraschend gut waren und werden die Lehrgänge "Erste Hilfe in Katastrophenfällen" besucht.

Thomas Schmiga und seine vier Feldschützen Kehrner (59), Klug (48), Landenberger (49) und Marx (49) betreuen das gesamte Stadtgebiet samt Stadtteilen. Es

gäbe weit weniger Ärger, wenn sich der Bürger im Klaren wäre, daß er besser daran tut, mit dem Nachbarn zu reden als über ihn beim Feldschützen Beschwerde zu führen. Erfreulich: Die Zahl unzulässiger Abfallablagerungen nahm ab.

Sprunghaft angestiegen

Michael Schettler, zuständig für Gaststätten (und Waffen) hat in Tübingen deren 180 „unter seinen Fittichen“. Offenbar ist in dem Gewerbe etwas zu verdienen. Leider wechseln häufig die Pächter. In der Innenstadt wurde die Eröffnung neuer Gaststätten vom realen Nachweis von Stellplätzen abhängig gemacht.

Häufig wird über Geruchsbelästigungen und ungebührlichen Lärm geklagt, am häufigsten über Kneipen in der Innenstadt (insgesamt 50). Seit der Einrichtung der Fußgängerzone beziehungsweise verkehrsberuhigter Bereiche sind deren Anwohner erheblich empfindlicher geworden gegen Lärm, der von Menschen kommt.

Sprunghaft angestiegen ist die Zahl der Feste im Freien. Vereine, Gruppen, Parteien, Straßenanwohner, Schulklassen, wollen im Freien, möglichst in der Innenstadt festen. Heraus ragen die Stadtfeste, die Festivals des Clubs Voltaire und das Universitätsjubiläum. Erheblich abgenommen hat die Bereitschaft von Anwohnern, Festplatzlärm hinzunehmen.

Marktmeister Hans Vollmer und Elke Schleifenheimer haben das Marktwesen unter sich. Die traditionellen Wochen- und Jahrmärkte haben Zuwachs bekommen; mittlerweile gibt es in Tübingen einen Flohmarkt, einen dreitägigen Weihnachtsmarkt, einen Fensterblümlenmarkt und hoffentlich als ständige Einrichtung, einen Kunstmarkt. Es wird von Jahr zu Jahr schwieriger, den Interessenten einen Platz zu geben, so gesucht ist Tübingen.

Der Abteilung allgemeines Ordnungsrecht obliegt auch der Tierschutz, die Überwachung der Grünanlagen, Kinderspielplätze und Gehwege auf Verschmutzungen durch Hunde (die angebotenen Hundereinigungs-Sets werden nur zögernd angenommen). Sie überwacht die Winter-

dienst-Polizeiverordnung und vermittelte älteren Mitbürgern einen Räumdienst durch die Drogenhilfe e.V.

Sie sorgt für die Unterbringung von Geistes- und Suchtkranken, aber seit 1980 nicht mehr von Obdachlosen, vorher waren es jährlich etwa 40 Fälle. Auch für die Beseitigung von Schrottfahrzeugen ist die Abteilung zuständig.

Bis auf eine friedliche

Rainer Klink selber kümmert sich um das Versammlungswesen. Tübingen hat in den letzten Jahren rund 150 politische Versammlungen erlebt, bis auf eine nur friedliche: die Demonstration anlässlich der Süd-Ost-Asiaten Kulturwoche 1977. Unfriedlich auch die Schlägerei des Hochschulbundes Tübinger Studenten (HTS) am 4. Dezember 1976 vor dem "Prinz Karl".

In Tübingen ist es gelungen, mit Veranstaltern von Demonstrationen vorab zu verhandeln und tragbare Kompromisse zu erzielen; sicher mit ein Grund, daß auch heiße Demonstrationen ohne Polizeieinsatz über die Bühne gingen. 1976 waren 12000 Demonstranten auf den Beinen, ohne daß es den geringsten Anlaß gegeben hätte, die Polizei zu bemühen.

Schwieriger sind Kontakte zur Hausbesetzerzene herzustellen. In diesem Bereich ist mit polizeilichen Mitteln wenig bis nichts zu erreichen.

Ist nun einigermaßen klar, warum die Abteilung der "Mülleimer des Amtes" genannt wird?!



Auch eine Demonstration: Tübingen lebt, mehr als 900 Jahre nach seiner Gründung.

Für möglichst viele

Das Kulturamt

Was Kultur ist oder sein soll, ist heute mehr umstritten denn je. Man spricht von traditioneller, alternativer, erster, zweiter, ja sogar dritter Kultur. Während die einen im Bewahren eines geistigen und künstlerischen Erbes das Hauptziel kulturellen Bemühens sehen, lehnen andere "traditionelle Erscheinungsformen bürgerlicher Kultur" (Museen, Theater, Büchereien) radikal ab, betonen die "politische Natur" der Kultur, verstehen sie als einen ständig "fortschreitenden Lern- und Verhaltensprozess", dessen Kern das "Bewußtmachen gesellschaftlicher Probleme" sei.

Leitsätze kommunaler Kulturpolitik, wie sie der Deutsche Städtetag in den vergangenen Jahren veröffentlichte, verdeutlichen, daß sich auch in den Kommunen ein Bewußtseinswandel angebahnt hat, daß die Städte sich zunehmend nicht nur als passive "Kulturverwalter" sondern als aktive "Kulturgestalter" verstehen. Allgemein durchgesetzt hat sich die Erkenntnis, daß Kultur als "Summe aller künstlerischen Lebensäußerungen einer Gemeinschaft" von allen Menschen gestaltet wird, nicht nur Angelegenheit einer privilegierten Gruppe ist, sondern als "alltägliche Sache" für alle greifbar sein sollte. "Kultur von allen und für alle", lautet das Schlagwort, wobei man vielleicht realistischer sagen sollte: "Kultur für möglichst viele".

Im Streit um traditionelle und alternative Kultur dürfte - wie so oft - der richtige Weg in der Mitte liegen: Kulturpolitik sollte das kulturelle Erbe bewahren helfen, sich aber auch, zur Mitgestaltung der Zukunft, Neuem öffnen.

Zur Verwirklichung solcher Leitsätze hat die städtische Kulturpolitik zwei Ansatzpunkte: Einmal kann die Stadt eigene kulturelle Einrichtungen betreiben, ausbauen, verändern oder eigene kulturelle Aktivitäten entfalten, zum anderen kann sie private Kulturarbeit fördern und unterstützen.



Dr. Wilfried Setzler, 38, leitet das Amt seit 1. August 1980, sein Vorgänger war Albrecht Kemmer, jetzt Personalamt.

Dem entsprechen die Aufgaben des Kulturamtes. Es fördert zahlreiche kulturtragende Vereine und Institutionen wie Volkshochschule, Landes- und Zimmertheater, Musik- und Gesangsvereine, Chöre und Orchester, Deutsch-französisches Kulturinstitut, Deutsch-amerikanisches Institut, Museumsgesellschaft, Club Voltaire, Musikschule, Europa-Zentrum, Tübinger Kunstverein und Künstlerbund, VdK-Ortsgruppen, Narrenzünfte, Trachtengruppen, Stadtgarde, Motette, Pauper und andere mehr. Daß solche Unterstützung ohne Bevormundung erfolgt, versteht sich von selbst: Hier spiegelt sich auch die kulturelle Freiheit einer pluralistischen Gesellschaft.

Wer zu fördern ist

Die Entscheidung darüber, wer ständig finanziell gefördert wird, trifft letztlich der Gemeinderat bei seinen Etatberatungen. Unterstützt werden kann prinzipiell jede kulturtragende oder -schaffende Institution, Gruppe oder Vereinigung, sofern ein öffentliches Interesse vorliegt. Seit langem bestehende Vereine haben in dem Bonus des Anerkanntseins einen Vorsprung gegenüber neuen Gruppen. Bei diesen, die

manchmal spontan entstehen und oft nur lose verbunden sind, ist der Gemeinderat sehr zurückhaltend, zumal die Ansprechpartner häufig wechseln, sich solche Vereinigungen mitunter so schnell wieder auflösen wie sie entstanden sind. Vor allem studentische Gruppen werden immer wieder darauf hingewiesen, ihre finanzielle Unterstützung sei Aufgabe des Landes und nicht der Stadt.

Ob gefördert wird oder nicht, hat nicht selten politische Motive; doch bleibt als oberstes Prinzip die Ausgewogenheit: Nach einer Phase der allmählichen Angleichung wurde 1981 der als Zentrum alternativer Kultur angesehene Club Voltaire mit 50 000 Mark etwa in gleicher Höhe bedacht, wie die von manchen als Hort traditioneller Kultur angesehene Museumsgesellschaft.

Das Kulturamt leistet nicht nur finanzielle Hilfe; es koordiniert daneben die Veranstaltungen in Tübingen mit der Herausgabe eines monatlichen Veranstaltungskalenders und stellt Veranstaltungsbeziehungsweise Proberäume bereit oder vermittelt sie.

Eine zentrale Funktion hat dabei die Scheuer beim Salzstadel. Seit ihrer Einweihung im Dezember 1976 ist sie zahlreichen Vereinen - vor allem solchen der "unteren Stadt" - zur Heimat geworden und steht darüber hinaus vielerlei Veranstaltern für Ausstellungen, Vorträge und Kurse offen.

Die Stadt hat einer ganzen Reihe von kulturschaffenden Institutionen eigene Gebäude zur Verfügung stellen und sie entsprechend umbauen können, so der Volkshochschule, dem Landestheater, der Musikschule und dem Künstlerbund. Alle vier Einrichtungen haben sich inzwischen zu äußerst aktiven Kulturzentren der Stadt entwickelt.

Das Kulturamt hat nicht nur Dritte zu unterstützen (und darauf zu sehen, daß Zuschüsse ordnungsgemäß verwendet werden) es tritt selber als Veranstalter auf (zum Beispiel bei Dichterlesungen oder Konzerten auf dem Rathaus) und es wirkt bei Repräsentationsaufgaben der Stadt mit, so bei Stadtfesten wie etwa der 900 Jahre-Feier 1978. Mit zu den Hauptaufgaben

des Amtes gehört die Betreuung der eigenen kulturellen Einrichtungen: Stadtbücherei, Kunsthalle, Städtische Sammlungen, Hölderlinhaus, ehemaliger Universitätskarzer und Scheuer beim Salzstadel.

Die eigenen Einrichtungen

Mit beinahe 250 000 Ausleihungen ist die Stadtbücherei der größte "Umschlagplatz" von Kulturgütern. Aus den 70 472 Büchern des Jahres 1975 sind inzwischen 101 750 geworden, die Ausleihungen sind von 225 760 auf 236 581 gestiegen, die Zahl der Leser von 6793 auf 7768. Für die Beschaffung von Büchern standen letztes Jahr 110 000 Mark zur Verfügung gegenüber 83 250 Mark anno 1975.

Der gewachsenen Buchbestand der Hauptstelle im Technischen Rathaus, der 1956 mit 8000 Bänden gegründeten Freihandbücherei, vergrößert das seit Jahren bestehende Raumproblem (für jedes neue Buch muß ein altes ausgeschieden werden) und stellt höhere Ansprüche an das Personal: Die Leser haben um 15 Prozent zugenommen, das Personal ist das gleiche. Zwar hat die EDV-Verbuchung im Entleihebereich eine gewisse Entlastung gebracht, doch wird sie durch zunehmende Ausleihen wieder "wettgemacht".

Mit der Eröffnung der Mediothek Waldhäuser-Ost am 14. November 1980 hat die Stadtbücherei eine sechste Zweigstelle bekommen. Sie ist mit 500 Quadratmetern fast ebenso groß wie die Hauptstelle und umfaßt 15 000 Bände, von denen etwa 10 000 ausleihbar sind. 20 000 Medieneinheiten sollen es einmal werden. 1981 standen für die Buchbeschaffung 30 000 Mark bereit. Lebhaften Zuspruch findet auch die Zweigstelle Wanne (seit 1971 im Betrieb). Eine größere Schulbibliothek mit öffentlicher Bücherei ist für das Schulzentrum Feuerhägle in der Planung.

Renner und andere

Die 1971 errichtete Kunsthalle hat sich Dank der konsequenten Leitung von Dr. Götz Adriani rasch zu einem international angesehenen "Forum der neuen Kunst" entwickelt, wie das "Schwäbische Tag-



blatt" 1975 bei der Ausstellung von Werken des "weltberühmten Pop-Artisten" Claes Oldenburg bemerkt. Daß dies nicht einhelligen Beifall fand, vermerkt der Kritiker der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung", der in seinen 330 (!) Zeilen langen Rezension auf "Tübinger Hinterwäldler" aufmerksam machte, die vielleicht, wie er ironisch meint, der Kunsthalle, wie bei der Eröffnung einer Beuys-Ausstellung, eine Kränzscheife ins Haus kommen ließen mit den Worten: "Einem Totengräber der Kunst gewidmet von der Tübinger Bürgerinitiative gegen Mißbrauch der Kunsthalle."

Renner in der Gunst des Publikums waren

die Ausstellung des Graphischen Werkes von Henri de Toulouse-Lautrec (20 000 Besucher, 1976) und des zeichnerischen Werkes von Paul Cézanne (18 000 Besucher, 1978).

Von knapp 190 000 Besuchern in sieben Jahren kamen die meisten, annähernd 40 000, im Jahr 1978, als neben Cézanne Max Beckmann 9000 Besucher und die Tübinger Kulturdenkmale 4500 anzogen. Das vergangene Jahr blieb mit 16 900 Besuchern weit unter den anderen Jahren, die ganze Kraft gilt bereits der Vorbereitung der großen Cézanne-Ausstellung im Frühjahr 1982.

1975

Korkmodelle	4 900
Claes Oldenburg	5 600
Heider/Willikens	3 200
Johnny Friedlaender	2 900
Kunstverein Ausstellung	2 400
Georg Friedrich Zundel	1 600
Willi Baumeister	4 100
Jahresausstellung Künstlerbund	2 300

1976

Bernd und Hilla Becher	2 200
Sigmar Polke	1 100
Erich Heckel	2 800
Kunstverein Ausstellung	1 600
Eduard Bargheer	1 500
D.Judd, D. Loeser, M. Schmid	1 800
Karl Georg Pfahler	2 000
Toulouse-Lautrec	20 000
Jahresausstellung Künstlerbund	1 500

1977

Roehr/Salomon/Krüger	3 400
Nay/List	2 200
Max Klinger	3 500
Frank Stella	1 500
Walter Pichler	2 400
Edward Munch	10 000
Jahresausstellung Künstlerbund	900

1978

Max Beckmann	9 000
Cork Marcheschi, Richard Serra	1 500
Kulturdenkmale Tübingens	4 200
Richard Hamilton	1 800
Andre Thomkins	1 200



Tübinger "Lebensqualität" unter freiem Himmel. ▶



Die Musikschule, das Alte Schlachthaus, die Kunsthalle, das LTT im Stuhl-Schäfer und der Biermann beim Club Voltaire: Die Musen sind in Tübingen wohlgekommen.



Tübinger Künstler	2 500
A.R. Penck	450
Ars Viva	1 200
Paul Cézanne	18 000

1979

Tübinger Künstler	1 500
Rudolf Schoofs	2 500
Wols und Stankowski	3 500
Robert Rauschenberg	5 800
Kindermalkurs-Ausstellung	600
Jugoslawische Künstler	1 500
Siebdrucker	1 800
Zola/Zille	5 500
Tübinger Künstler	1 800

1980

Gotthard Graubner	1 800
Hannah Höch	5 900
Thomas Lenk	2 600
Kunstförderung des Landes "B.-W."	1 700
Plakate Jugendzeit der Technik	1 200
Skulpturen der Moderne	3 600
Honore Daumier	6 200

1981

La Caricature	2 300
Aspekte der Zeichnung in Österreich	1 500
Kunstverein	800
Alberto Giacometti	3 500
Ulrich Erben	1 200
Mit dem Auge des Touristen	5 000
Larry Rivers	2 000
10 Jahre "Multiplicata"	600

Tendenz steigend

Seit beinahe hundert Jahren wird in Tübingen ein Heimatmuseum geplant. Bis heute fehlen das geeignete Gebäude und das Geld. Die Städtischen Sammlungen im Theodor-Haering-Haus, Neckarhalde 31, gelten als provisorischer Ersatz. Solche Beurteilung tragen Haus und Einrichtung jedoch zu Unrecht. Verbesserte Öffnungszeiten seit 1979 sowie geänderte Ausstellungspraxis und Präsentationsformen seit 1980 verbesserten die Besucherzahlen von 721 im Jahre 1975 auf 5 416 im Jahre 1981. Die Tendenz ist weiter steigend.

Die Zahl der Sammlungsgegenstände hat im gleichen Zeitraum von 3 989 auf 4 216 zugenommen. Die Photosammlung

umfaßte 1981 etwa 11 000 Photos. Einen reichen Zuwachs wertvoller Aufnahmen, vor allem aus der Zeit zwischen 1890 und 1914, brachte die Übernahme einer Sammlung aus dem Nachlaß des Photographen Paul Sinner.

Die Aktivierung der Städtischen Sammlungen im Theodor-Haering-Haus zielt letztlich auf die Schaffung eines Heimatmuseums als Kommunikationszentrum, das unter anderem zur Auseinandersetzung mit der Stadtgeschichte anregen, der Dokumentation und Darstellung des Vergangenen dienen, sowie das Verstehen der eigenen Geschichte fördern soll.

Die Beziehungen zu den Partnerstädten wurden durch gegenseitige Besuche von Jugend- und Erwachsenengruppen vertieft. Wiederholt begegneten sich Sportler, Künstler, Orchester, Chöre, Lehrer,



Handwerker, Postangehörige, ehemalige Kriegsgefangene und Heimkehrer.

Ein jährlicher, recht erfolgreicher Jugendaustausch besteht zwischen Aix-en-Provence, Durham und Monthey. Mit Ausnahme des vergangenen Jahres pendeln zwischen Tübingen und Monthey in der Regel zwischen 14 und 25 junge Leute, zwischen Durham und Tübingen 21 bis 27 und zwischen Aix und Tübingen 22 bis 32. Während der Austausch mit Frankreich und

England in die Sommerferien fällt, jeweils zwei Wochen, hat sich im Wechsel mit der Schweiz eingebürgert, daß die Montheyaner zwar auch im Sommer kommen, die Tübinger aber im Winter zum Skifahren gehen.

Obwohl 1981 der Austausch Monthey : Tübingen auf 9 : 13 und der mit Durham auf 16 : 16 schrumpfte, sind die Begegnungen 1982 mit je 25 Teilnehmern beinahe ausgebucht. Erstmals ist ein Austausch mit Ann Arbor/USA vorgesehen.

Die wichtigsten Fragen städtischer Kulturarbeit berät der Kulturausschuß, der im Jahr etwa drei- bis viermal zusammentritt. Ihm gehören als ordentliche Mitglieder an: Dr. Hugo Baumann (CDU), Dr. Wolfgang Adolph (CDU), Martha Friess (CDU), Bernd Gossger (CDU), Dr. Dorothea v. Dadelsen (CDU), Gotlind Braun

(SPD), Doris Zeeb (SPD), Annemarie Hopp (SPD), Wilhelm O. Marschall (SPD), Monika Zorell (SPD), Kurt Hafner (UFW), Brigitte Riethmüller (UFW), Wolfgang Werner (UFW), Dr. Gisela Koslowski (UFW), Johannes Sobetzko (AL), Hermann Ballarin (AL), Verena Stolz-Schimpf (FDP), Heidrun Haug (DKP);

beratende Mitglieder sind Manfred Faiss, Josef Romer, Dr. Klaus Mohr und Berthold v. St. André.

Jüngst flügge geworden

Das Schul- und Sportamt

Das Schul- und Sportamt ist das jüngste Amt der Stadtverwaltung. Zum 1. April 1975 wurde die Schulpflege mit Sportabteilung aus der Stadtpflege ausgegliedert und verselbständigt. Das Amt ist heute in die drei Abteilungen Schulpflege, Sportabteilung und Planungsabteilung aufgliedert und sitzt nach dem Auszug aus dem früheren Hartmeyerschen Haus Rümelinstraße 2 in der ehemaligen Hauswirtschafts-Schule am Schulberg 10.

Das Amt verwaltet alle städtischen Schulen, Turnhallen und Sportanlagen und hilft den Sportvereinen und sonstigen sporttreibenden Gruppen, es wickelt die finanziellen Angelegenheiten mit den Kirchen ab und betreut die Tübinger Musikschule e.V. Praktisch heißt das: Versorgung mit Personal, Anschaffung von Einrichtungsgegenständen, Lehr- und Lernmitteln, Organisation und Abwicklung der Schülerbeförderung, Durchführung der Sitzungen des Sportstättenbeirats und des Gemeinsamen Schulbeirats, Zuweisung von Schulräumen, Sportplätzen und Turnhallen, Planung und Mitarbeit an Schul- und Sportstättenbauten.

"Mädchen für alles" ist die Schulpflege für die Tübinger Schulen, das reicht von Fragen der Schülerbeförderung und der Zuordnung einer Rechnung bis zur Vergabe einer Turnhalle: Stadtamtsinspektor Helmut Hampel, 42, der diese Abteilung leitet, zeichnet außerdem für den Personaleinsatz bei den Schulen und Turnhallen verantwortlich und ist Protokollant im Gemeinsamen Schulbeirat.

Das Personal des Amtes, Verwaltungsangestellte in den Rektoraten, Hausmeister, Platzwarte, Technische Angestellte, Begleitpersonen für die Schülerbeförderungen, Reinemachefrauen, Sportlehrerinnen und Verwaltung hat sich von 185 auf 174 Personen reduziert: Einige Putzfrauen



Gerhard Ohme, 42, leitet das Amt seit 1. April 1975.

wurden durch private Unternehmer oder Rationalisierung ersetzt.

Ein paar Mal um die Welt

Neben der Ausgabe und Abrechnung der Berechtigungsausweise für die Monatsfahrkarten öffentlicher Verkehrsbetriebe hat das Amt für die Schülerbeförderung Sonderlinien einzurichten, falls die öffentlichen Verkehrsmittel nicht ausreichen oder nicht in Frage kommen oder wenn der Schulweg über drei Kilometer hinausgeht. Sonderbeförderungslinien, gibt es inzwischen 17. Sie legten 1981 rund 150 000 Kilometer zurück, oder umrundeten in 98 Tagen einmal die Welt!

Für den laufenden Schulbetrieb muß Tübingen trotz der Sachkostenbeiträge des Landes pro Jahr rund vier Millionen Mark zulegen. 1981 betrug der Zuschuß 4,5 Millionen (Ausgaben: 9,3, Einnahmen: 4,8). Umgerechnet auf den Schüler waren es

1975 noch 603,44 oder 2,87 Mark, 1981 schon 922,82 oder 4,39 Mark pro Tag.

1976 wurde mit der zentralen Beschaffung von Lernmitteln begonnen, mit den Tübinger Buchhändlern 1978 ein neuer Vertrag über den Sammelbezug von Schulbüchern geschlossen.

Fleißig am Bauen

Die Planungsabteilung, im Herbst 1977 eingerichtet, bearbeitet und prüft Sportstätten und Schulbauprogramme, betreut verwaltungstechnisch Bauvorhaben und erhebt statistische Angaben. Abteilungsleiter und zugleich stellvertretender Amtsvorstand ist Stadtamtmann Werner Braun, 30.

Gemäß dem Beschluß des Gemeinderats vom 13. Oktober 1975, das Tübinger Schulwesen in Schulzentren auszubauen, kam der darauf fußende Schulraumbedarfsplan zu dem Ergebnis, daß umgehend Raum für ein dreizügiges Gymnasium zu schaffen sei, um die Überfüllung der Gymnasien an der Uhlandstraße abzubauen und die Sonderschule für Lernbehinderte (auf drei Standorte verteilt) ordnungsgemäß unterzubringen.

Der Gemeinderat beschloß am 20. Februar 1978, im Feuerhägle ein dreizügiges Gymnasium und eine 13-klassige Sonderschule zu bauen, wogegen die Kultusverwaltung lange Zeit Bedenken äußerte. Sie bezweifelte, ob die Baufläche ausreichen und die Schülerzahlen ein viertes Gymnasium rechtfertigen würden. Die Zustimmung kam nach langwierigen Verhandlungen am 29. Juni 1979 für eine dreizügige Aussenstelle des Wildermuth-Gymnasiums, wobei langfristig die Hauptschule Innenstadt und die Albert-Schweitzer-Realschule in die Uhlandstraße verlagert werden sollen.

Nach Plänen des Architekturbüros Hakenbeck und Schnauffer, Tübingen, konnte im Frühjahr 1980 mit Gymnasium, Sonderschule, kombinierter Schüler- und Stadtteilbücherei, Mehrzweckhalle und Tiefgarage für annähernd 30 Millionen Mark begonnen werden. Vorher hatte der Gemeinderat eine 13 prozentige Kostensteigerung zu verkraften; zugleich wurde festgelegt, die Tiefgarage als Schutzraum auszubauen.

Ein Schmuckstück für die Altstadt soll der Neubau für die Silcherschule werden. Im Haushaltsplan 1977 wurde dafür eine Planungsrate aufgenommen. Mit dem Beschluß über den "Rahmenplan Altstadt-sanierung" legte der Gemeinderat am 16. Mai 1977 zugleich den Standort an der Weberstraße fest. Gedacht wurde an eine zweizügige Grundschule mit Turnhalle (15/27 Meter) und Hausmeisterwohnung. Aus einem Wettbewerb ergaben sich am 1. Juni 1978 vier gleichrangige 3. Preise. Beauftragt wurde schließlich das Büro Dolmetsch und Haug aus Metzingen, seine Planung vom Oberschulamt und vom Gemeinderat am 23. Juli 1979 akzeptiert; seit Frühjahr 1980 wird zügig gebaut; Fertigstellung voraussichtlich im Sommer 1983.

Heftiger Widerstand

Dem Neubau einer Grundschule im Zentrum von Waldhäuser-Ost, wie ihn der Bebauungsplan seit langem vorsah, stellten sich unerwartete Hindernisse entgegen, nachdem der Gemeinderat am 5. Dezember 1977 eine zweizügige Schule mit Turnhalle und Hausmeistergebäude sowie Kindergarten beschlossen und die Pläne der Architekten Krisch und Partner, Tübingen, am 23. Januar 1978 gut geheißen hatte: Anwohner erhoben Bedenken. Sie bezweifelten die Notwendigkeit des Neubaus und befürchteten erhebliche Lärmbelastigungen; worauf das Regierungspräsidium einer Änderung des Bebauungsplanes im Januar 1979 die Genehmigung versagte.

Das Sperrfeuer der Schulgegner endete erst, nachdem am 25. September 1980 der Verwaltungsgerichtshof Mannheim das angestregte Normenkontrollverfahren gegen den Bebauungsplan zugunsten der Stadt entschied. Anschließend wurde auch eine Klage gegen die Baugenehmigung verworfen. Der erste Spatenstich erfolgte am 28. April 1981 vor einer begeisterten Schülerkulissee.

Mit dem Einbau von Fachräumen für Bildende Kunst und Werken wurde 1979 mit der Generalsanierung des Uhlandgymnasiums begonnen. Vorgesehen ist weiter der Umbau der Heizung, die Verlegung des Rektorats, Verbesserungen der Fach-



Komplett auf Waldhäuser-Ost: die Gesamtschule Tübingen.

bereiche Physik und Chemie sowie Aufgabe der Hausmeisterwohnung zugunsten von Unterrichtsräumen. Zuden 1,1 Millionen Mark anrechnungsfähiger Baukosten soll die Stadt einen Landeszuschuß von 515 000 Mark erhalten.

Seit der Übernahme der Trägerschaft der Hauswirtschaftlichen- und Berufsfachschule durch den Landkreis Tübingen im Jahr 1971/72 sind diese Schulen mietweise im Anbau des Kepler-Gymnasiums untergebracht. Die dort ebenfalls "hospitierende" Abteilung der Grundschule Innenstadt zog im Januar 1977 in den Lindenbrunnenpavillon um. Zur Abdeckung großer Raumnot erhielt das Uhland-Gymnasium zwei Klassenräume im Altbau des Kepler-Gymnasiums zugewiesen.

Im Vorgriff auf die anstehende Generalsanierung des Kepler-Gymnasiums wurde 1978/79 der Musikraum ausgebaut, der Altbau mit neuen Doppelfenstern versehen und die Außenfassade erneuert, 1980 das östliche Treppenhaus im Altbau wegen Baufähigkeit grundlegend erneuert.

Am 5. Mai 1975 hatte der Gemeinderat den Plänen der Architekten Amann und

Moser aus Tübingen zur Erweiterung des Wildermuth-Gymnasiums um 18 Klassenzimmer mit Nebenräumen zugestimmt; Gesamtbaukosten rund 4,6 Millionen Mark. Bereits im September erfolgten die ersten Vergaben; am 25. Juni 1976 war Richtfest und am 12. Januar 1977 der Neubau bezugsfertig.

Im Sommer 1979 war die Not im Wildermuth-Gymnasium jedoch wieder so groß, daß trotz Schichtunterricht weiterer Schulraum benötigt wurde. Das Kepler-Gymnasium stellte drei Klassenzimmer zur Verfügung; ein weiterer Raum tat sich im Lindenbrunnenpavillon auf. Da insbesondere für die Oberstufe trotzdem keine annehmbaren Unterrichtsbedingungen zu schaffen waren, ließ der Gemeinderat mit Beschluß vom 23. Juli 1979 im Hof des Wildermuth-Gymnasiums eine dreiklassige Baracke aufstellen. Dafür mußte ein erst kurz zuvor angelegtes Kleinspielfeld geopfert und der Pausenbereich erneut eingeeengt werden. Anfang November 1979 konnten die Behelfsschulräume bezogen werden.

Im Frühjahr 1975 wurde mit dem II. Bauabschnitt der Gesamtschule für rund 1,1 Millionen Mark begonnen. Dafür und zur Finanzierung des Anbaus des Wildermuth-

Gymnasiums war dem Tübinger Steuerzahler zuvor ein Sonderopfer abverlangt worden: die Einwohnersteuer wurde drastisch erhöht. Zum Schuljahresbeginn 1976/77 konnten sechs Klassenzimmer, sowie je ein Gruppen- und Mehrzweckraum bezogen werden. Der restliche Ausbau erfolgte bis Schuljahresbeginn 1977/78; Bibliothek/Mediothek, Jugendforum und Außenanlagen wurden 1978 fertig.

Was auffällt . . .

Während die Gesamtschülerzahl nahezu gleichblieb, ergaben sich bei einzelnen Schularten erhebliche Schwankungen. Grund- und Hauptschulen verloren etwa 1 300 Schüler, Gymnasien und Realschulen nahmen zusammen um 1000 Schüler zu. Die Freie Walddorfschule (1979 umgezogen von der Frischlinstraße in den Neubau auf Waldhäuser-Ost) expandiert stetig; die Sonderschule für Lernbehinderte hat mehr als die Hälfte ihrer Schüler verloren.

Die Zahlen im einzelnen:

Schuljahr	1975/76	1981/82
Grund- u. Hauptschulen (GS, HS)	4256	2896
Internationale Vorbereitungskl. (IVK)	80	87
Allgemeiner Schulkinderkergarten (ASK)	45	25
Realschulen (RS)	883	1137
Gymnasien	3087	3629
Gesamtschule (BZWO)	914	1219
Sonderschule (SSL)	295	142
Walddorfschule (WS)	509	672
Gesamtschülerzahl	10069	9807

Die durchschnittlichen Klassenstärken:

im Schuljahr	1975/76	1981/82
GS/HS	30,4	21,6
IVK	20,0	12,4
ASK	15,0	12,5
RS	28,5	29,2
Gymnasien	29,1	^x 30,8

BZWO	31,5	^x 22,8
SSL	14,7	11,8
WS	29,9	29,2

^x) Nur Klassenstufe 5-10

Die auswärtigen Schüler nahmen weiter zu, von 15 Prozent 1974/75 auf 21 Prozent im Schuljahr 1981/82. Die höchste Auswärtigenquote hatten 1981/82 die Sonderschule für Lernbehinderte mit 40,1, das Kepler-Gymnasium mit 39,6 und die Walter-Erbe-Realschule mit 36,4 Prozent.

Die Zahl der ausländischen Schüler hat sich um mehr als ein Drittel erhöht (von 553 auf 933 Schüler). Den höchsten Ausländeranteil haben die Hauptschule Innenstadt mit 32,3, die Mörrike-Hauptschule mit 30,7 und die Mörrike-Grundschule mit 25,1 Prozent.

Die Schulanfänger sind von 844 auf 589 geschrumpft. Laut Bevölkerungsstatistik werden es in den nächsten drei Jahren rund 600 bleiben, 1985 voraussichtlich 660 sein, im Jahr darauf 740 und 1987 rd. 760.

Zu des Leibes Übung

Die Versorgung mit Sportstätten ist gut in Tübingen, sieht man von Außensportflächen für die Schulen an der Uhlandstraße ab. Sie sind, mit allen Vor- und Nachteilen, auf die Vereinssportanlagen von SV 03 und TSG angewiesen.

Um das Mitspracherecht von Schulen und Vereinen bei der Planung von Sportstätten auf eine breitere Basis zu stellen, wurde erstmals, zusammen mit dem Stadtverband für Sport e.V. 1979 und 1980, die Dringlichkeit von Neubauten in eine Prioritätenliste gefaßt, selbige im "Beirat für Sportstättenbau" beraten, verabschiedet und in die Haushaltsberatungen eingebracht. Daß der Gemeinderat nicht in allen Punkten dieser Liste folgen kann, ergibt sich aus der schlechten Finanzsituation der Stadt.

Angefangen beziehungsweise fertig wurden unter anderem

1975: Turn- und Festhalle Pfrondorf; Mehrzweckhalle Hirschau nach Umbau und Generalsanierung; Umbau des Rasenspielfeldes des Alten TSG-Platzes für Allwetterzwecke mit Tennisbelag.

1976: Bolzplatz in Bebenhausen.

1977: Neuebelegung der Rundbahn und Verbesserung der Sprunganlagen im Lustnauer Stadion.

1978: Ausweichsportplatz in Bühl; zwei Bolzplätze westlich des Freibadgeländes; Planierungsarbeiten für die Sportanlage Holderfeld.

1979: Umbau der Hermann-Hepper-Turnhalle; Erweiterung der Außensportflächen der Gesamtschule um zwei Kleinspielfelder, Verlängerung der 75-m-Laufbahn auf 100 Meter; Umbau der Turnhalle Lustnau.

1980: die neue Spielhalle Uhlandstraße; I. Bauabschnitt Holderfeld (Allwetterkleinspielfeld, Trainings-Großspielfeld, Finnenbahn); Umbau des TSG- Nebenplatzes für Allwetterzwecke; Allwetterbelag eines Nebenplatzes und Neubau von Leichtathletikanlagen in Unterjesingen.

1981: Baubeginn mit einem Rasen-Großspielfeld bei der Schule in Pfrondorf.

Weiß fast immer Rat

Immer am Ball ist Heinz Mück, 62, als Leiter der Sportabteilung, wenn es um den Schul- oder Vereinssport in Tübingen geht. Er weiß Vereinen bei der Durchführung von Großveranstaltungen oder beim Suchen nach Zuschüssen fast immer Rat. Er beschafft zentral alle Sportgeräte, ist zuständig für deren Reparatur und die Pflege von Außenanlagen durch den städtischen Platzwart. Er teilt Übungszeiten in den Turn- und Sporthallen und auf den städtischen Sportplätzen zu.

Die Tübinger Vereine haben von 15 608 auf 21 380 Mitglieder zugenommen, das sind jetzt 29 Prozent der Einwohner. Für sie wurden nach den Sportförderungsrichtlinien (fortgeschrieben zum 1. April 1981)

für größere Veranstaltungen, für Fahrtkosten, Baumaßnahmen einschließlich des Aufwandes zur Benutzung und Unterhaltung der Sportstätten 1975 rund 720 000 Mark ausgegeben, 1981 etwa 975 000 Mark.

Die angespannte Finanzlage der Stadt läßt eine weitere Steigerung nicht mehr zu. Die Vereine sollten sich jetzt auf ihre originären Einnahmen (= Beiträge!) besinnen, um im Wettkampf Freizeit- und Breitensport nicht zuviel zurückstellen zu müssen. Auch dabei kann die Sportabteilung raten.

Bis Sommer 1975 unterrichteten vier Sportlehrerinnen im Rahmen der Städtischen Sport-, Spiel- und Gymnastikstunden ("SSG") über 1000 Sporttreibende; nach Einsparung einer Gymnastiklehrerin sind es durchschnittlich noch 750 Teilnehmer. Mit 45 Wochenstunden halten Sigrun Kofink, Else Göbel und Annegret Bauknecht die "SSG" - Teilnehmer, zu meist Hausfrauen, bei guter Kondition.

Trotz zweier Gebührenerhöhungen (auf jetzt 66 Mark pro Jahr), kann der Aufwand von 125 000 Mark für die "SSG" nur zu 38 Prozent gedeckt werden. Eine weitere Gebührenerhöhung wird nicht zu umgehen sein.

Die Musikschule

Die Tübinger Musikschule, über 20 Jahre Teil der Volkshochschule, erhielt am 20. Dezember 1978 eine neue Rechtsform. Gründungsmitglieder des eingetragenen Vereins waren Oberbürgermeister Dr. Schmid für die Stadt, Landrat Dr. Gfrörer für den Landkreis, Dr. Guckes für die Museumsgesellschaft e.V., Albrecht Schmidt für die Volkshochschule Tübingen e.V., sowie Helmut Calgéer, Heinrich Hunger und Bürgermeister Dr. Kroymann. Am 23. Juli 1980 wurde der inzwischen gebildete Elternbeirat in die Satzung aufgenommen.

Im September 1979 bezog die Musikschule die ehemalige Waldorfschule. In das Gebäude wurden für Zwecke der Musikschule 1979 und 1980 rund 360 000 Mark städtischer Mittel investiert. Zugleich gin-

gen die Zuschüsse an die Musikschule drastisch in die Höhe, 1981 waren es 566 000 Mark; davon zwei Drittel zur Verrechnung mit städtischen Dienststellen bestimmt. 40 000 Mark wurden für eine Sozialstaffelung der Gebühren angesetzt. Die Zahl der Schüler hat sich von 681 auf 1 490 mehr als verdoppelt.

Am 5. Oktober 1979 wurde das neue Gebäude der Freien Waldorfschule am Rotdornweg auf Waldhäuser-Ost eingeweiht. Neben Landeszuschüssen und Beiträgen von Eltern und Lehrerschaft trug auch die Stadt Tübingen zu den Baukosten von 9,2 Millionen Mark bei: Neben dem Kaufpreis für das alte Schulgebäude von 2,4 Millionen einen einmaligen Zuschuß von 1,2 Millionen Mark.

Sport-Chronik-Auszug

1975:

- 13. u. 20.04. Württ. Bowling-Einzelmeisterschaften
- 17. - 23.06. 75-jähriges Jubiläum des TV Derendingen
- 27. - 29.06. Gauturnfest des Achalm-Gaues in Lustnau
- 19. - 28.09. 50-jähriges Jubiläum des TSV Hirschau
- 04. - 05.10. Internationales Turnier im Bogenschießen

1976:

- 29.05. Baden-Württ. Meisterschaften im 20 km Gehen
- 30.05. 1. Sporttag für ausländische Kinder
- 12. - 13.06. Süddeutsche Meisterschaften im Rasenkraftsport
- 26.06. Fußball-Länderspiel der Post-Nationalmannschaften Bundesrepublik - Schweiz

02. - 05.09.

- Deutsche Junioren- und Jugendmeisterschaften im Reiten
- 04. - 12.09. Sportwoche des SV Bühl zum 50-jährigen Jubiläum
- 11. - 12.09. "Tag der offenen Tür" des Flugsportvereins Tübingen anläßlich 25-jährigem Jubiläum

1977:

- 27.03. 4. Intern. Volkswandertag des RV Derendingen
- 11. - 12.06. 70-jähriges Jubiläum des Tübinger Hundesportvereins
- 06.08. Einweihung des Vereinsheimes des TSV Hagelloch
- 12.10. Studenten-Fußball-Länderspiel Deutschland - England
- 29.10. 100-jähriges Jubiläum der Tübinger Rudergesellschaft

1978:

- 18. - 19.03. Nationales Hallenreitturnier der Tübinger Reitgesellschaft
- 12. - 15.05. 75-jähriges Jubiläum des SV Pfrondorf
- 26. - 28.05. 75-jähriges des SV 03 Tübingen
- 09. - 10.09. Tag des Sports für Jedermann

1979:

- 03. - 04.03. Baden-Württ. Meisterschaften im Standardtanzen
- 08. - 10.06. Nationales Reitturnier und Championat des Württ. Pferdes

1980:

- 01.06. 1. Intern. Volkssporttag der TSG Tübingen
- 13. - 15.06. Nationales Handballturnier des TSV Lustnau
- 28. - 29.06. 75-jähriges Jubiläum des Radfahrvereins Derendingen
- 29.06. Volleyball-Länderspiel Deutschland - Kanada
- 12. - 14.07. 75-jähriges Jubiläum des Schützenverein Weilheim

1981:

- 30. - 31.5. Deutsche Basketballmeisterschaft der B-Jugend: SV 03 Tübingen wurde deutscher Meister
- 27.06. Volleyball - Länderspiel der Damen: Deutschland - Italien
- 04.07. 1. Spielfest der TSG Tübingen
- 17. - 19.07. Baden-Württembergische Meisterschaften im Reiten



1
2



3



Spielhalle Umlandstraße (1), Turn- und Festhalle Lustnau (2), die Turnhalle der neuen Silcherschule (3) dienen dem Schul- wie dem Breiten- und Leistungssport sowie deren Matadoren und Senioren (4,5).

4



5



Diskrete Dienste

Das Standesamt

Das Standesamt Tübingen am 1. Januar 1876 eingerichtet, ist zuständig für die Gemarkung Tübingen. Die Stadtteile haben, mit Ausnahme von Bebenhausen, ihre Standesämter beibehalten. Darin kommt zum Ausdruck, wie wichtig das Standesamt für die Identität eines Ortes ist.

Der Standesbeamte hat in der Hauptsache Geburt, Heirat und Tod zu beurkunden. Dazu führt er ein Heirats-, ein Familien-, ein Geburten- und ein Sterbepbuch.

Wie zu beurkunden ist, regelt das Personenstandsgesetz, das "was" orientiert sich an einer Vielzahl von Einzelgesetzen. Daneben sind Äußerungen der Gerichte - die widersprechen sich nicht selten - mit in die Überlegungen einzubeziehen.

Sind Ausländer beteiligt, ist das deutsche internationale Privatrecht zu beachten. Die Universität mit ihren ausländischen Angehörigen und Studenten sowie die zahlreichen ausländischen Mitbürger eröffnen dem Amt ein breites Betätigungsfeld. Es hatte (im Berichtszeitraum) das Recht von über 60 Nationen zu beachten.

Das Standesamt ist kein Zweig der ge-

Beurkundungen im Geburtenbuch:

Jahr	Vater-schafts-aner-kennungen	Vater-schafts-fest-stellungen	Mutter-schafts-aner-kennungen	Legi-tima-tionen	Fest-stellung der Nicht-ehelichkeit	Namens-ertei-lungen	Namensänderungen Vornamen	Familien-namen	Adoptionen	Sonstiges
1975	Nicht ermittelt									
1976	77	10	23	44	5	12	15	3		15
1977	64	17	11	33	7	9	17	7		12
1978	82	11	19	28	3	17	14	7		26
1979	80	7	16	53	4	10	4	9		26
1980	97	9	21	52	9	13	8	14		26
1981	125	8	21	61	22	16	6	17		30



Heinz Stenz, 46, leitet das Amt seit 1. Oktober 1977, sein Vorgänger war Heinrich Kaltenmark, verstorben 1975.

meindlichen Selbstverwaltung. Der Standesbeamte arbeitet im staatlichen Auftrag. Er kann sich nicht auf Weisungen seines Dienstvorgesetzten stützen, er kann nur in Form gerichtlicher Entscheidung zu Amtshandlungen angehalten werden.

Im Interesse der Beteiligten hat der Standesbeamte diskret zu sein. Er darf das Resultat seiner Arbeit nicht darstellen und erläutern. Es würde auch nur vereinzelt auf Interesse stoßen, denn nur wer selbst Dienstleistungen des Standesamts in Anspruch nimmt, beschäftigt sich mit dem

"Wie und Warum" des Standesamts. Es geht immer "nur" um Einzelschicksale.

Andererseits werden viele Behörden erst durch Beurkundungen des Standesbeamten in die Lage versetzt, selber tätig zu werden, das gilt für das städtische Melde- und Steueramt ebenso wie für Jugendämter und Behörden ausländischer Staaten. Die Universität und ihre Kliniken bringen es mit sich, daß viele Geburten- und Sterbefälle von Personen zu beurkunden sind, die nicht in Tübingen wohnen. Das Standesamt Tübingen erfaßt also einen weit größeren Personenkreis als den seines Amtsbezirkes.

Die einzelnen Bücher

Dem Geburtenbuch steht auf Grund der inneramtlichen Geschäftsverteilung der Amtsvorstand vor. Bis 20. Juni 1977 war das Albrecht Kemmer, seitdem ist es Heinz Stenz. Im Vorzimmer arbeitet Heidrun Stopper. Weitere Mitarbeiter der Geburtenbuchabteilung sind Hildegard Feucht und Wiltrud Kopp.

Statistisch gesehen, hat die Arbeit von 1975 (1702 Geburten) bis 1981 (2689 Geburten) um 58 Prozent zugenommen.

Ein Geburtseintrag ist aus gegebenem Anlaß ständig fortzuführen und zu ergänzen, man denke zum Beispiel an Vaterschafts- und Mutterschaftsanerkennung, Namenserteilung, Namensänderung, Legitimation, Feststellung der Nichteelichkeit auch an Hinweise über Eheschließung oder Tod

der Eingetragenen. Damit ist noch nichts ausgesagt über die Bedeutung der nach dem Geburtsregister auszustellenden Abstammungs- und Geburtsurkunden oder den Geburtsschein für das tägliche Leben. Zusammenfassend: Der Geburtseintrag ist die Beurkundung, mit der der Bürger immer verbunden bleibt.

Die Heiratsbuchabteilung wurde bis zum 30. September 1978 von Rudolf Hoberg geführt. Seit 1. Dezember 1978 ist Rainer Stolz Leiter dieser Abteilung und zugleich, wie sein Vorgänger, Stellvertreter des Amtsleiters. Als Mitarbeiterin stand dem Abteilungsleiter bis zum 13. Juli 1980 Frau Inge Bauer zur Verfügung. Vom 14. Juli 1980 bis 31. August 1981 war es Monika Gucker. Seit 1. September 1981 hat Frau Renate Kurz diese Stelle inne.

Der gleichbleibend hohe Stand an Eheschließungen bis 1975, schwächte sich 1976 bis '78 deutlich ab. Erst in den Jahren 1979 (407 Eheschließungen), 1980 (469 Eheschließungen) und 1981 (419 Eheschließungen) zeigte sich wieder eine wachsende Bereitschaft, vor dem Standesbeamten einander das Jawort zu geben; Hauptgrund: die geburtenstarken Jahrgänge. Beim Standesamt Tübingen werden übrigens weit mehr Ehen geschlossen, als Aufgebote entgegengenommen wurden. Die wesentliche Rolle dürfte dabei das historische Rathaus spielen.

Das Familienbuch wird von dem Standesbeamten Walter Müller geführt. Es ist seit dem 1. Januar 1958 unabhängig von der Staatsangehörigkeit der Ehegatten von Amts wegen stets anzulegen, wenn eine Ehe vor einem deutschen Standesbeamten im Geltungsbereich des Personenstandsgesetzes geschlossen worden ist.

Das Familienbuch kann auch auf Antrag angelegt werden, wenn die Ehe außerhalb der Bundesrepublik oder des Landes Berlin geschlossen worden ist, sofern beispielsweise ein Ehegatte oder der Antragsteller selbst Deutscher oder heimatloser Ausländer mit gewöhnlichem Aufenthalt im Geltungsbereich des Personenstandsgesetzes oder

Geburten:

Jahr	Insgesamt	davon ehelich	nichteelich	davon Ausländer	Nationen	Eltern aus Tübingen	Eltern ortsfremd	Knaben	Mädchen
1975	1 702	1 636	66	349	23	600	1 102	824	878
1976	1 829	1 752	77	386	33	660	1 169	949	880
1977	1 830	1 764	66	323	19	615	1 215	952	878
1978	2 045	1 988	57	381	33	653	1 392	1 045	1 000
1979	2 223	2 124	99	436	33	715	1 508	1 083	1 140
1980	2 620	2 522	98	462	35	725	1 895	1 349	1 271
1981	2 689	2 569	120	517	48	765	1 924	1 367	1 322

Eheschließungen:

Jahr	Insgesamt	davon Ausländer	Anzahl der Nationen
1975	475	51	16
1976	398	56	21
1977	387	43	14
1978	380	41	17
1979	407	36	21
1980	469	46	20
1981	419	76	31

Sterbefälle:

Jahr	Insgesamt	davon Ausländer	Anzahl der Nationen	Tübinger Einwohner	Ortsfremde	Männer	Frauen	Totgeburten
1975	1 084	66	11	380	704	542	528	14
1976	1 110	59	12	395	715	576	516	18
1977	1 128	49	10	413	715	621	497	10
1978	1 198	68	13	405	793	658	524	16
1979	1 204	39	13	423	781	620	576	8
1980	1 226	56	11	330	896	640	573	13
1981	1 129	62	12	420	709	558	557	14

Asylberechtigter oder ausländischer Flüchtling mit Wohnsitz im Geltungsbereich des Personenstandsgesetzes ist.

Mit der Einbeziehung von heimatlosen

Ausländern, Asylberechtigten und ausländischen Flüchtlingen, hat die Bundesrepublik einen wichtigen Schritt zur Verwirklichung des "Genfer Flüchtlingsabkommens" über die Rechtsstellung der Flüchtlinge getan. Damit kann dieser Personen-



kreis mit deutschen Personenstandsunterlagen ausgestattet werden. Dazu gehören auch Spätaussiedler aus den Ostgebieten. Als schwierig erweist sich gerade dabei die Beschaffung von Dokumenten und Erklärungen. Das geht nicht ohne Kenntnis der Rechtsinstitute der verschiedensten Länder und verlangt alle Sorgfalt.

Zweck des Familienbuches ist es in erster Linie, die an verschiedenen Stellen beurkundeten Vorgänge über die Familie in einer Urkunde zusammenzufassen.

Das Sterbebuch wird von der Verwaltungsangestellten Ruth Staiger bearbeitet. Auch in dieser Abteilung spielen die Tübinger Kliniken eine Rolle. Die leicht steigende Zahl beurkundeter Sterbefälle korrespondiert mit den Sterbefällen von Nichttübinger. Schwierigkeit dieses Arbeitsgebietes: Die richtigen Daten des Verstorbenen zu ermitteln. Das kostet mitunter erheblichen Verwaltungsaufwand, die Anzeigen sind in den seltensten Fällen vollständig.

Daß Familien und Verwandte insbesondere aus der Türkei, aus Jugoslawien, Italien, Griechenland ihre hiezulande verstorbenen Angehörigen häufig unter großen Opfern in die Heimat überführen, fällt auf.

Neben der Führung der Personenstandsbücher hat der Standesbeamte besondere Beurkundungen entgegenzunehmen. Erklärungen über die Voranstellung des Geburtsnamens oder des zur Zeit der Eheschließung geführten Namens vor den Ehenamen, Wiederannahme eines früheren Namens, Anerkennung der Vater- und Mutterschaft, Namenserteilungen an Kinder.

Seit über sechs Jahrzehnten hat er Kirchengaustritte zu beurkunden, diese allerdings nur aus der Stadt ohne Vororte und Ortsteile (Austritte 1975 = 207; 1981 = 188).

Ratschreiber

In jeder Gemeinde des Landes Baden-Württemberg, die Sitz eines Grundbuchamtes ist, gibt es einen Ratschreiber. Im



Bereich des Grundbuchamtes Tübingen sind vom Oberbürgermeister ernannt: Als Ratschreiber Heinz Stenz, als dessen Vertreter die Herren Stolz, Kaltschmitt und Deutsche. Obgleich rechtlich auch in der Lage, Verträge zu beurkunden, erstreckt sich der größte Teil der Tätigkeit des Ratschreibers auf die Beglaubigung von Unterschriften.

Der Sühnevertrag als Rechtsinstitut ist nur in Privatklageverfahren durchzuführen

(Hausfriedensbruch, Beleidigung, Verletzung des Briefgeheimnisses, Körperverletzung, Bedrohung und Sachbeschädigung). Dabei soll der Versuch gemacht werden, schlichtend beide Parteien zu einem Vergleich zu bewegen, das heißt sich ohne Anrufen des Gerichtes zu verständigen. Die Vergleichsbehörde hat bisher mit geduldiger, einfühlender Verhandlungsführung einen großen Teil der Sühneverfahren erfolgreich abschließen können. Vergleichsbeamte sind die Standesbeamten Stenz und Schmid.

Vieh und Fleisch

Der Schlacht- und Viehhof

Der 1956/1957 zur Inbetriebnahme des Tübinger Schlachtviehmarktes errichtete Viehhof besteht jetzt 25 Jahre. Er dient heute neben der Abhaltung des Marktes am Montag an den anderen Wochentagen zur Aufnahme von Schlachtvieh für die Großschlachtungen der Fleischzentrale Südwest. Der Auftrieb hat sich inzwischen nahezu verdoppelt, das Einzugsgebiet des Marktes reicht jedoch nicht aus, den stark gestiegenen Bedarf für Großschlachtungen zu decken.

Von 1975 bis 1978 hat der Schlachthof noch durchschnittlich 82 Prozent der Schlachttiere vom Schlachtviehmarkt Tübingen, sieben von auswärtigen Schlachtviehmärkten und elf Prozent aus Direktanlieferungen bezogen. Seit 1980 gibt es keine Anlieferungen mehr von anderen Schlachtviehmärkten, dagegen nahmen die Direktanlieferungen auf 42 Prozent zu. Trotz dieser durch den Wegfall der Ausgleichsabgabe für Lebendvieh mit bedingten Entwicklung hat der Tübinger Schlachtviehmarkt seine Bedeutung als Viehhandelsplatz und Versorgungseinrichtung behauptet.

Haushalt ausgeglichen

Die Gebührensätze sind seit 1974 unverändert. Der Haushalt des Viehhofes ist ausgeglichen. Alle Kostensteigerungen konnten in der Berichtszeit durch steigende Umsätze der Fleischzentrale Südwest und auch wieder von den gewerblichen Metzgereibetrieben bei gezielten Einsparungsmaßnahmen aufgefangen werden.

Die Zukunft des Schlachtviehmarktes hängt eng mit der weiteren Entwicklung der Vermarktungsformen zusammen. Die Wirtschaftlichkeit des Viehhofes dürfte aber durch die langfristigen Verträge mit



Dr. Willi Höhn, 63, leitet den Schlacht- und Viehhof seit 1. April 1957.

der Interfleisch-Fleischzentrale Südwest gesichert sein.

Durch vertragliche Abmachung zwischen der Stadt und der Interfleischaktiengesellschaft - Vieh- und Fleisch GmbH, Stuttgart, erhielt diese als Großschlächter die Möglichkeit, 1965 eine Schlachtstelle im Schlachthof Tübingen einzurichten; Schlachtungen, Platzverkauf und Fleischversand werden seitdem in und von Tübingen aus betrieben. Auf diese Weise ließ sich die Kapazität des Schlachthofes besser nutzen.

Um den Schlachtbetrieb langfristig rational gestalten zu können, wurde 1972 vertraglich festgelegt, den Schlachthof unter Beteiligung der Fleischzentrale Südwest (früher: Vieh- und Fleisch GmbH) mit 285 000 Mark für eine Zerlegehalle mit einem Aufwand von 1,7 Millionen zu renovieren. Die Fleischzentrale garantiert durch die Ausnutzung der Schlachtkapazität die Wirtschaftlichkeit des Schlachthofes auf der Grundlage einer kostendeckenden Gebührengestaltung. Maßgeblich ist die jährlich zu erstellende Betriebsabrechnung. Gewinne oder Verluste sind auszugleichen.

Kapazität: 6000 Tonnen

Die volle Schlachtkapazität beträgt (seit Abschluß der Bauarbeiten im Dezember 1974) 6 000 Tonnen Fleischproduktion. Davon entfallen auf die Fleischzentrale 4 800 und auf die gewerblichen Metzgereibetriebe 1 200 Tonnen.

Da die Schlachtungen zunächst hinter den Erwartungen zurückgeblieben sind, ist die von der Fleischzentrale übernommene Garantie für die Wirtschaftlichkeit des Schlachthofes 1976 in einer Zusatzvereinbarung über die Verlustbeteiligung geregelt worden.

Nach Behebung organisatorischer Schwierigkeiten bei der Fleischzentrale nahmen 1979 die Schlachtungen um 39,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr und 1980 um weitere 9,1 Prozent sprunghaft zu. Dem waren aber die 1974 renovierten Anlagen des Schlachthofes nicht mehr gewachsen.

Zur weiteren Rationalisierung und baulichen Erweiterung der Schlachthofanlagen, insbesondere der Kühlräume, haben Stadt und Großschlächter am 12. März 1980 eine Vereinbarung über die Kostenbeteiligung geschlossen. Auf die Stadt entfallen danach 320 000, auf die Fleischzentrale Südwest 372 000 Mark. Die Bauarbeiten waren unter voller Aufrechterhaltung des Schlachtbetriebes im Dezember 1980 abgeschlossen.

Für die nächsten 20 Jahre

Der seit 1883 bestehende Tübinger Schlachthof besitzt jetzt neuzeitliche Betriebsanlagen, die ihn bei kleineren, tragbaren Investitionen in künftigen Jahren befähigen, seine Funktion als regionales Fleischversorgungszentrum noch gute 20 Jahre zu erfüllen.

Die Wirtschaftlichkeit ist durch die Großschlachtungen der Fleischzentrale Südwest gesichert. Alle Kostensteigerungen konnten seit 1977 bei unveränderten Gebührensätzen dank zunehmender Schlachtungen durch Rationalisierung aufgefangen werden.

Die Fleischproduktion erreichte 1981

6 195 Tonnen. Davon entfallen auf die Fleischzentrale Südwest 5 155 Tonnen (83 %), auf die gewerblichen Schlachtungen der Metzgereibetriebe 984 Tonnen (16 %), auf Haus-, Not- und Krankschlachtungen 56 Tonnen (0,9 %).

Im Stadtgebiet bestehen 26 gewerbliche Metzgereibetriebe mit vier Filialen und eine Freibank-Verkaufsstelle, sowie 21 Frischfleischabteilungen in Kaufhäusern und Lebensmittelgeschäften. Am Schlachthof schlachten regelmäßigein Großschlächter, 15 Tübinger, sieben auswärtige Metzgereien und zwei Gaststätten.

Enge Zusammenarbeit

Die Lebensmittelüberwachung im gesamten Stadtgebiet liegt vorwiegend in den Händen von Stadtveternärdirektor Dr. Gernot Stengel, einem der wenigen Fachtierärzte für Lebensmittelhygiene und Schlachthofkunde. Er arbeitet eng zusammen mit dem Amt für öffentliche Ordnung, dem Wirtschaftskontrolldienst der Landespolizei, dem Staatlichen Gesundheitsamt, dem Staatlichen Veterinäramt und den Bauämtern. Überwacht werden alle Betriebe, die Lebensmittel in irgendeiner Form für andere herstellen, bearbeiten oder vertreiben. Die Betriebsbesichtigungen erfolgen unangemeldet ein- bis mehrmals im Jahr, je nach Notwendigkeit und Art des Betriebes.

Im Stadtgebiet Tübingen waren 1980 zu überprüfen (in Klammern die Zahlen von 1975):

30 (34) Metzgereien, 21 (23) Läden mit Frischfleischabteilungen, 69 (72) Lebensmittelgeschäfte, 79 (67) Kantinen, 201 (166) Gaststätten, 3 (3) Fisch-, Wild- und Geflügelhandlungen, 10 (10) Marktstände.

Hygienisch bedenkliche Betriebe konnten rechtzeitig (und sei es durch vorübergehende Schließung) saniert, verdorbene Waren schon vor der Abgabe an Kunden unschädlich beseitigt und eine Ausweitung von Erkrankungen, etwa Salmonelosen, wirksam verhindert werden.

Auf den Schlachtviehmarkt wurden aufgetrieben:

	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981
Großvieh	5559	6231	6127	6145	6381	6687	6740
Kälber	347	217	219	174	271	156	137
Schweine	21784	22793	19307	19265	21016	19838	16408
Schafe	3	625	723	746	754	982	97
Ziegen	-	5	3	9	3	8	-
Gesamt	27693	29872	26289	26339	28425	27671	23382

Direkt angeliefert wurden:

	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981
Großvieh	725	1366	890	1343	1186	1797	2137
Kälber	15	6	6	46	83	131	15
Schweine	1148	1645	1636	3551	16287	19962	22769
Schafe	489	84	20	44	23	28	1153
Ziegen	1	1	2	1	9	9	10
Gesamt	2378	3102	2554	4985	17588	21927	26084

Geschlachtet wurden:

	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981
Pferde	1	1	2	1	1	-	3
Ochsen	-	1	-	-	-	-	-
Bullen	3325	4406	3609	3751	4036	4238	4375
Kühe	2180	2412	2478	2853	2322	2709	2871
Rinder	1136	1369	1357	1622	1241	1477	1631
Kälber	754	554	366	463	357	278	152
Schweine	23780	22383	20102	22490	35989	39062	39177
Schafe	492	709	743	788	776	1023	1250
Ziegen	1	6	5	10	12	10	10
Gesamt	31669	31841	28662	31978	44734	48797	49469

Tiefgefroren

Damit landwirtschaftliche Betriebe weiterhin Rinder züchten können, wird die instrumentelle Besamung im Stadtgebiet mit Tiefgefrier-Sperma aus der Besamungsstation Stuttgart-Birkach vorgenommen. Die Kosten einschließlich der tierärztlichen Gebühr, belaufen sich auf jähr-

lich 25 000 Mark.

Die Ziegenbockhaltung mit noch einem in Derendingen aufgestellten Zuchtbock (Aufwand 2 000 Mark) ist nach Änderung der tierzuchtgesetzlichen Bestimmungen mit Ablauf des Jahres 1980 aufgelöst worden. Sie wird jetzt von den Ziegenhaltern privat betrieben.

Ein neues Tierheim

Das seit 1954 vom Tierschutzverein Tübingen e.V. betriebene städtische Tierheim beim Schützenhaus ist im Oktober 1980 zugunsten eines Neubaus abgebrochen worden. Es genügte trotz wiederholter Umbauten schon über ein Jahrzehnt nicht mehr den Bedürfnissen der Stadt und des Landkreises.

Belegung des Tierheims:

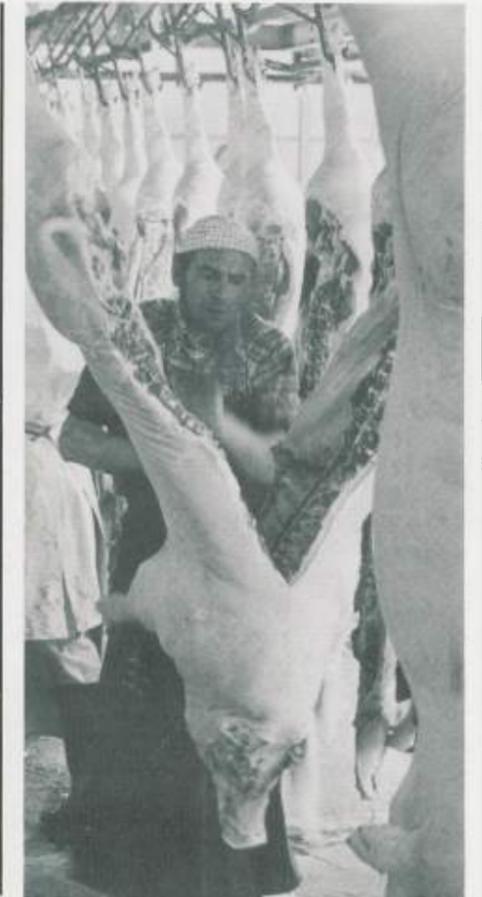
	Hunde herrenlos	Pensions- tiere	Katzen herrenlos	Pensions- tiere
1975	97	145	83	22
1976	108	122	60	14
1977	115	107	100	4
1978	113	81	-	.x)
1979	101	135	47	20
1980	205	112	36	58

x) Wegen Baufälligkeit des Katzenheimes konnten 1978 keine Tiere aufgenommen werden.

Der Tierschutzverein wird das neue Tierheim auf dem bisherigen Gelände selbst bauen und betreiben. Die Stadt hat ihm das Baugelände im Erbbaurecht überlassen und leistet einen jährlichen Beitrag von 30 000,- DM zur Tilgung der Darlehen. Der Landkreis gibt einen einmaligen Betrag von 300 000,- DM zu den Baukosten von 1 090 000 Mark.

Gebaut werden 36 Boxen mit Ausläufen für Hunde, vier Katzenstuben und eine Quarantänestation sowie das Wohngebäude für den Tierheimwärter mit Büro und Versammlungsraum für den Tierschutzverein. Mit der Fertigstellung und Wiederaufnahme des Betriebes ist im Frühjahr 1982 zu rechnen.

Mit Hilfe von Stadt und Landkreis gebaut: das neue Tierheim des Tier-Schutzvereins Tübingen beim Richtfest. ▶



Vieh und Fleisch wird in Tübingen "EWG" - konform auf den Markt gebracht.





Im Zeichen der Zeit

Die vergangenen sieben Jahre sind geprägt durch eine starke Änderung der Rahmenbedingungen in allen Bereichen des Lebens; das Bewußtsein des Bürgers hat sich deutlich gewandelt.

Die Baupreise stiegen um fast 50, die Baulandpreise im Mittel um 250 Prozent; mehr Wohnungssuchende, mehr Studenten; immer geringere Investitionsmittel und abnehmende Wachstumsraten.

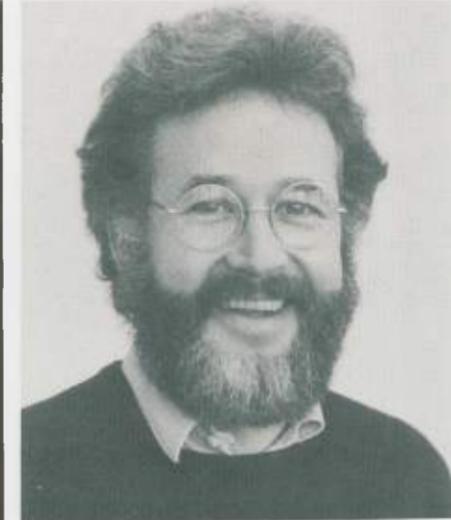
Gleichzeitig schärfte sich das Umweltbewußtsein: Interesse am Überkommenen, Immissionsschutz und Landschaftspflege rückten in den Vordergrund.

Dieser Wandel drückte der Arbeit des Technischen Rathauses seinen Stempel auf und bestimmte den Handlungsspielraum der Planer und der Bauenden.

Am Anfang stand der Beschluß über den Stadtentwicklungsplan (STEP) als Leitlinie für die Zukunft Tübingens. Breiten Raum widmete der Plan bereits dem öffentlichen Personennahverkehr sowie der Rad- und Fußwegeplanung, dem Wohnumfeld wie der landschaftsschonenden Baulandausweisung und trug damit frühzeitig den Zeichen der Zeit Rechnung.

Ende der siebziger Jahre richtete sich unser Augenmerk mehr und mehr auf die das Zentrum umgebenden Stadtteile. Sie haben zunehmend unter Verkehr zu leiden, Lustnau so gut wie die Weststadt oder die Südstadt mit Derendingen und die eingegliederten Ortsteile. Nach dem Erfolg mit dem Altstadt-Rahmenplan sind wir daran gegangen, für die Stadt- und Ortsteile ebenfalls Rahmenpläne aufzustellen. In den Stadtteilen richteten sie sich vornehmlich auf Verkehrsberuhigung und Strukturverbesserung, in den Ortsteilen mehr auf landschaftsgerechte Einordnung und Erhaltung der historischen Ortskerne.

Für die Gesamtstadt wurde ein Radwegeplan und ein Baumerhaltungsplan vorgelegt; ein Landschaftsplan für das Gebiet



Klaus Blanke, Zweiter Beigeordneter seit 1. Oktober 1977, sein Vorgänger war Richard Jäger.

des Nachbarschaftsverbandes in Auftrag gegeben; Stadtbau rangierte vor Stadterweiterung. Die Verwaltung hatte sich damit voll auf die neuen Rahmenbedingungen eingestellt.

Wenn auch heute wegen vielfacher Proteste Straßenbau kaum noch möglich ist - die Nützlichkeit großer durchgeführter Straßenbaumaßnahmen aus dieser Zeit ist deutlich zu erkennen. Der Schloßbergtunnel hat nach kurzer Zeit seine Funktionsfähigkeit bewiesen. Die ausgezeichnete Erschließung der Nordstadt über die Ebenhalde möchte heute niemand mehr missen. Straßenumbauten (Sieben-Höfe-Straße, Herrenberger Straße, Ortsdurchfahrt Hirschau) sind wie selbstverständlich angenommen worden: Zu einem funktionierenden Gemeinwesen gehört eben auch ein geeignetes, leistungsfähiges Straßennetz für den Individualverkehr.

Die Bemühungen, den Verkehr am Nordrand der Altstadt neu zu ordnen, sind durch den Bürgerentscheid gescheitert. Dennoch ist festzuhalten, daß das Gutachterverfahren zur Nordtangente in seiner Berücksichtigung städtebaulicher und

umweltschützerischer Belange wie wegen seiner ungewöhnlich intensiven Bürgerbeteiligung ohne Beispiel ist.

Die Verwaltung war in diesen Jahren ohnehin zunehmend bemüht, den Bürger an die vielfachen Planungen heranzuführen und umfassend zu beteiligen; Beispiel: der Entwurf des Flächennutzungsplanes. Im Neckartor-Wettbewerb wurden engagierte bürgerschaftliche Gruppen unmittelbar zur Bearbeitung selbst des Nutzungsprogramms aufgefordert und dann auch ausgezeichnet.

Auf der anderen Seite ist die zweite Hälfte der siebziger Jahre durch zunehmende Verrechtlichung des öffentlichen Handelns gekennzeichnet. Nachbareinsprüche und Normenkontrollverfahren haben so manchen gewichtigen Bebauungsplan (Grundschule Waldhäuser-Ost, Umnutzung des Himmelwerksgeländes, Gemeinschaftswarenhaus mit Parkhaus) und damit wichtige Investitionen im öffentlichen wie im privaten Bereich wesentlich verzögert.

Zwischen 1975 - 1981 haben wir neun städtebauliche Ideen- und Bauwettbewer-

be durchgeführt, eine beachtliche Zahl, die umfassendes neues Gedankengut in die Stadt- und Bauplanung hineingetragen hat.

Nach langer Vorbereitung erreichte die Altstadtsanierung Ende des Jahrzehnts einen Höhepunkt. Der Erfolg unserer Sanierungstätigkeit ist wesentlich auf das selbständige, vor Ort tätige Amt mit seiner intimen Kenntnis der baulichen und sozialen Struktur, auf behutsames Vorgehen ohne Zwangsmaßnahmen und nicht zuletzt auf den breitangelegten Konsens in den Entscheidungsgremien zurückzuführen.

Ungewöhnliche Anstrengungen unternahm die Stadt in der Abwasserbeseitigung. Kanal- und Klärwerksbau sind leider wenig gewürdigte, gleichwohl wichtige Beiträge zum Umweltschutz.

Das Technische Rathaus hat die vielfältigen Aufgaben mit einem Investitionsvolumen von rund 210 Millionen Mark ohne wesentliche Ausweitung des Personalstandes bewältigen können. Lediglich bei der Müllabfuhr, auf dem Klärwerk, in der Straßenpflege und der Stadtgärtnerei mußten mehr Arbeiter eingesetzt werden.

Die übergreifende Koordination der Ämter ist erheblich besser geworden, auf ihr gründet unsere Leistungsfähigkeit. Besonders zu erwähnen ist die mittelfristige Finanzplanung, sie hat sich als ausgezeichnetes Instrument einer bedarfsgerechten Vorbereitung von Baumaßnahmen bewährt. Ebenso nützlich erwies sich die frühzeitige Zusammenarbeit der Umliegungsstelle mit der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses (neu dem Technischen Rathaus zugeordnet) und der Erschließungsplanung mit der Stadtplanung. Dank solch engem Zusammenwirken und dank der Beauftragung des Bauverwaltungsamtes mit der Verfahrenskontrolle konnten rund 40 Bebauungspläne Rechtskraft erlangen und realisiert werden.

Millionen für den Schulbau: das (vierte) Gymnasium im Feuerhägle und die neue Silcherschule an der Seelhausgasse.



Alte Stadt mit neuem Leben

Das Sonderamt für Altstadtsanierung

Als Ergebnis einer langjährigen Erörterung in der Öffentlichkeit und den Gremien des Gemeinderates wurde 1977 der Rahmenplan Altstadtsanierung, 1979 die Stadtbildsatzung vom Gemeinderat beschlossen. Damit sind die Grundsätze, nach denen die Stadterneuerung in der Tübinger Altstadt durchgeführt werden soll, festgelegt.

Mit der Übergabe des Lammhofs an die Öffentlichkeit 1979 ist das Kernstück des Sanierungsgebiets Lammblock fertiggestellt:

Begründer Wohnhof

Ladenpassage mit fünf Ladengeschäften

Tiefgarage mit 34 Plätzen (Verschiebeanlage).

Die Neugestaltung des Lammhofs gibt ein Beispiel, wie Wohnverhältnisse durch Abbruch von Hinterhäusern in einem vollständig zugebauten Hinterhof verbessert werden können. Die im Hof aufgestellten Bronzefiguren tragen den Titel "Auseinandersetzung", ein durchaus passendes Thema für die Altstadtsanierung.

Halbzeit im Rathausblock

Im Bereich der Marktgasse, der Kornhausstraße und der Judengasse ist die Modernisierung nahezu abgeschlossen. 1977 wurde über einen Architektenwettbewerb eine Lösung für die Gestaltung des Bereichs im Winkel zwischen Haaggasse und Rathausgasse gefunden:

drei Neubauten mit 13 Sozialwohnungen

Spielhof über einer Tiefgarage mit 44 Plätzen

Rathausenerweiterung in der Form eines Umbaus der historischen Gebäude Rat-



Andreas Feldtkeller, 49, leitet das Amt seit 1. Januar 1972.

hausgasse 1 und Haaggasse 4 mit Ratskeller.

Die Baumaßnahmen sind seit 1980 im Gange und sollen Anfang 1983 abgeschlossen werden.

Die Sanierungslösung für die Fläche zwischen Altem Botanischen Garten und Nonnenhaus und für das Grundstück Am Lustnauer Tor 1 (Haus Schimpf) hat den Gemeinderat und die Öffentlichkeit von Beginn der Sanierungsdiskussion an immer wieder beschäftigt; die Diskussion hat zeitweise die Form erbitterter Auseinandersetzungen angenommen. Durch den Satzungsbeschluß vom Dezember 1978 hat der Gemeinderat festgelegt, in welcher Form die Neugestaltung dieses Sanierungsbereichs erfolgen soll; Proteste aus der Bürgerschaft gegen den beabsichtigten Abriss des Hauses Schimpf wurden berücksichtigt, die Abrissabsicht auf die Hintergebäude beschränkt, für das Vorderhaus die Erhaltung und der Einbau einer Fußgängerarkade festgeschrieben.

Für die Planung des auf dem Nonnenhausparkplatz vorgesehenen Bauvorhabens "Gemeinschaftswarenhaus / Wohnungen/Parkhaus" konnte Prof. Fred Angerer aus München gewonnen werden, dem es

gelingen ist, die im Bebauungsplan verankerten Festlegungen präzise zu übertragen und die schwierige Aufgabe der Einpassung großflächiger Nutzungen wie die eines Parkhauses und eines Gemeinschaftswarenhouses in das charakteristische Gefüge der Altstadt zu lösen (mit der Realisierung des Projekts soll 1982 begonnen werden).

Das Ersatzwohnungsprogramm

Der Erfolg der Altstadtsanierung ist zu großen Teilen einem Ersatzwohnungsprogramm zu verdanken, das die Stadt in Zusammenarbeit mit den Tübinger Gemeinnützigen Wohnungsbauvereinigungen durchgeführt hat. Wer im Rahmen der Sanierung umziehen muß, wünscht in der Regel eine Ersatzwohnung wieder in der Altstadt.

Aufgabe des Sonderamts war es, die notwendigen Maßnahmen vorzubereiten und teilweise auch in der Bauphase zu betreuen. Fertiggestellt wurden (M=Modernisierung) 71 Wohneinheiten (WE):

Ammergasse 18	3	GWG	Tübingen
Haaggasse 43/45	6	GSW	Tübingen
Hirschgasse 3 (M)	3	Stadt	
Judengasse 2/4 (M)	6	Stadt	
Kornhausstraße 2 (M)	4	Stadt	
Marktgasse 10	6	Kreisbau	
Marktgasse 1 (M)	3	Stadt	
Lange Gasse 18/20 (M)	4	Stadt	
Metzgergasse 3	2	Stadt	
Metzgergasse 13/15/17	16	GWG/ Kreisbau	
Am Lustnauer Tor 8 (M)	5	Stadt	
Rathausgasse 7	6	GWG	
Bachgasse 6/8	3	Stadt	
Stiefelhof 3/5 (M)	4	Stadt	

Verkehrsberuhigung

Für die Verbesserung der Wohnverhältnisse bedarf es in der Altstadt einer Verlage-



1

Altstadtsanierung als konzertierte Aktion öffentlicher und privater Hände: im Lammhof (1) und der Passage darunter (5), im Rathausblock (2), Haus Schimpf (3) und Haus Bleckmann (4) und ein Metzgergassenensemble mit Ammerkanal (6).

2



3
4



5
6



zung des ruhenden Verkehrs an den Altstadtrand und einer Neugestaltung der Freiflächen als Fußgängerzonen, verkehrsberuhigte Wohnbereiche oder Spielhöfe. In Zusammenarbeit mit dem Tiefbauamt wurden folgende Zonen nach Konzepten des Sonderamts Altstadtsanierung neugestaltet:

Neckargasse, Holzmarkt mit Treppe und Georgsbrunnen, obere Lange Gasse, Kirchgasse, Kronenstraße, Marktgasse, Hof bei der Gambrinusgasse, Kornhausstraße, Neustadtgasse/Stiefelhof, Durchgang beim Wilhelmstift, Neugässle, Hasengässle.

Zur Verbesserung der Wohnumwelt gehört auch die Instandsetzung des Ammerkanals mit den begleitenden Fußgängerflächen an der Metzgergasse und der Neustadtgasse. Sie wird 1982 und 1983 an der Ammergasse fortgesetzt.

Ein beträchtlicher Teil dieser Maßnahmen konnte mit finanzieller Unterstützung aus Mitteln des Bundes und/oder des Landes durchgeführt werden (Konjunkturprogramm 1976, Sanierungs- und Entwicklungsprogramm des Bundes und des Landes, 14-Städteprogramm 1977-80 des Landes).

Das Sonderamt hat in den Berichtsjahren zusätzlich zu seinen Aufgaben die Betreuung von Modernisierungsmaßnahmen an städtischen Gebäuden übernommen, wobei für die Planung freie Architekten eingeschaltet waren:

Scheuer beim Salzstadel - kleines Bürgerhaus

Hirschgasse 3 - Ladenpassage und Wohnungen

Judengasse 2 und 4 - Wohnungen

Lange Gasse 18/20, Altes Schlachthaus - Druckzentrum des Künstlerbundes und Wohnungen

Am Lustnauer Tor 8, Deutsches Haus - Teileigentum Wohnungen

Hirschgasse 9 - Altenbegegnungsstätte und Altenwohnungen

Stiefelhof 3/5 - Kindergarten Stiefelhof Rathausblock - Rathäuserweiterung und Sozialwohnungen

sichtigung denkmalpflegerischer Belange besondere Bedeutung.

Stadtbildpflege

Einen breiten Raum in der Tätigkeit des Sonderamts hat weiterhin die Beratung privater Eigentümer bei der Instandsetzung der Fassaden und Dächer an ihren Gebäuden eingenommen (jährlich durchschnittlich etwa 60 Fälle).

Bei diesen Baumaßnahmen konnte in zahlreichen Fällen originale Befunde früherer Farbfassungen freigelegt werden; in Zusammenarbeit mit dem Landesdenkmalamt wurden solche Befunde bei der Festlegung der Farbgebung wiederverwendet.

Im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit hat das Amt in Zusammenarbeit mit dem Landesdenkmalamt und der Kunsthalle Tübingen 1978 eine Ausstellung "Tübinger Kulturdenkmale" gezeigt und dazu einen Katalog - ein bebildertes Inventar der Tübinger Kulturdenkmale - herausgegeben.

An dem von Bund und den Ländern ausgeschriebenem Wettbewerb "Stadtgestalt und Denkmalschutz im Städtebau 1978" hat sich Tübingen beteiligt. Jeder Teilnehmer hatte für den Wettbewerb Ausstellungstafeln und einen Ordner mit einer Darstellung des Sanierungsvorhabens zu liefern. Die Leistungen der Stadt auf dem Gebiet der Sanierung wurden im Rahmen des Wettbewerbs durch eine Platzierung unter den Landessiegern für Baden-Württemberg und die Verleihung einer Silberplakette auf Bundesebene honoriert.

Der Aufgabenkatalog

Um den Umfang und die Vielfalt der Arbeiten, die beim Sonderamt anfallen, zu umreißen, sollen stichwortartig dessen Aufgaben beschrieben werden:

a) Erarbeitung von Bebauungsplänen, Durchführung der Anhörungsverfahren

b) Rahmenplanung, Stadtbildsatzung, Fortschreibung des Konzepts für die Sanierung einschl. Überprüfung der Auswirkungen (zum Beispiel Statistiken)

c) Prüfung von Baugesuchen, Werbegesuchen

chen unter Gesichtspunkten des Planungsrechts und der Stadtbildsatzung zusammen 800 Anträge.

d) Vorbereitung und Durchführung von Ordnungsmaßnahmen: Grunderwerb, Veräußerung von Grundstücken, Ausübung des Vorkaufsrechts, Entschädigungsregelungen bei Abbruch von Gebäuden und Umsetzungen, Durchführung von Abbruchmaßnahmen, Erschließungsmaßnahmen

e) Sozialplanung: Vorbereitung und Durchführung von Umzügen in Absprache mit den Sanierungsbetroffenen

f) Planung von Freiflächen: Fußgängerzonen, verkehrsberuhigte Wohnbereiche, Spielhöfe; teilweise auch Überwachung der Durchführung

g) Beratung von bau- und modernisierungswilligen Eigentümern über planungsrechtliche und gestalterische Möglichkeiten, Ausarbeitung von Modernisierungsvereinbarungen nach § 43 StBauFG

h) Stadtbildpflege: Beratung bei Ausseninstandsetzungen an Gebäuden und Vergabe von Zuschüssen aus Haushaltsmitteln für Stadtbildpflege

i) Vorbereitung und Protokollführung im Sanierungsausschuß

k) Beschaffung von Fördermitteln von Bund und Land durch Ausarbeitung der jährlich erforderlichen Anträge und Berichte.

Was bleibt zu tun ?

1971 hat der Gemeinderat drei Gebiete in der Altstadt nach dem Städtebauförderungsgesetz als Sanierungsgebiete förmlich festgelegt. Von 1971 bis 1975 lief die Sanierungspraxis langsam an, übte man sich gemeinsam ein in die ungewohnten, aber notwendigen Verfahren. Die Jahre 1976 bis 81 brachten die Phase der eigentlichen Durchführung. Auch außerhalb der festgelegten Gebiete und unabhängig von Fördermaßnahmen entwickelte sich private Initiative. Gefördert wurde dieser Trend durch wachsende Aufgeschlossenheit der Öffentlichkeit für Probleme der Altbauerhaltung und -erneuerung.

Daß mit den Maßnahmen der Sanierung das entscheidende Ziel, die Altstadt als

Wohnbereich nicht nur für Randgruppen wieder interessant zu machen, erreichbar ist, zeigt das wachsende Interesse an Häusern in der Altstadt auch dort, wo man bisher bevorzugt in Neubaugebieten wohnte.

Die Bevölkerung in der Altstadt hat von 1972 bis 77 noch einmal um etwa 17 Prozent abgenommen, in einer Zeit allerdings, in welcher der Pro-Kopf-Bedarf an Wohnfläche in gleichem Maße zunahm. Seit 1977 bleibt die Bevölkerungszahl praktisch konstant. Problematisch ist die Zunahme des Ausländeranteils von zwölf auf 17 Prozent und der Einpersonenhaushalte von 71 auf 80 Prozent (von 1972 bis 1979).

Die Ziele müssen sein:

Weiterführung der Verkehrsberuhigung
Verbesserung der Ausstattung des Stadtzentrums mit kulturellen und sozialen Einrichtungen, wobei die Verwendung bestehender Gebäude als Prinzip beizubehalten ist (zum Beispiel Stadtbücherei im Stadtwerkeareal, Bürgerhaus im Kornhaus, Hauptschule und Realschule in Schulgebäuden der Umlandstraße, Heimatmuseum in der Fruchtschranne, Kinderhaus in Räumen der jetzigen Hauptschule an der Hinteren Grabenstraße).

Bereitstellung von Wohnraum bevorzugt für Haushalte mit Kindern, damit diese zur Zeit in der Altstadt unterrepräsentierte Gruppe bessere Wohnchancen hat.

Problematisch werden die hohen Kosten dieser Maßnahmen bleiben. Bei dem ungewöhnlich schlechten Erhaltungszustand der historischen Gebäude in der Altstadt wird die Möglichkeit der kostensparenden Nutzer-Instandsetzung nur in wenigen Fällen aussichtsreich sein. Die Sanierung wird eine langsamere Gangart annehmen müssen. Die nächsten fünf Jahre der Stadterneuerung dürften zu einer Phase der Verstetigung werden.

In den Berichtsjahren standen dem Sonderamt für die Sanierung im Vermögenshaushalt und in einem besonders geführten "Sanierungshaushalt" für die drei förmlich festgelegten Sanierungsgebiete folgende Mittel zur Verfügung (Ausgaben in Tausendmark):

	75	76	77	78	79	80	81	total
Baumaßnahmen (Hochbauten)	-	730	590	1780	1705	2755	3113	10673
14-Städteprogramm Fußgängerbereiche Grünflächen u.ä.)	-	-	105	800	350	635	750	2640
Stadtbildpflege Zuschüsse zu Erhaltungsmaßnahmen	36	74	149	218	261	231	200	1169
Sanierungshaushalt	1324	1463	1732	2991	2597	3608	4056	17771
	1360	2267	2576	5789	4913	7229	8119	32253

Die Zahlen machen deutlich, wie die Sanierung nach 1975 in die Phase der baulichen Verwirklichung gelangt ist, und das Sonderamt zunehmend mit deren Abwicklung belastet wurde.





Beliebt bei alt und jung: der Holzmarkt, vollends wenn die Sonne scheint.

Service für den Bürger

Das Tiefbauamt

Mit öffentlicher Anerkennung sind Tiefbauer noch nie verwöhnt worden. Was wir tun, vornehmlich "im Untergrund", eignet sich kaum zur Augenweide; die Kollegen vom Hochbau sind in diesem Punkt besser dran. Daß man uns aber heute dafür fast nur noch schilt, was lange Zeit selbstverständlich war, daran haben wir uns erst gewöhnen müssen.

Von Gesetzes wegen darauf verpflichtet, für einen sicheren und möglichst flüssigen Verkehr zu sorgen, haben wir Jahr für Jahr Straßen trassiert und Brücken geschlagen, die regelmäßig als Zeichen des Fortschritts gefeiert wurden - denken wir nur an die Eröffnung der Schnellstraße Tübingen-Reutlingen anno 1970.

Seitdem, kann man sagen, ist das Pendel nach der anderen Seite ausgeschlagen: Weit nach links, bis zu jenem 8. Juli 1979, an dem eine Mehrheit von Tübingern den Bau der Nordtangente blockierte. Solcher Gesinnungswandel hat die Tiefbauer in die Rolle von Prügelknaben versetzt. Als sei die Verkehrspolitik der 60er und 70er Jahre, die ihnen ja wohl Richtschnur zu sein hatte, auf ihrer eigenen Miste gewachsen. Als hätten sie nicht nur getan, womit Parlamente und Gemeinderäte sie beauftragten.

Die vergangenen sieben Jahre sind für diese Gesinnungsumkehr exemplarisch auch in Tübingen. Der Schloßbergtunnel wurde zwar von ein paar Leuten bereits lauthals als "größte Fehlleistung" apostrophiert, als man ihn am 20. Juli 1979, zwölf Tage nach dem Bürgerentscheid gegen die Nordtangente der Öffentlichkeit übergab; gegen das Projekt an sich, das nach erheblichen "Kraftakten" von Verwaltung und Gemeinderat ab 1974 endlich realisiert werden konnte, gab es nennenswerten Widerstand lediglich bei den von der Tunneltrasse direkt Betroffenen. Daß die Stadt ohne den Tunnel als zweite Nord-Südverbindung mit dem Verkehr von heute nicht



Emil Hartmeyer, 60, leitet das Amt seit 1. Oktober 1961.

leben könnte, ist indessen unbestritten. Durch die beiden Röhren rollen derzeit jeden Tag 21 000 Fahrzeuge; am Zinsendreieck herrschen wieder erträgliche Zustände, die Mühlstraße hat runde 6 500 Autos weniger zu schlucken.

Die Stadt hatte sich am Schloßbergtunnel mit 6,5 Millionen DM zu beteiligen, bedingt durch eine Reihe von Anschlußbaumaßnahmen unter anderem: Schleifmühlweg, Schwärzlocher Straße, äußere Neckarhalde, die noch zu bauende Wilhelm-Keil-Straße, deren Planung und Abwicklung Sache des Tiefbauamts war. Dazu kam eine Reihe von Konzeptionsänderungen in der Entwurfsphase, zum Beispiel an der Achslage von Fahrbahnen zur Einsparung von Brückenkosten, eine breitere Ammerbrücke in der Rheinlandstraße, Rad- und Fußwege sowie Fußgängerunterführungen.

Voll zu nutzen sein wird der Doppeltunnel aber erst nach dem Ausbau der B 28 im Zuge Hegelstraße-Blau Brücke - Reutlinger Straße. Anstelle einer vom Tiefbauamt vorgelegten Knotenpunktslösung Blau Brücke wartete das Regierungspräsidium 1975 mit einer Sparlösung auf. Sie hatte eine vollkommene Umplanung unter Berücksichtigung des öffentlichen Nahver-

kehrs zur Folge. Fußend auf den Entwürfen des Tiefbauamts von 1977 wurde im Jahr darauf die Planfeststellung eingeleitet. Der Feststellungsbeschuß steht noch aus, ebenso eine Entscheidung über die Fahrbahnbreite. Während die Stadt 6,50 m für ausreichend hält, mit Rücksicht auf Anlieger, hält die Straßenbauverwaltung an 7,50 m fest.

Nicht alles, was ein Ingenieur zu Papier bringt, kann gebaut werden. Das wissen auch wir nicht erst seit dem Projekt Stuttgarter/Galgenbergstraße. Für diesen landesweit berüchtigten Engpaß im Zuge der B 27 hatte das Tiefbauamt schon vor Jahren den Bau einer Überführung geplant und Kosten berechnet. 1979 konnte dem Straßenbauamt Reutlingen ein baureifer Entwurf präsentiert werden. Er trug dem zuletzt stark in den Vordergrund gerückten aktiven Lärmschutz weitgehend Rechnung. Doch weil Bonn sparen muß, geriet das Projekt auf die Warteliste. Inzwischen aber hat der Gemeinderat sich entschlossen, die Geschichte ganz sein zu lassen. Wieder einmal Makulatur produziert!

Wenigstens ein Bein

Ähnlich könnte es den Kollegen Straßenbauern in Reutlingen mit ihren Plänen für die neue B 27 Kirchentellinsfurt-Tübingen gehen. Ihre erste, planfestgestellte Trasse ist gegen den Widerstand von Anliegergemeinden und Bürgerinitiativen bereits aufgegeben; die Blaulachtrasse, für die sich der Tübinger Gemeinderat mit Rücksicht vor allem auf Lustnau entschieden hatte, ist auch schon nicht mehr der "letzte Schrei". Jetzt wird einer Bündelung mit der Neckartalstraße das Wort geredet.

Ein Bein auf den Boden gebracht haben die Tiefbauer der Stadt, im Auftrag des Bauamts Reutlingen handelnd, dagegen in der Ortsdurchfahrt der B 28 in Unterjesingen, die 1975 fertig wurde. Fertig sehen lassen können sie die Kingersheimer Straße in Hirschau im Zuge der L 371, eine den Charakter der im Kreis Tübingen wohl einzigartigen dörflichen Hauptstraße verändernde, aber ungewöhnlich sorgfältige und ansprechende Lösung. Die Hirschauer jedenfalls haben sie gerne angenommen. Sie feierten ihre neue Straße am

21. September 1980 mit einem großen Fest.

Fertig geworden ist auch ein erster Teil der Kreisstraße 6900 zwischen Weilheim und der B 27 (mit Anschluß in der Gegend des Stockacher Abzweigs), nachdem die Sieben-Höfe-Straße anno 75 und 76 noch als Ortsdurchfahrt der K 6900 ausgebaut worden war. Bei der Planfeststellung der neuen Trasse unter Einbeziehung der Weinbergstraße entzündete sich 1976 im Gemeinderat und in der Bürgerschaft eine heftige Grundsatzdiskussion, wie der Verkehr in Derendingen und der Südstadt zu führen sei.

Eine Bernhaldentrasse in zwei Varianten als Teil einer Südwestumfahrung kam ins Gespräch und wurde auf Geheiß des Gemeinderats von der Verwaltung entwickelt, auch verlässlicher Kostenvoranschläge wegen. Ende 1976 gab der Gemeinderat der Weinbergtrasse dennoch den Vorzug. Sie wurde ein Jahr darauf fertig, jedoch erneut heftig bekämpft, als der Landkreis mit Rücksicht auf das Gewerbliche Berufsschulzentrum im Feuerhäglen den zweiten Bauabschnitt in Angriff nahm. Ganz knapp wurde für die Weinbergtrasse votiert.

Noch knapper ausgefallen ist die Entscheidung des Gemeinderats in Sachen Kleine Himmelwerktrasse, einem rein städtischen Projekt. Allerdings ging es vergangenen Spätherbst nicht etwa um den Bau dieser von Verkehrsplanern als optimal eingeschätzten Querspange Derendinger Straße - Hechinger Eck mit Untertunnelung der Steinlach, sondern lediglich um die Frage, ob die zur Entlastung von Derendinger-, Raichberg-, Heinen- und Hechinger Straße gedachte Trasse auch aus dem Flächennutzungsplan getilgt werden sollte, nachdem sie der Gemeinderat unter dem Eindruck von lauten Protesten der Bürgerinitiative "K(l)eine Himmelwerktrasse" aus dem Bebauungsplanverfahren für das ehemalige Himmelwerksgelände herausgenommen und an ihrer Stelle einen Grünzug ausgewiesen hatte. Ohne diesen direkten Zubringer vom Hechinger Eck zum Schloßbergtunnel steht mangels anderer Alternativen zu befürchten, daß der Verkehr von Süden her flächenhaft ausufernd wird, zum Leidwesen vieler De-

rendinger und Südstädter. Kein Wunder, daß Betroffene diese Querspange immer deutlicher fordern.

Keine Mehrheit

Eine der umfangreichsten Planungen überhaupt hatte das Tiefbauamt im Zusammenhang mit Stadtentwicklungs- und Flächennutzungsplan für das Projekt Nordtangente zu leisten, fußend auf dem rechtskräftigen Bebauungsplan "Ost-West-Tangente". Die Entwurfsarbeit gipfelte in zwei Hauptvorschlägen (mit und ohne Wegnahme von Teilen der HNO und des Physiologischen Instituts, Bündelung in der Rümelinstraße, Beibehaltung der nördlichen Häuserzeile in der Keltnerstraße). Sie wurden der Öffentlichkeit 1977 in einer Broschüre "Die Nordtangente" vorgelegt.

Nach einer Bürgerversammlung am 25. März des gleichen Jahres beauftragte der Gemeinderat einen unabhängigen Gutachter für den Abschnitt östlich des Schmiedertorknotens mit der Darstellung und Überprüfung aller bekannten Alternativvorschläge zur Nordtangente, einschließlich der von Bürgerinitiativen und Gemeinderatsfraktionen vorgelegten. Die Arbeit des Ingenieurbüros Dr. Bender & Stahl in Arbeitsgemeinschaft mit dem Büro Archiplan wurde von einer speziellen Projektgruppe begleitet und beeinflusst.

Das Ergebnis aller Bemühungen ist bekannt: Die 1978 vorgelegte Doppel-Tunnel-Lösung fand zwar im Gemeinderat eine große Mehrheit, nicht jedoch bei der Bürgerschaft.

Zu einem "Erfolgsereignis", wenn auch nicht auf Anhieb, reichte es dagegen noch am Fronsbürg, dem letzten Glied einer Folge von Straßenbauten von Land und Stadt zur Erschließung des Schnarrenbergs und der Morgenstelle für Klinikum und Naturwissenschaften. Hand in Hand damit auszubauen war die Herrenberger Straße. Gegen eine mehrspurige Fronsbürgauffahrt und den dadurch unvermeidlichen Abbruch des ehemaligen Gasthofes "König" machte erstmals in Tübingen eine Bürgerinitiative mobil. Heftig prallten die Meinungen über Sinn und Zweck mehrerer

Fahrbahnen und Abbiegespuren auch im Gemeinderat aufeinander.

Das Jahr 1976 brachte schließlich den Baubeginn, drei Jahre später war die Auffahrt nach unliebsamen Verzögerungen fertig. Die Stadt hatte dafür seinerzeit von den knapp 15 Millionen Mark Gesamtkosten 85 Prozent als Zuschuß bewilligt bekommen.

Vorausging dem Fronsbürg der Ausbau der Schnarrenbergstraße und des Nordrings bis zur Morgenstelle. Es geschah unter Verkehr und es war auf eine Vielzahl von Versorgungsleitungen für die Kliniken Rücksicht zu nehmen, nicht zu reden von der Bewältigung der tiefen Einschnitte in den wenig stabilen Hang unterhalb der Unfallklinik. So zogen sich die Arbeiten bis in den Mai 1981 hin.

Im Stadium der Planung mit einiger Aussicht auf Erfolg befindet sich derzeit die Fußgängerbrücke zwischen dem Behördenzentrum Mühlbachäcker und dem Schulzentrum Uhlandstraße. Für den Zuschußantrag über 85 Prozent liegt ein positiver Bescheid vor. Es soll eine Doppelpylonenbrücke werden.

Auch dankbare Aufgaben

Des Tiefbauers dankbarste Aufgabe war immer und ist noch die Erschließung von Bauland, angefangen vom Entwurf der Straße zusammen mit dem Stadtplanungsamt über Pläne für Kanal, Gas und Wasser bis hin zur Abwicklung der Maßnahme. Frontstellungen wie im Straßenbau sind hier (noch) nicht erkennbar, allerdings haben sich die Auffassungen, wie Erschließung konzeptionell anzupacken sei, inzwischen deutlich gewandelt. Der Ursrai-

Tiefbauers Freud und Leid: Straßen (Fronsbürgauffahrt), Kanäle (Nordsammler), Brunnen (am Kapitänsweg) und Bachläufe (Ammer bei der Aischbachschule).



ner Egert oder die Breite in Pfrondorf machen anschaulich, wie differenziert heute Verkehrswege netze nach Abmessung, Linienführung, Baustoffauswahl und Erscheinungsbild anzulegen sind, allerdings mit der Konsequenz hoher Erschließungskosten.

Seit 1975 sind vom Auchttert in Kilchberg bis zum Buckenloh in Tübingen neun Baugebiete neu erschlossen und von der Engelfriedshalde bis zur oberen Bismarckstraße mehr als 15 Wohnstraßen dem Bebauungsplan entsprechend hergestellt worden.

Anfangen mit der Neckargasse wurde ab 1975 eine Reihe von Altstadtstraßen saniert oder baulich umgestaltet, wobei die vielen erdverlegten Leitungen, Kellervorsprünge, Lichtschächte, Haus- und Ladeneingänge zu äußerst penibler Planung und Bauausführung nötigten.

Wichtig sind dem Tiefbauamt ordentliche Feldwege. Die begrenzten Mittel erlauben freilich meist nicht mehr, als schlimme Löcher zu stopfen. Mit Grüner-Plan-Mitteln wurden ein Feldweg zwischen Bühl und Kilchberg aus- und die Ammerbrücke beim Ammerhof neu gebaut.

Radwegen, an die in Zeiten des Autobooms nicht nur in Tübingen kaum jemand dachte, wird zunehmende Aufmerksamkeit geschenkt. Aufbauend auf STEP und Flächen-nutzungsplan sowie auf praktischen Vorschlägen einer privaten Radlergruppe, hat das Tiefbauamt von dem eigens damit betrauten Verkehrsingenieur Rudolf Liedtke ein Tübinger Radwegnetz entwerfen lassen, das im Gemeinderat und anderen Gremien vorgestellt und diskutiert wurde.

Für den inzwischen fertig ausgebauten Ammerbegleitweg vom Aischbach bis Unterjesingen und die Strecke Köstlinstraße-Schlachthof sowie eine Unterführung der B 27 beim Heinrichsweg in Lustnau wurden Detailpläne aufgestellt und Zuschüsse beantragt. Im Bau beziehungsweise fertig ist ein Radweg zwischen Kusterdinger Straße und Markungsgrenze Kirchentellinsfurt, ein weiterer zwischen Bläsberg und Waldhörnle. Innerhalb der Stadt, wo dem Radweg Nahverkehrsfunktion zukommt, sind Fortschritte nur schwer und



meist nicht ohne hohe Kosten zu erzielen, bei knapper Kasse um so schwerer.

Das kann auch für die Unterhaltung des städtischen Straßennetzes, rund 240 Kilometer, gesagt werden. Mit 800 000 bis 1,1 Millionen Mark pro Jahr lassen sich Brücken, die es besonders nötig hätten, nicht durchgreifend instandsetzen. Wesentlich mehr Mittel sollte das Amt bei zunehmender Fahrzeugdichte auch für die Verkehrslenkung durch Ampeln, Schilder und Fahrbahnmarkierung haben. Wenn man daran denkt, dem Stadtverkehr künftig an wichtigen Kreuzungen Vorfahrt einzuräumen, sollten die Lichtsignalanlagen flexibler gesteuert werden können. Eine Steueranlage dürfte um die 2-3 Millionen Mark kosten.

Eine neue Aufgabe ist dem Tiefbauamt mit dem Lärmschutz zugewachsen, obwohl das Verkehrslärmschutzgesetz die parlamentarischen Hürden noch nicht genommen hat.

Tübingen hat jedoch, dem Beispiel anderer Städte folgend, von sich aus ein Lärmschutzprogramm vorbereitet, eine Aufgabe, in die sich Bauingenieur Christoph Goldammer einarbeitete. Zuschußmittel des Bundes für Lärmschutzfenster an den Bundesstraßen 27 und 28 in Lustnau und Unterjesingen flossen bereits nach Tübingen.

Mit der Straßenbeleuchtung ist die Stadt in etwa auf dem laufenden. Sie zu unter-

halten kostet zwischen 200 000 und 250 000 Mark, sie zu erweitern ungefähr ebensoviel; der Strom macht rund 600 000 Mark im Jahr aus.

Auf schmalen Grat

Als ausgesprochenes Service-Unternehmen kommt das Tiefbauamt dem Bürger bei der Straßenreinigung, im Winterdienst und bei der Abfallbeseitigung entgegen. Die Stadt sauber zu halten, ist Sache von etwa 20 Straßenwarten. Sie könnten um einiges effizienter arbeiten, dürften sie die Kehrmaschine mit Rücksicht auf die Nachtruhe der Bürger nicht nur am Tag benutzen. Die Fußgängerzone wäre noch viel adretter, wenn in den Papierkörben dort nicht immer wieder ganze Zeitungs-bündel und Abfalltüten deponiert würden.

Im Winterdienst bewegen wir vom Tiefbauamt uns neuerdings auf einem recht schmalen Grat zwischen Umweltschutz und Verkehrssicherheit: Kein Salz mehr, sagen die einen mit Rücksicht auf Straßebäume und Hundepfoten; die andern wollen und können nach Neuschnee oder einem Eisregen aufs Auto nicht verzichten und auch keinen Knochenbruch riskieren. Gleichwohl ist die Verwendung von Salz erheblich eingeschränkt worden. Es durch Splitt ganz zu ersetzen, ist bei der Topographie und dem vorherrschenden Kleinklima- morgens Schneeglätte, mittags Tauwetter, abends Frost- nicht praktikabel. Es nützt auch nichts, sich auf die weißen Straßen von Hinterzarten oder Oberstaufen zu berufen: Bei uns liegt kaum einmal soviel Schnee über längere Zeit.

Auch wenn man davon absieht, daß Splitt eine eisglatte Straße nicht abstumpft, weil er schon beim Ausstreuen an den Straßenrand fliegt, für eine Tonne Salz braucht man drei bis vier Tonnen Splitt, was auch wesentlich teurer kommt. Auf Salz völlig zu verzichten, ist in unseren Breiten folglich nicht "drin."

Die Abfuhr von Müll, seit 1. April 1976 zwar Sache des Landkreises, ein Jahr später jedoch auf die Stadt zurück übertragen, ist (noch) kein Problem. Auf dem Müllplatz Schweinerain wurden seit 1962 etwa 1,5 Millionen Kubikmeter Haus- und

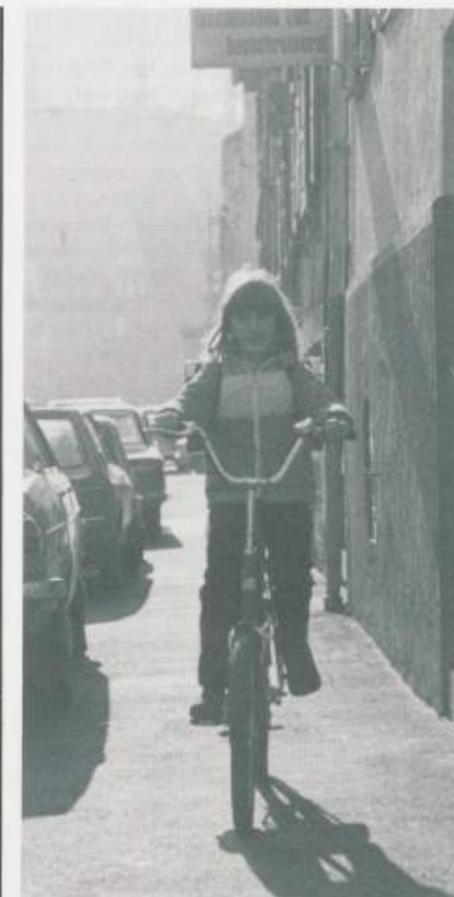


anderer Müll ordentlich deponiert: Die Kapazität der Deponie wäre nahezu erschöpft, hätte man sie 1979 und 80 für rund 0,65 Millionen Mark nicht um etwa 600 000 Kubikmeter Fassungsvermögen (oder einen Zeitraum von fünf bis sechs Jahren) erweitert und über Sickerwasserleitungen an das städtische Kanalnetz angeschlossen. Auf dem Schweinerain wird der gesamte Haus- und Sperrmüll aus den Stadtteilen sowie aus Kirchentellinsfurt und Kusterdingen deponiert.

Um den Müll zu reduzieren und so weit

möglich wiederzuverwerten, sind heute im Stadtgebiet 19 Container für Altglas und einer für Papier aufgestellt. Vereine und der Bund für Umweltschutz sammeln mehrmals im Jahr Altpapier ein. Ein Altstoffkalender für Tübingen enthält alle notwendigen Hinweise und Daten.

Tübingen muß in absehbarer Zeit an eine von den Landkreisen Tübingen und Reutlingen betriebene Müllbeseitigungsanlage anschließen können. Es wird dies wohl eine in ihren technischen Einrichtungen gegenüber dem angestrebten Bundesmodell



Könige sind Radfahrer bislang nur auf dem Ammerbegleitweg; in der Innenstadt teilen sie Gehweg und Straße einsteilen noch mit dem Auto.

reduzierte Recyclinganlage sein. Beim Tiefbauamt würde man allerdings ein Müllkraftwerk als wirtschaftlichere, weniger risikoreiche Lösung vorziehen.

Bis auf den Neckar (ein Gewässer I. Ordnung) ist das Tiefbauamt zuständig für alles fließende und stehende Wasser. Im Vordergrund steht der Schutz des Grundwassers und der Schutz vor Hochwasser. Seit 1975 traten Goldersbach, Neckar und Steinlach wiederholt über die Ufer, es kam zu schweren Schäden vor allem in Lustnau.

Mit großem Nachdruck verlangen seitdem gerade die betroffenen Lustnauer den Bau von bereits früher geplanten Rückhaltebecken. Das Tiefbauamt hat entsprechende Pläne ausarbeiten lassen, die besagen, daß Lustnau anders nicht wirkungsvoll zu schützen sei. Dessen ungeachtet hat die Stadt von 1976 bis 1980 das Goldersbachbett für 2,2 Millionen Mark so ausbauen lassen, daß es 55 Kubikmeter in der Sekunde weiterleiten kann. Sobald die zuständigen Ministerien die vorliegenden Pläne mit mehreren Varianten begutachtet haben, wird der Gemeinderat entscheiden müssen, ob und wo Rückhaltebecken zu bauen sind. Forstverwaltung und Naturschutz wehren sich gegen Standorte im Schönbuch.

Hilft St. Florian ?

Ein Rückhaltebecken ganz anderer Dimension schwebt dem Landwirtschaftsministerium in Stuttgart für das Bühler Tal vor. Die Öffentlichkeit sowie der Gemeinderat haben dagegen Front gemacht. Besieht man sich jedoch den derzeitigen Zustand des Neckars und seiner Zuflüsse, muß ein verantwortlicher Wasserwirtschaftler bei allem Verständnis für die Ökologie die Stuttgarter Pläne nicht nur für das Bühler Tal begrüßen: St. Florian hilft auch hier nicht weiter.

Ins "Wasserfach" des Tiefbauamts gehört auch der Ammerkanal, den in der Altstadt Schritt für Schritt zu sanieren sich die Stadt derzeit angelegen sein läßt - ein ebenso schwieriges wie kostspieliges Unterfangen. Am Herzen liegen dem Amt die Brunnen in Tübingen, derzeit 60 an der Zahl. Sie speisen sich aus den oft mehr als hundert Jahre alten Brunnenleitungen, wo solche noch vorhanden sind. Um deren Erhaltung kümmert sich Fritz Märkle mit persönlichem Engagement. Es schmerzt aber nicht nur ihn, daß die Brunnen immer wieder mutwillig beschädigt und als Abfallkübel mißbraucht werden.

Über dem Vorwurf, die Tiefbauer und ihre Straßen schaden einer humanen Umwelt, wird gerne vergessen, daß zur Lebensqualität in einer Stadt gerade sie Wesentliches beitragen: Sie holen nicht nur den Müll ab,

sie schaffen auch die Abwässer weg und sorgen dafür, daß sie der Umwelt nicht schaden. Allein für die Abwasserbeseitigung und Reinigung haben Tübingen und seine Bürger seit 1975 runde 70 Millionen Mark aufbringen müssen, Geld, das wir zu "verbuddeln" hatten.

Das begann mit großen Sammelkanälen, vorab dem Hauptsammler Nord vom Klärwerk Lustnau bis zur Aischbachschule für rund 18 Millionen Mark; ein anspruchsvolles, ungewöhnlich schwieriges Unterfangen, denkt man an die dreirohrige Dükerleitung unter dem Neckar oder an den hydraulischen Vortrieb der Zweimeter-Rohre im Altstadtzentrum. Damit die Ammertalgemeinden an das Tübinger Klärwerk anschließen können, wurde der Hauptsammler vom Tiefbauamt bis nach Unterjesingen weitergebaut, für weitere fünf Millionen Mark.

Ausgelegt auf 100 000 Einwohner und

PLANUNGS-SONG

Wir ändern morgen, wir ändern heute,
wir ändern wütend und erfreut.
Wir ändern, ohne zu verzagen,
an allen sieben Wochentagen.

Wir ändern teils aus purer Lust,
mit Vorsatz teils, teils unbewußt.
Wir ändern gut und auch bedingt,
weil ändern immer Arbeit bringt.

Wir ändern resigniert und still,
wie jeder es so haben will.
Die Alten ändern und die Jungen,
wir ändern selbst die Änderungen.

Wir ändern, was man ändern kann,
und stehen dabei unsern Mann.
Und ist der Plan auch gut gelungen,
bestimmt verträgt er Änderungen.

Wir ändern deshalb früh und spät
alles, was zu ändern geht.
Wir ändern heute und jederzeit,
zum Denken bleibt uns wenig Zeit.

Änderung vorbehalten!

die nocheinmal so vielen Einwohnern entsprechende Industrie entstand im Neckartal eine von den Ingenieuren des Tiefbauamts konzipierte Abwasser-Fabrik mit modernster Technologie. Umweltschutz und Recycling in einem wird mit der Herstellung von Methangas aus Klärschlamm praktiziert. Der daraus gewonnene Strom deckt 70 Prozent des Energiebedarfs der Anlage. Verzögert durch das Hochwasser vom Mai 1978 wurde das neue Klärwerk im Juni 1979 der Öffentlichkeit übergeben.

Hagelloch "hängt" bereits

Das Werk in Lustnau wird über kurz oder lang die Abwässer der Stadtteile aufnehmen. Hagelloch "hängt" bereits am Hauptsammler Nord; Pfrondorf wurde 1978/79 über eine Druckleitung aus 300 Millimeter-Kunststoffrohren angeschlossen, die frühere Pfrondorfer Anlage zur Abwasserstation mit Pufferbecken umfunktioniert.

Der Anschluß von Bebenhausen steht bevor. Die biologische Kompaktanlage von Bühl, Kilchberg und Weilheim ging 1975 in die Obhut der Stadt über, 1977 war der Stadtteil Hirschau an die Anlage in Weilheim angeschlossen.

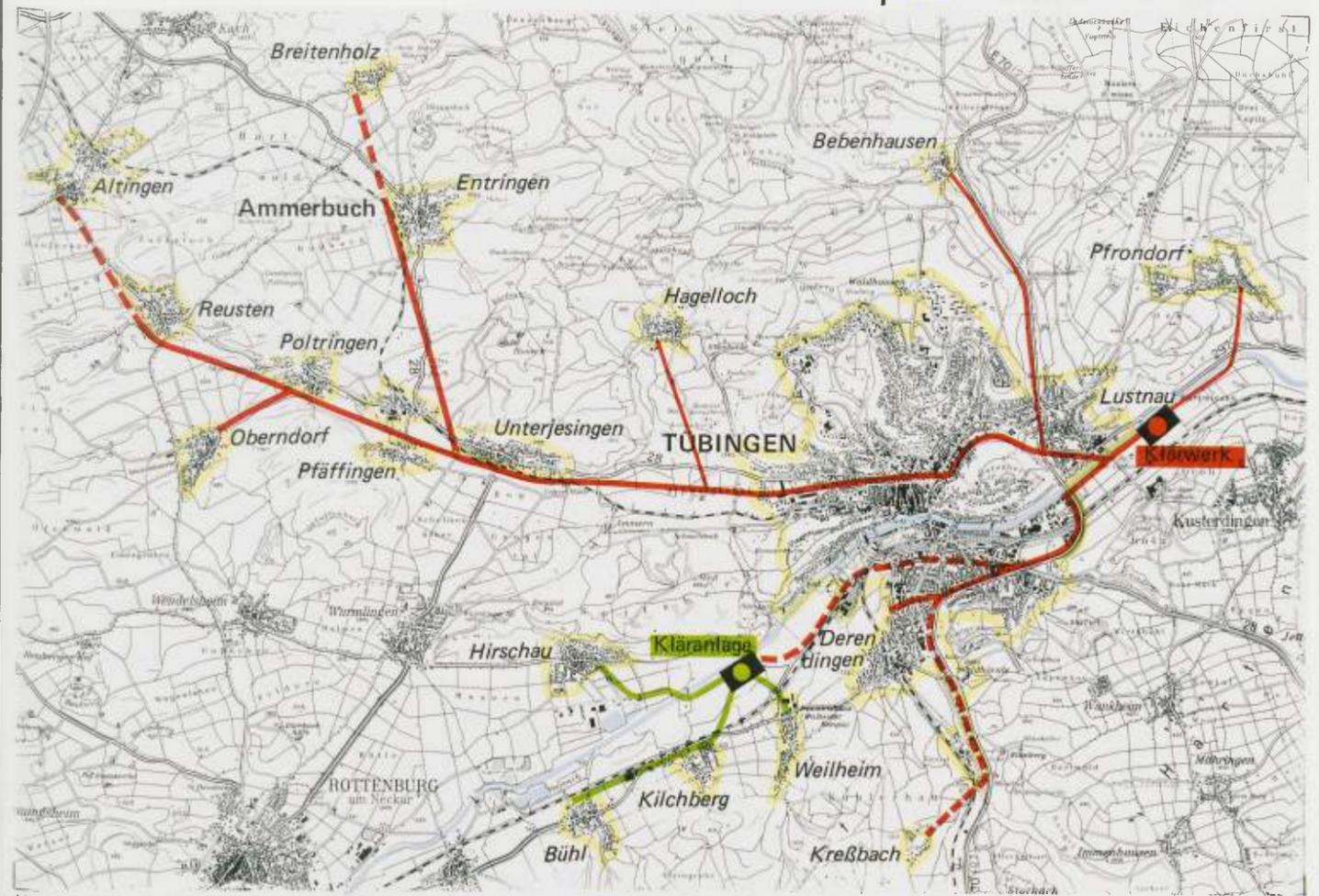
Selbst Kressbach mit seiner kümmerlichen Tropfkörperanlage ist nicht vergessen. 1980 wurde der erste Abschnitt eines Zuleitungssammlers mit Regenrückhaltebecken "Unter dem Holz" fertig. Der Weiterbau des Sammlers bis in den Steinlachwasen ist umso dringlicher, als das dortige Gewerbegebiet bisher nicht an das Klärwerk in Lustnau angeschlossen werden konnte.

1979 in Angriff genommen hat das Tiefbauamt den sogenannten Stammkanal "Freibad", um neben den Abwässern von Bahnbetriebswerk und Autohaus Schell auch die aus Freibad- und Sportgelände zu erfassen. Auf den Mühlbachäckern ist ein Abwasserhebewerk im Bau. An den Stammkanal "Freibad" sollen eines Tages aber auch die Stadtteile im Neckartal anschließen. Die Kompaktanlage Weilheim wird dann wie die von Pfrondorf zur Abwasserstation mit Pufferbecken. Damit

Wohin mit dem Abwasser ?

Abwasser- und Klärsystem Tübingen

-  Wohnbezirke
-  Zuleitungssammler
-  Zuleitungssammler im Bau/geplant
-  Zuleitungssammler Ob. Neckartal
-  Klärwerk Tübingen
-  Kläranlage Ob. Neckartal



Kartengrundlage: Verkleinerter Ausschnitt aus den Blättern L 7518 u. L 7520 der Top. Karte 1:50000. Vervielfältigt mit Genehmigung des Landesvermessungsamts Baden-Württemberg Nr. LV 5.12/48. Thematisch ergänzt nach Unterlagen des Städt. Tiefbauamts Tübingen.

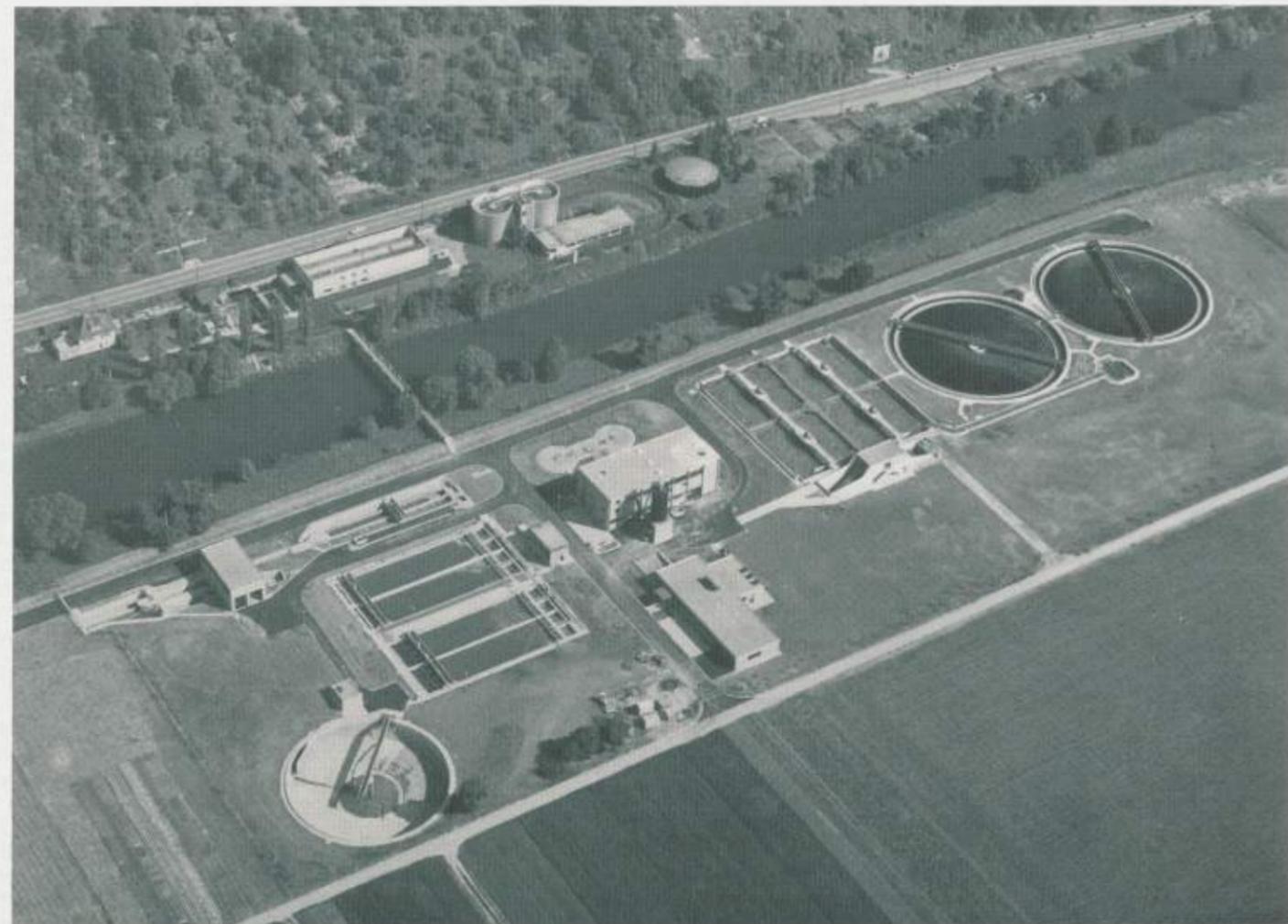
entwässert dann die gesamte Stadt in die Abwasserfabrik in Lustnau.

Abgesehen von der Unterhaltung eines Klärwerks, derzeit noch dreier Kläranlagen, von fünf Abwasserhebwerken und etwa 300 Kilometer Kanälen mit 45 Regenauslässen, was etwa vier Millionen Mark im Jahr kostet, haben die Tiefbauer in absehbarer Zukunft die hauptsächlichlichen Verschmutzer von Flüssen und Bächen, jene 45 Regenauslässe, durch unterirdische Regenrückhaltebecken zu ersetzen. Das bedeutet Investitionen von 15 bis 25 Millionen.

Und weil sich das Tiefbauamt im Dienst am Bürger schon als Mädchen für so vieles profiliert, ist ihm auch die Aufsicht über fünf öffentliche Klo's anvertraut: ein Kapitel für sich, möchte man mit Walter Kempowski sagen.

Bei dieser Menge von Aufgaben und Dienstleistungen wundert es nicht, daß das Tiefbauamt im Schwärzlocher Täle einen Bauhof mit Materialumschlag und Werkstätten betreibt, dazu einen zentralen Betriebshof am Schleifmühleweg sowie sieben Stützpunkte für Personal, Streumaterial sowie Bau- und Straßenreinigungsgeräte. Für den reibungslosen Arbeitsablauf vor Ort stehen Walter Böll und Paul Hipp gerade.

Aktiv im Umweltschutz: die Tiefbauer und ihr Klärwerk an der Neckartalstraße.



Prägt und pflegt die Stadt

Das Hochbauamt

Das Amt hatte und hat eine Reihe von recht bedeutenden Projekten zu realisieren. Der größere Teil davon wurde noch in der Zeit von Wilhelm Scheerer geplant. Er hatte sein Amt bei knappem Personal zu hoher Leistungsfähigkeit geführt. Ein Stamm bewährter Mitarbeiter, voran Georg Jansen als stellvertretender Amtsleiter, erleichterten dem Nachfolger den Einstieg.

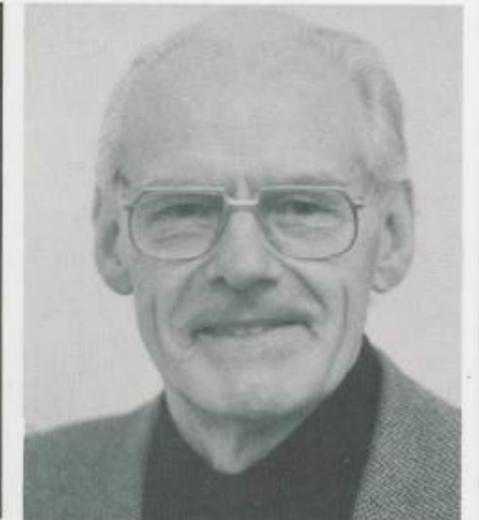
Für den eigentlichen Hochbau, bis hin zur Projektüberwachung, stehen 16 Mitarbeiter gerade; dem Gartenbau widmen sich deren zwei; das Gros der 68 köpfigen Mannschaft gehört zur Stadtgärtnerei. Planend und bauüberwachend sind darüber hinaus Architekten für das Amt tätig, 1981 beispielsweise waren es deren ein Dutzend.

Unter fünf Schulen, drei Turnbeziehungsweise Festhallen, zwei Kindergärten/horten, einem Altenpflegeheim, vier Feuerwehrmagazinen, zwei Friedhofskapellen und zwei Wohnhäusern, die neu oder umzubauen oder zu erweitern waren und sind, steht als aufwendigstes Objekt das 1978 vom Gemeinderat beschlossene Gymnasium Feuerhägle einschließlich der Sonderschule für Lernbehinderte an der Spitze.

Der Rede wert ist auch der 2. Bauabschnitt der Gesamtschule, die Erweiterung des Wildermuth-Gymnasiums und die Silcherschule, sowie die Grundschule Waldhäuser-Ost.

Noch liegt das Schwergewicht beim Neubau.

Umzubauen oder im Innern "umzufunktionieren" und zu sanieren waren und sind drei Schulen, zwei Turnhallen, sechs Kindergärten/horte, zwei Jugendhäuser;



Dr. Rolf Nill, 46, vorher Planungsgruppe, leitet das Amt seit 1. Mai 1979, sein Vorgänger war Wilhelm Scheerer, 67.

das Schwabenhaus für die Volkshochschule; die alte Waldorfschule für die Musikschule; zwei Verwaltungsgebäude und der Schlachthof. Ein Sonderproblem war die Aufstockung des Verkehrsvereins an der Neckarbrücke: Weil das Erdgeschoß nicht belastbar war, bekam der Aufbau eigene Stahlbeine.

Die Turnhallen in Hirschau und Pfrondorf, die Feuerwehrhäuser in Hagelloch, Kilchberg, Weilheim und Hirschau sowie die Friedhofskapellen von Weilheim und Bühl gehen auf die Eingliederungsverträge von 1971 zurück.

Werte sind zu erhalten

Gebäudeunterhaltung, -sanierung tun sich finanziell schwer. Seit 1979/1980 geht es damit sogar zurück. Die Neubauten der 60er- und 70er Jahre werden mit einer Verzögerung von zehn bis fünfzehn Jahren den Bauunterhaltungsaufwand sprunghaft anschwellen lassen. Vor zwei Jahren hat die Flachdachsanierungswelle eingesetzt, sie wird sich in den kommenden Haushalten niederschlagen.

Unter den knapp 700 städtischen Wohnungen sind viele sanierungsbedürftig.

Jährlich konnten etwa 15 - 18 Bäder und zehn bis 15 Zentralheizungen eingebaut werden; ebenso Doppelfenster und seit 1979 an einigen Häusern ein Vollwärmeschutz.

Der Sanierungsaufwand für den städtischen Wohnhausbesitz ist nach genaueren Untersuchungen auf etwa 16 Millionen Mark zu veranschlagen.

Die Sanierung von Schulen stockt mangels "Masse": Das Land hat die dafür eben erst eingeführten Zuschüsse wieder gestrichen. Wegen der schlechten Finanzlage müssen auch Neubauten zurückgestellt werden; das ist besonders schmerzlich wegen des Gärtnereihofs. Viele Projekte bleiben notgedrungen in der Schublade liegen oder landen nächstens dort.

Das Amt hat in den letzten Jahren sieben Wettbewerbe ausgeschrieben, so für das Schulzentrum Feuerhägle und die Silcherschule. Eine größere Zahl von Entwürfen stammt aus dem Amt. Vier Planungsaufträge gingen direkt an Architekturbüros.

Für mittlere und größere Objekte hat das Amt ein verbessertes Baukostenüberwachungssystem eingeführt. Eine interne



Baukostensammlung, die jährlich fortgeschrieben wird, erleichtert die Kostenschätzung bei neuen Projekten. Besonders schwer tut man sich damit bei Gebäudesanierungen, vollends, wenn die Häuser derweil weiter bewohnt sind. Bewohner und Bauleiter (des Bereichs Bauunterhaltung) sind da gleichermaßen leidgeprüft. In anderen Städten können solche Häuser vorübergehend freigemacht werden, es baut sich dann auch billiger.

Seit Mitte der Siebzigerjahre geht das Amt gezielt auf Energieeinsparung an der

Gebäudeaußenhaut wie in der Heiztechnik aus; es wird dieses Jahr einen 2. Bericht dazu vorlegen. Richtungsweisendes Beispiel: die Wärmepumpenanlage des Schulzentrums Feuerhägle, welche die Wärme der Steinlach nutzen wird.

Das öffentliche Grün

Das Zwei-Mann-Team der Abteilung Gartenbau hat in den letzten Jahren Grünanlagen, Spielplätze, Bepflanzungen und Sportplätze für nicht weniger als 7,66 Mil-

lionen Mark realisiert; darunter sind auch zeit- und arbeitsaufwendige Kleinstobjekte.

Was Grünanlagen und Kinderspielplätze angeht, fehlen derzeit Großobjekte, so sehr sie in dichter besiedelten Stadtbereichen wünschenswert wären. Bei der Beratung des STEP 1975 beschloß der Gemeinderat ein zusammenhängendes Netz von Grünzügen. Dank dem Wohnumfeldprogramm des Landes wird sich hier wenigstens für die Südstadt in den nächsten Jahren einiges verwirklichen lassen.

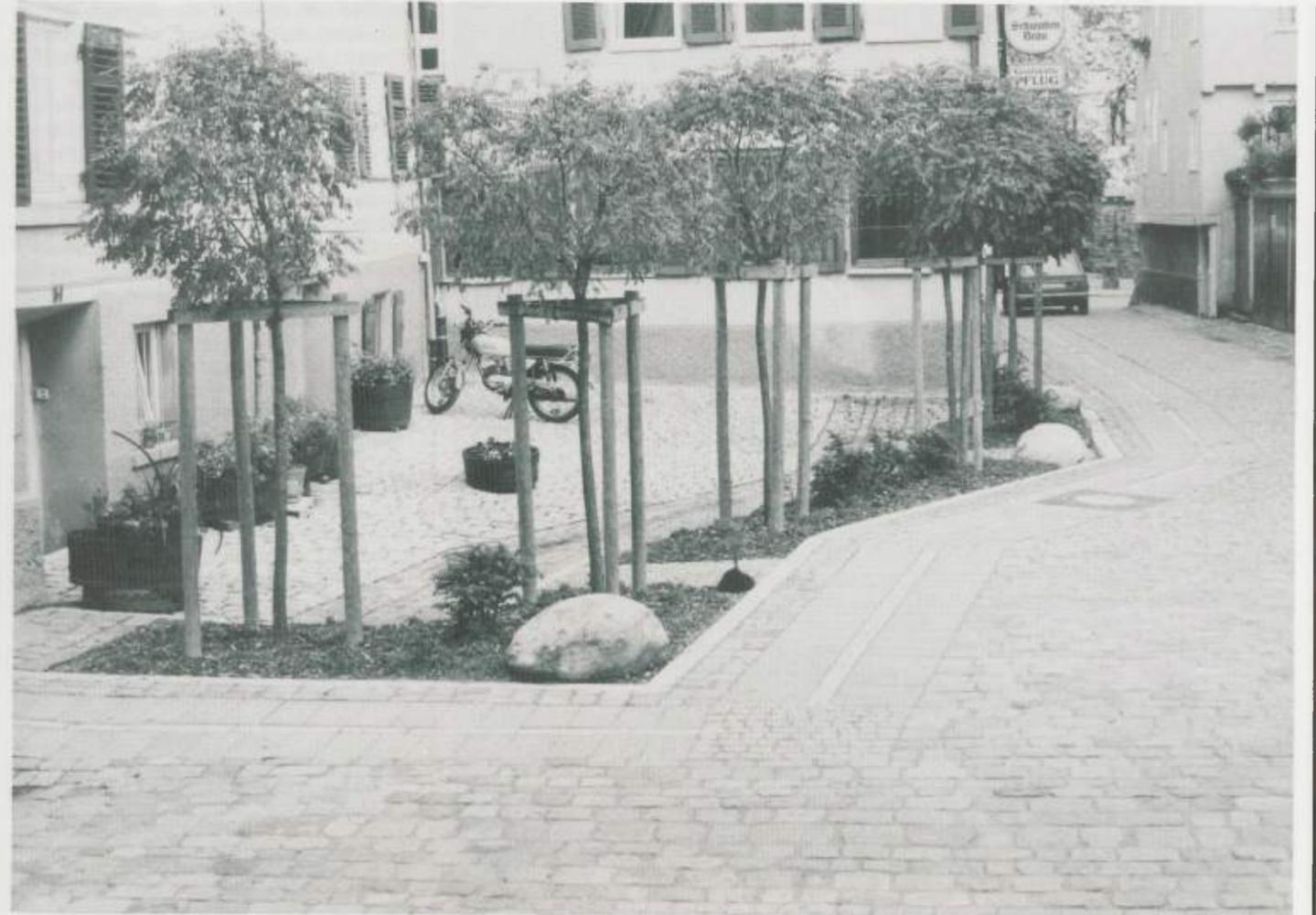
Außer der Anlage nördlich der Aischbachschule mußte man sich auf "Klein-Grün" und - Spielplätze beschränken. Beim Amt kennt man die wachsende öffentliche Kritik an Spielplatzghettos wie am überproportionalen Pflegeaufwand für Restgrünflächen. Vorzuziehen wären allemal große zusammenliegende Wohn- und Spielbereiche. Die Monotonie der Spielplatzausstattung kommt von übertriebenen Sicherheitsforderungen.

Unter öffentlichem Grün im Bereich von Hochbauten zu nennen sind das Parkhaus König, wo man ausgewachsene Bäume verpflanzte, und der neue Rathausplatz in Bühl mit Bäumen, Brunnen, und Backhaus, das Prestigeobjekt des Stadtteils.

Stichwort "Straßenbegleitgrün". Nur selten finden sich günstige Pflanzbedingungen für Großbäume: sie brauchen Pflanzstreifen von mindestens drei Meter im Lichten. Wo findet man sie noch, vor lauter Leitungen, Sichtdreiecken etcetera. Laufend werden Bäume beschädigt, auch durch Salz und Abgase. Positiv genannt werden kann dennoch: die Ortsdurchfahrt Hirschau mit Kirchplatz, die Schnarrenbergstraße, die Schloßbergtunnelstraße, die Frondsbergstraße, die Herrenberger Straße.

Werden das Stadtbild prägen

Stadtbildprägend für das nächste Jahrhundert dürften 2 500 künftige Großbäume sein, welche die Gartenbauabteilung seit 1975 gesetzt hat. Leider zum geringsten Teil in der Innenstadt. Sie hat vielmehr



Öffentliches Grün will kultiviert, gepflegt und gelegentlich kuriert sein.



im selben Zeitraum 14 Prozent des Altbaumbestandes, hauptsächlich durch Umweltschäden, verloren.

Größtes Objekt der Gartenbauabteilung: die Sportanlage Holderfeld. Es fehlt noch das Großsportfeld mit Laufbahnen.

Die Stadtgärtnerei pflegt heute Flächen von zusammen 140 Hektar, 14 mehr als 1974. Ab 1982 wachsen ihr weitere fünf-einhalb Hektar Begleitgrün an neuen Straßen zu. Wollte man dessen Pflege voll an Firmen vergeben, kostete das rund 200 000 Mark im Jahr.

Zur Routine rechnet die Stadtgärtnerei: 1200 Parkbänke winters zu reparieren, neu zu streichen, aufzubewahren und im

Frühjahr wieder aufzustellen; 50 - 60 Schadensfälle an der Bepflanzung wegen Grabarbeiten für Leitungen und durch Baustellen auf bewachsenen Flächen, allein dafür sind das Jahr über zwei Arbeitskräfte nötig; ein Handwerker wartet die Geräte von Spielplätzen.

Im Anzuchtbetrieb an der Rappenberghalde werden derzeit jährlich bis zu 80 000 Beet-, 6 500 Balkon- und 7 000 Topfpflanzen sowie 10 000 Schnittblumen kultiviert.

Was kann die Stadt tun?

Eigentlich brauchte die Stadtgärtnerei 56 Mann. Sie hat nur 47. Sie käme nicht über die Runden ohne arbeitssparende Mit-

tel. Sie hat aber in den letzten Jahren trotzdem da und dort manche Distel sprießen lassen müssen.

Was kann die Stadt tun, wenn die Arbeit wie absehbar weiter zunimmt? Das Personal aufstocken? Arbeiten an Firmen vergeben? Unwirtschaftlich zu pflegende Kleinstflächen verkaufen? Mittelinseln von Straßen pflastern? In der Pflege größerer Flächen weiter drastisch nachlassen? Der neue Gärtnerhof könnte die Rationalisierung (personell und materiell) erheblich fördern.

Ein düsteres Kapitel: die Baumpflege (siehe den "Baumerhaltungsplan" von 1980). Bäume wurden bis 1978 nur nach Gesichtspunkten der Verkehrssicherungspflicht behandelt: man sägte dürre Äste ab und fällte stark geschädigte Bäume.

Mit der Sanierung der Platanenallee 1979 und 1980 setzte eine neue Ära gezielter Baumerhaltung ein. Es geschah durch Firmen, weil Tübingen noch keine eigene Baumpflegekolonie hat wie andere Städte. Bei regelmäßiger Pflege ließe sich der bisherige hohe Aufwand im Lauf der Jahre reduzieren.

Ziele in der Zukunft

Die Planungsgruppe

Bei Drucklegung des Verwaltungsberichts 1971-74 lag ein erster Entwurf des Stadtentwicklungsplans (STEP) vor.

Er kam aus der "Ideen-Schmiede" der 1971 unter Hans Gmelin gebildeten Planungsgruppe.

Nocheinmal überarbeitet, wurde er als "Grüne Broschüre" im November 1974 dem Gemeinderat vorgelegt und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Zum Plan gesellten sich grundlegende Gutachten über den Personennahverkehr, Einkaufszentren, Landschaftsplanung und fließenden Individualverkehr.

Nach elf Monaten der Beteiligung aller betroffenen Stellen und Institutionen, der

Diskussion in der Öffentlichkeit, auf Veranstaltungen der Stadtverwaltung und der Volkshochschule und nach einer Ausstellung beschloß der Gemeinderat den Plan und im Oktober 1975 "als Leitlinie für die künftige Stadtentwicklung". Mitbeschlossen wurden die Vorentwürfe zum Flächennutzungsplan, zum Schulentwicklungsplan, zum Sportstättenstandortplan, zum Fuß- und Radwegeplan sowie zu den Netzplänen des öffentlichen Nahverkehrs und des Straßenausbaus.

Der Gemeinderat beauftragte die Verwaltung, die "mittelfristige Investitions- und Finanzplanung mit dem Entwicklungskonzept abzustimmen". Das Planungsamt konnte mit seinem Flächennutzungsplanentwurf darauf bruchlos aufbauen.

Damit war die Hauptarbeit getan, die Planungsgruppe, zeitweise auf sieben Mitarbeiter angewachsen, schrumpfte wieder auf drei Köpfe. Die zuständigen Fachämter wurden angehalten, die angefangenen Teilplanungen fortzuführen. Federführend blieb die Planungsgruppe in den Bereichen Planungsstatistik und Prognose, der Investitions-, Schulentwicklungs- und Sozialplanung sowie der städtebaulichen Rahmenplanung. Sie war ferner offizielle Kontaktstelle für die Flächennutzungsplanung bei dem auf 1. Januar 1976 gegründeten Nachbarschaftsverband Reutlingen - Tübingen und begleitete diese Arbeit bis zur Beschlußfassung 1979.

Zusammen mit der Stadtpflege legt das Büro Nill im Dezember 1976 dem Gemeinderat den Entwurf zum ersten Investitionsplan unter dem Titel "Längerfristiger Investitionsansatz 1977" mit zwei verschiedenen Entwicklungsmodellen vor. (Modell I Schwergewicht: Altstadtsanierung, Substanzerhaltung städtischer Gebäude, Maßnahmen für Fußgänger und Radfahrer, Modell II Schwergewicht: Straßenbau, Erschließung neuer Gewerbegebiete öffentliche Einrichtungen zur Attraktivitätsverbesserung der Stadt usw.).

Die kommunalpolitische Diskussion dieser Materie erwies sich als so schwierig, daß der Investitionsplan noch zweimal neu gefaßt werden mußte, ehe er im Herbst 1978 zusammen mit dem Haus-

haltsplan beschlossen werden konnte. Seither ist das "Mehrjährige Investitionsprogramm" fester Bestandteil der Haushaltsplanung.

Mit entscheidender Hilfe des Stadtmesungsamts ließen sich ab 1975 alle gespeicherten Bevölkerungsdaten mittels Schnelldrucker auf dem Stadtplan darstellen, so daß die quantitativ arbeitenden Stellen der Verwaltung eine gute Grundlage hatten.

Für eine bessere Schul- und Sozialplanung erarbeitete die Planungsgruppe 1975 und 1976 mit dem Hauptamt eine neue Bevölkerungsprognose nach Jahrgangsstärken. Sie stimmt für die Altersgruppen der Schulkinder recht gut (Abweichung im Mittel 4,2 Prozent), ist aber vor allem wegen der 1980 um 18 Prozent gestiegenen Geburtenraten fortschreibungsbedürftig.

Die Untersuchung ergab übrigens nebenbei, daß Tübinger Frauen in gereifterem Alter Kinder zur Welt bringen: vier Jahre später als im übrigen Baden-Württemberg.

Gemeinsam mit dem Schul- und Sportamt ausgearbeitet, lag Mitte 1977 vom Schulraumbedarfsplan der Teil Grundschulen und im Dezember 1977 der Teil Sekundarbereich vor. Beide formen sich aus dem Stadtentwicklungsplan. Nach den Beschlüssen des Gemeinderats im Februar 1978 zum Schulraumbedarfsplan werden gegenwärtig die neuen Schulen gebaut.

Die Sozialplanung gedieh seinerzeit über eine Vorstudie 1976 zum Teilbereich Alte Menschen - ausgearbeitet im Rahmen eines Studienprojektes an der Universität - nicht hinaus. Eine Befragung von Studenten im Sommersemester 1975 durch die Planungsgruppe und Dienststellen der Universität ist nur teilweise ausgewertet und nicht mehr publiziert worden.

Schließlich produzierte die Planungsgruppe mit dem Planungsamt den ersten Rahmenplan für einen Stadtteil (Lustnau). Er setzt die Versuche von 1973 fort. Die Reihe ist inzwischen für andere Stadtteile in verbesserter Form vom Stadtplanungsamt teils über Aufträge an Architekten fortgesetzt worden.

Die Planungsgruppe wurde im April 1979

aufgelöst, die nicht beendeten Planungen nach Zuständigkeiten an die Fachämter zur Weiterbearbeitung geleitet.

An eine Fortschreibung des komplexen Gesamtwerks ist nicht gedacht. Die Fachämter haben inzwischen ihre Planungs-kapazität ausgebaut; sie sorgen dafür, daß die Pläne auf der Höhe der Zeit bleiben.

Berichte, Pläne, Gutachten

Tübingen, Bestandsbericht und Vorschläge zum Aufbau einer Entwicklungsplanung 1972

STEP Tübingen, Kurzfristplanungen 1973

STEP Tübingen, Strukturdaten, Ausgabe 1973

STEP Tübingen, Entwicklungskonzept 1974, 1. Fassung (ausführliche Darstellung in Loseblattform)

STEP Tübingen, Entwicklungskonzept 1974, Kurzfassung (Vom Gemeinderat beschlossen 1975)

Bevölkerungsvorausschätzung 1975 -1990

Längerfristiger Investitionsansatz 1977; Mittelfristige Investitions- und Finanzplanung

Schulraumbedarfsplan, Teil I - Planaussagen, Teil II - Materialanhang, Fassung vom Dezember 1977

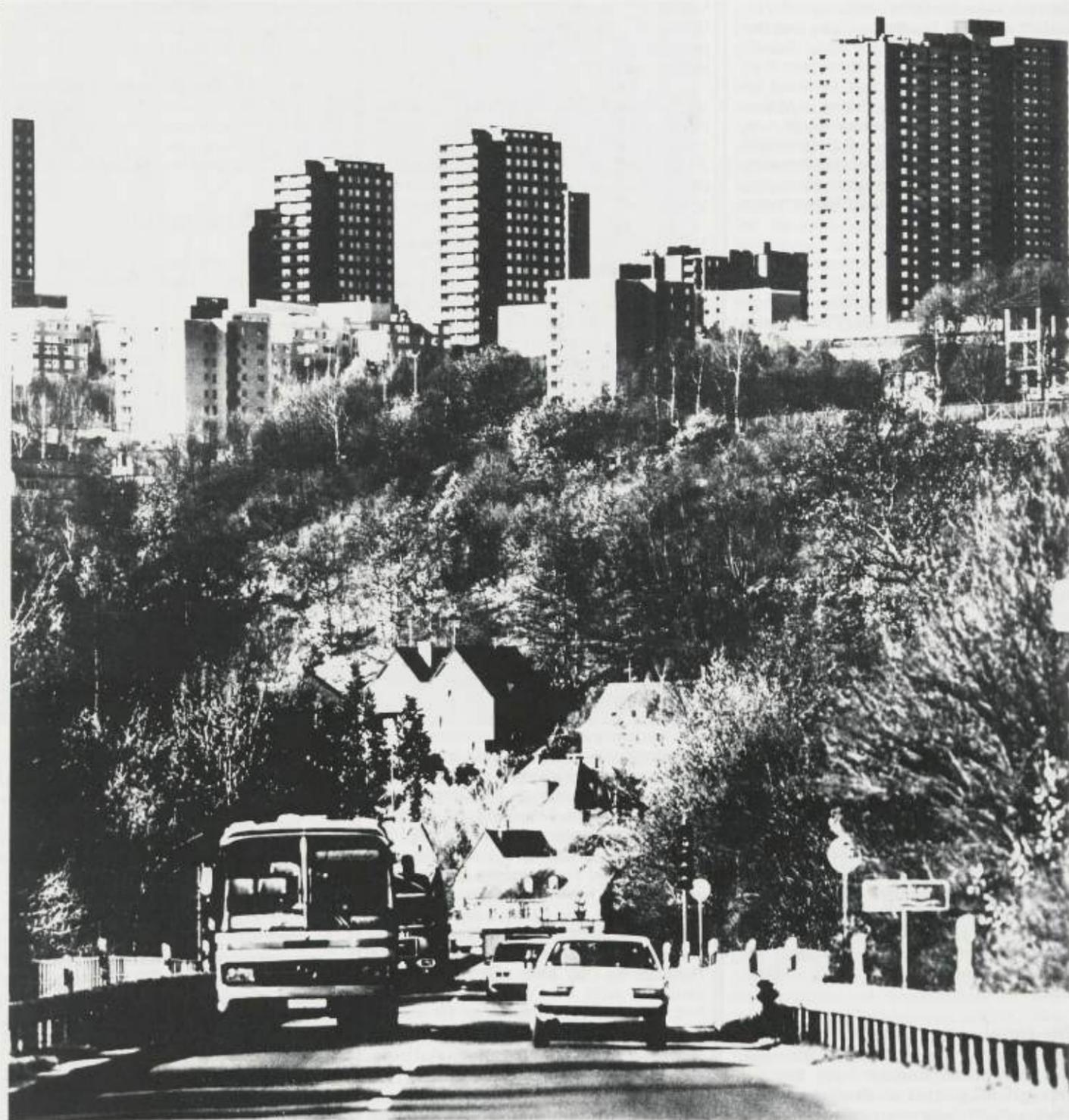
Rahmenplan Tübingen - Lustnau 1979

Öffentlicher Personennahverkehr, Institut für Verkehrswirtschaft, Prof. Grabe, TU Hannover 1974

Zur Frage neuer Einkaufszentren in Tübingen, Institut für angewandte Wirtschaftsforschung Tübingen 1974

Gutachten Landschaftsplanung, Arbeitsgemeinschaft freie Landschaftsarchitekten Becsei, Harms, Hoff, Tübingen 1975

Generalverkehrsplan Tübingen, Fließender Individualverkehr, Dipl.-Ing. Hinterleitner, Stuttgart, Teil I - Verkehrsanalyse 1976, Teil II - Verkehrsprognose 1977.



Die Universität stoppen

Das Stadtplanungsamt

Im Jahr 1975 konzentrierte sich die Arbeit des Stadtplanungsamtes auf die Belange der vorbereitenden Bauleitplanung, das heißt auf die Fertigstellung eines Flächennutzungsplan-Entwurfes für die Gesamtstadt.

Es ging darum, noch vor der im Rahmen der Verwaltungsreform angekündigten Bildung des Nachbarschaftsverbandes Reutlingen-Tübingen, am 1. Januar 1976, einen "eigenständigen" FNP-Entwurf in Ergänzung zum Stadtentwicklungsplan (STEP) vom Gemeinderat als langfristige Zielvorgabe der baulichen Entwicklung beschließen zu lassen.

Trotz erheblicher Verzögerungen der Planbehandlung in den einzelnen Gremien und einer zunehmend kritischen Einstellung gegenüber derart umfangreichen und zeitlich weitgreifenden Planwerken, gelang es, noch im Dezember 1975 einen Entwurfsbeschluß des Flächennutzungsplanes unter Dach zu bringen.

Damit wurde das bereits 1973 - bei der Ankündigung des Nachbarschaftsverbandes - gesteckte Ziel erreicht: die Entwicklungsvorstellungen der Stadt samt den eingegliederten Stadtteilen in zwei sich ergänzenden Planwerken - STEP und FNP - zu formulieren, um sie in den Nachbarschaftsverband als Planungsvorgabe zur Aufstellung eines "gemeinsamen Flächennutzungsplanes" mit einzubringen. Dies geschah im August 1976.

Schritt für Schritt

Der gemeinsame Flächennutzungsplan kam danach wie folgt zustande:

Übertragung der Planvorgaben aller Verbandspartner auf eine gemeinsame Planunterlage. Dies erfolgt in Arbeitsteilung:



Gerhard Fromm, 53, leitet das Amt seit 1. Oktober 1969.

der westliche Planbereich mit der Stadt Tübingen und den Gemeinden Dettenhausen und Kusterdingen durch das Stadtplanungsamt Tübingen; der östliche durch den Planungsstab der Stadt Reutlingen.

Nach Fertigstellung eines FNP-Vorentwurfes samt Erläuterungsbericht folgt am 9. Dezember 1976 der Aufstellungsbeschluß der Verbandsversammlung, anschließend werden die Träger öffentlicher Belange angehört.

Unter Berücksichtigung der eingegangenen Stellungnahmen wird der FNP-Entwurf ausgearbeitet, am 31. Mai 1978 von der Verbandsversammlung gebilligt und seine öffentliche Auslegung beschlossen.

Öffentliche Auslegung des FNP-Entwurfes: Der westliche Planteil im Technischen Rathaus in Tübingen vom 5. September bis 20. Oktober 1978 mit drei öffentlichen Informationsveranstaltungen.

Fachtechnische Überprüfung der eingegangenen Bedenken und Anregungen zum Planentwurf. Zusammenfassung aller Stellungnahmen der Verbandspartner in der Geschäftsstelle des Nachbarschaftsverbandes.

Nach Behandlung der Bedenken und An-

regungen und teilweiser Berücksichtigung durch Plankorrekturen wird der Flächennutzungsplan am 12. Juli 1979 von der Verbandsversammlung beschlossen.

Mitteilung der Beschlußergebnisse an alle Beteiligte und Vorlage des Planes samt Erläuterungsbericht beim Regierungspräsidium Tübingen zur Genehmigung.

Genehmigung des Flächennutzungsplanes durch Erlaß des Regierungspräsidiums vom 21. Dezember 1979.

Öffentliche Bekanntmachung der Genehmigung und Inkrafttreten des Planes am 23. Januar 1980.

Bewußt zurückgehalten

Mit der Aufstellung dieses gemeinsamen Flächennutzungsplanes für die Verbandsgemeinden

Dettenhausen	Pfullingen
Eningen u.A.	Reutlingen
Kirchentellinsfurt	Tübingen
Kusterdingen	Wannweil

konnte innerhalb von vier Jahren ein wesentliches Ziel des Nachbarschaftsverbandes erreicht werden: Die beabsichtigte bauliche Entwicklung dieser Gemeinden in groben Zügen festzulegen und mit den Belangen der übergeordneten Fachbehörden abzustimmen.

Dieses Gemeinschaftswerk in relativ kurzer Zeit zu erstellen war nur möglich in partnerschaftlicher Zusammenarbeit und gegenseitiger Rücksichtnahme aller Verbandsmitglieder. Daß dabei manches Problem zwar erkannt und auch diskutiert, aber schließlich mit "weitherzigem Mut zur planerischen Lücke" ausgeklammert wurde, ist zugegeben.

Eine solche Lücke des FNP stellt der noch ausstehende "Landschaftsplan" dar. Er ist noch in Arbeit und konnte deshalb bei der Abwägung der gegenseitigen Belange nicht in wünschenswertem Umfang einbezogen werden.

Für die Stadt Tübingen mit den eingegliederten Stadtteilen läßt sich jedoch ins Feld führen, daß sie sich - nicht zuletzt aus ökologischen, die Landschaft schonenden Gründen - eine bewußt zurückhaltende bauliche Entwicklung zum Ziele ge-

3

Dettenhausen
Eningen
Kirchentellinsfurt
Kusterdingen
Pfullingen
Reutlingen
Tübingen
Wannweil

Mit Erlaß des
Regierungspräsidiums vom 21. 12. 1979
genehmigte Fassung. Zur genehmigten und am
23. 1. 1980 durch öffentliche Bekanntmachung
in Kraft gesetzten Fassung gehören neben dieser
Broschüre vom August 1979 noch das eingelegte Er-
gänzungsheft, der Neudruck der Planverkleinerung
1 : 25.000 mit den Änderungen während des Geneh-
migungsverfahrens sowie die Karte "Archäolo-
gische Kulturdenkmale", (diese Karte
noch ohne Vermerk der Änderungen
während des Genehmigungs-
verfahrens.)

Nachbarschaftsverband Reutlingen-Tübingen

Flächennutzungsplan

1979

setzt hat und damit den Belangen des Landschaftsplanes weitgehend Rechnung trägt.

Das Steuerungsinstrument

Auf die Frage nach den Auswirkungen des genehmigten, die Gemeinden und beteiligten übergeordneten Fachbehörden verbindenden Flächennutzungsplanes ist folgendes festzustellen:

Mit diesem Plan haben die acht Gemeinden des Nachbarschaftsverbandes die Grundzüge der beabsichtigten baulichen Entwicklung mit der daraus resultierenden Art der Bodennutzung bis zum Zieljahr 1990 nach außen markiert und sich dafür der Zustimmung aller beteiligten überörtlichen Fachbehörden versichert.

Die Gemeinden haben damit ein Steuerungsinstrument in der Hand, das nach dem Bundesbaugesetz als Ausgangspunkt

und Grundlage aller Bauleitplanung zu betrachten ist.

Wenn dennoch die Gemeinden landauf-landab auf dieses offizielle Planungsinstrument lange Zeit verzichtet und nur nach FNP-Konzepten oder FNP-Entwürfen ihre Bebauungspläne entwickelt haben, so liegt dies daran, daß ein solch langfristiger, durch Genehmigung festgeschriebener Plan auch eine Kehrseite hat: Die tiefgründige Abwehrhaltung gegen alle vorausgreifenden Entscheidungen und Festlegungen, sobald sie von "außen" abverlangt werden und einen Verlust an "Elastizität" bedingen.

Hinzu kommt die allgemeine Erfahrung, daß bei der Dynamik städtebaulicher Entwicklungen bei den langfristig gesteckten Zielen Kurskorrekturen unvermeidlich sind. Folglich: Keine Festschreibung ohne Fortschreibung!

Dies bestätigt sich auch jetzt wieder: Bereits Mitte 1980 - wenige Monate nach der Genehmigung des FNP - wurden von fast allen Verbandspartnern einschließlich Tübingens erste Änderungen und Ergänzungen zur Fortschreibung des Planes angekündigt und vorbereitet.

Die Rahmenplanung

Als ein weiteres Instrument der vorbereitenden Bauleitplanung wurde für den Planungsbereich Tübingen die Aufstellung von "Rahmenplänen" in Angriff genommen; vorweg für die eingegliederten Stadtteile, deren dörflich strukturierte Ortskerne durch fehlorientierte Modernisierungsmaßnahmen besonders gefährdet sind, ihre ortsspezifischen Merkmale und damit ihr "Gesicht" zu verlieren.

Mit Rahmenplänen, die die gesamte Ortslage mit Außenbereich erfassen und unter Berücksichtigung der historischen Entwicklung und Merkmale ihre Planungsziele ableiten, soll zugleich eine kritische Auseinandersetzung der Bewohner mit ihrer gebauten Umgebung angeregt und das Bewußtsein für die Gefährdung ihrer ortsbildprägenden baulichen Individualität geschärft werden.

Vom Stadtplanungsamt ausgearbeitet

beziehungsweise vorbereitet wurden die Rahmenpläne Hagelloch und Unterjesingen; an freischaffende Planungsbüros vergeben und bereits abgeschlossen die Rahmenpläne Bühl, Hirschau und Pfrondorf.

Die Reaktion auf diese Rahmenpläne war bisher in der Bürgerschaft unterschiedlich: Einerseits wurden die Pläne als weitere "Fessel" des Handlungsspielraumes empfunden, andererseits durch die großmaßstäbliche und damit informative Darstellung des Gesamtortes samt seiner ortstypischen Merkmale ein Engagement für diese Planung geweckt, das über die Einzelinteressen oft weit hinausgeht und die Entwicklung des Ortes als "ein Stück Heimat" zum persönlichen Anliegen macht.

Ebenfalls noch im Rahmen der vorbereitenden Bauleitplanung ist das zusammen mit dem Tiefbauamt ausgearbeitete Projekt "Ammerbegleitweg" zu nennen. Gegenstand dieses Projekts ist der stufenweise Ausbau von Radwegen, wobei von einer die Ammer begleitenden West-Ost-Achse, von Unterjesingen bis Lustnau, eine Reihe von Anschlußwegen nach Norden und Süden zu den einzelnen Stadtteilen führen sollen. Die zum Projekt ausgearbeitete Broschüre "Tübinger Radwegplan" fand allgemein großen Anklang.

Das Hauptgeschäft

Im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung wurden in den sieben Jahren (1975 - 81) für die weitere bauliche Entwicklung der Stadt maßgebliche Bebauungspläne ausgearbeitet und über alle Phasen des Verfahrens zur Rechtsverbindlichkeit gebracht.

Mit den darauf folgenden Umlegungsverfahren wurde die Erschließung der einzelnen Baugebiete vorbereitet, eingeleitet und zum Teil bereits durchgeführt.

Die Pläne betrafen ebenso große Einzelbauprojekte wie Einrichtungen des Gemeinbedarfes oder den Ausbau von Straßen.

Daneben kam es zu einer Reihe von Planänderungsverfahren, es wurden weitere Bebauungspläne ausgearbeitet beziehungsweise ins Aufstellungsverfahren gebracht, so unter anderem für die Wohngebiete



VORHER



NACHHER

Mit dem Wohnumfeldprogramm des Landes sollen ältere Wohnquartiere, vor allem aus der Zeit der Jahrhundertwende, wieder zu attraktiven Wohngebieten umgestaltet werden. Der erste Versuch ist in der Südstadt angelaufen.

Weiber und Breite in Pfrondorf, Auchttert-Bangert in Hagelloch, Elfmorgen in Bühl

sowie für die Industrie-/Gewerbegebiete Bonlanden-West in Bühl, Rittweg in Hirschau und Hofstrütle in Pfrondorf.

Schließlich wurde in den Jahren 79/80 für die Bebauung von "Waldhäuser-Ost/Neue Äcker" ein städtebauliches Gutachten eingeholt und für die restlichen Bauerwartungsgebiete des FNP, "Herrlesberg/Stauden" in Lustnau und "Saiben" in Derendingen, städtebauliche Ideenwettbewerbe ausgeschrieben.

In diesem Zusammenhang sind zwei Besonderheiten zu vermerken:

1. Die 1977 mit Inkrafttreten des novel-

lierten Bundesbaugesetzes eingeführte erweiterte Bürgerbeteiligung in Form einer "vorgezogenen" Anhörung zum Plankonzept. Die dabei üblich gewordene Informationsveranstaltung im Anschluß an den Aufstellungsbeschuß schafft nach unseren bisherigen Erfahrungen einen guten Kontakt zu allen Planbetroffenen und ein besseres Gespür für kommunalpolitisch durchsetzbare Planungsziele.

2. Die Entlastung des Stadtplanungsamtes ab Mai 1978 durch das Bauverwaltungsamt, das laut Verfügung "die beim Aufstellungsverfahren von Bebauungsplänen erforderlichen verwaltungsmäßigen Arbeitsvorgänge" übernahm. Für diesen Aufgabenbereich stellte das Bauverwaltungsamt einen Sachbearbeiter mit Sekretärin zur Verfügung und unterstützte damit das Stadtplanungsamt bei den Bebauungsplanverfahren wirksam.

Gegen "Druck von außen"

Interessant zu beobachten ist in den Stadtteilen - entgegen den "wachstumseuphorischen" Forderungen bei den Eingliederungsverträgen sowie bei der Baulandausweisung im FNP - eine inzwischen durchweg restriktive Einstellung bei der Aufstellung großflächiger Bebauungspläne. Die ortsansässigen Bürger - soweit sie dort nicht Grundstückseigentümer sind - wehren sich gegen eine zügige Erschließung größerer Baugebiete.

Sie fürchten den "Druck von außen", das heißt erhöhte Grundstücks-Kaufangebote von auswärtigen Bauinteressenten, die einheimische Interessenten verdrängen, Neubaugebiete überfremden und unter Umständen die "Dorfgemeinschaft" stören.

Hier bedarf es wohl noch einer geraumen Zeit des Zusammenwachsens, damit solche Barrieren fallen, und die einzelnen Orte bereit sind, ihre unterschiedliche Funktion in der Gesamtstadt aus der jeweiligen Situation abzuleiten.

Die Bauberatung

Neben den laufenden Planauskünften und Beratungen von Bauinteressenten und Ar-

chitekten wurden innerhalb der Berichtszeit 520 Anträge auf Bauvorbescheid und 5787 Baugesuche in planungsrechtlicher sowie städtebaulich-gestalterischer Hinsicht überprüft und dazu Stellungnahmen abgegeben.

(Anmerkung: Wegen teils mehrfacher Überprüfung einzelner Anträge und Gesuche aufgrund notwendiger Plankorrekturen stimmen diese Zahlen mit den Daten des Bauverwaltungsamtes und Bauordnungsamtes nicht überein.)

Der Bodenverkehr

Im Rahmen der bodenrechtlichen Bestimmungen des Bundesbaugesetzes zur Sicherung der Bauleitplanung wurden in Zusammenarbeit mit dem Bauverwaltungsamt und dem Stadtmessungsamt 573 Anträge zur Bodenverkehrsgenehmigung (Teilungsverträge) und 4759 Kaufverträge bezüglich der Einhaltung der baurechtlichen Bestimmungen beziehungsweise eines eventuell bestehenden Vorkaufsrechtes der Stadt sowie der Übereinstimmung der beabsichtigten Bodennutzung mit der Bauleitplanung überprüft.

Anhand dieser Verträge ist festzustellen, daß bei einem großen Anteil auswärtiger Bauinteressenten und Kapitalanleger - vor allem bei Projekten im sogenannten Bauherrenmodell - der Grund- und Hausbesitz in Tübingen zunehmend "überfremdet" wird; ein weiteres Merkmal dafür, daß Tübingen dank seiner vielseitigen Attraktivität einem außergewöhnlichen "Druck von außen" ausgesetzt ist, der wohl auch bei Bereitstellung von mehr Bauland nicht aufgefangen werden kann und, wie bereits vermerkt, auch nicht aufgefangen werden sollte.

Nicht "aufsatteln"

Der seit anfangs der 70er Jahre eingeleitete Trend zum restriktiven Straßenausbau setzt sich zugunsten höherwertiger städtebaulicher Belange weiter fort. Dabei wurde mitunter stark emotionell reagiert und operiert: Man bekämpfte und blockierte auch solche Projekte, die aus fachlicher Sicht mehr Vorteile als Nachteile gebracht hätten.

Das größere Problem - auch für die Bauleitplanungen - stellt jedoch die in Tübingen zunehmend prekäre Wohnraumsituation dar, obwohl in den Jahren 75-81 in der Gesamtstadt rund

2 350 Wohnungen sowie annähernd 200 Studentenheimplätze beziehungsweise Appartements

neu erstellt und bezogen wurden.

In einem "Wohnraumbericht" vom Januar 1980 hat die Verwaltung zu der Wohnraummissere ausführlich Stellung genommen und dabei deren Fakten und Hintergründe dargestellt. Das Stadtplanungsamt hat dazu die aus der Bauleitplanung resultierenden Wohnraumkapazitäten bis 1990 (Zieljahr des FNP) hochgerechnet. Danach ist folgendes festzustellen:

Mit den im FNP zur Erschließung vorgesehenen Bauflächen kann der für die nächsten zehn Jahre voraussehbare Wohnraumbedarf abgedeckt werden. Bei der weiteren Planung ist auf die Berücksichtigung aller Bedarfsgruppen zu achten und - soweit möglich - regulierend einzuwirken.

Die im politischen Raum unter dem Eindruck der derzeitigen partiellen Wohnraumnott teilweise gestellte Forderung, den FNP durch Ausweisung weiterer Wohnbauflächen "aufzusatteln" ist nicht gerechtfertigt und aus städtebaulicher und ökologischer Sicht auch nicht wünschenswert! Auch Tübingen braucht nach Jahrzehnten der Expansion eine Phase der Konsolidierung.

Dies besagt, daß eine weitere Entwicklung der Universität - soweit sie vorwiegend der Bereitstellung gesetzlicher Studienplätze dient - aus der Sicht der Stadt nicht mehr verantwortet werden kann.

Dringender als in den anderen, größeren Universitätsstädten muß die Stadt an das Land appellieren, daß die Tübingen zumutbaren Studentenzahlen nicht allein von der Aufnahmefähigkeit der universitären Einrichtungen, sondern zugleich von der vorhandenen Wohnraumkapazität für Studenten abhängig sind.

Der zur Zeit praktizierte Versuch, das un-

zureichende Wohnraumangebot durch tägliches Einpendeln der Studenten aus der Region zu kompensieren, wirkt sich als eine zusätzliche Belastung des Verkehrsnetzes mit Ziel- und Quellverkehr sowie einer allseits lästigen Parkraumnot aus. Dies ist sicher keine Dauerlösung!

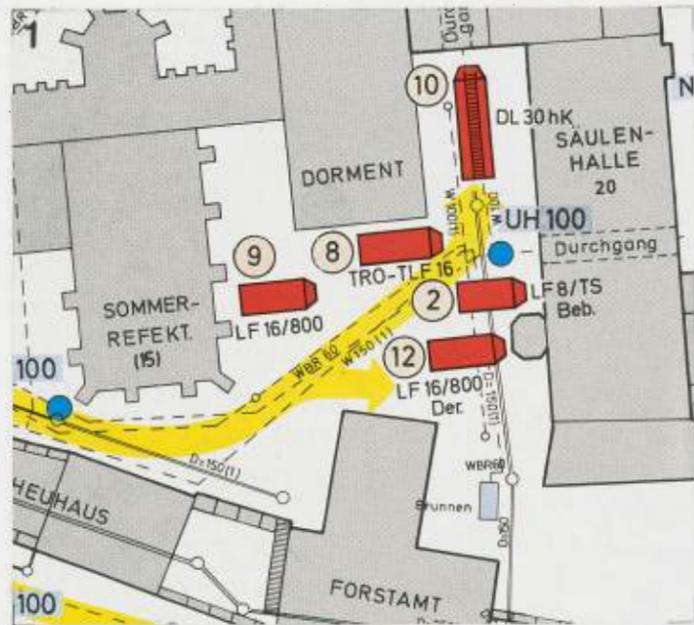
Mit den annähernd 22 000 Studierenden im Jahr 1981 hat die Universität jedenfalls eine Größenordnung erreicht, die zu alarmierenden Auswirkungen auf die Wohnqualität der Gesamtstadt führt:

Soll die Stadt in ihrer baulichen Erscheinung und naturräumlichen Einbindung auch in Zukunft nicht "aus allen Fugen geraten", nicht ihre Überschaubarkeit und ihren Liebreiz verlieren, ist einem weiteren Anwachsen der Studentenzahl unbedingt Einhalt zu gebieten.

Nur wenn dies gelingt, kann aus städtebaulicher Sicht der weiteren Entwicklung der Stadt mit der notwendigen Gelassenheit und Zuversicht entgegen gesehen werden.



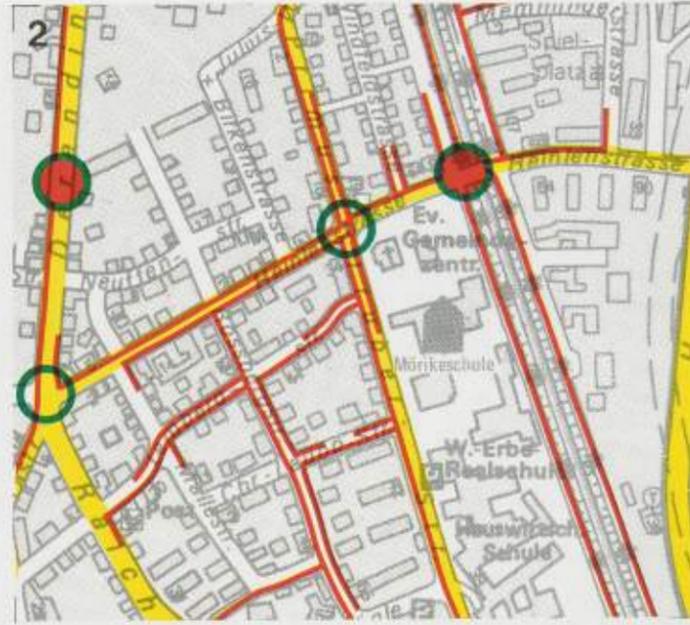
Ideen zur Stadtplanung brachten zwei Wettbewerbe: einer im April 1980 zum "Neckartor", bei dem eine Gemeinschaftsarbeit des Stuttgarter Büros Gerhart Kilpper & Partner mit einer Bürgergruppe aus Mitgliedern des Schwäbischen Heimatbundes, Ortsgruppe Tübingen, den 1. Preis zugesprochen bekam. Den Wettbewerb für die Gestaltung des "Saiben" zwischen Alt- Derendingen und der Bahnlinie nach Rottenburg gewann die Architektengruppe Alt, Kröger, Kröpsch aus Darmstadt.



Alarm- und Einsatzplan der freiwilligen Feuerwehr Tübingen für das denkmalgeschützte Schloß Bebenhausen (1).

Die Schulwegkarte soll den sichersten Weg zur jeweiligen Schule zeigen (2).

Kartenausschnitt mit vorhandenen (grün) und noch zu schaffenden



(rot) Einrichtungen für Behinderte (3).

Der Dauerriß (mit Flurstücksgrenzen und -nummern, Gebäuden, der Bodennutzung, sowie allen zur einwandfreien Festlegung der Grenzen notwendigen Daten) muß stets auf dem neuesten Stand gehalten werden (4).

Millimetergenau

Das Stadtmessungsamt

Einem kommunalen Vermessungsamt ist weit mehr aufgegeben, als sich der Bürger vorstellt. Vollends in Städten mit zentralen Funktionen. Tübingen, Sitz einer expandierenden Universität und zahlreicher Behörden, ist so eine Stadt. Gleichwohl hat ihr Messungsamt heute weniger (gut 20 %) Mitarbeiter als 1975.

Abgesehen von Kriegs- und Nachkriegszeiten hielt sich der Arbeitsanfall in den 105 Jahren, seit es in Tübingen eine Stadtvermessung gibt, nahezu konstant, bis in die Nachkriegszeit hinein. Als es galt nachzuholen, was der Krieg zerstört oder auf die lange Bank geschoben hatte, als die Bauwirtschaft eine Schlüsselfunktion übernahm, als nach Bauland, Bodenordnung und Ausbau der gemeindlichen Infrastruktur gerufen wurde, sahen sich die "Geometer" fast über Nacht einem Auftragsvolumen gegenüber, das mit den vorhandenen Kräften nicht mehr zu bewältigen war.

Hinzu kam anfangs der Siebzigerjahre mit der Gebietsreform die Eingliederung der acht Umlandgemeinden mit einem Auftrags Schub, dem das Amt bei leergefegtem Arbeitsmarkt nur gerecht werden konnte, indem es sich die Chancen der Elektronischen Datenverarbeitung (EDV) nutzbar machte. Elektronische Entfernungsmesser mit automatischer Registrierung der Meßwerte, die zu jener Zeit auf den Markt kamen, machten es möglich, das alte aus dem letzten Jahrhundert stammende württembergische Koordinatensystem auf ein der Automationstechnik angemessenes Grundlagennetz umzustellen: Der Weg für ein zeitgemäßes, wirtschaftliches Vermessungswerk war offen.

Diese Grundlagenarbeit nimmt das Amt bis heute in Anspruch, trotz optimalem Einsatz von Mensch und Gerät. Es kamen inzwischen beispielsweise mit der Alt-



Werner Spanagel, 52, leitet das Amt seit 1. April 1975, sein Vorgänger war Ernst Henig, 71.



stadtsanierung oder dem Baumkataster ja auch neue Aufgaben hinzu; ganz abgesehen davon, daß die Mitarbeiter in den letzten fünf Jahren durch natürlichen Abgang weniger geworden sind.

Näher betrachtet

Schauen wir uns das Amt näher an. Es "residiert" heute in den "oberen Regionen" des Technischen Rathauses an der Brunnenstraße, fast im Verborgenen, verfügt über 73 Mitarbeiter (vier Auszubildende nicht gerechnet) und gliedert sich in sechs Abteilungen.

An erster Stelle zu nennen ist die siebenköpfige Abteilung 1, Verwaltung, Anlaufstelle des Amtes für die Öffentlichkeit. Nach der Devise "Heute bestellt, morgen erledigt" fertigt das Siebener-Team unter anderem Lagepläne zu allen denkbaren Baugesuchen (von der Garage bis zum Trinkwasserbehälter) und was sich daraus ergibt, etwa das Abstecken und Einschneiden von Schnurgerüsten mit exakten Höhenangaben, damit später die Hausabwässer in den Kanal und nicht in den Keller fließen. Die Verwaltung regelt das "Personelle" des Amtes, schreibt Rechnungen und stellt Gebührenbeschei-

de aus und ist zuständig für das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen; sie kümmert sich um den umfangreichen Geräte-, Maschinen- und Fahrzeugpark, hält aber auch die aus dem Schoß des Amtes kommenden Stadtpläne und sonstigen Kartenwerke zum Verkauf an jedermann bereit.

Kataster heißt heute das amtliche, als Unterlage für das Grundbuch dienende Verzeichnis aller Grundstücke in einer Gemeinde. Es zu führen, und auf dem Laufenden zu halten ist Sache der Abteilung 2, Katastervermessung. Sie ist mit 20 Köpfen die stärkste. Während die Ingenieurvermessung Meßwerte für rein technische Zwecke erfaßt und überträgt, hat die Katastervermessung vorwiegend rechtliche und steuerliche Konsequenzen. Beide arbeiten jedoch nach dem gleichen, zentimetergenauen Bezugssystem, benannt nach den Vermessungs-Koryphäen Gauß und Krüger. Es löste von 1972 an das bis dahin angewandte, aus dem letzten Jahrhundert stammende, mit konzeptionellen Mängeln behaftete württembergische Soldner-System ab.

Gauß-Krüger machen es beispielsweise möglich, die in der täglichen Praxis anfallenden Meßdaten zu übernehmen, "span-

nungsfrei", ohne bereits gezogenen Grenzen Zwang anzutun wie früher fast immer unvermeidlich. Voraussetzung dafür sind 3100 örtlich fixierte Vermessungszeichen im Gemeindebereich.

In die automationsgerechten Gauß-Krüger-Koordinaten zu übertragen hatte die Abteilung auch die Katastervermessungen der Stadtteile aus der Zeit vor der Eingliederung. Alle bereinigten Gebiete waren auf maßstabgetreue, zur Vervielfältigung geeignete Folien zu zeichnen. Zwischen 1975 und 1981 hat die Abteilung 600 sogenannte Dauerrisse neu angelegt. Dauerrisse nennt der Fachmann jene Karte, mit deren exakten Maßzahlen er Grundeigentum jederzeit zweifelsfrei nachweisen kann.

Katastervermessungen zum Zwecke der Teilung und Grenzregelung dulden keinen Aufschub bei bebaubaren Grundstücken, die auch beliehen werden sollen. So entstanden im letzten Jahr fünf an die 900 Bauplätze, wurden 32 800 Flurstücke verändert oder neu beschrieben und mit etwa 2350 Veränderungsnachweisen beurkundet. Für das Liegenschaftskataster waren 6310 Gebäude, darunter 2000 Garagen zu vermessen. Dank der auf Automatik programmierten Meßtechnik konnten im Zusammenhang mit dem Um- und Ausbau von Straßen und Wegen um die 44 Kilometer Schlußvermessungen geleistet werden.

Wo Feld- und andere Wege eine Schwarzdecke bekommen sollen, um Radfahrer von Autostraßen wegzuholen, sind Grenzfeststellungen unvermeidlich. Da und dort konnte gar dem seit Jahren gehegten Wunsch von Waldbesitzern nach Grenzfeststellung in abgelegenen Waldgebieten entsprochen werden, allerdings nicht ohne vorher eine Reihe meßtechnischer Voraussetzungen zu schaffen.

Der Abteilung 2 aufgegeben ist auch die Fortführung des sogenannten neuen Liegenschaftskatasters, damit es mit dem Grundbuch übereinstimmt; für die Festsetzung der Umlage zur Finanzierung der biologischen Ausbaustufe der Kläranlage waren umfangreiches Kartenmaterial mit Angaben aus Bebauungsplänen und nach Straßen geordnete Eigentümerlisten be-

reitzustellen; beträchtlichen Aufwand verursachte die Umbenennung von Straßen im Zusammenhang mit der Gemeindeform, ebenso die straßenweise Gebäudenumerierung in Bebenhausen.

Die dritte Dimension

Nicht immer, aber doch in vielen Fällen braucht die Ingenieurvermessung (Abteilung 3) außer den Gauß-Krüger-Koordinaten die dritte Dimension, das heißt Höhe bezogen auf Meereshöhe, und zwar bis in den Millimeterbereich. Dazu wurden im Arbeitsbereich des Stadtmessungsamts rund 1100 Nivellements festpunkte fixiert.

Ihrer bedient sich die derzeit zehnköpfige Abteilung beispielsweise bei der Fortschreibung des Leitungskatasters, für das Tübingen international Anerkennung genießt; nicht umsonst lassen sich in der Brunnenstraße immer wieder Fachleute des In- und Auslandes damit vertraut machen, sind Fachzeitschriften wiederholt darauf eingegangen.

Was heißt Leitungskataster? Die Lebensqualität der Einwohner einer Stadt hängt mit von der Versorgung mit Wasser, Gas, Strom, Fernwärme ab, auch von einer intakten Kanalisation. In diese Leitungen sind immense Beiträge investiert. Damit die Leitungen gewartet und bei Defekten rasch repariert werden können, ist es wichtig zu wissen, wo sie wie tief liegen und wie verlaufen. Die exakte Kenntnis davon ist umso wichtiger, als sich speziell in der Innenstadt zahlreiche Leitungen auf engstem (Einbau-) Raum massieren und übereinanderschichten. Drei Mann haben das Leitungskataster fortzuschreiben, sie tun es mit Hilfe des elektronischen Meßgeräts Reg Elta und der allerdings schon betagten Rechenanlage MAEL 4000.

Ohne die Ingenieurvermessung kommen Planer, Hoch- und Tiefbauer nicht zu Stuhle. Für ihre Projekte im planerischen Stadium liefert ihnen das Messungsamt Längs- und Querprofile, sowie das Höhenraster und den Baumbestand, die Topographie und im Rahmen von Sanierungen Gebäudedetails, aber auch, wenn es mit

dem Projekt zum Beispiel im Straßenbau Ernst wird, die Absteckung von Ver- und Entsorgungsleitungen nach dem Leitungskataster. Und es überwacht bei Kunstbauten wie Brücken die zulässigen Toleranzen. Ist eine Straße fertig, werden fast immer topographische Bestandskarten zum Eintrag von Fahrbahnmarkierungen, Verkehrszeichen und Signalanlagen verlangt.

An fertigen Bauwerken sind nicht selten über längere Zeiträume Feinmessungen nötig, etwa um die Auswirkung von Verkehrslasten nachzuweisen oder auftretende Schäden zu belegen, auch an Altbauten, wie das beim Bau des Schloßbergtunnels in der Schloßbergstraße nötig wurde.

Zu den großen Objekten der Ingenieurvermesser während der letzten Jahre gehören außer der Doppelpfähre durch den Schloßberg mit Brücken über Neckar und Ammer, die Fronsbegauffahrt mit Anschlüssen, die Erschließung der "Neuhalden" in Lustnau, die Kläranlage, die Hochbehälter Kreuz, Kreßbach und Stauffenbergstraße, von "Toräcker-Dischinger" und die Ortsdurchfahrt Hirschau; augenblicklich hat man den "Ursainer Egert" in Arbeit.

Vielleicht sollte nicht unerwähnt bleiben, was den Personalbedarf der Vermessung angeht, daß allein mit der Überwachung von 4200 Lage- und Höhenfestpunkten im Stadtgebiet - sie sind die Fixpunkte aller Vermessungsarbeit - das Jahr über

Diese Sonderkarte fertigt und ergänzt das Stadtmessungsamt besonders für Sanierungszwecke. In ihr sind alle Ver- und Entsorgungsleitungen eingezeichnet, mit Angaben über Funktion, Dimension und Werkstoff sowie den Leitungsträger (Stadtwerke, Bundespost, Stadt). Der große Maßstab (1:100) gestattet jede Leitungsposition graphisch zu ermitteln, was sich bei Störungen, Erneuerungen von Hausanschlüssen und anderem, als sehr kostenmindernd auswirkt. Der hier gezeigte Kartenausschnitt gibt einen Einblick in die Vielfalt der Leitungen sowie der Querschnitte über die Belegung von Kabeltrassen, so wie es unter dem Strassenpflaster an der Gabelung Kirchgasse/Kronenstraße aussieht.



zwei Mann voll beschäftigt sind. Schwer für den Laien, dafür Verständnis aufzubringen.

Die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre, die um sich greifende EDV-Technik und der Einsatz freiberuflicher Vermessungsfachleute sind nicht ohne Wirkung auf Personalstruktur und Auftragslage im Sektor Ingenieurvermessung geblieben. Nicht weil etwa der Freiberufler wirtschaftlicher zu arbeiten weiß, wie vielfach angenommen wird: Ein kommunales Messungsamt ist an starre Gebührensätze gebunden, es muß zudem der in der freien Wirtschaft nicht hoch genug einzuschätzenden Werbung entzogen werden.

Präzise auf Knopfdruck

Voll zum Zug gekommen ist die anfangs der Siebzigerjahre angelaufene Automation im Vermessungswesen in den letzten fünf Jahren, weswegen das Stadtmessungsamt für Automation und Datentechnik heute die siebenköpfige Abteilung 4 hat.

Meßgeräte- "Klassiker" wie Kreuzscheibe, Meßstange oder Senkel, seit 150 Jahren in der Landesvermessung üblich, sind von elektronischen Entfernungsmessern weitgehend verdrängt worden. Feldaufschrie-



Fortschritt in der Vermessungstechnik: die bewährte Kreuzscheibe ist vom registrierenden elektronischen Tachimeter (RegElta) überholt worden.

be, früher die "Visitenkarte" jedes Geometers sind mit dem Aufkommen des automatischen Streifenlochens in den Hintergrund getreten. Zur präzisen Meßgenauigkeit - eine Strecke von 1000 Meter läßt sich auf den Zentimeter genau mit einem Knopfdruck ermitteln - kommt die flexible Einsatzmöglichkeit der Elektronik im Feldeinsatz: Sichthindernisse brauchen nicht mehr beseitigt zu werden, sperrige Meßstangen im Verkehrsstrom erübrigen sich.

Dank dreier "Reg Elta 14" (Registrierender Entfernungsmesser) können die Feldaufträge heute mit wesentlich weniger Personal erledigt werden. Verfahrensläufe lassen sich ohne Zwischenprüfung über den Rechner direkt der maschinellen Kartierung zuführen. Allerdings reicht die Kapazität des Rechners nicht mehr aus, alle Daten auf Magnetplatten zu speichern. Ein nicht unwesentlicher Teil steht noch auf Lochkarten, sie sind nur über zeitverschleißende Umwege greifbar.

Dessen ungeachtet hat das Stadtmessungsamt für den kontinuierlichen Datenfluß eine Lösung entwickelt, wie sie besser sonst selten beobachtet werden kann.

Die Rechenstelle des Amtes erarbeitet täglich die Koordinaten für über 500



Punkte, erstellt jährlich über 3000 automatische Kartierungen und speichert dabei etwa 200 000 Meßpunkte.

Trotz stark schrumpfendem Wohnungsbau in Bund und Land wird in Tübingen nach wie vor nach Bauland verlangt, die Attraktivität Tübingens als Wohnstadt, auch für ältere Menschen, dürfte dabei eine Rolle spielen. Die fünfköpfige Abteilung 5, zugleich Geschäftsstelle des Umlegungsausschusses, hat mit 14 eingeleiteten und teilweise abgeschlossenen Bodenordnungsverfahren in den letzten sechs Jahren zur Gewinnung von Bauland wesentlich beigetragen. Es wurden auf einer Fläche von rund 42 Hektar 428 Bauplätze für Ein- und Mehrfamilienhäuser ausgewiesen; in Hirschau ist einer Industriesiedlung der Boden bereitet worden; bei der Umlegung "Neuhalden" in Lustnau sprangen Bauplätze für zwei mehrgeschossige Studentenheime und ein Parkhaus heraus. Der Flächenbeitrag lag bei diesen Verfahren zwischen 25 und 30 Prozent.

Daß Verfahren noch "hängen", hat unterschiedliche Gründe. Trotz zahlreicher Erörterungen mit den Grundeigentümern konnte nicht allen Wünschen nachgekommen werden. Bei allem Verhandlungsgeschick läßt sich andererseits nicht verhindern, daß verfahrensverzögernde Rechtsbehelfe in Anspruch genommen werden, auch wenn sie mitunter unbegründet sind.

Wo der Stadtplan herkommt

Die Abteilung 6, Kartographie führt als Basis die Stadtgrundkarte 1 : 500 mit derzeit 585 Blättern; seit 1975 sind 300 Blätter neu angelegt worden; fast ausschließlich für die eingegliederten Gemeinden. Sie decken rund 4400 Hektar und damit 41 Prozent des Gemeindegebiets ab. Binnen sechs Jahren waren an diesem Kartenwerk die Veränderungen des Liegenschaftskatasters nachzutragen. Dasselbe hatte in dem zweiten, vom Stadtmessungsamt geführten Kartenwerk, der Württembergischen Flurkarte 1:2500 mit zusammen 112 Blättern zu geschehen. Von den wichtigsten Kartenwerken sind zu deren Sicherung transparente Kopien aller Blätter angefertigt und ausgelagert worden.

Zusammen mit dem Landkreis sind in den letzten sechs Jahren im Maßstab 1 : 35 000 eine Karte für Radwandern und Freizeit sowie eine Wanderkarte herausgegeben worden; daneben ein Alarm- und Einsatzplan der Tübinger Feuerwehr für den Schönbuch. Zuständig ist die Kartographie des Stadtmessungsamts auch für Entwurf und Herstellung von Kartenbeilagen in Prospekten des Verkehrsvereins, des Tübinger Behördenführers und der Landkreisbeschreibung. Im Frühjahr 1979 wurde per Bildflug über dem Gemeindegebiet der Luftbildatlas im Maßstab 1 : 5000 vorgeschrieben.

Viel Zeit kostet die Neuherstellung und Fortschreibung von 24 Flurkartenatlanten, die, außer an städtische Dienststellen, an Notariate, an das Finanzamt und an die Feuerwehr gehen.

Übertrieben genau?

"Warum seid ihr so übertrieben genau", werden Mitarbeiter des Stadtmessungsamts oft gefragt. Darauf diese Antwort: Ein Markstein, der auch nur um zehn Zentimeter von seinem korrekten Standort im Bezugssystem abweicht, bringt auf eine Grenzlänge von 30 Metern einen Fehlbetrag von anderthalb Quadratmetern, bei heutigen Bodenpreisen gewiss keine Bagatelle. Oder anderes Beispiel: Bei bestimmten topographischen Verhältnissen muß ein Abwasserkanal gelegentlich mit einem Gefälle von 0,2 Prozent oder 0,02 Meter Neigung auf zehn Meter auskommen. Da läßt sich nur mit Millimetern zuverlässig arbeiten.

Neben diesen Grundkarten gibt das Stadtmessungsamt alle drei Jahre einen Stadtplan heraus (neueste Ausgabe 1981). Wegen der Eingemeindungen war er völlig neu zu bearbeiten. Innerhalb von fünf Jahren sind davon rund 40 000 Stück abgesetzt worden. Der Stadtplan ist indessen nicht nur eine Orientierungshilfe für Einheimische und Fremde, auf ihm basieren Karten zur Verkehrsführung, zur Planung von Radwegen, von Schulwegen, von Sondermaßnahmen für Behinderte, Karten für die Leitungsnetze und zur Bevölkerungsstruktur. Nicht zu vergessen der vergrößerte Innenstadtplan als Orientierungshilfe an bestimmten Verkehrspunkten.

Baulandumlegung 1975 - 1981

Abgeschlossene Verfahren

	Beteiligte	Umlegungsmasse ha	Bauplätze	Verrechnung
Buckenloh, Tübingen	29	5	41	Wertumlegung
Toräcker-Dischinger, Hirschau	60	8	75	Flächenbeitrag 30%
Neuhalden, Lustnau	25	5	30	desgl.
Hölderle, Unterjesingen	45	4	34	Wertumlegung
Ursrainger Egert, Tübingen	87	14	193	desgl.
Elf Morgen, Bühl	23	3	30	desgl.
Zollernstraße, Pfrondorf	11	2	16	Flächenbeitrag 20%
Schäferäcker, Kilchberg	10	1	9	desgl. 30%
	290	42	428	

Eingeleitete Verfahren

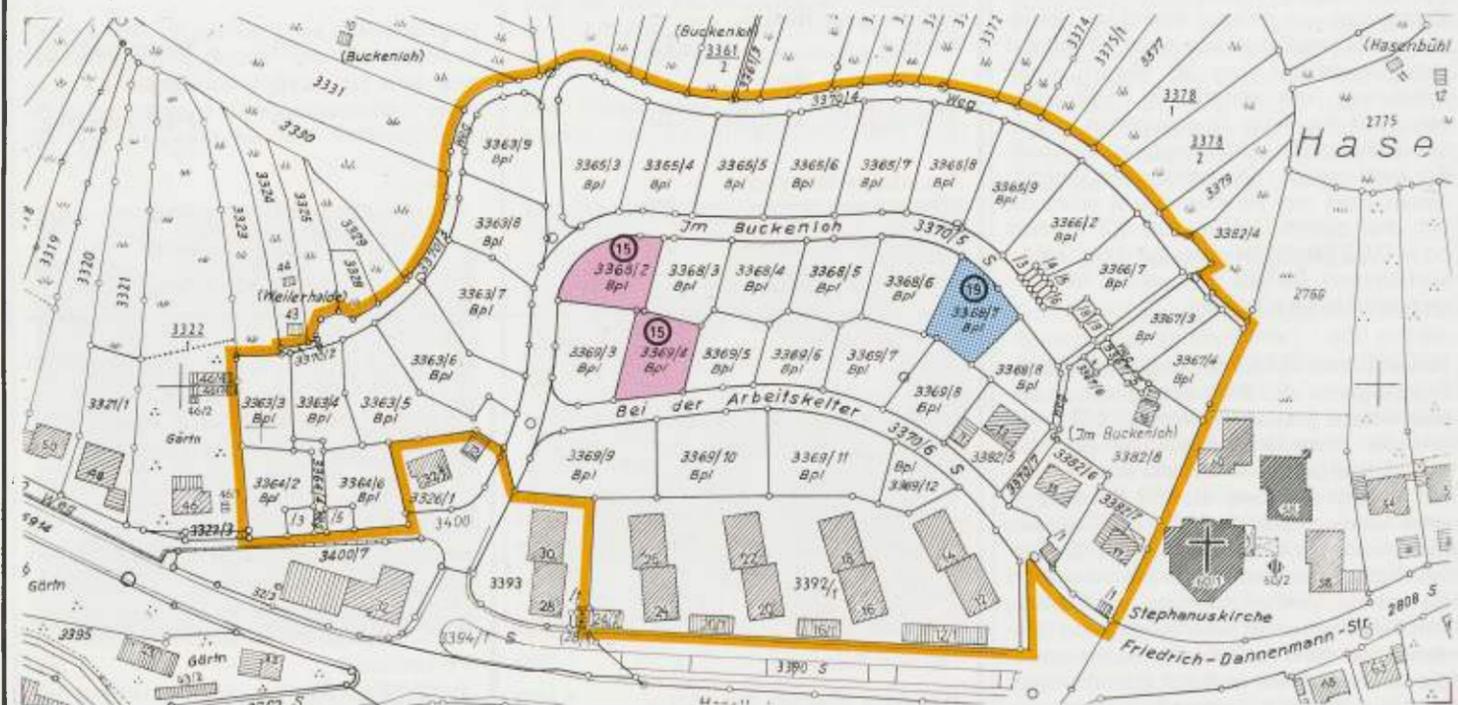
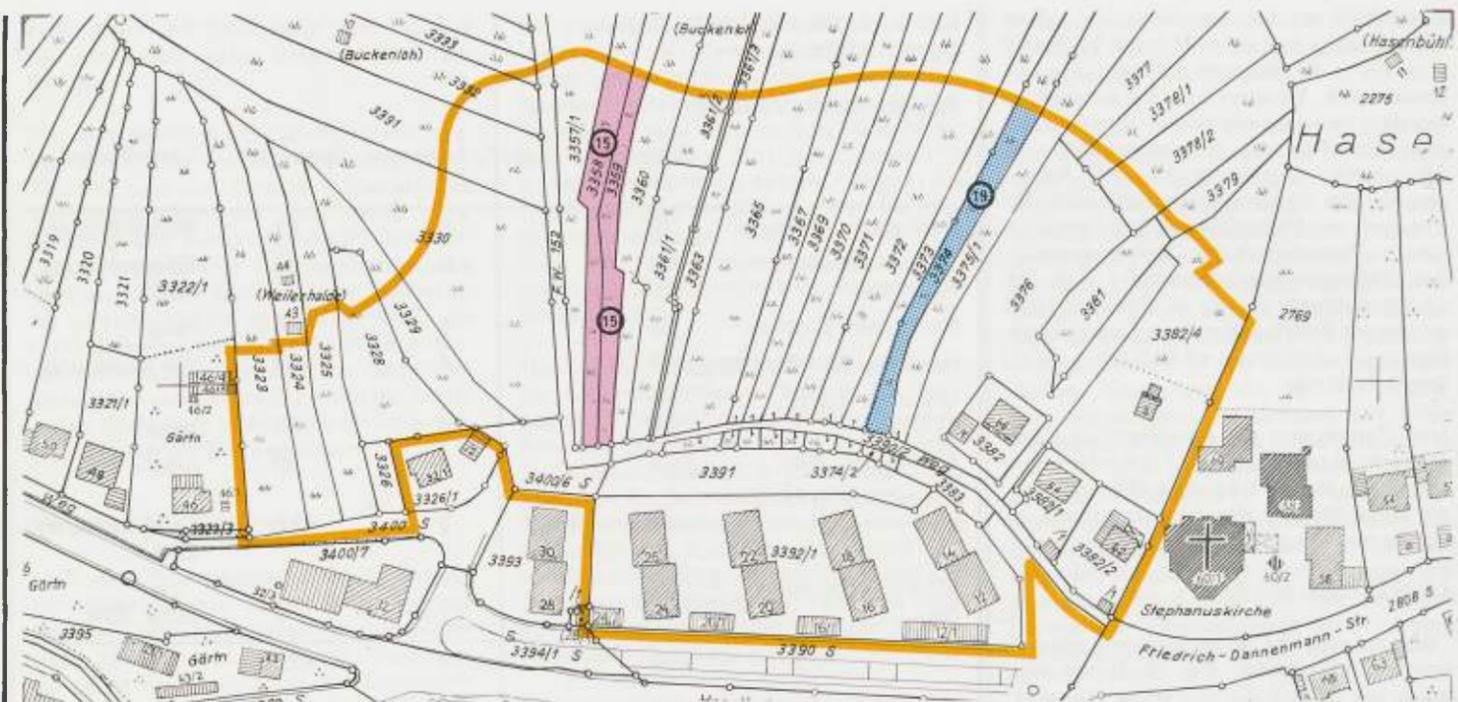
Weinbergweg-Hirschhalde	13	1	10	Wertumlegung
Steinriegel II, Bühl	17	2	10	desgl.
Fischergärten, Lustnau	79	6	20	Flächenbeitrag 30%
Feuerhäggle-Steinlachwasen, Derendingen	83	20	50	desgl.
Weilerhalde, Tübingen	26	3	23	desgl.
Weiber I, Pfrondorf	17	2	29	desgl. 20%
	235	34	142	

Lagepläne - Absteckungen - Rohpläne 1975 - 1981

Lageplanaufträge	2 010
Einzellagepläne	7 130
Absteckungen	350
Schnurgerüste	450
Höhenaufnahmen	290
Rohpläne diversen Formats	6 150
Abrechnungspläne für Anliegerleistungen	60

Für das Leitungskataster abgesteckt und aufgenommen 1975 - 1981

Kanal	59 700
Gas	37 490
Wasser	60 060
Kabel	35 050
Fernheizung	1 500
Brunnenleitung	8 700
	(in Meter)



Baulandumlegung Buckenloh: Vor und nach der Umlegung, dargestellt am Beispiel zweier Eigentümer 15 und 19.

Es grünt so grün . . .

Das Bauverwaltungsamt

Ob eine Baugenehmigung beantragt (und vielleicht in Bälde schwarz auf grün mit "Grünem Punkt" erteilt wird), ob ein Wohnberechtigungsschein begehrt, ein Gutachten des Gutachterausschusses bestellt, Auskunft über einen Erschließungsbeitragsbescheid oder die Festsetzung eines gerade aufliegenden Bebauungsplans verlangt wird, immer sind Sie "richtig" beim Bauverwaltungsamt: Es ist die Nahtstelle der technischen Verwaltung - das Gelenk! Ihm zugeordnet der städtische Fuhrpark mit 30 Mitarbeitern und 117 Fahrzeugen.



Zwei wesentliche organisatorische Änderungen, beide aus dem Jahr 1978: Am 1. Mai kam vom Stadtplanungsamt das Bebauungsplanverfahren als neues Sachgebiet, die Geschäftsstelle Gutachterausschuß kam am 1. August von der Steuerabteilung zum Bauverwaltungsamt.

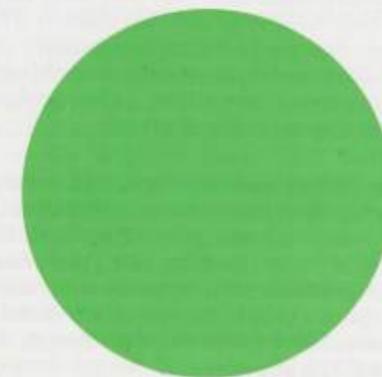
Trotz neuer Sachgebiete (mit 4 Mitarbeitern) und zusätzlicher Aufgaben (Zweckentfremdungsverordnung, im Fuhrpark) hat der Personalstand lediglich um einen auf 55 Mitarbeiter zugenommen. (Der Personalchef wird es gerne hören). In den Abteilungen Baurecht, Bebau-



Werner Friedrich, 44, leitet das Amt seit 1. Januar 1979, sein Vorgänger war Wolfgang Gladen, jetzt Geschäftsführer der GWG Tübingen.

ungsplanverfahren, Wohnbauförderung sowie in der Erschließungsabteilung geht es manchmal zu "wie im Taubenschlag". Der Besucher wird hin und wieder auf eine harte Geduldprobe gestellt, kommt nicht selten "geladen" ins Amtszimmer. Ein Tip dagegen: Vereinbaren Sie mit dem Sachbearbeiter vorher telefonisch einen Termin!

Und nun zu den Aufgaben des Bauverwaltungsamtes:



Bei ihm als Unterer Baurechtsbehörde der Stadt wird das ganze Baugenehmigungsverfahren zentral gesteuert, wird letztendlich entschieden, ob ein Bauantrag zu genehmigen oder abzulehnen ist. Die Abteilung Baurecht berät darüber hinaus Bauherren, Architekten, Angrenzer und Nachbarn rechtlich und unterstützt sie in den oft schwierigen Verfahren.

Was ist bei einem Bauantrag zu beachten? Vorweg eine genaue Darstellung der Bauabsichten, in der Regel durch einen qualifizierten Architekten; sämtliche Formulare sind eindeutig und vollständig auszufüllen, soll das Vorhaben genehmigungsfähig sein; mehrere Fertigungen der Planunterlagen vorlegen, damit technische Ämter und Sonderbehörden gleichzeitig bedient werden können. Nicht zu vergessen Banken und Bausparkassen, die genehmigte Planunterlagen haben wollen.



Der Bauwillige kann auf diese Weise, die Laufzeit seines Bauantrags erheblich verkürzen. Und noch ein Tip: Rechtzeitig die Nachbarn informieren, Zweifelsfragen offen besprechen. Das bringt unter Umständen wertvolle Zeit und entlastet die Baurechtsbehörde. Ein Bauantrag läuft in Tübingen unter diesen Voraussetzungen derzeit sechs bis acht Wochen (früher zwei bis drei Monate).

Gott sei's geklagt

Wer seinen Antrag rechtzeitig stellt, kommt nicht in Termenschwierigkeiten

und in die Verlegenheit, etwa aus finanziellen Gründen ohne "Grünen Punkt" anzufangen.

Wer das doch tut - in den letzten Jahren, Gott sei's geklagt sind es nicht wenige - hat mit Geldbußen bis zu 50 000 Mark zu rechnen. Wem es ganz arg "pressiert", der wende sich an Stadttammann Hermann (oder seine Mitarbeiter, Herr Hammer, Frau Grob, Frau Hipp, Frau Katz Herr Weberruß). Sie können als erfahrene Baurechtler in den meisten Fällen weiterhelfen.

Von 1 234 im Jahr 1976, ist die Zahl der Bauanträge auf 800 im Jahr 1981 zurückgegangen. Mit entscheidend dafür sind die gestiegenen Baulandpreise in Tübingen. Der Trend zur Eigentumswohnung in Großbauvorhaben hat gleichwohl wesentlich zugenommen. Das gleiche gilt für die Einwendungen gegen Bauvorhaben von seiten der Angrenzer und Nachbarn sowie für Widerspruchs- und Klageverfahren bei den Verwaltungsgerichten. Insgesamt sind die Bürger deutlich rechtsbewußter, kritischer geworden. Dies mag mit durch die besondere Bevölkerungsstruktur Tübingens bedingt sein: In vergleichbaren Städten liegen die Einspruchsquoten um einiges niedriger. Allein 1981 waren 20 Verwaltungsgerichtsverfahren anhängig. Sie werden ebenfalls vom Bauverwaltungsamt zusammen mit dem Rechtsreferat abgewickelt.

Wo stehen Wohnungen leer?

Seit 1972 hat das Bauverwaltungsamt auch Anträge auf Zweckentfremdung von Wohnraum zu bearbeiten, eine schwierige, politisch brisante Aufgabe. Unter das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum in Tübingen fallen auch der Abbruch von Wohngebäuden sowie das Leerstellenlassen von Wohnraum. Solchen aufzufinden, bereitet erhebliche Schwierigkeiten, ganz abgesehen davon, daß oft langjährige Prozesse zu führen sind, um eine Zweckentfremdung rückgängig zu machen.

Von 1975 bis '81 wurde in 212 Fällen Zweckentfremdung beantragt, 176 Anträge wurden positiv beschieden. Auf den

ersten Blick eine hohe Zahl. Hinter vielen Genehmigungen steht jedoch der Abbruch älterer, heutigen Bedürfnissen nicht mehr entsprechender Gebäude. Diese Genehmigungen sind zudem mit der Auflage verbunden, auf dem Grundstück Wohnraum mindestens in derselben Größenordnung wieder herzustellen. Eine größere Anzahl weiterer Gebäude war wegen des Verkehrs oder der Sanierung im öffentlichen Interesse abzubauen.

Rückblickend ist kritisch anzumerken, daß das Ziel - die weitgehende Erhaltung des Wohnungsbestandes - nur äußerst mühsam, oft gar nicht zu erreichen ist.

Grundstückseigentümer sind verständlicherweise nicht entzückt, wenn ihnen in einem blauen Umschlag ein Bescheid über Erschließungs- oder Entwässerungsbeiträge mit einer vier- bis fünfstelligen Zahl ins Haus flattert. Im Bescheid heißt es dann lapidar, eine Straße oder der Kanal sei fertiggestellt und deshalb müsse innerhalb von vier Wochen der Beitrag entrichtet werden.

1975 bis 1981 wurden 3 100 solcher Erschließungsbescheide mit einer Summe von 14,8 Millionen Mark und 2 200 Entwässerungsbescheide über zusammen 5,6 Millionen Mark versandt. 1976/77 kamen 13 000 Klärwerksbescheide für den biologischen Teil der Tübinger Kläranlage mit 12,5 Millionen dazu.

Auf Wunsch wird gestundet

Auf Wunsch von Beitragspflichtigen wurde in 360 Fällen mit 2,5 Millionen Mark langfristig gestundet. Nur 390 Widersprüche und Klagen gingen ein (davon 165 gegen Klärwerks-Beitragsbescheide). In zwei Klageverfahren verglich man sich vor dem Verwaltungsgericht, alle übrigen gingen zugunsten der Stadt aus.

Diese Zahlen besagen auch, daß im Bereich von Stadtoberamtmann Hodapp auf einem der schwierigsten Rechtsgebiete sorgfältig und gewissenhaft gearbeitet wird. Schließlich bringen er und seine Mitarbeiter, Herr Pieper, Herr Kaiser, Fräulein Häfner und Fräulein Braun, 35 Jahre Erfahrung mit.

1976 hatte die Verwaltung mit der Finanzierung des biologischen Teils des Klärwerks von nicht weniger als 25 Millionen Mark ein Riesenproblem zu lösen. Neben Zuschüssen und Eigenmitteln konnten bei Hauseigentümern 12,5 Millionen Mark Vorauszahlungen locker gemacht werden. Die notwendigen Abrechnungspläne fertigte das Stadtmessungsamt; das Personal der Erschließungsabteilung wurde um drei Köpfe aufgestockt; der Oberbürgermeister persönlich glättete die hochgehenden Wogen beim Haus- und Grundbesitzerverein. Es gab 165 Widersprüche, alle konnten ausgeräumt werden.

Von den Gesamteinnahmen an Erschließungs- und Entwässerungsbeiträgen wurden etwa 9 Prozent gestundet. Das heißt, der weitaus größte Teil der Hauseigentümer ist in der Lage, auch größere Summen zu bezahlen, zumal dann, wenn die Haus- und Grundstücksfinanzierung sorgfältig geplant ist und auch an derartige Kosten gedacht wird.

Rund 20 Prozent des Gesamtaufkommens an Erschließungsbeiträgen entfallen auf Ablösungen. Die Stadt bietet den Beitragspflichtigen vor allem in größeren Abrechnungsgebieten diese Ablösungen vor Ent stehen der Beitragspflicht an.

Die Mitarbeiter des Sachgebiets Erschließung bemühen sich bei der Abfassung der Bescheide nicht umsonst, Beitragspflichtige über das Zustandekommen des Beitrags aufzuklären. Daß trotzdem die eine oder andere Frage offenbleibt, liegt an der komplexen Materie. Ein persönliches Gespräch kann jedoch weiterhelfen. Davon wird auch ausgiebig Gebrauch gemacht, woraus die geringe Anzahl von Widersprüchen (etwa zwei Prozent der Beitragspflichtigen) abzuleiten ist.

In der Haushaltsabteilung des Bauverwaltungsamts sind bei der Aufstellung und dem Vollzug des Haushaltsplans zentrale Funktionen, teils für die gesamte Verwaltung, teils für den Bereich der technischen Ämter auszuüben. 1975 betrug die Planansätze der technischen Ämter im Vermögens- und Verwaltungshaushalts 41 Millionen Mark, 1981 waren es rund 69,8 Millionen. Im Hoch- und Tiefbausektor fielen 1975 genau 6255 Rechnungsbe-



Tübinger Bodenwerte

lege an, 1981 bereits 8279. Es liegt auf der Hand, daß Herr Hagenlocher, Fräulein Friedrich, Frau Schweizer, Herr Hertkorn und Fräulein Maurer bei der Aufstellung und Abwicklung des Haushalts sowie zahlreicher Begleitgeschäfte alle Hände voll zu tun haben.

Der knappe Wohnraum

1975 bis 1981 wurden in Tübingen 285 Sozialwohnungen, 189 Wohnungen in Familienheimen, 126 Eigentumswohnungen,

940 Wohnungen sowie 365 Räume beziehungsweise Heimplätze in Wohnheimen zur Modernisierung und Durchführung energiesparender Maßnahmen gefördert. Bund und Land gaben dazu zinsverbilligte Darlehen und Zuschüsse von 43 Millionen Mark. 22,5 Millionen flossen in den sozialen Mietwohnungsbau. Im Mittelpunkt stand die Förderung von 61 Sozialwohnungen der Stadt, der GWG und KBG aus dem Programm für Zukunftsinvestitionen im Altbereich. Das war zugleich ein Beitrag zur Altbau- sanierung. Im Landeswohnungsbauprogramm lag der Schwerpunkt in Hirschau,

wo die GWG 71 Sozialwohnungen erstellte. Insgesamt ging der soziale Mietwohnungsbau stark zurück.

Die Neubaumieten im sozialen Wohnungsbau haben sich in den letzten Jahren dagegen nach oben entwickelt. Von 4,30 Mark 1975 stiegen sie auf 5,50 Mark 1981, 28 Prozent mehr. Bedenkt man jedoch, wie Löhne und Gehälter in diesem Zeitraum aufgebessert wurden und vergleicht mit Mieten am freien Wohnungsmarkt, dürfen Sozialmieten auch heute noch sozial genannt werden.

Anspruch auf eine Sozialwohnung hatten in Tübingen 1981 rund 600 Wohnungssuchende. Von den derzeit 2930 Sozialwohnungen werden jährlich allenfalls 80 frei, abgesehen davon, daß im sozialen Wohnungsneubau Bindungen für Zuwanderer, Aussiedler, Kinderreiche, Schwerbehinderte und andere einzugehen sind. So bleibt für viele nur der freie Wohnungsmarkt.

Um so bedenklicher ist der Erlass des Innenministeriums Baden-Württemberg vom Oktober 1977 über die Veräußerung von Sozialwohnungen an Mieter oder an Dritte. Dringend benötigte Sozialwohnungen, insbesondere solche mit günstigen Mieten, werden damit früher oder später dem sozialen Wohnungsangebot entzogen. In Tübingen sind seit 1977 von 146 betroffenen Sozialwohnungen 77 Wohneinheiten verkauft worden.

Wegen des Sparkurses bei Bund und Land wird der soziale Wohnungsbau weiter zurückgehen. Da die Gemeinden ebenfalls sparen müssen, kann auch die Stadt die Lücken nicht schließen. Die geringen öffentlichen Mittel sollen deshalb treffsicherer, das heißt nur noch in Brennpunkten des Bedarfs eingesetzt werden.

Wie weitermachen?

Um den sozialen Mietwohnungsbau am Leben zu erhalten, forciert das Land sogenannte Bauherren-Modelle (private Kapitalanleger beteiligen sich bei geringer Rendite am sozialen Wohnungsbau; Belegung und Verwaltung der Wohnungen durch gemeinnützige Gesellschaften). Das

Baureferat sieht in der Kombination Eigentumswohnungen / Sozialwohnungen und der günstigen Abgabe von städtischen Baugrundstücken eine Möglichkeit zum Weiterbauen. Voraussetzung dafür wäre aber, daß der Gemeinderat, Mittel dazu im Haushalt bereitstellt.

Das Energiesparprogramm des Bundes und der Länder ist bereits den Sparbeschlüssen des Landes zum Opfer gefallen. Ein neues Wohnumfeldprogramm soll das bisherige 14-Städte-Programm ablösen. Dafür hat die Stadt Tübingen einen Teil der Südstadt angemeldet. Gleichzeitig soll in dieses Gebiet ein neuer Modernisierungsschwerpunkt gelegt werden (siehe unter "Stadtplanungsamt").

Für Informationen und Anliegen in Sachen Wohnungsbauförderung und Wohnungsbindung stehen den Bürgern Herr Schäfer (in diesem Bereich macht ihm niemand was vor!) und Frau Klink zur Verfügung.

Der Bürger ist beteiligt

Das Sachgebiet Bauleitplanverfahren ist eines der jüngsten Sachgebiete des Bauverwaltungsamtes. Seit 1978 wurden in enger Zusammenarbeit zwischen Stadtplanungs- und Bauverwaltungsamt etwa 50 Bebauungspläne zur Rechtsverbindlichkeit geführt. 26 Verfahren laufen.

Wesentlicher Bestandteil des Bauleitplanverfahrens ist eine umfassende Beteiligung der Bürger, insbesondere der Betroffenen. Die Bürger werden heute vorab zu einem Zeitpunkt, in dem die Planung sich konkretisiert, aber noch nicht verfestigt hat, an der Aufstellung eines Bebauungsplanes beteiligt. Im Rahmen einer öffentlichen Informationsveranstaltung wird ihnen Ziel und Zweck der Planung dargelegt und Gelegenheit gegeben, sich innerhalb von 14 Tagen zu äußern. Den vom Gemeinderat und den Vorgremien danach gebilligten Entwurf können Interessierte bei der einmonatigen öffentlichen Auslegung nochmals einsehen und dazu Bedenken und Anregungen vortragen.

Im Rahmen der Bürgerbeteiligung ist Stadtoberinspektor Fleischmann jederzeit

bereit, Auskünfte zu erteilen und Probleme zu erörtern. Die Bürgerbeteiligung wird vom Bauverwaltungsamt keineswegs als Pflichtübung angesehen.

Die Gutachter

Die Geschäftsstelle Gutachterausschuß für die Ermittlung von Grundstückswerten kam als "jüngstes Kind" am 1. August zum Bauverwaltungsamt. Gutachterausschüsse sind unabhängige Ausschüsse, ihre Mitglieder nicht weisungsgebunden. Die Grund- und Gebäudewertschätzung bekamen in den letzten Jahren eine immer stärkere Bedeutung. 1977 wurden unter der Geschäftsführung von Karl Kleinmann, assistiert von Frau Rußig, 67 Gutachten erstellt. 1980 waren es bereits 88 bei steigender Tendenz. 1981 waren es etwa 120.

Neben den Einzelgutachten für Grundstücke und Gebäude hat der Ausschuß, Richtwerte für Bauland, Bauerwartungsland und landwirtschaftliche Grundstücke zu erarbeiten. Er ermittelt sie auf der Grundlage von Kaufverträgen, sie entsprechen also den Marktverhältnissen. Die Richtwerte werden jährlich in eine Richtwertkarte, die öffentlich ausliegt, übertragen.



Räder rollen für den Bürger

Im Westen der Stadt, an der Sindelfinger Straße, ist der Fuhrpark als Fachdienststelle des Bauverwaltungsamtes untergebracht. Von dort setzt Herr Zaiger, routinierter Fuhrparkleiter, Fahrer und Fahrzeuge "in Marsch".

Der Fuhrpark ist ein Dienstleistungsbetrieb, Dienstleistungen kosten Geld, wie jedermann weiß, immer mehr. Müllabfuhr, Straßenreinigung, Kanalreinigung, Winterdienst werden vom Bürger als selbstverständlich genommen. Das setzt zuverlässige Fahrzeuge und erfahrenes Personal voraus. Es sind Winterdienstgeräte, Tunnelreinigungs- und Straßewaschfahrzeuge vorzuhalten, vergleichbar der Feuerwehr: Immer bereit, doch möglichst wenig im Einsatz.

Bei annähernd gleichbleibendem Bestand betragen die Betriebskosten

1975	112 Fahrzeuge	381 000 Mark
1977	109 Fahrzeuge	353 000 Mark
1979	115 Fahrzeuge	476 000 Mark
1981	120 Fahrzeuge	586 000 Mark

Die rückläufige Tendenz bis 1977 hat mit geringerem Fahrzeugeinsatz nach der Ölkrise 1973/74 zu tun.

Kostenvergleiche haben gezeigt, daß auch Privatunternehmen zum Beispiel den Müll nicht billiger abführen können. Die Stadt hat deshalb im Einvernehmen mit dem Privatunternehmer bereits zum 1. Januar 1979 die Müllabfuhr in den Stadtteilen übernommen. Dank verbesserter Bedarfs- und Kostenanalyse wurde 1981 im Fuhrpark eine Kostendeckung von 99,1 Prozent erreicht, trotz galoppierender Benzpreise.

Die Frage, lohnt es sich, Jahr für Jahr enorme Mittel in den eigenen Fuhrpark zu stecken, kann nur so beantwortet werden: Ja, solange die Leistungen zu etwa den gleichen Preisen wie in der freien Wirtschaft angeboten werden können. Denn: Wer kommt, wenn Not am Mann ist?!

Beispiel: Sonntag, 14.30 Uhr, Kanal in der Äulestraße verstopft. In den Häusern geht nichts mehr. Abwässer treten aus den Kontrollschächten in den Keller. WC's laufen über. Es stinkt penetrant. Hilferuf natürlich an die Stadt, weil Privatunternehmer nicht zu erreichen ist. Und wer ist da bei besonderen Anlässen, Märkten, Straßenfesten? Ganz zu schweigen vom Winterdienst um Mitternacht oder in aller

Herrgottsfrühe, an Sonn- und Feiertagen?

Ein Fuhrpark ist so gut wie sein Personal, vom Fahrzeug abgesehen:

Personalstand:	1.1.	31.12.
1975:	32	30
1977:	30	28
1979:	29	30
1981:	30	28

Zum Stamm bewährter Kräfte stießen in den letzten Jahren junge Mitarbeiter, die sich nahtlos in den Betrieb einfügen.

Bei der Größe und den Aufgaben des Fuhrparks ist kein Mann zuviel. Allein zur Müllabfuhr sind im Schnitt täglich sieben Fahrer eingesetzt. Die Fuhrparkleitung weiß aber nie, was sie am nächsten Tag, außerplanmäßig erwartet. Manchmal gibt's fast zuviel, ein andermal zu wenig Fahraufträge. Das Wetter spielt dabei eine gewichtige Rolle.

Noch eines: Kranke und Urlauber gibt es auch beim Fuhrpark. Hier muß täglich disponiert und improvisiert werden. Deshalb bilden Fahr- und Werkstattpersonal eine Einheit. Im Bedarfsfalle springen Kraftfahrzeug-Handwerker aus der Werkstatt beim Fahrbetrieb ein. Alle Mitarbeiter werden entsprechend ausgebildet.

In der modernen Reparaturhalle werden alle vorkommenden Arbeiten an Fahrzeugen und Geräten ausgeführt. Beschränkung und Typisierung auf wenige Fabrikate bringen rationelle Arbeitsverfahren bei Reparaturen, weniger Standzeiten, vereinfachte Ersatzteilhaltung und Vertrautheit der Kfz-Handwerker mit der Materie. Damit wird nicht zuletzt Geld gespart.

Zum Schluß: Der Fuhrpark weiß, daß seine Arbeit mit Lärm verbunden ist. Lautlose Autos und Maschinen gibt es (noch) nicht. Wer früh durch eine Kehrmaschine oder durch ein Müllfahrzeug aus dem Schlaf geschreckt wird, reagiert mitunter heftig. Bei allem guten Willen kann am jetzigen Zustand leider nicht mehr viel geändert werden. Der Fuhrpark wünscht sich deshalb vom Bürger ein bißchen mehr Verständnis für seine Arbeit.

Kurz und bündig

Das Bauordnungsamt

Das Bauordnungsamt, Teil der unteren Baurechtsbehörde, hat darauf zu achten, daß bei der Errichtung, der Unterhaltung und dem Abbruch "baulicher Anlagen" (Wohnhäuser, Lagerschuppen, Schornsteine, Brücken, Stellplätze) die öffentlich-rechtlichen Vorschriften eingehalten und die dazu erlassenen Anordnungen befolgt werden.

Das Amt befaßt sich also in der Hauptsache mit folgenden Aufgaben:

Bearbeitung der Bauanträge in bauordnungsrechtlicher Sicht

Bauüberwachung und Bauabnahmen

Bauberatung

Bau- und Brandverhütungsschau

Überwachung von Hauskläranlagen und geschlossenen Gruben

Verkehrswertschätzungen

Anerkennungsbescheide im steuerbegünstigten Wohnungsbau

Anträge auf Baudarlehen

Prüfung statischer (bautechnischer) Unterlagen

Grundstücksteilungen

Begründung von Wohnungseigentum

Verwaltung der Bauregistratur

An Bauanträgen wurden eingereicht:

Jahr	Kernstadt	Stadtteile	zusammen
1975	562	398	960
1976	458	555	1013
1977	516	316	832
1978	573	263	836
1979	564	225	789
1980	523	228	751
1981	406	209	615



Konrad Kost, 55, leitet das Amt seit 1. Juli 1966.

Fertiggestellte Wohnungen:

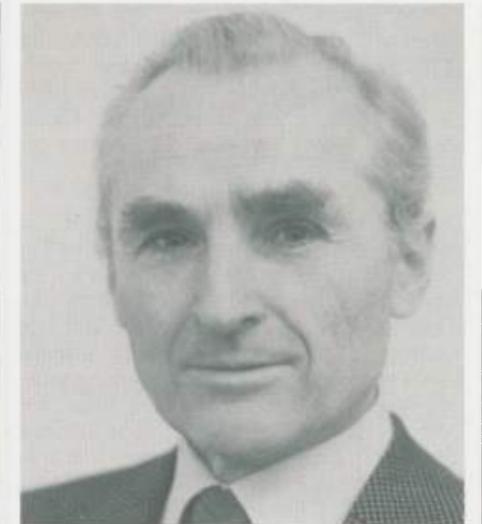
Jahr	Kernstadt	Stadtteile	zusammen
1975	363	86	449
1976	241	119	360
1977	368	106	474
1978	128	112	240
1979	297	124	421
1980	288	118	406
1981	236	100	336

Personal des Bauordnungsamtes

Das alles wird bewältigt von neun Mitarbeitern. Neben dem Amtsleiter zwei Bauverständige (einer davon vertritt den Amtsvorstand), ein Sachbearbeiter für Statik und sonstige bautechnische Nachweise, vier Baukontrolleure und eine Sekretärin.



Der erste (Spaten-) Stich im Eisenhut



Dr. Georg Cwienk, 52, Technischer Werkleiter der Stadtwerke seit 1. März 1979, sein Vorgänger war Helmut Schmerda, 67. Kaufmännischer Werkleiter ist seit 1. Mai 1974 Hermann Karch, 53.

Licht, Kraft, Wasser und Wärme

Die Stadtwerke

Die bedeutendste Entscheidung der letzten Jahre für die weitere Entwicklung der Stadtwerke traf der Gemeinderat am 20. Dezember 1976, die Verlegung der Werke von der Nonnengasse in den Eisenhut. Der bisherige Standort mitten in der Altstadt kann im Rahmen der Altstadtsanierung neuer Verwendung zugeführt werden.

In die Wege geleitet wurde die Auslagerung mit einem Wettbewerb unter Tübinger Architekten. Bei 17 Teilnehmern ging der 1. Preis an Rainer Mühlich. Er und Architekt Winfried Huthmacher erhielten den Planungs- und Ausführungsauftrag.

Nach dem ersten Spatenstich am 19. Mai 1978 war der 1. Bauabschnitt im Oktober 1980 errichtet. Er umfaßt, bei rationeller Flächennutzung, den gesamten Betriebs-

hof (Frei-, Zentral- und Schwermateriallager, die Zentralwerkstatt und die Fahrzeughallen). Obwohl ein früheres Teerlager des ehemaligen Gaswerkes erhebliche Schwierigkeiten bereitete, war der Neubau, an dem sich 31 Firmen beteiligten, nahezu termingerecht fertig geworden.

Für den II. Bauabschnitt hat der Gemeinderat bereits das Plazet erteilt, mit der Fertigstellung rechnen die Stadtwerke zum Ende des Jahres 1983.

Ersatz für teures Heizöl

Als Aufgabe von zentraler Bedeutung stellte sich in jüngster Vergangenheit die Erarbeitung eines langfristigen Energieversorgungskonzeptes mit der Zielsetzung, das immer knapper und teurer werdende Heizöl durch eine leitungsgebundene Wärmeversorgung im Stadtgebiet zu ersetzen. Die seit Frühjahr 1980 vorliegende Konzeption ist nach reger, auch öffentlich geführter Diskussion (auf einem Podium des "Schwäbischen Tagblatts" am 15. Januar 1981 im LTT) vom Werksausschuß vorberaten und vom Gemeinderat am 25. Mai 1981 im Grundsatz gebilligt worden.

Nach dem Energieversorgungskonzept haben Vorrang:

1. der Bau der 2. Erdgasleitung, von Reutlingen nach Tübingen als einer "wichtigen Säule" der Tübinger Energieversorgung;
2. die optimale Zonenaufteilung für die leitungsgebundene Wärmeversorgung der Stadt;
3. der Ausbau und die Zusammenfassung der Fernwärmenetze in der Nordstadt;
4. die Übernahme der Stromversorgung in den bisher noch von der EVS versorgten Stadtteilen Bühl, Hagelloch, Hirschau, Kilchberg, Pfrondorf, Unterjesingen und Weilheim nach Ablauf der Konzessionsverträge anno 1985;
5. der Bau einer Heizkraft-Stufe im Heizkraftwerk Waldhäuser-Ost.

Der Strom

Der Strombedarf stieg von 1975 bis 1981 von 168,4 Mio. kWh auf 202,9 Mio. kWh oder um knapp 20 Prozent. Aus den beiden stadteigenen Wasserkraftwerken Rappenberghalde und Brückenstraße

kamen davon fünf Prozent; 95 Prozent liefert die EVS über die Umspannwerke (110/20 kV) Kraftwerk Tübingen, Großholz und Waldhäuser. Der Leistungsbedarf ist in dieser Zeit von 38,87 auf 43,62 Megawatt (MW) um rund 12 Prozent gestiegen.

Das Umspannwerk Waldhäuser wurde in den Jahren 1975-77 erstellt und am 12. Dezember 1977 in Betrieb genommen. Es versorgt die Nordstadt einschließlich der Institutsneubauten Morgenstelle und der Kliniken auf dem Schnarrenberg. Zugunsten einer sicheren Stromversorgung wurden ferner 16 stadtwerke- und neun abnehmereigene Transformatorstationen installiert, dazu 10,5 Kilometer 110 kV-Gasinnendruckkabel, 25 Kilometer 20 kV-Kabel, 153 Kilometer Niederspannungs- und Straßenbeleuchtungskabel sowie 56 Kilometer Steuer-, Telefon- und Feuermeldeleitungen.

In den Jahren 1976/77 wurde die alte Schaltwarte im Neckarwerk so umgestaltet, daß von ihr aus das gesamte Hochspannungsnetz mit den drei Umspannwerken einschließlich der Hauptschaltwerke und des Wasserkraftwerkes an der Rappenbergalpe überwacht und ferngesteuert werden können. Die Netzleitwarte, rund um die Uhr besetzt, überwacht und steuert außerdem die Trinkwasserförder- und -speicheranlagen. Von hier aus wird auch der Entstörungsdienst für die Strom-, Gas- und Wasserversorgung außerhalb der normalen Dienstzeit veranlaßt und koordiniert.

Nach jahrelangem Bemühen ist es den Stadtwerken gelungen, das Wasserrecht für die beiden Kraftwerke Rappenbergalpe und Brückenstraße dergestalt zu novellieren (im Sinne des neuen Wasserrechts für Baden-Württemberg vom 26. April 1976), daß die Werke von der Unterhaltung von etwa zehn Kilometer Neckarufer weitgehend entbunden sind. Das bringt erhebliche finanzielle Vorteile.

Im Anschluß daran konnten 1979/80 am Wasserkraftwerk Rappenbergalpe, zur Erhaltung dieser umweltfreundlichen Stromerzeugung, umfangreiche Sanierungsmaßnahmen vorgenommen werden. Wasser aus dem undichten Oberwasser-

kanal hatte den Werkskomplex teilweise unterspült, an Gebäuden gab es Risse und Setzungen. Es ist geplant, 1982 die 70 Jahre alten abgenutzten Turbinen im Neckarwerk zu erneuern.

Die dem Tiefbauamt zugeordnete, von den Stadtwerken vertragsmäßig betriebene Straßenbeleuchtung ist mit rund 64 Kilometern Kabel und 820 Leuchten erneuert und erweitert worden. Es wird konsequent darauf geachtet, mit entsprechenden Schaltungen und Leuchten Energie zu sparen.

Das Gas

Die stürmische Entwicklung des Gasab-satzes nach der Erdgasumstellung im Jahr 1970 hat bis heute angehalten. Die Gasabgabe, 1969 gut 38 Millionen Kilowattstunden (kWh), geht inzwischen über 300 Millionen kWh hinaus. Erdgas ersetzt in erster Linie feste und flüssige Brennstoffe insbesondere in Neubaugebieten.

Der Gasboom in Tübingen stellte jedoch die Stadtwerke zeitweise vor schwierige Probleme: maximale Tages- und Jahresmengen müssen dem Vorlieferanten (Stadtwerke Reutlingen) bereits zwei Jahre vorher angemeldet werden. Diese Vorausmel-

dungen zu über- oder zu unterschreiten kann erhebliche zusätzliche Kosten zur Folge haben, sich also ungünstig auf die Wirtschaftlichkeit der Gasversorgung auswirken. Die Stadtwerke versuchen dem mit einem ausgeklügelten Prognoseverfahren zu begegnen. An kältesten Tagen wird daneben die Flüssiggas-Mischanlage zur "Spitzenbrechung" aktiviert.

Die starke Nachfrage nach Gas zwang zur Verstärkung und Sanierung des Mittel- und Niederdrucknetzes in der gesamten Kernstadt. Vorhandene Gasdruckreglerstationen waren auf größere Leistung umzubauen und zusätzliche Regleranlagen neu zu installieren; die Investitionsrate lag jährlich bei etwa 2,5 Millionen Mark. Neu verlegt beziehungsweise erneuert wurden 6 156 Meter Hochdruckleitung, 23 362 Meter Niederdruckleitung sowie 580 Gas-Hausanschlüsse.

Die zweite Leitung

Die 1948/49 gebaute bislang einzige Ferngasleitung erreichte die Grenze ihrer Kapazität. Seit 1978 mußte zur Deckung des Spitzenbedarfs an extrem kalten Wintertagen die Flüssiggas-Luftmischanlage eingeschaltet werden. Der Bau einer zweiten Ferngasleitung ließ sich nicht mehr auf-

schieben, zumal das Land sein Fernheizwerk II am Nordring auf bivalenten Heizbetrieb mittels Erdgas/Leichtöl umzustellen gedachte. Zur Versorgung dieses Heizwerkes (sein Anschlußwert rund 52 Megawatt) muß von der zweiten Ferngasleitung bei der Hindenburgkaserne abgehend ein Abzweig von 8,9 Kilometern verlegt werden. Damit kann dann auch das stadtwerkseigene Fernheizwerk Waldhäuser-Ost gespeist werden. Die Ferngasleitung ab Reutlingen-Betzungen bis Eisenhutstraße und die Gashochdruckleitung bis zum Fernheizwerk II der Uni (Gesamtlänge 18 km) kostet einschließlich der Übergabestationen (Betzungen III, Eisenhut, "Im Äule") etwa zehn Millionen Mark, wobei sich das Land an den Kosten des Abzweiges angemessen beteiligt. Finanziert wird die im Ausbau begriffene Leitung von Tübingen und Reutlingen im Verhältnis 80:20. Sie soll im Winter 1982/83 betriebsbereit sein.

Das Wasser

Der Wasserbedarf im Versorgungsgebiet der Stadtwerke hat von 6,0 Millionen Kubikmeter im Jahr 1975 auf 5,9 Millionen im Jahr 1981 abgenommen, vermutlich im Gefolge feuchter Sommer sowie gestiegener Wasser- und Abwasserpreise; wohl aber auch als Folge geschärften Umweltbewußtseins der Bürger. Dennoch waren umfangreiche Investitionen erforderlich, das heißt 37,4 Kilometer Rohrleitungen und 1123 Hausanschlüsse zu verlegen.

Aus dem 1974 fertiggestellten Pumpwerk Gernfeld auf Markung Hirschau als Grundpfeiler der Eigenwasserversorgung, konnten Weilheim und Kilchberg mit versorgt, das Pumpwerk Weilheim wegen der hohen Gesamthärte und des Sulfatgehaltes stillgelegt werden; es bleibt jedoch zur Notversorgung erhalten. Mit einer neuen Leitung zum Hochbehälter Weilheim und einer erneuerten Verbindung von Weilheim nach Kilchberg ist die Versorgung dieser Stadtteile langfristig gesichert worden.

In Hageloch wurde eine Drucksteigerungsanlage für Jesinger Holz und Dornäcker notwendig; in Bebenhausen war der Trink-

wasserbehälter durch Einbau einer Chlordosierung zu sanieren; in Pfrondorf und im Behälter Geigerle wurde die Hydraulik im Wasserbehälter verbessert. 1978 nahm die Stadt den neuen Trinkwasserbehälter Stauffenberg mit 4 000 Kubikmeter in Betrieb. Heute steht ein Speichervolumen von 24 000 Kubikmeter zur Verfügung, das entspricht dem Spitzenbedarf an Sommertagen. Der 1980 begonnene neue Behälter "Auf dem Kreuz" bringt zusätzliche 3 000 Kubikmeter.

Hand in Hand damit richteten die Stadtwerke eine zentrale Überwachungs- und Steuerstelle ein und tauschten die alte Wasserwarte gegen eine moderne Anlage aus. Im Zusammenhang damit wurden in den Pumpwerken Goldersbach und Großholz neue Pumpen mit Schaltverteilern eingebaut. Der Horizontalfilterbrunnen im unteren Neckartal erhielt 1980 drei zusätzliche Filterstränge aus Edelstahl; die 1954 eingebauten Filter aus verzinktem Stahl hatten sich durch Verockerung weitgehend zugesetzt.

Trinkwasser ist eines der wichtigsten Lebensmittel. Die Stadtwerke geben deshalb jährlich erhebliche Beträge für die bakteriologische und chemische Untersuchung des Wassers aus. Seit der Einführung der Trinkwasserverordnung vom 31. Januar 1975 werden sämtliche Förderanlagen einmal im Jahr auf Schwermetalle untersucht. Nach den Meßergebnissen gibt es in Tübingen auch keine Gefährdung durch Chlor-Kohlenwasserstoff-Verbindungen.

Weitere Projekte für die Sicherung der Wasserversorgung stehen bevor, so der Bau der zweiten Bodenseeanschlußleitung und die Erweiterung des Wasserbehälters Heuberg zur Deckung des Zusatzbedarfs der neuen Kliniken. Das derzeitige Bezugs-kontingent von 203 Sekundenlitern kann um weitere 53 Liter erhöht werden. Die eigenen Brunnen fördern derzeit bis zu 250 Sekundenliter.

Die Fernwärme

Der Anschlußwert in der Fernwärmeversorgung Waldhäuser-Ost stieg von 30,6 MW (1975) bis 1981 nur noch auf 35,5 MW. In der gleichen Zeit nahm der Gesamtwirkungsgrad des Fernwärmesystems von et-

wa 74 auf nahezu 80 Prozent zu. Neue Fernwärmekunden schlossen sich im Bereich Eschenweg, Berliner Ring, Fichtenweg und Falkenweg an, wozu rund 4 500 Meter Rohrleitungen zu verlegen waren.

Nach dem Energiekonzept der Stadt sollen an die Fernwärmeversorgung Waldhäuser-Ost das Neubaugebiet "Ursainer Egert", die Fernheizung Ochsenweide und weitere kleinere Blockheizwerke angeschlossen werden, die Befuerung der Kesselanlage Waldhäuser-Ost 1982/83 auf Erdgas/Heizöl umgerüstet werden.

Zur sinnvolleren Energieausnutzung will man im Fernheizwerk durch Vorschalten einer Kraftstufe elektrische Energie erzeugen und die dabei anfallende Wärme in das Fernwärmenetz einspeisen.

Auch die Fernwärmeversorgung Galgenberg konnte neue Kunden im Wennfelder Garten gewinnen. Abgesehen von zwei Leckagen im Leitungssystem, gab es keine Störungen in der Versorgung. Mit dem Anschluß des neuen Betriebshofes der Stadtwerke an diese Fernheizung erhöhte sich der Anschlußwert um weitere 0,8 MW, er liegt heute bei rund drei Megawatt. Mit dem Bau der neuen Heizzentrale im Verwaltungsgebäude der Stadtwerke kann künftig auch Strom und Wärme in einem Blockheizwerk (im 2. Untergeschoß des Verwaltungsgebäudes) erzeugt werden, wobei die Abwärme der Fernheizung zugeführt wird.

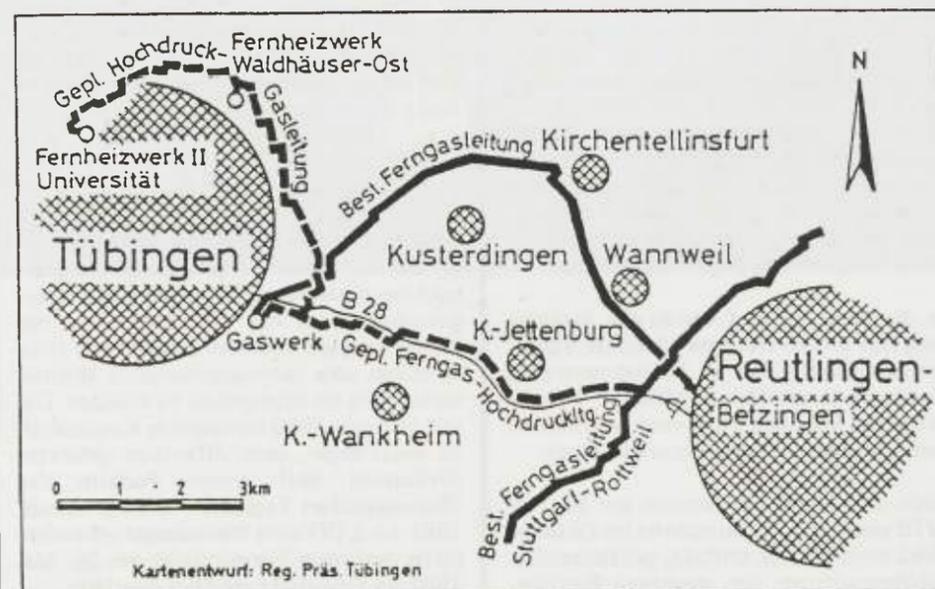
Die Fernwärmeversorgung Ochsenweide, die von den Stadtwerken Tübingen technisch und kaufmännisch betreut wird, mußte eine Reihe von Störungen im Verteilernetz hinnehmen. Eine Sanierung des Netzes läßt sich nicht länger aufschieben. Der Anschlußwert liegt heute bei 4,8 MW; weitere Anschlüsse sind geplant, so für den Erweiterungsbau des Luise-Wetzels-Stiftes.

Die Bäder

Mit zwei Hallenbädern und einem Freibad ist das Angebot an öffentlichen Bädern in Tübingen ausreichend. Im Jahresmittel werden

im Hallenbad Nord

253 000 149





im Umlandbad 134 000
und im Freibad 230 000

Besucher gezählt. Das Umlandbad wurde im letzten Jahrzehnt vollständig modernisiert; zuletzt erhielten Schwimmbecken und Beckenumgang einen neuen Plattenbelag, wurden der Wasserspiegel angehoben und eine Überlaufrinne installiert.

Die drastische Verteuerung der Brennstoffe bewog die Stadtwerke, eine Wärmerückgewinnung aus der Abluft der Schwimmhalle und der Duschen sowie eine wirtschaftliche Warmwasserheizung mit Gasbefuerung einzubauen. Außerdem wurden neue Dusch- und Wannensäler installiert. Wasserqualität und Badehygiene haben ein Höchstmaß erreicht. An einem Warmbadetag besuchen bis zu 2 000 Badegäste das Hallenbad.

Die Anfang der 70er Jahre begonnenen Renovierungen und Umbauten im Umkleidebereich des Freibads wurden mit dem Einbau von Selbstbedienungsschränken im ehemaligen Männerumkleideabteil fortgesetzt. Am Eingang wurde ein Kassensystem aufgestellt. Inhaber von Dauerkarten können nun schnell passieren; an Schlechtwettertagen sowie in den Früh- und Abendstunden braucht die Kasse nicht mehr besetzt zu werden. Mit Rücksicht auf die Energiekosten wird das Beckenwasser nur noch auf etwa 21 Grad (gegenüber früher 24) erwärmt.

Die zu Jahresbeginn 1976 und 1981 festgesetzten Bädertarife sind der allgemeinen Kostenentwicklung nicht in vollem Umfang gefolgt. Derzeit kostet die normale Eintrittskarte für Erwachsene drei und für Jugendliche zwei Mark. Die Badezeit in den Hallenbädern ist nur noch an Sonn- und Warmbadetagen beschränkt. Von den 1974 eingeführten Jahreskarten für Hallen- und Freibad werden im Schnitt rund 1 400 pro Jahr verkauft. 250 Familien leisten sich die mit 250 Mark besonders preisgünstige Familienkarte.

Wo das Geld herkommt

Die Stadtwerke hatten 78 Millionen Mark zu investieren. Davon für die

Stromversorgung	24,4 Millionen,
Gasversorgung	15,8 Millionen,
Wasserversorgung	22,1 Millionen,
Fernwärmeversorgung	2,0 Millionen,
Bäder	1,3 Millionen,
Betriebshof Eisenhut	11,5 Millionen.

Die Sach- und Finanzanlagen der Stadtwerke haben einen Buchwert von 120 Millionen Mark erreicht.

Aus eigenen Mitteln konnten die Werke zu diesen Investitionen nur gut die Hälfte beisteuern; 8,8 Millionen kamen von der Stadt, über sieben Millionen als Bauko-

So negativ die Bäderbilanz unter dem Strich auch sein mag . . .

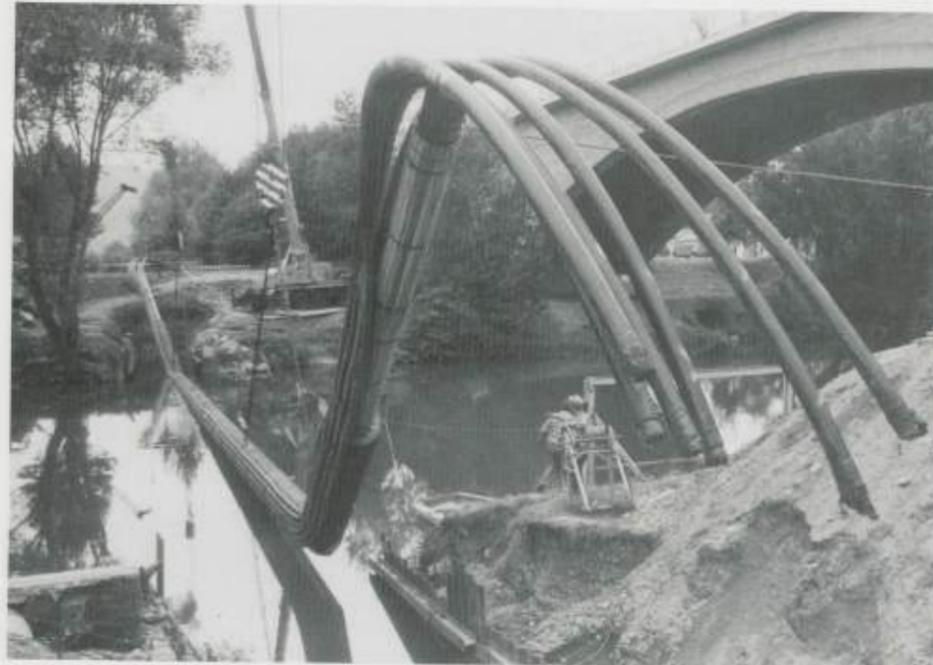
stanzuschüsse von Anschließern und 18 Millionen als Darlehen von Banken. Schließt man die Bäder aus, beträgt das Verhältnis von Eigen- zu Fremdkapital derzeit 1:1,38.

Erwirtschaftet wurden 1975 - 1981 an Gewinn der Versorgungsbetriebe 10,3 Millionen Mark, die Bäderverluste betragen 10,0 Millionen, die Konzessionsabgabe 22,7 Millionen Mark. Der nach Abzug der Bäderverluste verbleibende Jahreserfolg ging wie die Konzessionsabgabe in den Haushalt der Stadt ein. Die Forderung nach einem angemessenen Ertrag der Werke wurde damit hinreichend erfüllt.

Die Tarife

Bedingt durch die Ölpreisexlosion stiegen die Preise für Versorgungsgüter der Stadtwerke stärker an als die allgemeinen Lebenshaltungskosten. Der Strompreis wurde 1975 um 16 Prozent angehoben, blieb drei Jahre unverändert und wurde zum 1. Juli 1978 und 1. Januar 1980 um jeweils sieben Prozent erhöht, 1981 kamen weitere 16 Prozent hinzu, alles in allem also 46 Prozent!

Ab 1. Januar 1975 wurde außerdem eine Ausgleichsabgabe zur Sicherung der Elektrizitätsversorgung - der sogenannte Kohlepfennig - eingeführt. Er lag zunächst bei 3,24 Prozent, stieg bis auf 5,5 Prozent



Wasser, Gas, Strom und Fernwärme- die Stadtwerke machen es möglich.



und beträgt jetzt 3,7 Prozent. Dieser Kohlepennig summierte sich in Tübingen auf 800 000 bis 1 500 000 Mark jährlich.

Das Gas zog 1974 und 1975 kräftig an und blieb dann über vier Jahre unverändert; die Gasheizung bot gegenüber dem Öl erhebliche preisliche Vorteile. 1980 setzte eine stufenweise Anpassung der Gaspreise an das übrige Energiepreisniveau ein. Von 1975 bis Herbst 1981 sind die Tarif- und Sonderabkommenspreise beim Gas um 70 Prozent gestiegen, im gleichen Zeitraum nahmen die Leichtölpreise um 150 Prozent zu. Inzwischen sind die Gaseinkaufspreise voll an das Öl gebunden.

Der Wasserpreis, am 1. Januar 1975 auf 1.10 Mark je Kubikmeter festgesetzt, liegt seit Juli 1981 bei 1,50 Mark nach drei Erhöhungen, bedingt vor allem durch die hohen Ersatzinvestitionen. Im Vergleich zu anderen Städten des Landes mit Fremdwasserbezug liegt Tübingen immer noch relativ günstig.

Stärker noch als bei Strom und Gas bot sich bei der Fernwärme ein Spiegelbild der Ölpreisentwicklung. Das Fernheizwerk Waldhäuser-Ost wurde durchweg mit Schweröl betrieben, das gegenüber dem Leichtöl im Preis langsamer stieg, sodaß fernwärmeversorgte Kunden billiger heizten als private Haushalte mit Ölheizungen. Die Kessel der Fernheizung Galgenberg-Ost wurden teilweise mit leichtem Heizöl, überwiegend jedoch mit Gas befeuert.

Eine wesentliche Veränderung der Rechtsverhältnisse zwischen den Stadtwerken und ihren Kunden brachten die seit 1. April 1980 geltenden Rechtsverordnungen für die Versorgung von Tarifkunden (AVB V). So dürfen zum Beispiel die Unterhaltungskosten der Hausanschlüsse nicht mehr auf die Anschlußnehmer abgewälzt werden; geändert wurden insbesondere die Haftungsbestimmungen zugunsten der Kunden; für jedes neue Baugebiet müssen künftig die Baukostenzuschüsse gesondert ermittelt werden. In den Stadtteilen gelten anstelle der früheren Satzungen nun die privatrechtlichen Wasserversorgungsbedingungen der Stadtwerke.

Im Frühjahr 1979 wurde erstmals als besonderer Kundendienst mit Hilfe der EDV

bei Strom und Gas eine Besteinstufungsaktion durchgeführt. Von den 30 000 Kunden der Stadtwerke mußten nur etwa 2 000 in einen günstigeren Tarif umgestuft werden.

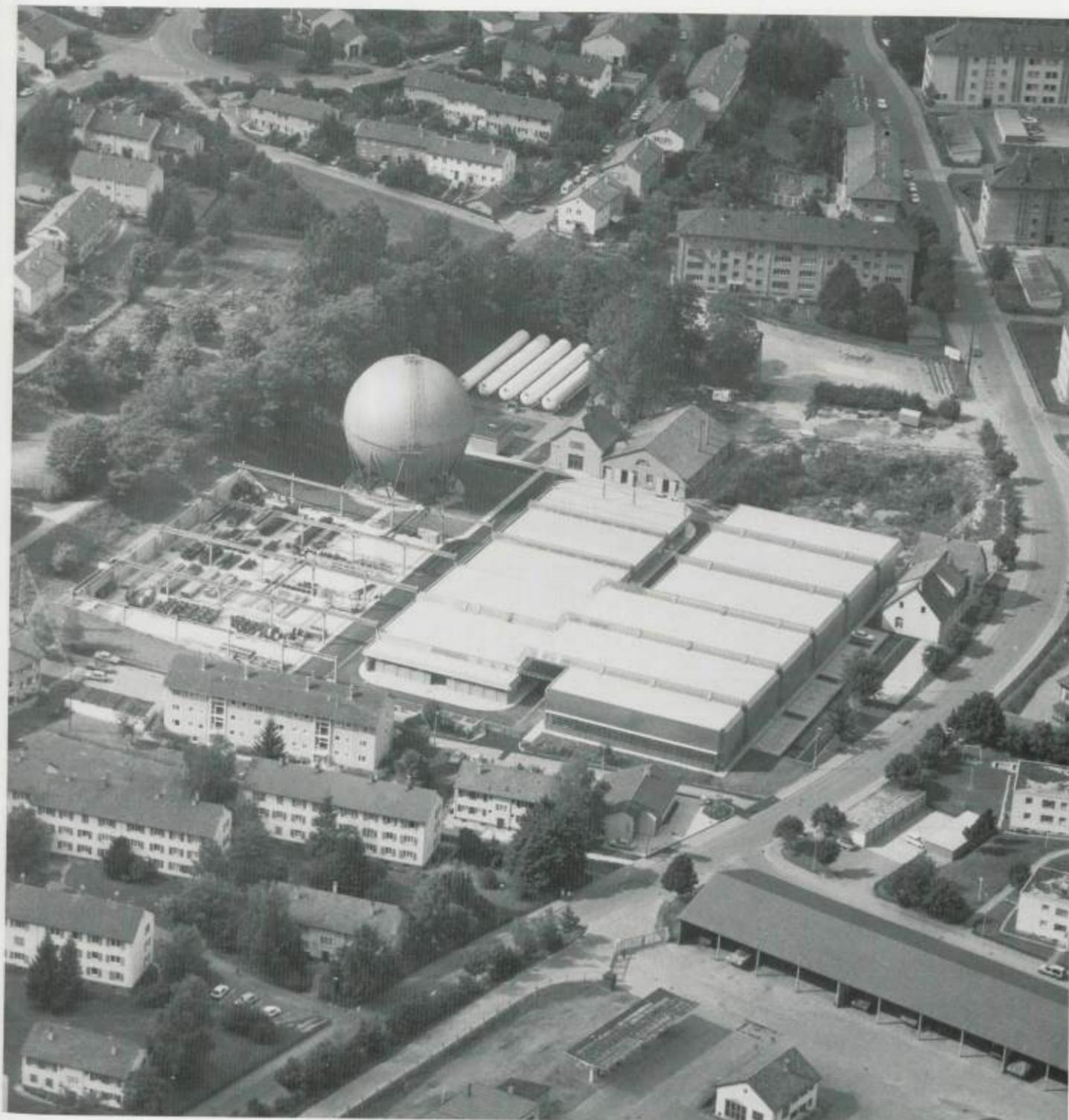
Die neue Aera

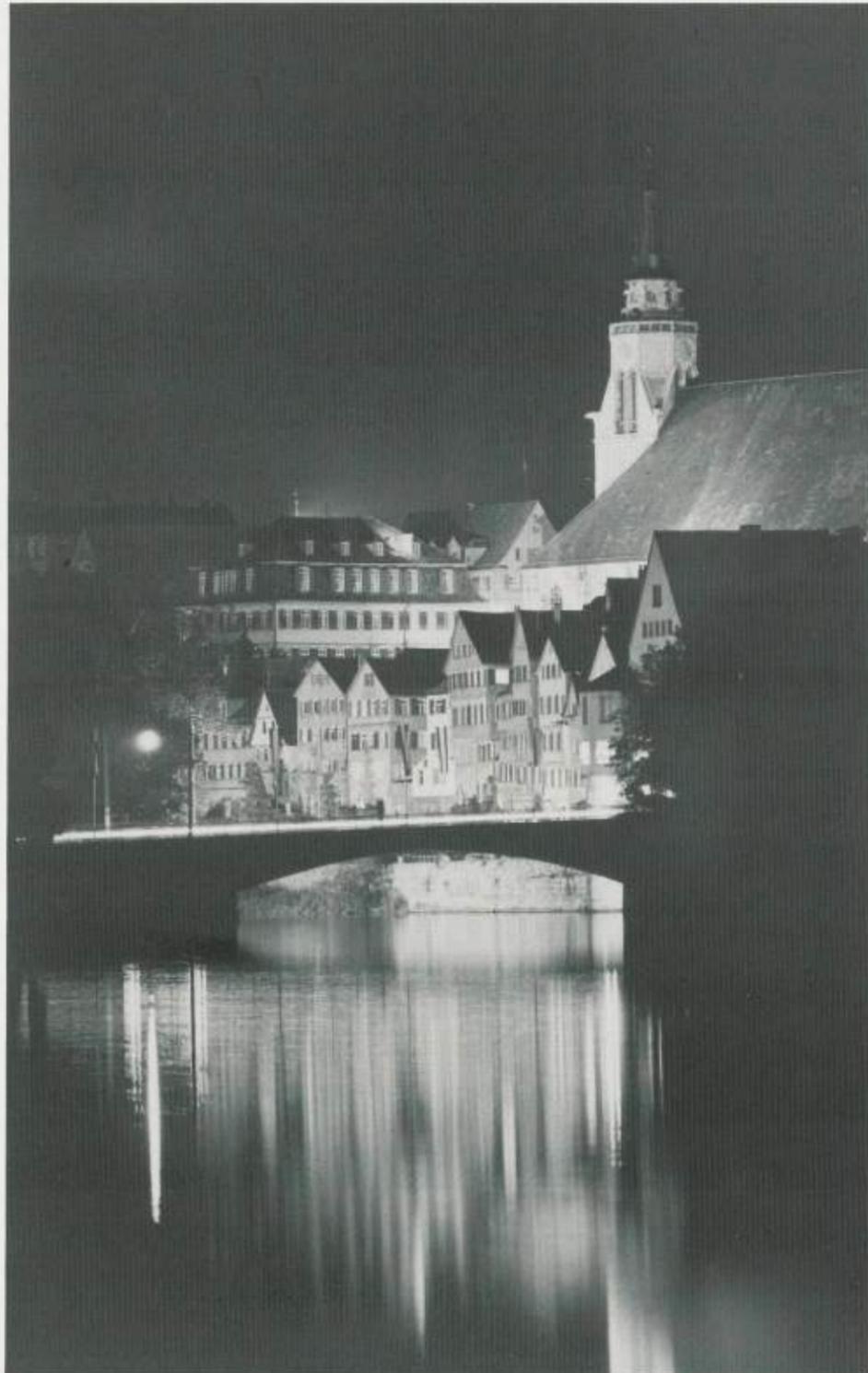
Die Stadtwerke waren bisher ein sogenannter Eigenbetrieb der Stadt, rechtlich unselbständig, aber organisatorisch und vermögensrechtlich gesondert verwaltet. Vor dem Hintergrund erheblicher Investitionen und den sich daraus ergebenden steuerlichen und finanziellen Auswirkungen stellte sich 1979 verstärkt die Frage nach einer Änderung der Rechtsform der Stadtwerke. Eine Wirtschaftsberatungsgesellschaft kam gutachtlich zu dem Ergebnis, daß die Stadtwerke künftig besser als Eigengesellschaft zu führen seien. Sie kann aufgrund steuerrechtlicher Begünstigung bei gleicher Bilanzstruktur und Erfolgslage mehr Konzessionsabgabe an die Stadt abführen als der Eigenbetrieb.

Der Gemeinderat hat mit Rücksicht darauf und auf die organisatorisch/betriebswirtschaftlichen und kommunalpolitischen Aspekte der Umwandlung der Stadtwerke in eine Eigengesellschaft und den erforderlichen Verträgen zugestimmt. Stichtag für die Umwandlungsbilanz war der 1. Juli 1981; rechtlich wirksam wurde die Umwandlung mit der Eintragung in das Handelsregister zu Jahresbeginn 1982.

Nach dem Regiebetrieb und dem Eigenbetrieb, der inzwischen eine Bilanzsumme von 120 Millionen Mark erreicht hatte, gehen die Stadtwerke und ihre 230 Mitarbeiter nun in die dritte Aera ihrer 120jährigen Geschichte.

Alles unter einem (Eisen-)Hut: der neue Betriebshof der Stadtwerke. ▶





Baut für die Bürger

Die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft Tübingen

Die GWG vollzieht als kommunaler Bauträger den wesentlichen Teil der städtischen Wohnungsbauprogramme.

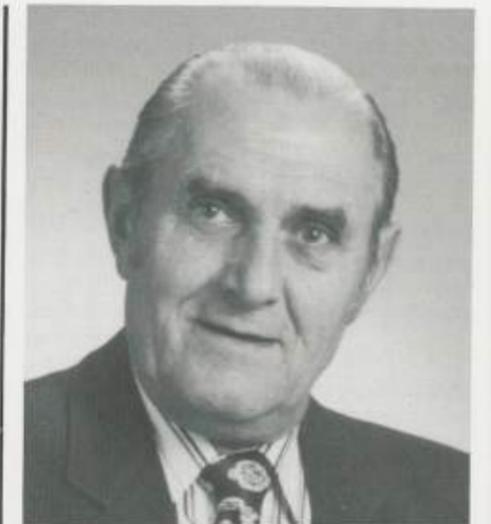
Die Gesellschaft ist 1942 aus dem 1899 gegründeten Gemeinnützigen Wohnungsverein e.V. und der 1936 entstandenen Wohnungsbau Tübingen mbH durch Verschmelzung gebildet worden. Die Stadt hält seitdem die Mehrheit des Stammkapitals.

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft ist aus fünf Vertretern des Gemeinderats und der Stadtverwaltung sowie vier weiteren Gesellschaftern gebildet. Vorsitzender ist Oberbürgermeister Dr. Eugen Schmid.

Hauptamtlicher Geschäftsführer war bis zum 31. Dezember 1978 Direktor Albert Frey. Ab 1979 hat Wolfgang Gladen diese Funktion übernommen. Nebenamtlicher Geschäftsführer ist Stadtverwaltungsdirektor Albert Fauser.

Dieser Verwaltungsbericht greift mit den Jahren 1975 bis 1981 einen Zeitraum auf, in dem in Tübingen erneut größerer Wohnungsbedarf entstanden ist und noch entsteht.

Die wachsende Zahl Studierender ist in Tübingen der wohl wesentlichste Faktor, der noch durch die gegenläufige Tendenz verstärkt wird, daß — wie es der Haus- und Grundbesitzerverein sagt — viele Einzelzimmer nicht mehr vermietet werden. Der Wohnungsbedarf für Familien, der nach der Fertigstellung der Mietwohnungen im Baugebiet Waldhäuser-Ost merklich geringer war, ist wieder gestiegen. Es sind vor allem junge Familien, die nicht versorgt sind und die nachgezogenen Familien ausländischer Arbeitnehmer, die aus vorübergehend angemieteten Quartieren in



Wolfgang Gladen, 49, Geschäftsführer seit 1979; sein Vorgänger war Albert Frey, 68.

bessere Wohnungen drängen oder noch gar keine Unterkunft haben.

Unter den Bewerbern um eine Sozial-Mietwohnung sind viele Familien und Alleinstehende mit Kindern, deren Bezugsberechtigung für die vor 1965 fertiggestellten Wohnungen gilt. Ihr Einkommen liegt also mindestens 20 Prozent unter den für Sozial-Mietwohnungen geltenden Grenzen des § 25 II. WoBauG. Für sie ist es besonders schwierig eine ausreichend große und preiswerte Wohnung zu finden.

Die älteren Wohnungen, vor allem wenn es größere für kinderreiche Familien sind, werden kaum einmal frei. Auch wenn von der ursprünglich großen Familie nur noch das Mütterchen in der Vier- oder Fünf-Zimmerwohnung lebt, wird sie nicht umziehen, sondern in der gewohnten Umgebung bleiben und durch Untervermietung die ohnehin günstige Miete noch verbessern wollen.

In der Wirkung ist dieses vom Mietrecht gestützte Verhalten für den Markt der älteren, nicht modern ausgestatteten und deshalb billigen Wohnungen genauso schädlich wie der Verkauf solcher Wohnungen. Viele Gesellschaften und auch das Land Baden-Württemberg bieten Sozial- und Altbau-

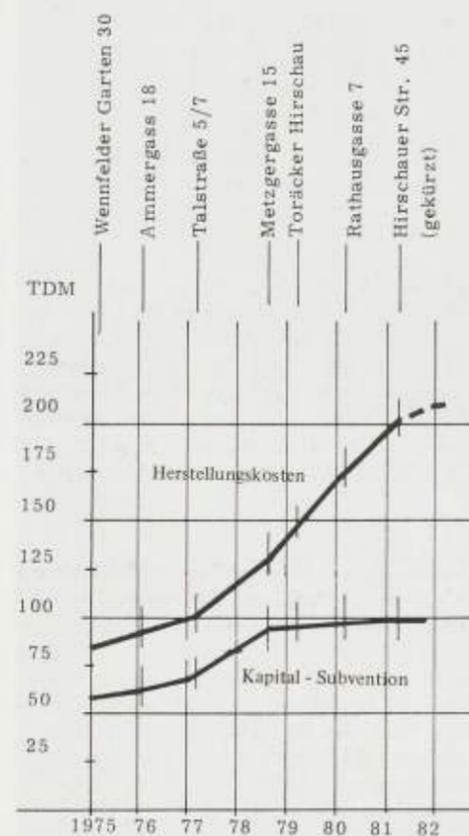
wohnungen entweder den Mietern zum Kauf an oder veräußern sie beim Freiwerden zu einem im Verhältnis zu Neubauten ganz geringen Preis. Das ist natürlich auch eine Art der Eigentumsförderung — aber eben zu Lasten des einkommensschwächeren Teils der Bevölkerung, für den diese Wohnungen entgeltlich nicht mehr zur Verfügung stehen.

Dieser Wohnungsbedarf drückt sich in der Warteliste der GWG zum Ende des Jahres 1981 mit 230 Bewerbungen um eine Mietwohnung aus. Darunter sind 95 deutsche Familien mit Kindern und 70 Familien ausländischer Arbeitnehmer. Sie suchen 130 Drei-Zimmerwohnungen und 60 Vier-Zimmerwohnungen. Die Miete samt Nebenkosten sollte bei der überwiegenden Zahl der Bewerber nicht höher als 500 Mark sein.

Diesem Bedarf steht nur eine geringe Zahl neuer Wohnungen gegenüber, die für Familien geeignet und für Durchschnittsverdiener bezahlbar sind.

Das ist auch die Folge der sprunghaft gestiegenen Grundstücks- und Baupreise, denen die öffentliche Förderung des Wohnungsbaues nicht gefolgt ist. Die Entwicklung der Gesamtkosten und der öffent-

lichen Förderung – jeweils ermittelt aus Bauvorhaben der GWG – geht aus einem Diagramm hervor.



Kosten und Förderungsbeträge für eine 75 qm Mietwohnung

Bei dem auf über 50 Prozent der Gesamtkosten angestiegenen Finanzierungsbedarf, der aus Kapitalmarktdarlehen oder aus Eigenmitteln des Bauträgers gedeckt werden muß, ist der Neubau von Mietwohnungen derzeit nur möglich, wenn langfristig erhebliche Verluste in Kauf genommen oder weitere Zuschüsse gewährt werden.

Die Universitätsstadt Tübingen hat aus diesem Grunde für den Neubau Rathausgasse 7 ein zinsloses Darlehen gewährt und für den 1981 geplanten Neubau Konrad-Adenauer-Straße 8 den Grundstückspreis auf 100,- DM/qm herunter subventioniert.



Hirschauer Straße 45: Das erste Mehrfamilienhaus mit sechs Eigentumswohnungen, bezogen im August 1981

Mietwohnungsneubau in Hirschau-Toräcker: 71 Wohnungen wurden 1979/80 bezogen



Die Versorgung der Wohnungssuchenden aus dem Bestand der Gesellschaft an älteren und neueren Wohnungen kann nur in geringem Umfange erfolgen. Die nachstehenden Zahlen mögen dies verdeutlichen:

	Erstvermietung	Folgevermietung	zusammen
1975	41	22	63
1976	3	18	21
1977	14	39	53
1978	-	40	40
1979	34	33	67
1980	53	46	99
1981	-	28	28
Gesamt	145	226	371

Nach den 1970 - 1972 im Baugebiet Waldhäuser-Ost erstellten 136 Mietwohnungen konnte die GWG in den Jahren 1975 - 1981 145 Mietwohnungen für 17,6 Millionen Mark fertigstellen:

- 1975 Wennfelder Garten 30: 41 Zwei-, Drei-, Vier-Zimmerwohnungen
Baukosten – : 3 630 000,- DM
- 1976 Ammergasse 18: 3 Zwei- und Drei-Zimmerwohnungen
Baukosten – : 295 000,- DM
- 1977 Talstraße 5/7: 14 Zwei-, Drei-, Vier-Zimmerwohnungen
Baukosten – : 1 505 000,- DM
- 1979 Metzgergasse 15: 10 Zwei-, Drei-, Vier-Zimmerwohnungen
Baukosten – : 1 355 000,- DM
- 1980 Toräcker Hirschau: 71 Zwei-, Drei-, Vier-Zimmerwohnungen
Baukosten – : 9 895 000,- DM

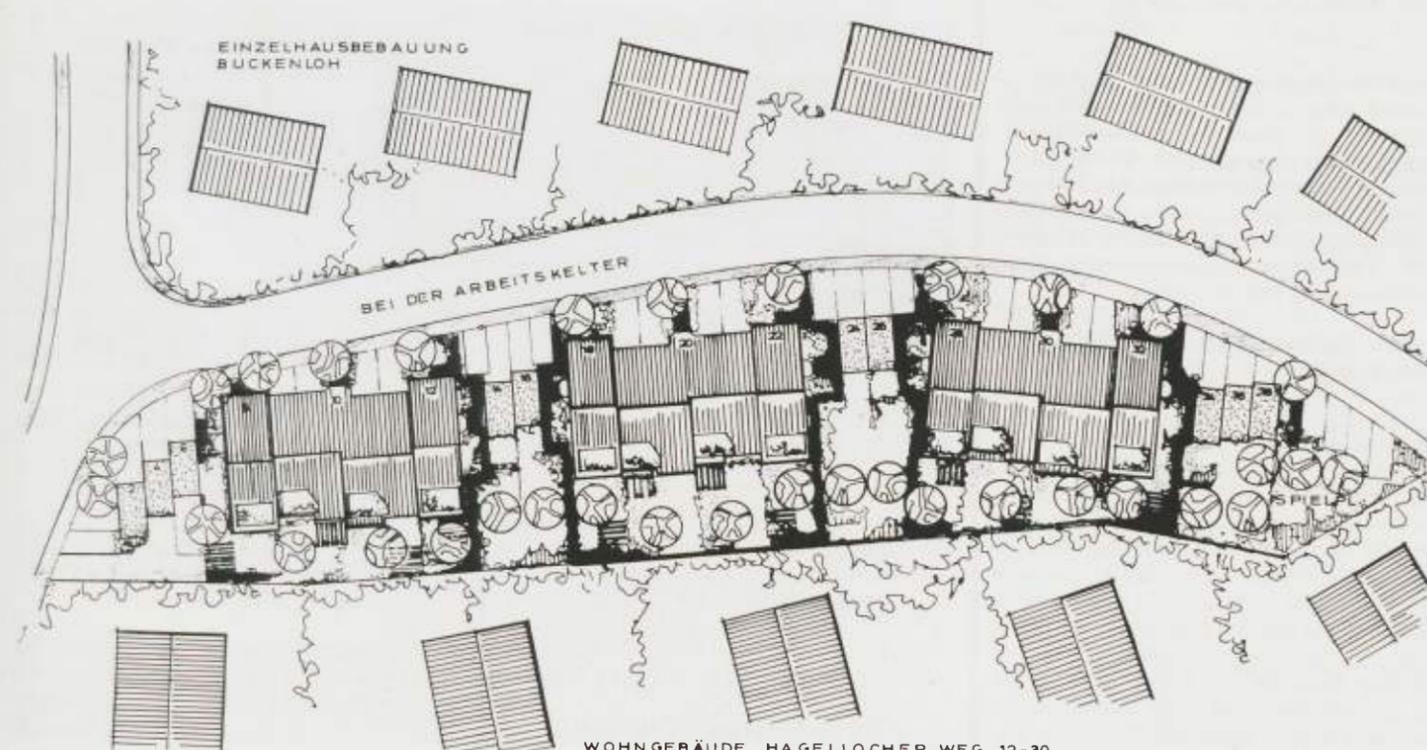
1980 Rathausgasse 7: 6 Zwei-, Drei-Zimmerwohnungen
Baukosten – : 915 000,- DM

Der Gebäudebestand der Gesellschaft umfaßte zum Jahresende 1981:

- 124 vor 1945 erstellte Wohnungen,
- 402 bis 1960 erstellte Wohnungen und
- 373 nach 1960 fertiggestellte Wohnungen, die durch ihre Ausstattung mit Bädern und Zentralheizung den heutigen Anforderungen entsprechen.

Die älteren, bis 1960 errichteten Wohnungen sind größtenteils durch Verbesserung der Elektroinstallationen, der sanitären Einrichtung mit Warmwasserbereitung sowie durch Schalldämm-Maßnahmen an den Fußböden und den Wohnungstrennwänden zu modernisieren. Erfolgt sind diese Wertverbesserungen in den Jahren

Das Projekt Buckenloh: 24 Maisonetten und sechs Apartments; Baubeginn 1982
Zeichnung: Edwin Raiser



WOHNGEBÄUDE HAGELLOCHER WEG 12-30

1979 bis 1981 im Zuge von Mieterwechseln in 25 Wohnungen. Dabei sind Modernisierungskosten von durchschnittlich 22 000,- Mark je Wohnung entstanden.

Neben dem Bau von Mietwohnungen hat sich die GWG 1980 erstmals mit der Errichtung von Eigentumswohnungen befaßt. Das am Neckarufer gelegene Grundstück Hirschauer Straße 45 umfaßt sechs Wohnungen, die 1981 bezogen werden konnten. Durch seine ansprechende Gestaltung und die solide Bauausführung ist es zur vollen Zufriedenheit der Käufer gelungen.

Für die nächsten Eigentums-Neubauten sind im Frühjahr 1981 die planerischen Vorbereitungen angelaufen. Von sieben Tübinger Architekten wurden Vorentwürfe für Reihenhäuser und Eigentumswohnungen im Baugebiet Buckenloh ausgearbeitet. Der vom Aufsichtsrat zur weiteren Bearbeitung beschlossene Entwurf von Architekt Edwin Raiser sieht drei Gebäude vor, die 24 Maisonette-Wohnungen mit 95 - 106 Quadratmeter Wohnfläche und sechs Kleinwohnungen mit 31 Quadratmeter Wohnfläche umfassen.

Dieses Vorhaben soll mit dazu beitragen, Mietwohnungen freizumachen. Deshalb wird durch die Stadt der anteilige Grundstückspreis für diejenigen Käufer verbilligt, deren Einkommen innerhalb der Grenzen für die Wohnungsbauförderung nach den Landesrichtlinien liegt oder die bei gleichen Einkommensvoraussetzungen eine Sozialwohnung frei machen.

Mit dem Bau der Wohnungen soll 1982 begonnen werden.



Im Rahmen der Altstadtsanierung: Neubau Metzgergasse 15 (Teilansicht)

Kommen miteinander aus

Die Stadt und ihre Teile

Man hört von beiden über den jeweils anderen Partner nur Gutes. Ausnahmen bestätigen die Regel. Manche Lustnauer und Derendinger haben die Eingemeindung von anno '34 bis heute nicht verdaut. Aber damals wurde auch verfügt und nicht verhandelt wie 1970/71.

Die Zusammenarbeit zwischen Ortschaftsräten und dem Gemeinderat läßt kaum einen Wunsch offen. Nahezu ohne Ausnahme finden Beschlüsse in den Ortschaften Zustimmung auf dem Tübinger Rathaus.

Bisher nur in einem Falle, dem Bebauungsplan Auchttert/Kilchberg, sah sich der Ortschaftsrat Kilchberg genötigt, von seinem im Eingliederungsvertrag verbrieften Recht Gebrauch zu machen: Er rief den Vermittlungsausschuß (bestehend aus dem Oberbürgermeister und drei Gemeinderäten sowie dem Ortsvorsteher und drei Ortschaftsräten). Nach mehreren Sitzungen regelte man im Juni 1981 auch diesen Fall einvernehmlich.

Als 1978 der Flächennutzungsplan zu behandeln war, zeichneten sich konträre Auffassungen zwischen Kilchberg und Bühl zum "Kilchberger Knoten" ab, der geplanten Verbindung von L 370 alt mit L 370 neu. Der mehrfach tagende Vermittlungsausschuß verständigte sich darauf, zwei mögliche Querverbindungen, eine beim Bahnhof Kilchberg, die andere im Gebiet Bonlanden-West (Bühl), im Flächennutzungsplan offenzuhalten. Der Gemeinderat hat sich diesen Vorschlag am 19. Februar 1979 zu eigen gemacht.

Was sich in den Stadtteilen während sieben Jahren getan hat, berichten die Ortsvorsteher, jeder auf seine, mitunter originelle Art.

Weilheim

Nichts zu bereuen

Nach zehn Jahren an der Brust der Großen Kreisstadt darf gesagt werden, daß sich die Ehe mit Tübingen bewährt hat, den Bedenken vieler Weilheimer zum Trotz. Ortschaftsverfassung und Eingliederungsvertrag garantieren eine bürgerliche Selbstverwaltung, eine bürgernahe Verwaltung und eine funktionierende Betreuung durch die Stadt. Gemeinderat, Ortschaftsrat und Verwaltung arbeiten vertrauensvoll zusammen, wengleich dazu im Gemeinderat im vergangenen Jahr einige kritische Stimmen laut wurden.

Dem heutigen Ortschaftsrat gehören noch die bereits 1975 gewählten Friedrich Braun, Hartmut Kilger, Rudolf Kost, Siegfried Lang, Werner Lauer, Annegret Mentzel und Bertold v. St. André an. In der Wahl von 1980 kamen Claus Bürker, Margarete Raabe und Rudolf Trescher hinzu; Otto Schreiner löste 1981 Friedrich Braun ab, der im Juni 1981 auch als Vertreter des Stadtteils im Gemeinderat ausschied. Seine Vorgänger waren dort Günter Motzer (bis '75) und Claus Bürker gewesen; sein Nachfolger ist Klaus Röscheisen.

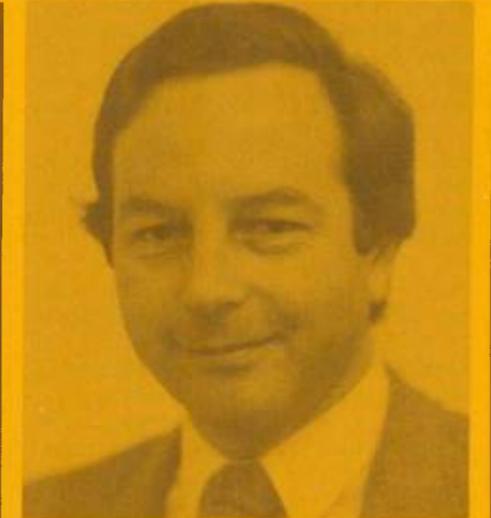
Der Ortschaftsrat ist jedes Jahr etwa zwölfmal zusammengekommen. Strittige Fragen wurden jeweils durch Kompromisse gelöst. Der Vermittlungsausschuß brauchte nicht bemüht zu werden.

Ende 1975 hatte Weilheim 1254 Einwohner, am 31. September 1981 waren es 1442. Die relativ starke Zunahme bis 1977 hängt mit der Bebauung des Gebiets "Hirtenhäusle" zusammen.

Es gab im Ort all die Jahre zwischen drei und zehn Trauungen, zwischen 18 und 30 Kinder kamen auf die Welt, während zwischen fünf und 18 Mitbürger starben.

Was tat sich im Ort?

Der Soziale Wohnungsbau kam auf einer



Ortsvorsteher ist seit 1. Juli 1974 Roland Glaser, 39.

Parzelle im Gebiet "Hirtenhäusle" mit einem fünfgeschossigen Wohnhaus der GWG zum Zug, es wurde 1977 von 14 Familien bezogen. Das Rathaus ist innen und, 1980, auch außen renoviert worden. Seit 1975 haben wir mit Kriegbaum einen von weither besuchten Multimarkt auf der Markung.

Die K 6900 konnte zwischen Weilheim und Derendingen neu trassiert und vom Landkreis zwischen August 1977 und November 1978 ausgebaut werden, sodaß wir nun den überörtlichen Verkehr los sind.

Daß es das Milchhäusle nicht mehr gibt, tut heute noch mancher Weilheimerin weh; daß es einem Feuerwehrmagazin Platz machte, das vom 8. bis 10. Mai letzten Jahres eingeweiht wurde, mag ein gewisser Trost sein. Da sowohl Feuerwehr und Bauhof anderweitig eine Unterkunft fanden (der Bauhof jetzt im Raum der Feuerwehr), konnte nach eingehenden Verhandlungen die gemeindeeigene Zehntscheuer im März 1980 an die Kirchengemeinde verkauft werden. In Zusammenarbeit mit dem Denkmalamt entsteht dort derzeit ein Gemeindehaus, das im April 1982 fertig sein soll. Die Stadt gab die Zehntscheuer nicht nur kostenlos ab, sie gab weitere 60 000 Mark obendrein.

Wie bei den Stadtwerken nachzulesen ist, ist die Wasserversorgung von Weilheim und Kilchberg mit dem Anschluß an das Pumpwerk Gernfeld auf Markung Hirschau auf eine neue, weniger "harte" Grundlage gestellt worden. Der Müllplatz, auf dem einst auch Bühl, Hirschau und Kilchberg abladen, ist seit 5. September 1977 geschlossen. Er ist so geschickt rekultiviert, das man ihn bald nicht mehr findet.

Noch im Werden ist der neue Friedhof, der nach langem Hin und Her über den Standort im Gewann Röteln angelegt wird. Der Gang der Dinge: 1977 Aufstellung des Bebauungsplanes; derselbe genehmigt im Mai '78; ein Jahr später Baubeginn an der Aussegnungshalle; Richtfest daselbst am 10. Juli 1980; letztes Jahr wurde mit der Außenanlage begonnen. In diesem Frühjahr soll alles fertig sein.

Den Landgraben so auszubauen, daß er bei Wolkenbrüchen über dem Rammert seine Umgebung nicht mehr überschwemmt, bemüht man sich in Weilheim schon lange. Seit 1979 liegt der Planfeststellungsbeschluß vor, es brauchte fünf (!) Jahre; letztes Jahr machte man Probebohrungen für

Pfrondorf

Kein Grund zur Klage

Zwar wurden nicht alle Vorhaben aus dem Zehnjahresplan verwirklicht - manche sind von der Bebauung der "Breite" abhängig, das Hallenbad für Lustnau und Pfrondorf ist mangels Bedarf aufgegeben worden -, dafür sind wichtigere vorgezogen worden. Alles in allem können die Pfrondorfer den Verlust der Selbständigkeit verschmerzen und mit dem seit der Eingliederung Geleisteten zufrieden sein.

Karl Schaal, hat sie als Ortsvorsteher gut vertreten zusammen mit dem Ortschaftsrat. Ihnen gehörten seit 1975 Magdalene Göz, Theodor Grauer, Gerhard Haar, Willy O. Marschall, Walter Mayer, Wilhelm Nerz, Werner Rupp, Friedrich Seethaler,

das Regenrückhaltebecken; mit dem eigentlichen Ausbau soll es in diesem Frühjahr ernst werden.

Sowohl die K 6900 als auch der Landgraben profitieren von einer 1976 angeordneten Flurbereinigung Tübingen-Weilheim, die eine Fläche von rund 400 Hektar umfaßt.

Nach über 16 Jahren Dienst in Weilheim ist Pfarrer Kurt Seils Mitte 1978 in den Ruhestand gegangen, nachgefolgt ist ihm Pfarrer Heinrich Mohr, ein Sohn des ehemaligen Kilchberger Pfarrers. Die Evang.-Methodistische Kirche beging 1976 ihr hundertjähriges Bestehen, ihr Posaunenchor konnte am 19. Oktober 1980 60jähriges Jubiläum feiern. (Kurt Seils ist am 9. Februar 1982 gestorben) Ein Jubiläum gab es auch bei der Feuerwehr. Sie wurde 1976 100 Jahre alt. Ein Jahr später, am 28. September, starb Heinrich Röhm, der die Wehr über 25 Jahre geführt hatte. Sein Nachfolger wurde Roland Niethammer. Ernsthaft gefordert sah sich die Abteilung, zusammen mit der Tübinger Truppe, bei einem Großfeuer am 13. (!) Juli 1981.



Ortsvorsteher ist seit 8. Oktober 1980 Wilhelm Nerz, 61, sein Vorgänger war Karl Schaal, 75.

Die Vereine begingen Jubiläen, die Schützen 1980 ihr 75jähriges, die Musiker 1977 das 50jährige, der Albverein bestand 1978 seit 55 Jahren, der Obst- und Gartenbauverein anno '80 gerade 30 Jahre. Seit 26. September 1978 gibt es in Weilheim einen Sportverein, dessen Aktivitäten wegen Platz- und Raumnot noch beschränkt sind. Aufgelöst hat sich dagegen die Milchverwertungsgenossenschaft am 9. Dezember 1977. Fest verankert in der Jugend des Orts ist seit zehn Jahren das Jugendzentrum "Schlupfloch".

Was bleibt zu tun?

Geht man davon aus, daß der Ausbau des Landgrabens im Haushalt abgesichert ist, steht der Planung einer Mehrzweckhalle eigentlich nichts mehr entgegen. Sie wäre auch wichtig für einen richtigen Sportbetrieb. Ein Sportgelände gehört mit dazu. Damit wären dann auch die Zusagen der Stadt im Eingliederungsvertrag von 1971 erfüllt. Laßt uns nicht mehr zu lange darauf warten! Nützlich wäre die Ausweisung eines neuen Wohngebiets nach den Festsetzungen des Flächennutzungsplanes.



Gerhard Schaal und Karl August Schaal an. Friedrich Seethaler starb 1979. Im Jahre darauf schieden Walter Mayer und Werner Rupp aus. Neu gewählt wurden Beate Keppler, Hans Walker, Wilhelm Röthenbach und Manfred Stecher, der inzwischen ebenfalls verstorben ist. Für Herrn Stecher rückte Ernst Marker in den Ortschaftsrat nach. Im Herbst 1980 wählte der Ortschaftsrat Wilhelm Nerz zum neuen Ortsvorsteher.

Die von guter Ortskenntnis bestimmten Wünsche, Vorstellungen und Anträge des Ortschaftsrates aus 63 Sitzungen fanden bei der Verwaltung Anklang, sie gingen zum Teil auch in deren Planungen ein. Seine Beschlüsse lagen fast immer auch den Entscheidungen des Gemeinderates zugrunde.

Weniger geworden

Obwohl in Pfrondorf heute 16 Hektar mehr überbaut sind als 1975 - neue Baugebiete füllten sich, Baulücken wurden geschlossen - nahmen die Einwohner - vor allem wegen Veränderungen in der Sophienpflege, aber wohl auch wegen steigender Ansprüche an die Wohnung - um 120 auf 2510 ab.

Zwar wird mit der "Breite" im Norden des Ortes (13 Hektar) weit über Pfrondorfer Bedürfnisse hinaus gedacht, der entsprechende Bebauungsplan ist nach zehn Jahren Planungsarbeit aber noch immer nicht rechtskräftig. Vordringliche Erschließungsmaßnahme für die „Breite“ ist der Bau des Stammkanals Ost. Ein Jammer, daß hohe Grundstückspreise es vielen Pfrondorfern wahrscheinlich verwehren werden, in der "Breite" zu bauen, sofern sie nicht eigenen Grund in die Umliegung einbringen können. So wird die "Breite" Pfrondorf auf dem Weg zum "Schlafstadtteil" noch einen Schritt weiterbringen.

Nennenswerte Fortschritte macht auch das Gewerbegebiet "Strüttele" nicht. Derzeit hat der Stadtteil immerhin noch etwa 160 Arbeitsplätze in Industrie und Handwerk.

Die innerörtlichen Gestaltungsvorschläge

im städtebaulichen Rahmenplan sind bei dessen Vorstellung in der Mehrzweckhalle von den Pfrondorfern kritisch aufgenommen worden. Im Gegensatz zur "Breite", wo entsprechend dem Eingliederungsvertrag ein Kindergarten, ein neuer Bauhof und ein Feuerwehrmagazin Platz finden sollten, ist der Bebauungsplan "Zollernstraße" rechtskräftig, die Umliegung dort abgeschlossen. Rechtskräftig ist auch der Bebauungsplan "Weiher", die Erschließungsarbeiten sind im Gang. Auf Grund des Bebauungsplans "Sportanlage" wurde mit den Arbeiten im Herbst 1981 begonnen.

Gut beraten war der Ortschaftsrat mit der Planung eines Gartenhausgebiets in den "Oberen Mähdern" und "Straußenäckern" und mit einer Kleingartenanlage im "Mittleren Brand", wie sich inzwischen gezeigt hat. Der Bedarf ist groß.

Waren nicht müßig

Die Ende 1975 eingeweihte Mehrzweckhalle mit etwa 600 Plätzen hat großen Anklang über Pfrondorf hinaus gefunden; sie ist ständig ausgebucht. 1977 wurde auch das Rathaus außen renoviert, es ist jetzt ein Schmuckstück für den Ort. Neu gestaltet wurde gegenüber der Kirchvorplatz nach Abbruch des Waaghäuschens. Auch die Tiefbauer waren nicht müßig. Befestigt sind jetzt der Walddorfer-, der Panorama-, der Steinbruch-, der Untere Mähder- und der Haldenweg. Seit 1979 schickt Pfrondorf seine Abwässer durch eine neue Druckleitung das Haldenbachtal hinab unter B 297, Kanal und Neckar hindurch in die Kläranlage Tübingen.

Bei der Vereinshalle auf dem Höhberg entstand ein Hartplatz. Die auffällige Tiefenbachbrücke wurde durch einen Neubau ersetzt, der Weg vom Auchttert zum Brandsträßle ausgebaut. Dankbar angenommen hat man den Ablagerungsplatz für Bauschutt im Höhberg.

Die Pfrondorfer Vereine, Liederkrantz, Musikverein, Albverein, Kleintierzuchtverein, Reitverein, Sportverein und Schützenverein sowie DRK und VdK tragen zum kulturellen Leben bei. Jedes Jahr nehmen sie teil am Dorffaustballturnier

des Sportvereins, am Vereinspokalschießen des Schützenvereins, der Altenweihnacht des Liederkranzes, dem Strassenfest in der Gass und der Wanderung zum Jägersitz mit Waldandacht des Musikvereins.

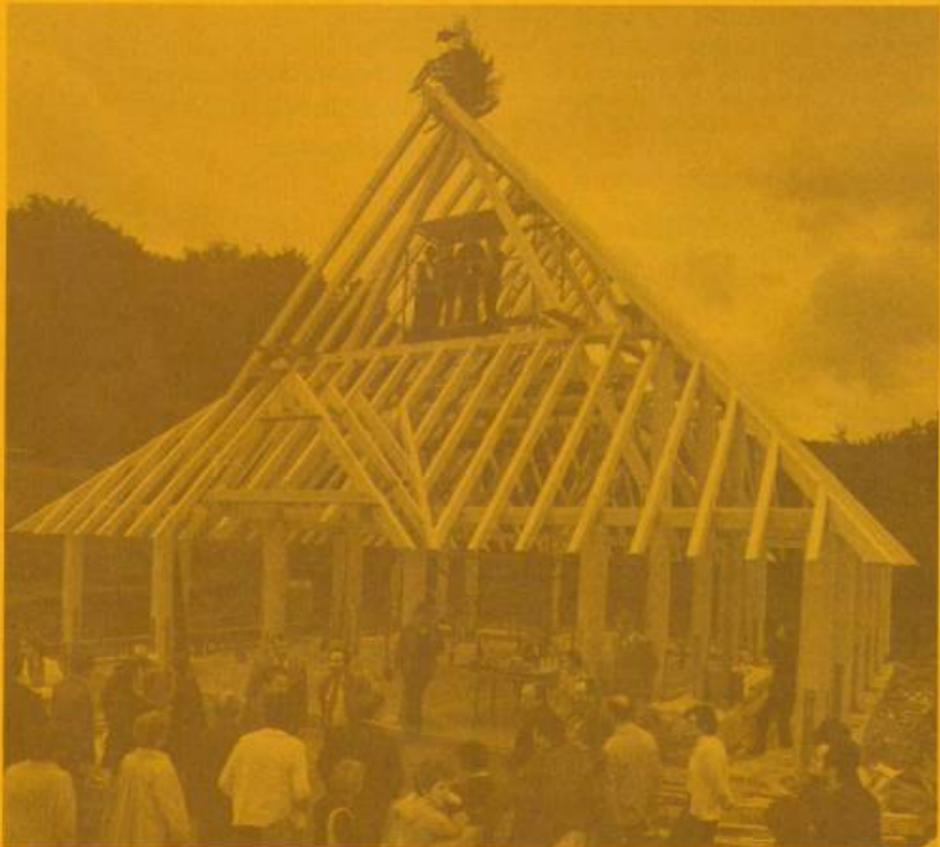
Pfrondorfer Besonderheiten: die gut funktionierende Nachbarschaftshilfe und der Kulturausschuss unter Arthur Gaiser. Der Ausschuß regelt die Belegung der Mehrzweckhalle und koordiniert die Vereinsveranstaltungen.

Die Verwaltungstelle Pfrondorf hatte 1975 - 1981 unter anderem zu bearbeiten:

- 1 555 Abmeldungen
- 1 421 Anmeldungen
- 428 Reisepaßanträge
- 905 Personalausweise
- 88 Aufgebote
- 147 Geburten
- 144 Sterbefälle
- 177 Rentenanträge
- 234 Sozialhilfeanträge
- 317 Baugesuche

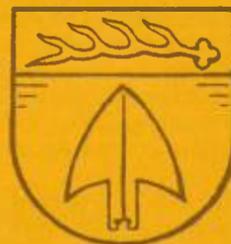


1



2

Seit es in Pfrondorf die Mehrzweckhalle gibt, sind die Tübinger des Lobes voll über den Stadtteil (1). Für die Friedhofshalle in Weilheim hat das Städtische Hochbauamt dem Holz vor dem Beton den Vorzug gegeben (2).



Bühl

Ortsfarben Weiß-Blau

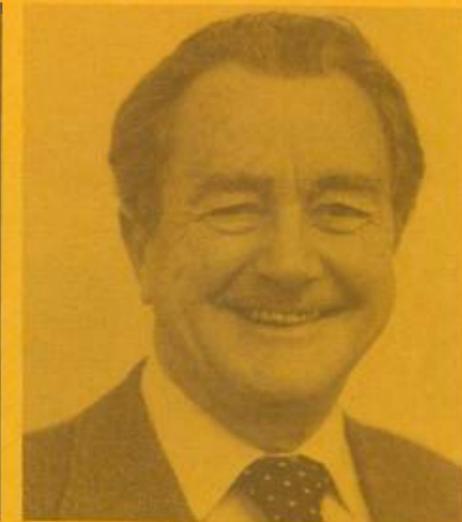
Bühl, um 1100 erstmals genannt, hat heute an die 1300 Einwohner, ihre Interessen vertritt ein Ortschaftsrat mit elf Mitgliedern: Zu Siegfried Bäurle, Anton Bisinger, Manfred Faiß, Ernst Hönle, Gebhard Hönle, Hugo Lohmüller und Theobald Müller gesellten sich nach der Wahl vom 22. Juni 1980 Jochen Hagner, Hubert Keßler, Maria-Elisabeth Schumacher und Friedrich Wilhelm Seeliger.

Ihren Empfehlungen aus rund 80 Sitzungen seit 1975 folgte der Tübinger Gemeinderat bislang fast ausnahmslos. Sorge bereitet allerdings die jüngst deutlich gewordene Neigung einzelner Gemeinderäte, die Ortschaften zu bevormunden. Auf dem Tübinger Rathaus ist der Stadtteil stimmberechtigt mit Hugo Lohmüller, in beratender Funktion mit dem Ortsvorsteher vertreten.

Die Verwaltungsstelle, besetzt mit Frau Durthaler (Vollzeit) und Frau Keßler (Teilzeit) nimmt bestimmte Aufgaben (Meldewesen, Standesamt, Ortsbehörde und anderes) selbständig wahr und stellt die Verbindung zu den Fachämtern der Stadt her.

Tübingen hat seine Zusage, Bühl zu einem eigenständigen Wohn- und Gewerbegebiet weiterzuentwickeln und dafür entsprechende Einrichtungen zu schaffen, bislang im wesentlichen eingehalten: Der Friedhof ist erweitert, die Friedhofshalle steht vor der Vollendung; für die Erweiterung des kirchlichen Kindergartens gab es einen Zuschuß; viel Aufsehen erregte die Neugestaltung des Rathausplatzes. Das alte Backhäuschen in der Dorfmitte wurde gründlich renoviert. Im Erdgeschoß ist eine Bücherei eingerichtet und das Dachgeschoß dient der Narrenzunft als Zunftstüb- le. Dankbar registriert hat man das neue Trainings-Rasenspielfeld und den ersten Tennisplatz in Bühl.

Offen sind im Zehnjahresplan dagegen das



Ortsvorsteher ist seit 8. Oktober 1980 Ernst Hönle, 33, sein Vorgänger war Josef Bisinger, 61.

Hauptspielfeld des Sportzentrums, die Baulandumlegungen "Bonlanden" und "Obere Kreuzäcker" sowie der Umbau des Bauhofes.

Da mit dem Vollzug des Zehnjahresplanes die Weiterentwicklung des Stadtteils nicht zu Ende sein kann, hat der Gemeinderat auf Vorschlag des Ortschaftsrates in die mittelfristige Finanzplanung inzwischen den Neubau eines Feuerwehrhauses an der Sengentalstraße und eine Mehrzweckhalle gemeinsam mit Kilchberg aufgenommen.

Man kann heute rückblickend sagen, daß Bühl seine dörfliche Struktur bewahrt hat. Man fühlt sich zwar der Gesamtstadt verpflichtet, legt aber dennoch Wert auf sein Eigenleben. Es stützt sich hauptsächlich auf die Bühler Vereine und Clubs, die Feuerwehr eingeschlossen, die Alt- wie Neubürgern offen stehen.

Hemmschuhe

Seit 1975 wurden in Bühl 29 Wohnhäuser gebaut. Es könnten wesentlich mehr sein, wenn Bebauungspläne und Baulandumlegungen nicht so lange auf sich warten ließen. Was nicht oder nicht immer Ämtern und Behörden anzulasten ist, sondern oft genug den Beteiligten und ihren Einsprü-

chen. Das Aufstellungsverfahren für "Bonlanden" ruht wegen offener Fragen bei der Neuplanung der L 370 (neu).

Sorgen bereiten nach wie vor die Absichten der Landesregierung und der Energiewirtschaft bezüglich des Bühler Tals. Die Nachricht, die Pläne der Bodensee-Wasserversorgung für einen Trinkwasserspeicher seien endgültig "gestorben", war noch nicht verklungen, da kam "Hiob" mit einer neuen Botschaft zum Bühler Tal: Es soll einen Kühlwasserspeicher von 18 bis 20 Millionen Kubikmeter Fassungsvermögen hinter einem 30 Meter hohen Damm geben, der das Tal und seine Seitentäler unter Wasser setzte. Dagegen stehen die Bühler und der Tübinger Gemeinderat "wie ein Mann".

Glücklich wäre man in Bühl auch, wenn der Verkehr auf der L 370 mitten durch den Ort endlich auf eine neue L 370 umgeleitet werden könnte. Keiner der Neckartal-Stadtteile leidet unter dem Verkehr so stark wie Bühl. In Rottenburg ist jetzt zwar für die Osttangente das Plazet erteilt worden, die L 370 neu "hängt" augenblicklich aber noch auf Tübinger Gebiet: Für den ersten Teilabschnitt Tübingen-Weilheim steht für die Verknüpfung von L 370 alt und neu noch eine beidseits des Neckars annehmbare Lösung aus.

Kilchberg

Skepsis gewichen

In Kilchberg war die Skepsis groß, als sich der Gemeinderat vor zehn Jahren trotz anderslautendem Votum der Bürger für die freiwillige Eingliederung nach Tübingen entschloß. Inzwischen hat man sich angefreundet. Die wesentlichen Posten des Eingliederungsvertrags (Kindergarten, Leichenhalle, Feuerwehrhaus, Straßebauten, Pumpendruckleitung und Wasserzuleitung vom Reservoir Weilheim) sind erledigt. Auch sind die Straßen in der Auchttert-Siedlung ausgebaut worden, nachdem die Baufirma Reco in Konkurs gegangen war.

Laut Buchstaben des Vertrags fehlt der Ausbau von Bühler und einigen anderen Straßen; man überlegt sich noch, ob sie Randsteine bekommen sollen oder, nach neuer Denkart, nur Kandel. Kommendes Jahr soll - Zuschüsse vorausgesetzt - im "Bangert" der Waldwegbau aufgenommen werden.

Aus steht auch eine Mehrzweckhalle. Sängerkranz, Albverein und CVJM wünschen sie schon lange, seit 1. Februar 1979 gibt es neu die Sportgemeinschaft Kilchberg, nach knapp drei Jahren der größte Verein im Ort. Er drängt ebenfalls und braucht außerdem einen Fußballplatz. Die Tennis-Abteilung "hospitiert" in Bühl, wo mit einem Baukostenzuschuß für einige Jahre ein Platz gepachtet werden konnte. Turner und Fußballspieler behelfen sich einstweilen auf dem kleinen Schulsportplatz und im Schulsaal. Der CVJM besitzt selber ein Vereinsheim und einen Sportplatz in Hallenhandball-Größe im Talhäuser.

Wollte man vor Jahren noch bei der Schule bauen, hat man sich jetzt nach langen Debatten im Ortschaftsrat für einen Standort beim Bahnhof entschieden. Dort könnte die Halle auch Bühl dienen. Im Sommer 1981 kamen die beiden Ortschaftsräte und Vertreter der Vereine im Kilchberger Feuerwehrhaus überein, bei



Ortsvorsteher ist seit 8. Oktober 1980 Erich Krauß, 46, sein Vorgänger war Wolfgang Durka, 50.

der Stadt eine gemeinsame Mehrzweckhalle auf diesem Platz zu beantragen.

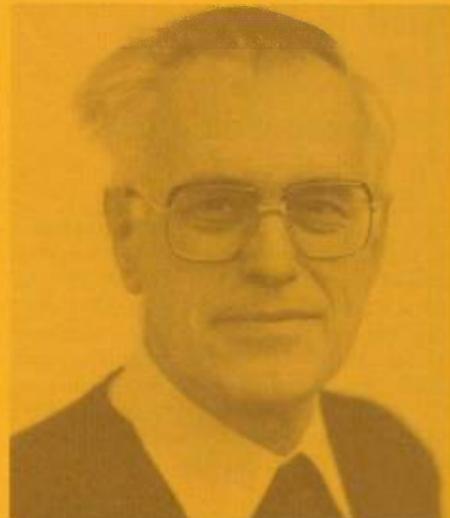
Für die Fußballspieler der SG, ist dagegen noch kein Standort für einen Sportplatz in Sicht. Im Moment wäre man zufrieden, mit einer einfachen Wiese zum Spielen.

Neuerdings schlägt die Verwaltung vor, den Sportplatz bei der Mehrzweckhalle anzulegen, Parkplätze und Sanitärräume könnten so von den Fußballern mit benutzt werden. Die Aufstellung eines Bebauungsplanes Mehrzweckhalle - Sportplatz läuft derzeit an.

Das neue Feuerwehrhaus steht seit Frühjahr 1980 auch anderen Vereinen zur Verfügung. Die Offene Jugendarbeit behilft sich mit einem viel zu kleinen Raum im Schulhaus.

Während Kilchberg im großen ganzen bei der Verwaltung ein offenes Ohr findet, läßt das beim Gemeinderat in der letzten Zeit zu wünschen übrig. Zweimal mußte der Verwaltungsausschuß angerufen werden: einmal zum "Kilchberger Knoten", zum anderen wegen einer Garage im "Auchttert".

In der Auchttert-Siedlung hat die Verwaltung in den letzten drei Jahren noch ein



paar Plätze anbieten können, in erster Linie ortsansässigen Bürgern und einem Arzt, der jetzt hier praktiziert. Sonst gibt es kaum mehr baureife Plätze, auch nicht von Privat. Falls kein neues Bauland erschlossen wird, ist es mit dem Bauen im Ort für eine Zeit zu Ende.

Mit der Auchttertssiedlung ist Kilchberg um rund 400 auf 1165 Einwohner gewachsen. Damit hat sich auch die Struktur gewandelt. Das einstige Bauerndorf, später Arbeiterwohngemeinde, ist heute stark mit Universitätsstädtern durchsetzt. Hauptberufliche Landwirte gibt es gerade noch drei.

Mit Kilchberg am Zürichsee verbindet die Kilchberger im Neckartal eine bewährte Freundschaft. Die Stadt Tübingen fördert die partnerschaftlichen Beziehungen. Sie bekamen am 29. August 1981 am Zürichsee von Gemeindepräsident Gräub, Dr. Eugen Schmid und Ortsvorsteher Erich Krauß in feierlichem Akt Brief und Siegel.

Neu im Ortschaftsrat vertreten sind seit 1980 Gerd Million, Ferdinand Kehrer, Dr. Klaus Mohr, Paul Krauß, Horst Kunz; dem Amt gehörten schon an Erich Krauß, Hans Krauß, Werner Krauß, Günther Schneider, Helmut Mozer und Christian Körner.



1



2

Ein altes, von der Kreissparkasse um- und ausgebautes Bauernhaus steht dem Dorfplatz in Bühl gut zu Gesicht (1). Für ihre Feuerwehr ist der Stadt nichts zu teuer, das neue Magazin in Kilchberg ist dafür ein Beispiel (2).

Hagelloch

Ein Ort veredelt sich

Der Übergang von der selbständigen Gemeinde zum integrierten Stadtteil Hagelloch hat sich in den vergangenen zehn Jahren ganz allmählich vollzogen. Die Eingliederung wurde gefördert durch die Erschließung des "Jesinger Holz" 1975 und den Zuzug von 300 Einwohnern in den folgenden drei Jahren. Während vorher im Ort überwiegend Arbeiter und Angestellte wohnten, die nicht selten abends und an den Wochenenden ihre Nebenerwerbslandwirtschaft betrieben, siedelten sich nun auch Universitätsprofessoren und höhere Beamte an. Mit 1400 Einwohnern kam Hagelloch 1971 zu Tübingen; heute sind es 1766. Früher rein evangelisch, zählt der Ort inzwischen über 200 Katholiken.

Das 1975 erstmals durchgeführte Dorffest führt die Hagellocher immer wieder zusammen und schafft Gelegenheit, sich kennenzulernen. Großes Interesse finden immer auch die Abschlußabende des örtlichen Blumenschmuckwettbewerbs und die Konzertveranstaltungen von Ortpfarrer Dr. Martin Rößler im Nebenraum der Turnhalle.

Bei der Ortschaftsratswahl am 22. Juni 1980 wurden mit Karl Schöll, Hermann Barchet, Hans Lack, Siegfried Schneck und Ulrich Schnaidt fünf von elf Mitgliedern neu in das Gremium gewählt. Wilhelm Schöllkopf, Prof. Dr. Jürgen Apitz, Manfred Schneck und Dr. Eberhard Umbach schieden auf eigenen Wunsch aus ebenso Heinz Motzer, Hans Schneck, Erwin Reutter, Josef Romer, Frida Nadler, Eugen Reutter und Erwin Koch wurden wiedergewählt. 1981 hielt der Ortschaftsrat 8 öffentliche Sitzungen mit 37 Tagesordnungspunkten ab; 1975 waren es 14 mit insgesamt 27 Punkten.

Die Grundbücher wurden 1975 vom Hagellocher Rathaus abgezogen und beim Notariat in Tübingen zentral untergebracht. Die "Aktionsfähigkeit" des ört-



Ortsvorsteher ist seit 1. Juli 1971 Manfred Deuschle, 44.

lichen "stellvertretenden" Ratschreibers blieb jedoch insofern gewährleistet, als der Verwaltungsstelle eine Kopie des beim Stadtmessungsamt geführten Liegenschaftskatasters überlassen wurde. Das örtliche Standesamt ist dank einer Verordnung des Innenministeriums erhalten geblieben. Eine Verbesserung der "örtlichen Verwaltungskraft" bedeutete auch die Einrichtung des "Fronmeisterbezirks Nord".

Mit der Vermietung des früheren Gemeindepflegezimmers im Erdgeschoß des Rathauses bekam Hagelloch eine zentralgelegene Poststelle. Was noch fehlt im Ort ist ein Arzt sowie ein Friseur. Der öffentliche Nahverkehr ist besser geworden, doch weist er vor allem an Wochenenden und abends noch erhebliche Mängel auf.

Während bei der Bürgerversammlung im Mai 1978 die Erfüllung der Eingliederungsvereinbarung im Mittelpunkt stand, ging es am 6. Februar 1981 um den Rahmenplan. Es zeigten sich nicht unerhebliche Unterschiede zwischen den Vorstellungen der städtischen Planer und denen der Bürger über die Gestaltung des alten Ortskerns.

Unterschiedliche Auffassungen gab es zur Führung der Buslinie, an der man die Be-

wohner der Panoramastraße genauso "teilhaben" lassen möchte wie die ansonsten doppelt betroffenen (Hin- und Rückfahrt) Anlieger der Entringer Straße. Nach dem Anschluß an die Tübinger Kläranlage konnte 1975 das bisher größte Neubaugebiet Hagellochs, "Jesinger Holz - Dornäcker - Schelmenwasen", für 50 Einzel- und 30 Terrassenhäuser erschlossen werden. Die Kanalsanierung wurde mit dem Erdenbrunnen-Kanal, Verbesserungen im Bereich der unteren Brombergstraße und der großzügigen Erneuerung des Kanals im Wahlhau (einschließlich Wasserleitung aus dem Jahr 1929) nahezu abgeschlossen. Die Enthärtung des Trinkwassers seit 1976 durch die Ammertal-Schönbuch-Wasserversorgungsgruppe findet man längst unentbehrlich.

1977/78 wurde das Feuerwehrhaus neben dem Rathaus neu errichtet. Ein neues Feuerwehrfahrzeug folgte im Jahr darauf. Einige Kilometer Waldwege wurden im Schönbuch-Distrikt "Hornkopf" befestigt, im Distrikt "Gairenkopf" der steil abfallende Weg nach Hagelloch südlich der Rosenau hergerichtet.

1980 setzte die Planung für das neue Baugebiet "Auchtert-Bangert" ein. Das Gebiet war im STEP und im Flächennutzungsplan als das nächste Baugebiet ausgewiesen. Vier Architekten wurden mit der Ausarbeitung eines Gutachtens beauftragt.

Trotz steigender Einwohnerzahl sind die Schüler in der Grundschule weniger geworden: 123 Kinder 1979, 80 Kinder 1981. Ab Klasse 5 besuchen die Hagellocher Schüler die Hauptschule Innenstadt oder relativ häufig - die Gesamtschule, die seit 1975 mit dem Schulbus direkt zu erreichen ist.

Im Kindergarten in der Viehtorstraße konnten die zwei Gruppen auf je 25 Kinder begrenzt werden. Im alten Schulhaus wird eine weitere Gruppe als "Vorschulkindergarten" geführt. Mit der Versorgung der Einwohnerschaft durch die städtische Krankenpflegestation Tübingen-Nord bekam der Ort 1978 eine wichtige Einrichtung. Sie wurde allerdings erst nach Bildung des Krankenpflege-Fördervereins auf breiter Basis angenommen.

Hirschau

Möglichst bürgernah

Ortschaftsrat Hirschau und Gemeinderat Tübingen samt Ausschüssen arbeiten ausgesprochen gut zusammen. In der letzten Zeit wurde aufgrund der neuen Zusammensetzung des Gemeinderates leider eine gewisse Klima-Verschlechterung im Zusammenhang mit Rahmenplan und Energieversorgung spürbar.

Dem Ortschaftsrat gehörten bis zum 12. September 1980 Hermann Barth, Karl Dold, Dieter Fischer, Richard Fridrich, Franz Hartmann, Irmgard Latus, Friedrich Rauscher, Adolf Schnitzler, Rudolf Schnitzler und Werner Wulf an; ausgeschieden sind im Jahre 1980 Franz Hartmann, Friedrich Rauscher, Rudolf Schnitzler und Werner Wulf; neu gewählt wurden Dr. Hans-Otto Binder, Georg Schöllkopf, Ernst Latus und Siegfried Kaltenmark. In 71 Sitzungen hat die Stadtteilvertretung dank ihrer Orts- und Menschenkenntnis bürgernah beraten und beschlossen und damit die Arbeit im Gemeinderat befruchtet.

Hirschau, das 1975 noch 2 358 Einwohner hatte und 1981 über 2 800 Seelen zählte, stand in den letzten drei Jahren im Zeichen der Neubauten in "Toräcker/Dischinger", wo die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft Tübingen m.b.H. (GWG) 72 Sozialwohnungen baute. Ausserdem entstanden dort private Wohnungen in Form von Bungalows, freistehenden Wohngebäuden und Reihenhäusern. Auch einige Baulücken konnten geschlossen werden. Leider steht derzeit kein erschlossenes Bauland mehr zur Verfügung.

Weil sich mit dem Zuzug überwiegend junger Familien im Kindergarten- und im Spielplatzbereich Engpässe ergeben, erwägt man, im alten Schulgebäude einen zweiten Gruppenraum einzurichten. Bei der Uhlandschule entsteht unter Mitarbeit der Bevölkerung zur Zeit ein weiterer Kinderspielplatz.



Ortsvorsteher ist seit 1. Juli 1971 Hermann Endreß, 45.

Der städtebauliche Rahmenplan für Hirschau - im Sommer 1981 von Gemeinderat und Ortschaftsrat gutgeheißen -, enthält detaillierte Aussagen über geplante Baugebiete. Er sieht vor die Friedhofserweiterung, eine bürgerschaftliche Nutzung der Riederkerler (derzeit Bauhof) sowie weitere Spiel- und Bolzplätze. In Arbeit ist als Ergänzung ein Grünordnungsplan, von dem man sich eine vorteilhafte landschaftliche Einbindung des Industriegebietes und der Ortsränder erhofft.

Nennenswerte Fortschritte im Tiefbau-sektor ergaben sich mit dem Bau des "westlichen Bügels", der eine wesentliche Entlastung der Ortsdurchfahrt vom Schwerlastverkehr brachte. Nach zähen Grundstücksverhandlungen konnte im Zusammenhang mit der Begradigung der L 371 im Bereich der unfallträchtigen "Friedhofskurve" ein Fuß- und Fahrradweg bis zur "Weilheimer Brücke" angelegt werden, den die Bevölkerung gerne benützt. Die Flächenkanalisation ist bis auf den westlichen Teil der Grabenstraße abgeschlossen. Im alten Ortskern sind Schmalgasse, Nußbaumweg und Zehntschauerweg noch auszubauen; das gleiche gilt für die Wohnstraßen im südwestlichen Ortsteil.

Das größte Projekt, der Ausbau der Ortsdurchfahrt nahm fast zwei Jahre in Anspruch. Die neue Kingersheimer Straße wurde im Herbst 1980 mit einem großen Straßenfest gebührend gefeiert. Städtebaulich reizvoll geraten ist der Kirchplatz mit seiner Buswartehalle.

Die Partnerschaft mit Kingersheim, die seit 1963 besteht, ist bei vielen Kontakten und Begegnungen vor allem auf Vereinsebene gepflegt und durch eine jährliche Schülerbegegnung (ab 1977) ergänzt worden. Aus besonderen Anlässen trafen sich Gemeinderäte von Kingersheim und Ortschaftsräte von Hirschau.

Dringend auszubauen ist der Rittweg. Wie dringend, kann der beurteilen, der sich mit dem Auto schon einmal am Industriegebiet vorbeigeplagt hat. Die Radfahrer brauchen ebenso dringend eine Verbindung nach Wurmlingen, und über Kiebingen nach Rottenburg im Zuge bestehender Feldwege. Das läßt sich mit wenig Geld machen.

Dringend, weil auch wirtschaftlich geboten, ist der Einbau einer Zentralheizung im Rathaus, nicht zu vergessen die Erweiterung des Friedhofes und die Anschaffung eines Löschfahrzeuges (Ersatz für das veraltete Fahrzeug).

Die Pläne für den Ausbau der L 370 neu besonders des Anschlußknotens L 371/L 370 bei Weilheim, lassen für Hirschau eine erhebliche Mehrbelastung an Zubringerverkehr zur Bodenseeaubahn erwarten. Das muß verhindert werden durch den raschen Weiterbau der L 370 neu bis Rottenburg.

Hirschau hat sich noch in Zeiten der Selbständigkeit eine besondere Auszeichnung für verdiente Bürger ausgedacht, eine Bürgerplakette, die in Gold und Silber vergeben wurde. Seit 1975 ist sie verliehen worden einmal in Gold an Alt-Gemeinderat Kaspar Endreß und fünfmal in Silber an die Pfarrer Kurt Seils und Oskar Bühler, sowie an die Alt-Gemeinderäte Wilhelm Endreß, Wilhelm Latus und Georg Schöllkopf.



1



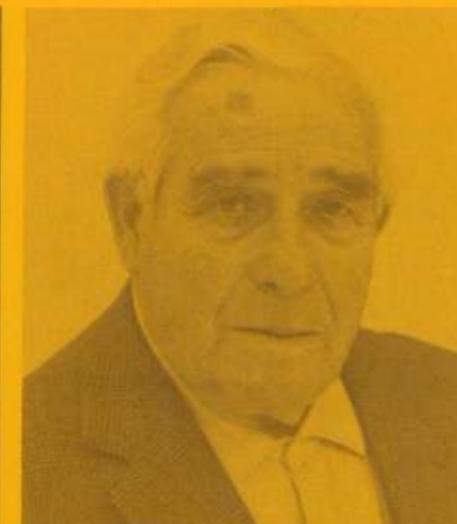
2

Was der Kernstadt recht ist, kann den Stadtteilen nur billig sein: Bürgerfest in Hagelloch (1). Mit öffentlichem Grün und richtigen Gehwegen - die Kingersheimer Straße in Hirschau (2).



Bebenhausen

Der Nachkömmling



Ortsvorsteher ist seit 8. Oktober 1980 Heinz Reichert, 68, sein Vorgänger war Friedrich Seethaler, 80.

Unter den eingegliederten acht Tübinger Stadtteilen ist Bebenhausen der Nachkömmling. Obwohl sich bei einer Bürgeranhörung am 20. Januar 1974 mehr als 80 Prozent der stimmberechtigten Bebenhäuser gegen Tübinger aussprachen, beschloß der Gemeinderat unter Bürgermeister Friedrich Seethaler elf Tage später, sich von Tübingen an die Brust nehmen zu lassen. Man wollte einer drohenden Zwangseingliederung zuvorkommen. Der am 18. Juni jenes Jahres unterschriebene Eingliederungsvertrag wurde am 1. November rechtskräftig. Am 20. April 1975 wählte man den neuen Ortschaftsrat, Ortsvorsteher wurde Friedrich Seethaler.

Tübingen hatte die wichtigsten Anliegen Bebenhausens akzeptiert: die Erhaltung der Struktur des Ortes, die gemeindeeigene Wasserversorgung und den Bau einer Ortsumgehung Waldhausen - B 27. Bebenhausen ist insgesamt inzwischen unter Denkmalschutz gestellt worden.

Die Umgehung läßt zwar noch auf sich warten - es ist kein einfaches Vorhaben -, aber seit der Eingliederung bekam Bebenhausen einen Kinderspielplatz, ist auf einem gepachteten Wiesengrundstück ein kleiner Sportplatz (32 + 60) angelegt, die Wasserversorgung von den Stadtwerken übernommen, sind Fernsehen, Telefon

und Stromleitungen in einem 1. Bauabschnitt verkabelt worden. Manche Straßen haben neue Namen bekommen, die Häuser sind jetzt straßenweise nummeriert. 1981 erfolgte der Abwasseranschluß des Stadtteils Bebenhausen an das städtische Klärwerk Tübingen-Lustnau.

Dringend ist die Anlage eines weiteren Parkplatzes außer Etters, der vielen Touristen und Besucher wegen.

Der alljährliche Blumenschmuckwettbewerb mit Bewertung im Juli und Preisverteilung im Herbst, bei der sich der Männerchor engagiert, findet Anklang bei 90 bis 100 Einwohnern.

Die Zusammenarbeit zwischen dem Tübinger Rathaus und der Verwaltungsstelle ist, insbesondere was die Dienstleistungen angeht, gut.

Dem heutigen Ortschaftsrat gehören noch die bereits 1975 gewählten August Heller und Karl Rilling an, der zugleich Stellvertreter des Ortsvorstehers ist. Neu im Ortschaftsrat vertreten sind seit 1980 Jürgen Brucklacher, Reinhold Hauff, Imanuel Märkle und Hermann Maurer. Ihre Vorgänger waren Friedrich Huber jun., Erwin Heller und Eberhard Rilling.

Unterjesingen

Besser nicht zu Papier

Zehn Jahre danach kann ich mit gutem Gewissen sagen, daß die Stadt Tübingen den Eingliederungsvertrag - über den Daumen gepeilt - erfüllt hat. Finanziell hat sie sogar mehr getan als zu erwarten war. Statt einem Freibad haben wir einen Kindergarten bekommen, der sehr gut gelungen ist. Über dem Abwasserhauptsammler zwischen der Rheinlandstraße und dem Unterjesinger Bahnhof wurde letzten Sommer ein erstaunlich gut befahrener Radweg fertig. Der war vertraglich sowenig zugesichert wie der sehr gelobte Tennenplatz mit Flutlicht für 600 000 Mark, um den uns unsere Nachbarn beneiden.

Die laufenden Ausgaben sind in einem Maße gestiegen, wie es ganz gewiß so nicht weitergehen kann. Ein Beispiel nur: 1958 hat der Unterjesinger Gemeinderat den "jährlichen Zuschuß" für den Kindergarten rigoros auf 1000 Mark beschränkt; 1970 (ein Jahr vor der Eingemeindung) hatten wir etwa 30 000 DM mehr Ausgaben als Einnahmen im Kindergartenbereich. Ich habe keine Unterlagen, aber heute zahlt die Stadt Tübingen für die beiden Kindergärten in Unterjesingen nach meiner Schätzung mindestens 400 000 Mark drauf. Wieviel davon derzeit der Staat trägt, weiß ich nicht. Kinder mindestens so viel wie vor zehn oder 20 Jahren, aber weniger als vor 15.

Den Vereinen geht es bei der Stadt heute finanziell weit besser. Wir haben bis 1970 dem Musik-, Gesang- und Sportverein jährlich jeweils 150 Mark gegeben, obwohl die Vereine im damaligen Gemeinderat viel stärker vertreten waren als derzeit im Ortschaftsrat. Bei der Feuerwehr herrscht geradezu "Tübingen-Begeisterung".

Nach der Oberbürgermeister-Rede bei einer Hauptversammlung hörte ich einen alten Feuerwehrmann zu einem vom Nach-



Ortsvorsteher ist seit 1. Juli 1971 Richard Schmid, 61.

barort sagen: "Jetzt send mir au ebber - anderscht als bei ausere alte Blitz vo Schultes". Wer weiß schon, daß der Dorfbürgermeister in aller Regel das Bierfaß aus eigener Tasche zahlte, das er bei der Generalversammlung auf den Tisch stellen ließ? Und wer hat schon einmal nachgerechnet, wie wenig Geld ein Dorf hatte und wie viel eine Stadt jeweils bezogen auf tausend Einwohner? Aber wie wird es sein, wenn das Geld nach den zehn Vertragsjahren relativ weniger wird?

Stadträte aus den Dörfern leben in der Regel mit ihrer Fraktion. Dort setzen sie sich auseinander, sprechen sich aus und ab. Ich bin überzeugt, daß in Unterjesingen mehr Leute wissen, wer beim Hamburger Sportverein Mittelstürmer ist, als wie die beiden hier wohnenden Stadträte heißen.

So hat beispielsweise Dr. Breitinger für seine Fraktion - ohne Wissen irgend eines Unterjesingers, aber in guter Absicht - einen Bebauungsplan "Sandäcker West" beantragt. Nach etwa zwei Jahren Diskussion hatte er so viel Ortskenntnis erworben, daß er von der Herstellung dieses Bebauungsplans in der Sitzung des Ortschaftsrats abraten mußte.

Die zur Zeit hier wohnende Stadträtin der SPD ist 1977 aus dem Kreis Reutlingen zugezogen, der CDU-Stadtrat seit 1974 hier wohnhaft. Ob ortskundige Bürger zu keiner Partei wollen oder das glatte Tübinger Pflaster scheuen, kann ich nicht sagen.

Das dörfliche Rathaus ist weitgehend zu einer Papierverteilungsstelle geworden, der sogenannte "Ortsvorsteher" hauptsächlich wegen seiner Ortskenntnis gefragt. Es gibt nur einen Vorsteher der Gemeinde - und das ist der Oberbürgermeister. Wenn zum Beispiel nach einem Gewitter Äste und Schlamm in Unterjesingen zu beseitigen sind, müssen wir mit Ferngespräch in einem privaten Haus in Pfrondorf anrufen und bitten, daß jemand von der dort stationierten Fronmeistergruppe kommt. Ich finde das beschämend und nehme deshalb manchmal selbst die Schaufel in die Hand. Mit Ausnahme dieser mir völlig unverständlichen Pfrondorfer Einrichtung kann ich aber sagen, daß wir im allgemeinen von den städtischen Fachämtern gut behandelt und versorgt werden. Daß ein großes Gebiet meines Heimatdorfes im STEP als "Negativgebiet" ausgewiesen wurde, werde ich dieser Stadt allerdings nie verzeihen.

Der Ortschaftsrat hat keine Finanzhoheit. Wen wundert, daß er manchmal viel fordert. Es ist ja nicht seine Aufgabe, für Einnahmen zu sorgen. Die Problematik Ortschaftsrat/ Stadtrat will ich an folgendem Beispiel aufzeigen:

In acht Stadtteilen wurde 1981 teils mehrmals, teils bis spät in die Nacht, teils sehr heftig diskutiert, ob die Müllgebühren nach der Familiengröße oder nach der Zahl der Mülleimer berechnet werden sollen. Im Stadtrat fragte niemand nach Inhalt oder Ergebnis dieser Beratungen. Acht Sitzungen in Ortschaften verursachen immerhin etwa 4000 Mark Sitzungsgelder. Es wurde lediglich festgestellt: "Es war in allen acht Ortschaften". Ohne Fragen und ohne Aussprache hat der Stadtrat beschlossen, nun auch in den Stadtteilen erstmals nach Eimern zu veranlagen. In so einem Moment habe ich Gedanken, die ich besser nicht zu Papier bringe.

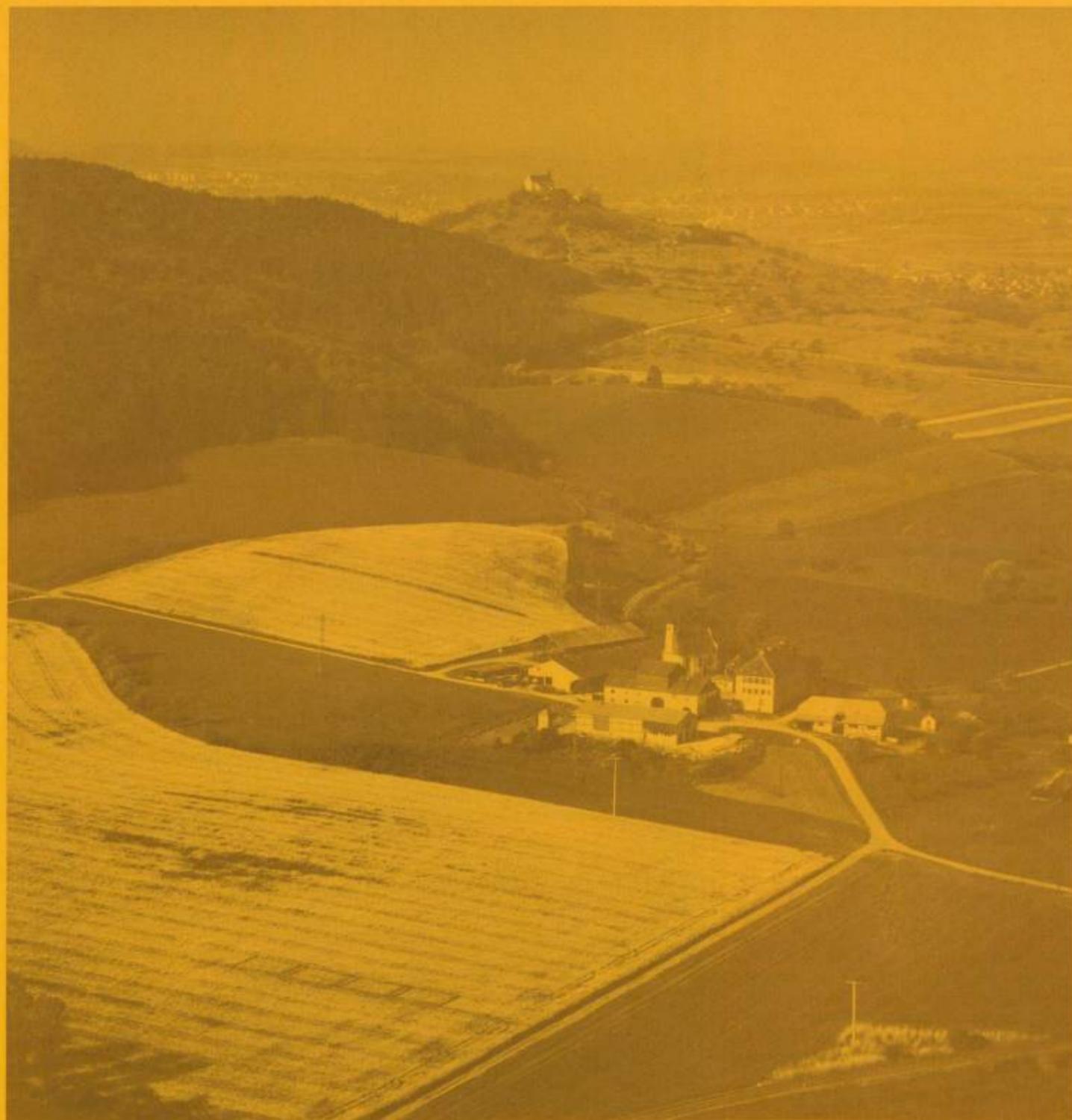


1

2



Flankiert von den Kollegen Schaal aus Pfrondorf und Bisinger aus Bühl (rechts): Bebenhausens Friedrich Seethaler nimmt die Bürgermedaille entgegen (1). Die Beziehungen zwischen dem Kloster Bebenhausen und Unterjesingen knüpfte einst der Wein, der an den Hängen des Ammertals heute noch gelesen wird (2).



Der Inhalt

Vorwort	3	Im Wandel der Technik	69
Aus der Chronik der Stadt	4	Nie so viel bewegt	73
Zu Ehrenbürgern ernannt	17	Dem Menschen am nächsten	75
Die Bürgermedaille	18	Bitter Brot	83
Empfänge auf dem Rathaus	19	Für möglichst viele	90
Nach vierzig Jahren	20	Jüngst flügge geworden	95
Mehr als ein Parlament	22	Diskrete Dienste	100
Partner und Paten	28	Vieh und Fleisch	103
Mut zu neuen Ufern	31	Im Zeichen der Zeit	107
Mädchen für alles	35	Alte Stadt mit neuem Leben	109
Hoffnung Herrlesberg	41	Service für den Bürger	115
Hat Nachholbedarf	43	Prägt und pflegt die Stadt	123
Städtische Dienststellen	44	Ziele in der Zukunft	126
Die Hand am Nervus rerum	46	Die Universität stoppen	129
Geld – nie genug davon	54	Millimetergenau	135
Einnehmendes Wesen	56	Es grünt so grün	141
Besitz als Lust und Last	59	Kurz und bündig	145
Allen wohl und niemand weh?	63	Licht, Kraft, Wasser und Wärme	147
Möglichst gegenwartsnah	65	Baut für die Bürger	155
Geschichte und Gegenwart	66	Kommen miteinander aus	159
Kein Jahr ganz "ohne"	68		

Herausgegeben wurde dieser Verwaltungsbericht vom Bürgermeisteramt der Universitätsstadt Tübingen im Jahr 1982.

Redigiert hat ihn Paul Sting.

Die Fotos stammen von Manfred Grohe (129, darunter acht vom RP Tübingen freigegebene Luftbilder) und von Reinhard Schmid (69), je eines kam vom Tiefbauamt und von Paul Sting, zwei von privater Seite.

Sepp Buchegger steuerte fünf Zeichnungen bei.

Kartenskizzen und -ausschnitte fertigte das Stadtmessungsamt.

Der Bericht, der mit dem 31. Dezember 1981 schließt, erscheint in einer Auflage von 2000 Stück.

Nachdruck auch auszugsweise nur unter Quellenangabe mit Genehmigung des Herausgebers.